

Genehmigt: 12.01.2023

Protokoll 20

Stadtratssitzung

Donnerstag, 28.10.2022, 09.20 Uhr, 13.30 Uhr und 16.30 Uhr (Fortsetzung Protokoll 19)

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Traktandum	Seite
Präsenzliste der Sitzung 09.20 bis 12.00 Uhr	1256
11 Sanierung Bueberseeli im Freibad Marzili; Nachkredit	1257
12 Sanierung Freibad Wyler; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)	1266
13 Bern Welcome: Vierjährige Leistungsverträge 2023 – 2026 mit der Bern Tourismus AG und der Bern Meetings & Events AG; Verpflichtungskredit in Stadtratskompetenz.....	1269
14 Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!): Konsequente Klimapolitik #4: Keine klimaschädliche Tourismusförderung!	1286
15 Coronabedingte Mehraufwände und Mindererträge bei Kitas Stadt Bern: Reglement vom 11. Juni 2020 über die familienergänzende Betreuung von Kindern (Betreuungsreglement, FEBR; SSSB 862.31); Teilrevision; 1. Lesung.....	1287
16 Motion Fraktion SP/JUSO (Ayse Turgul/Peter Marbet, SP): Bedarfslücke schliessen – mehr Kitaplätze für Holligen!	1289
Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.00 Uhr	1295
16 Fortsetzung: Motion Fraktion SP/JUSO (Ayse Turgul/Peter Marbet, SP): Bedarfslücke schliessen – mehr Kitaplätze für Holligen!	1296
17 Motion Manuel C. Widmer (GFL): Lüften ist kein langfristiger Infektionsschutz für Bildungs- und Betreuungsräume	1305
18 Motion Luzius Theiler (GaP): Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes STEK 2016 auf Grund von aktuellen ökologischen und finanzpolitischen Überlegungen	1306
19 Motion Fraktion GLP/JGLP (Gabriela Blatter, GLP): Verdichtung als wichtiges städtebauliches Anliegen auch in der Bauordnung verankern	1313
20 Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan, GB): Den Städtebau anhand des Freiraums gestalten und damit die Qualität des Aussenraumes sicherstellen.....	1314
21 Motion Fraktion SP/JUSO (Nadja Kehrl-Fehlmann/Timur Akçasayar, SP): Gutes Wohnumfeld für Familien schaffen!	1315
22 Postulat Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Fuat Köçer, SP): Analyse und Förderung der Durchmischung in der Stadt Bern	1317
23 Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Sorg/Johannes Wartenweiler, SP): Umzug des ewb-Hauptsitzes – Chance für neuen städtischen Wohnraum nutzen	1320
24 Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan/Franziska Grossenbacher, GB): Chancengleichheit bei qualitätssichernden Verfahren für junge Architekturbüros, auch auf dem ewb/BLS-Areal	1322

25	Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher/Rudolf Friedli, SVP): Überangebot an Wohnungen in der Schweiz: Es braucht eine Risikoanalyse für den städtischen Wohnungsbau in Bern!	1323
26	Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Sutter/Esther Muntwyler, SP/Mohamed Abdirahim, JUSO): Keine Verdrängung von Wohnungen durch kommerzielle Nutzungen	1325
	Präsenzliste der Sitzung 16.30 bis 19.30 Uhr.....	1327
26	Fortsetzung: Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Sutter/Esther Muntwyler, SP/Mohamed Abdirahim, JUSO): Keine Verdrängung von Wohnungen durch kommerzielle Nutzungen	1328
27	Motion Fraktion FDP/JF (Barbara Freiburghaus/Bernhard Eicher, FDP): Umdenken beim städtischen Wohnungsbau: Von der Objekt- zur Subjektfinanzierung.....	1331
28	Interfraktionelle Motion BDP/CVP, FDP/JF, SVP (Michael Daphinoff, CVP/Barbara Freiburghaus, FDP/Alexander Feuz, SVP): Systemwechsel beim günstigen Wohnraum	1335
29	Interfraktionelle Motion CVP/BDP, FDP/JF, SVP (Michael Daphinoff, CVP/Barbara Freiburghaus, FDP/Alexander Feuz, SVP): Klare Vermietungskriterien für städtische Wohnungen, die zu kostendeckenden Mietzinsen vermietet werden	1335
30	Motion Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Wohnflächenverbrauch begrenzen – Stadt geht voran	1338
31	Motion Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Geeignete Verfahren wählen und Rahmenbedingungen festlegen	1341
32	Postulat Fraktion SP/JUSO (Michael Sutter/Yasemin Cevik, SP): Sozial nachhaltige Sanierungen und Ersatzneubauten fördern	1343
33	Motion Fraktion GB/JA! (Ursina Anderegg, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Beratungsstelle im Bereich Wohnen als wirksame Investition in der Armutsbekämpfung	1344
34	Motion Fraktion GB/JA! (Lea Bill, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Finanzielle Garantiemodelle im Bereich Wohnen rasch ausarbeiten und umsetzen	1347
35	Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Ayse Turgul, SP): Mehr günstige Wohnungen gezielt an einkommensschwache Personen und Familien vermitteln	1347
36	Motion Fraktion GLP/JGLP (Melanie Mettler, GLP): GüWR-Verträge für GüWR- Wohnung	1348
37	Postulat Oliver Berger, Dolores Dana (FDP): Sicherstellung ausgewogener Mietermix in städtischen Liegenschaften	1351
38	Motion Fraktion SP/JUSO (Peter Marbet/Edith Siegenthaler, SP): Wohn-Initiative konsequent umsetzen	1351
39	Motion Fraktion SP/JUSO (Yasemin Cevik/Martin Krebs, SP): Die Stadt muss selber bauen und so mehr preisgünstigen Wohnraum schaffen	1358
40	Motion Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Stadt Bern wird selber Genossenschafterin	1359
41	Motion Fraktion GLP/JGLP (Melanie Mettler, GLP): Städtische Familien investieren in ihre Nachbarschaft	1359
42	Motion Fraktion SP/JUSO (Marieke Kruit/Katharina Altas, SP): Innovative Wohnformen fördern	1359
43	Postulat Oliver Berger (FDP): Sicherheit städtischer Liegenschaften verbessern	1360
44	Interfraktionelle Motion GFL/EVP, FDP/JF (Francesca Chukwunyere, GFL/Therese Streit, EVP/Vivianne Esseiva, FDP): Gesamtschau der mannigfaltigen Integrationsangebote als staatliche Aufgabe definieren	1361

45 Motion Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Fuat Köçer, SP):	
Ganzjähriges Aktionsprogramm gegen Rassismus – Neuauflage der Aktionswoche gegen Rassismus zum zehnjährigen Jubiläum.....	1361
Verschobene Traktanden	1363
Eingänge.....	1364

Präsenzliste der Sitzung 09.20 bis 12.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Yasmin Amana Abdullahi	Thomas Fuchs	Szabolcs Mihalyi
Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Tanja Miljanovic
Janina Aeberhard	Lionel Gaudy	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Franziska Geiser	Barbara Nyffeler
Katharina Altas	Thomas Glauser	Halua Pinto de Magalhães
Ruth Altmann	Claude Grosjean	Mirjam Roder
Ursina Anderegg	Bernadette Häfliger	Sarah Rubin
Mirjam Arn	Erich Hess	Michael Ruefer
Tom Berger	Michael Hoekstra	Mahir Sancar
Lea Bill	Thomas Hofstetter	Judith Schenk
Gabriela Blatter	Seraphine Iseli	Florence Schmid
David Böhner	Bettina Jans-Troxler	Sara Schmid
Regula Bühlmann	Anna Jegher	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Nora Joos	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Irina Straubhaar
Dolores Dana	Ingrid Kissling-Näf	Therese Streit-Ramseier
Milena Daphinoff	Fuat Köçer	Bettina Stüssi
Sibyl Martha Eigenmann	Nora Krummen	Michael Sutter
Vivianne Esseiva	Anna Leissing	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Corina Liebi	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Janosch Weyermann
Jemima Fischer	Simone Machado	Marcel Wüthrich
Sofia Fisch	Matteo Micieli	

Entschuldigt

Timur Akçasayar	Michael Burkard	Simone Richner
Nicole Bieri	Lukas Gutzwiller	Claudio Righetti
Diego Bigger	Ueli Jaisli	Kurt Rügsegger
Laura Binz	Salome Mathys	

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Franziska Teuscher BSS	
--------------------------	------------------------	--

Entschuldigt

Reto Nause SUE	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
----------------	-----------------------	-------------------

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel	
Marianne Hartmann, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat	

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin	
--------------------------------------	--

Mitteilungen Vorsitzender

Die Sitzung beginnt mit einer Viertelstunde Verspätung, weil die Saalanlage ausgefallen ist und neu in Betrieb genommen werden muss.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich begrüsse Sie zu einer Halbstrom-Strommangellage-Übung im Stadtrat. Wir haben die Anlage, die funktioniert, was den Ton angeht, das heisst, Sie können trotzdem miteinander sprechen, neben dem, dass wir verhandeln. Was im Moment noch nicht geht, ist die Abstimmungsanlage. Wir werden, bis das funktioniert, mit folgendem Verfahren funktionieren: Wer nicht von mir aufgerufen wird, weil ich Sie schon auf der Liste habe als Redner einer Kommission oder als Einreicher oder so, meldet sich bei Michael Hoekstra als Sprecher*in an. Michael Hoekstra macht eine Rednerliste und sagt mir nachher immer, wer die nächste Person auf der Liste ist, die das Wort hat. Wir verfahren mit der Namensliste, solange wir nicht mit der Abstimmungsanlage abstimmen können. Nach Ostermundigen haben wir ein neues Reglement gemacht, was das angeht, und das beinhaltet, dass zwei Stimmzählende parallel den Namensaufruf verfolgen, die Stimmen zählen und uns anschliessend mitteilen, was die Abstimmung für ein Resultat ergeben hat. Damit wir schneller vorankommen, schlagen wir Ihnen vor, dass wir für heute Morgen zwei zusätzliche Stimmzählende wählen, das wären Erich Hess und Irina Straubhaar. Sie kreuzen parallel oder nebeneinander jeweils die Abstimmungen an, damit wir auszählen können. Wir bekommen jetzt gerade das Signal, dass es laufe. Sobald es dann wirklich läuft, werden wir umschalten auf digitales Funktionieren.

Zu den Mitteilungen: Erstens gratuliere ich Dominic Nellen, der heute Geburtstag feiert. Ich will Sie daran erinnern, dass Sie das Badgen auch heute nicht vergessen, dass Sie bei jeder Sitzung ein- und ausbadgen. Die Vorstösse haben wir gestern schon angekündigt. Bitte reichen Sie die dringlichen bis heute Mittag ein und die nicht dringlichen bis um 14.00 Uhr. Die, die in diesem Zeitrahmen eingereicht werden, werden innerhalb der üblichen Fristen verarbeitet und aufgeschaltet. Am Mittag trifft sich die interfraktionelle Kulturgruppe im Sitzungszimmer 5, von 12.00 Uhr bis 13.30 Uhr. Das Sitzungszimmer 5 ist dort, wo die funktionierende Kaffeemaschine steht. Wer neu im Rathaus ist, orientiert sich an den Wegweisern zu den Sitzungszimmern.

Es werden zwei Testabstimmungen durchgeführt. Die Abstimmungsanlage funktioniert wieder.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Noch eine letzte Bemerkung: Hier vorne stehen immer noch die Boxen für den Spendenaufruf von Gemeinderat Reto Nause von gestern. Bis heute Abend können Sie dort, falls Sie eine Spende vorsehen, Ihre Sachen noch einwerfen.

11 Sanierung Bueberseeli im Freibad Marzili; Nachkredit

2015.FPI.000031

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat genehmigt die Vorlage Sanierung Bueberseeli im Freibad Marzili; Nachkredit.
2. Der mit SRB 2017-230 vom 11. Mai 2017 bewilligte Baukredit von Fr. 5 820 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto PB15-014, wird mittels Nachkredit um Fr. 1 165 000.00 auf Fr. 6 985 000.00 erhöht.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 31. August 2022

Rückweisungsantrag 1 SVP

Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, das Geschäft auch betr. Hochwasserschutz fertigzustellen und zu planen; es seien dabei insbesondere die Kosten, inkl. Mehrkosten des später wahrscheinlich für wirksamen Hochwasserschutz notwendig werdenden Einbaus der Auslauf Tore auszuweisen; ebenfalls sei dabei eine Risikoanalyse zu erstellen und abzuklären, was für Folgen das Unterlassen der Auslauf Tore hat.

Rückweisungsantrag 2 SVP

Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, die Begründung anzupassen und Transparenz zu schaffen, dies insbesondere hinsichtlich:

- Folgen des Verzichts auf die Auslauf Tore hinsichtlich Hochwasserschutz; Risiken, Mehrkosten
- Problematik des Kreditbeschlusses auf Machbarkeitsstufe (gemäss Masterthesis René Lütolf, 13.8.2010, «Kostensicherheit bei Projektentwicklung», 13.8.2010, S. 31, können bei Machbarkeitsstudien noch gar keine genauen Kostenangaben gemacht werden;
- falsche Ausführungen im Vortrag hinsichtlich Holzwahl (Verwechslung?)
- Korrekturen betr. Nachtragsofferten: Die erste Nachtragsofferte für Wasserhaltung und Baugrubenabschlüsse von Fr. 602'297.15 wurde durch die Bauunternehmung bereits am 02.10.18, also kurz nach Baubeginn, eingereicht. Ist alles andere als klein (vgl. Vortrag, S. 2 letzter Absatz)

PVS-Sprecher *Michael Ruefer* (GLP): Ich hoffe, Sie sind munter in den frühen Morgen oder in die frühmorgendliche Sitzung gestartet und sonst machen wir jetzt auf jeden Fall einen Sprung ins 14 Grad kalte Aarewasser, ins schönste Flussbad der Welt, um es mit den Worten des Stadtpräsidenten zu sagen. Der Volksmund sagt, aus Fehlern lernt man – unter diesem Diktum könnte man die Sanierung des Bueberseeelis wohl abbuchen. Was ist schiefgelaufen und was hat man daraus gelernt? Das Geschäft Sanierung Bueberseeeli stammt aus dem Jahr 2017. 2019 ist der Bueber neu aufgegangen. Damals gab es eine erste Info vorab, vor der Eröffnung, an die PVS, dass es für die Sanierung einen Nachkredit brauche. Sobald sich so ein Nachkredit abgezeichnet, muss der Gemeinderat den Stadtrat reglementsgemäss umgehend informieren. Der Stadtrat hat den ursprünglichen Baukredit 2017 einstimmig genehmigt, das zeugt natürlich auch von der grossen Beliebtheit des Marzili und von der grossen Euphorie, die für das schönste Flussbad der Welt hier drin herrscht. Warum braucht es jetzt den Nachkredit? Der damalige Kreditantrag des Gemeinderats ist auf der Grundlage einer Machbarkeitsstudie festgelegt worden, was man im Nachhinein nicht mehr so machen würde. Man hätte mehr Abklärungen treffen müssen und gleichzeitig hat man auch gedacht, man könnte Synergien aus einem kantonalen Hochwasserschutzprojekt nutzen und so die Risikoposition in diesem Projekt abdecken. Das ist aber schliesslich nicht möglich gewesen. Das Hochwasserschutzprojekt ist nicht realisiert worden. Der Kredit ist darum zu tief angesetzt gewesen und die Offerten des Bauunternehmens und des Ingenieurbüros sind Kampfofferten geworden. Es ist offensichtlich gewesen, dass der Preis am unteren Limit ist. Zusätzlich sind verschiedene Verfahren diskutiert und offeriert worden. Zuerst ist das Ingenieurbüro mit Varianten gekommen, dann das Bauunternehmen. Das gewählte Verfahren hat sich als nicht umsetzbar erwiesen. Beide Seiten haben also zu tief kalkuliert.

Der Schuldige ist nicht so leicht auszumachen. Alle Seiten haben das ihre dazu beigetragen, dass die Kosten aus dem Ruder gelaufen sind. 2018 hat sich die Kostenüberschreitung abgezeichnet und man hat mit einer Verzichtsplanung angefangen. Die PVS ist über eine mögliche Kostenüberschreitung von 400 000 Franken informiert worden. Letztlich sind es dann 1,1 Millionen Franken geworden. Das ist ziemlich genau der Betrag, den man schon ursprünglich

erwartet, aber dann nicht transparent vorgelegt hat. Im Vortrag, das haben Sie lesen können, werden die Gründe für die Kostenüberschreitung präsentiert: Die Position Unvorhergesehenes ist zu tief angesetzt gewesen. Die Ufermauer ist in schlechtem Zustand gewesen und man ist auf Altlasten gestossen. Der Baugrund ist anspruchsvoller und die Aushubmenge grösser gewesen als angenommen. Unter Terrain mussten Betonwände erstellt werden. Dafür hat man Spundwände für die Trockenlegung gebaut. Der Ingenieur hat die Wasserhaltung falsch kalkuliert und eine Variante für die Trockenlegung vorgeschlagen, die in der Praxis nicht funktioniert. Das Bauunternehmen hat im Laufe der Arbeiten dieses Projekts konstant Nachforderungen gestellt. Es hat dann ein sogenanntes Gutachterverfahren gegeben und lange Verhandlungen darüber, welche Parteien welche Kosten übernehmen sollen. Das hat natürlich für viele rote Köpfe gesorgt und alle mussten bluten. Eine Einigung ist erst lange nach Abschluss der Arbeiten erzielt worden. Ursprünglich sind Forderungen von 8,5 Millionen Franken auf dem Tisch gelegen. Man geht davon aus, dass auch das Bauunternehmen auf den ganzen Gewinn verzichten musste und nicht alle Kosten in Rechnung stellen konnte.

Welches sind die Learnings aus dem Geschäft? Hochbau Stadt Bern (HSB) sagt, Kostenschätzungen aufgrund einer Machbarkeitsstudie vorzunehmen, sei ein grosser Fehler gewesen. Das Bauen am Fliessgewässer sei ausserdem viel anspruchsvoller gewesen als erwartet. Es sei unberechenbar, die Aare habe eine starke Strömung und es gebe grosse Schwankungen beim Wasserstand. Das zeigt, wie einmalig unsere Freibäder in dieser Stadt sind und wie gering die Erfahrung mit solchen Projekten ist. Die Sanierung des Bueberseelis, die erste grosse Sanierung eines Freibads durch HSB, ist aber genau zur richtigen Zeit gekommen. Es ist eine Warnung gewesen an die Verwaltung, dass bei der Sanierung von Freibädern höchste Vorsicht geboten ist. Von den Erfahrungen hat man bei den weiteren und viel grösseren Wasserprojekten – Weyerli, Schwimmhalle und Wyler – profitieren können.

Allgemein, ist uns versichert worden, laufe die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bauunternehmen aber gut, auch was das Forderungsmanagement betrifft. Kreditüberschreitungen seien die Ausnahme. Bei der Sanierung des Weyerli beispielsweise, einem wesentlich grösseren Projekt, habe es eine deutliche Kreditunterschreitung gegeben. Die PVS beantragt Ihnen darum einstimmig, dem Nachkredit über 1,165 Millionen Franken zuzustimmen.

Für die Fraktion GLP/JGLP: Die Grünliberalen bedauern natürlich, dass es zu dieser Verkettung von Malheurs kommen konnte bei diesem Projekt. Wir schätzen aber die Arbeit von HSB und auch den unbürokratischen Kontakt zum Stadtbaumeister Thomas Pfluger sehr. Wir spüren da viel Engagement, Augenmass und die Bereitschaft, dazuzulernen. Der Hochbau ist ein sehr wichtiger Pfeiler und ein Leuchtturm unserer Stadt. Wir freuen uns sehr über die neue Schwimmhalle und natürlich auch auf die Sanierung von Wyler, Lorraine und Marzili. Das Baumgartenschulhaus kommt dann hoffentlich auch noch gut heraus, dazu Goumoëns, das Kirchenfeld und das Viererfeld. Unser Support ist Ihnen gewiss.

Antragsteller *Alexander Feuz* (SVP): Wir stellen zwei detaillierte Rückweisungsanträge. Es geht hier nicht um links oder rechts, es geht um sachliche Probleme. Insbesondere, der Referent hat es schon erwähnt, ist es der Hochwasserschutz, den man nicht ausgeführt hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang Michael Ruefer danken, der das Geschäft gut vorgestellt hat. Ich sage es Ihnen gleich: Die Begründung dieser Rückweisungsanträge ist viel umfassender, als ich das normalerweise mache. Die ist also nur zu kleinen Teilen von mir. Ich bin zufälligerweise an einem Anlass mit einem Wasserbauingenieur zusammengekommen – einer, der bei diesem Projekt nicht irgendwie als Auftraggeber drin gewesen ist, sondern der selber in dieser Gegend wohnt und Kenntnis hat von dieser Sache. Dann habe ich mit ihm eine Besprechung gehabt und auch gewisse Punkte angeschaut, bei denen ich der Meinung bin, dass wir sie detailliert anschauen müssen. Das ist auch der Grund, wieso ich so detaillierte Anträge gestellt habe, denn ich habe die grosse Befürchtung – insbesondere weil man

den Hochwasserschutz, die Auslauftore, nicht gemacht hat – dass da auf die Stadt gewaltige Mehrkosten zukommen und eben der Hochwasserschutz dort nicht funktioniert.

Zu den Anträgen: Antrag 1 ist ein Rückweisungsantrag. Wir wollen, dass die Vorlage an den Gemeinderat zurückgewiesen wird, mit der Auflage, das Geschäft auch betreffend Hochwasserschutz fertigzustellen und zu planen. Es seien dabei insbesondere die Kosten inklusive Mehrkosten, die später wahrscheinlich für einen wirksamen Hochwasserschutz notwendig werden wegen des Einbaus der Auslauftore, auszuweisen. Ebenfalls sei eine Risikoanalyse zu erstellen und abzuklären, welche Folgen das Unterlassen des Einbaus der Auslauftore hat. Wie gesagt, wir stellen den Rückweisungsantrag nicht, weil uns die Kosten zu hoch sind, sondern weil eben wesentliche Teile dieses Projekts nicht ausgeführt worden sind. Was heisst das mit den Auslauftoren? Früher habe ich jeweils gestaut, mit mässig grossem Erfolg, jetzt helfe ich meiner Tochter jeweils, auch mit mässigem Erfolg, ich werde häufig nass, aber etwas habe ich gelernt: Wenn Sie vorne an einem Bächlein stauen und das wunderbar abdichten und es hinten offenlassen, dann kommt das Wasser halt von hinten herein. Und genau das passiert mit dem Weglassen der Auslauftore. Vorne können Sie zumachen, aber hinten nicht, von hinten kann das Wasser wieder hineindrücken. Das ganze Projekt hätte ja zuerst unter dem Titel Hochwasserschutz laufen sollen. Mir geht es einzig darum: Als Steuerzahler und als Stadtrat sind wir verantwortlich, zu schauen, welche konkreten Auswirkungen das Weglassen dieser Tore hat. Sie wissen: Altenberg, ich bin da weiss Gott kein Hardliner gewesen. Ich bin einer von denen gewesen, die gesagt haben, übertreiben Sie dort nicht. Aber hier, in diesem Fall, in der Matte, wo man angefangen hat, einen Teil des Projekts auszuführen und den anderen Teil nicht, bin ich einfach der Meinung, dass man zumindest ausweisen muss, was haben wir für Risiken, wenn wir diese Tore nicht machen. Dann kann man später sagen, es ist uns egal, oder man sagt, was kostet es, wenn wir diese Tore jetzt noch machen, und dann müssen wir natürlich auch dazu Stellung nehmen, welche Mehrkosten es gibt. Es ist natürlich günstiger, wenn Sie die Tore machen, wenn es noch kein Wasser drin hat, als wenn es Wasser drin hat – dann müssen Sie nämlich unter Wasser bauen und dann haben Sie wesentlich höhere Aufwendungen. Darum ist es für mich ganz klar, dass man die Sache zusammennehmen und die Sache zurückweisen muss.

Zum zweiten Rückweisungsantrag: Ich fasse die Begründung mit dem Fraktionsvotum zusammen, das ist sinnvoll. Ich spreche vor allem über die Anträge, den Ausführungen von Michael Rufer kann ich zustimmen. Beim zweiten Rückweisungsantrag sind wir der Meinung, dass man hier die Begründung noch anpassen muss und eben Transparenz schaffen, und zwar im Hinblick auf die Folgen des Verzichts auf die Auslauftore hinsichtlich Hochwasserschutz, Risiken und Mehrkosten. Ich bin der Meinung, das müsste im Nachtragskredit drin sein, denn ich will verhindern, dass wir in zwei Jahren, wenn wieder einmal ein Problem ist, eine neue Kreditvorlage haben «Hochwasserschutz Matte», und dann haben wir nochmals neue Kosten, nochmals eine neue Vorlage, und dann wird alles ein bisschen verzettelt. Das Zeug gehört zusammen. Ich bin der Meinung, man hat das zuerst unter dem Aspekt des Hochwasserschutzes hineingebracht, also scheint mir die Sache klar zu sein. Ich bin froh, dass Michael Rufer auch gesagt hat, dass man bei einer Machbarkeitsstudie höchstens eine Grobschätzung machen kann. Ich verweise hier – das ist nicht etwas, das wir hier neu erfahren – auf die Masterthese von René Lütolf, Universität Zürich, vom 13. August 2010. Das ist also dann bekannt gewesen und da bin ich der Meinung, ist es einfach schon ein verdammt Risiko, wenn man im Wasser gerade in diesem Bereich nachher etwas festlegt, das dann nicht stimmt. Dann muss man auch sehen: In dieser ganzen Angelegenheit eine Kostenschätzung von plus minus 10 Prozent, das ist normalerweise richtig, aber wenn man im Grundwasserbereich ist, sind wir eben der Meinung, da müssten es 30 Prozent ein.

Nachher etwas, das ist nach unserer Auffassung eine klare Verwechslung: Im Vortrag auf Seite 1 im dritten Absatz steht, dass man das Auslauftor und die geplante Sitzbank entlang

der Ufermauer weggelassen hat und bei der Stegkonstruktion an Stellen ohne negative Auswirkungen auf die Lebensdauer Eiche anstelle von Fichte verwendet hat. Ich gehe davon aus, dass das ein Verschrieb ist, weil die Eiche ja viel teurer ist als die Fichte. Man spricht ja von Eichenparkett. Möglicherweise ist das ein Verschrieb. Ich bin gespannt, wie von Seiten des Gemeinderats auf meine Frage Auskunft gegeben wird. Sonst muss ich dort dann nachsetzen. Zur Korrekturnachtragsofferte: Ich verweise auf den Vortrag, Seite 2, letzter Absatz, da ist gesagt worden «begannt mit kleinen Summen». Ich habe Dokumente vorliegen, in denen ein höherer Betrag genannt worden ist – nämlich 602 002.97 Franken – der am 2. Oktober, also ganz am Anfang, schon vorgebracht worden ist. Für mich sind das Sachen, die darauf hinweisen, dass es hier schon von allem Anfang an kritisch war, dass man das gewusst hat. Ich danke auch, dass der Gemeinderat dies nachher relativ rasch der PVS gesagt hat. Aber wenn man in einem Gebiet, in dem man nur eine Machbarkeitsstudie hat, nachher anfängt, zu planen, ist klar, dass es gewaltige Mehrkosten gibt. Und dann muss man einfach auch sehen, man hat nach dem Hochwasser 2005 den Unterhalt nicht gemacht und dann hat man einfach gewaltige Mehrkosten gehabt. Ich verweise hier auf die Ausführungen auf Seite 8 der Antragsliste. Man hat auch viele Sachen nicht gemacht, beispielsweise die praktischen Garderobehaken, die hat man nicht mehr gemacht. Und dann fragt man sich auch, welche Abschlussarbeiten nach 2019 noch vorgenommen worden sind. Und ich bin also wirklich der Meinung, das Pièce de Résistance für mich, das sind die Auslauffore. Das ist für mich wirklich ganz entscheidend, da müssen wir wissen, was das für Konsequenzen hat. Ich appelliere an die Juristen und die Ingenieure unter Ihnen. Für mich ist es eine sachliche Sache. Das ist jetzt nicht, weil die SVP hier ein Rückweisungsantrag stellt. Uns geht es auch nicht um die Höhe des Nachkredits, weshalb wir diesen ablehnen, sondern ich bin einfach der Meinung, der Steuerzahler und alle, wir müssen wissen, was wir für Konsequenzen haben, wenn wir das nicht ausgeführt haben.

Und auch ein Punkt, der mich erstaunt, es ist jetzt nur mit den Mehrkosten des Bauunternehmens begründet: Holz-, Stahlbau und der Architekt haben wahrscheinlich auch nicht nach Kostenvoranschlag abgerechnet. Auch hier bin ich der Meinung, würden weitere Untersuchungen das belegen. Es ist richtig gesagt worden vom Referenten: Es ist einiges schiefgelaufen. Mir geht es darum a) hier konkret, in diesem Projekt, das Nötige zu veranlassen, dass wir wissen, was sind die Folgen des Verzichts. Und dann mit einer Rückweisung, da tun wir niemandem weh. Ich glaube, wir machen uns keinen Gefallen, wenn wir jetzt einfach die Sache durchwinken und in ein paar Jahren das Risiko haben. Wir müssen jetzt die Sachen auf dem Tisch haben, auch für die Zukunft. Sie haben die Ausführungen des Referenten gehört: Von 2010 ist die Sache! Das ist bekannt, das ist nicht etwas ganz Neues. Darum ist es für mich klar und ich bitte Sie – nicht im Sinne von «spring über den Schatten», weil der Rückweisungsantrag von der SVP ist – schauen Sie es jetzt einfach an für Ihre Steuerzahler, schauen Sie es an, auch für Sie, für die Zukunft, dass wir hier die Fragen beantworten sollen. Sie haben die Fragen gesehen, die ich gestellt habe. Der Stadtpräsident hat nachher Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Das ist eben der Verzicht auf die Auslauffore. Und eben, er ist ja früher auch tätig gewesen bei Marazzi, da ist ihm sicher bekannt, dass eine Machbarkeitsstudie eine ganz wackelige Sache ist, um hier Kostenangaben zu machen. Darum bitte ich Sie wirklich, die Sache sachlich anzuschauen. Es geht nicht darum, jetzt hier Strafaufgaben zu verteilen, sondern es geht darum, das Risiko wegen des Hochwasserschutzes zu beurteilen, und ich bin der Meinung, mit einer Rückweisung haben wir das drin, da passiert jetzt wirklich nichts. Wir haben keinen wachsenden Schaden, wenn wir das machen, aber ich bin der Meinung, da soll der Gemeinderat nochmals schnell über die Bücher und das Nötige veranlassen, sonst ist der Weg nachher wieder ein Vorstoss. Ich weiss, Sie werden ihn nicht dringlich erklären, wenn ich ihn mache – so dass wir dann vielleicht in vier oder fünf Jahren darüber diskutieren, was die Auswirkungen sind, und wenn wir dann ein Problem haben, dann

haben wir ein Problem. Ich habe das schon gestern gesagt: Houston, wir haben ein Problem – versuchen Sie, das zu verhindern. Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrags über die Parteigrenzen hinweg.

Fraktionserklärungen

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es ist gelinde gesagt schon ein bisschen speziell, dass der Abschluss der Bauarbeiten im Bueberseeli mit einem Nachtragskredit drei Jahre später vorgelegt wird. Ich denke, wir sind uns einig: Es sind aber auch spezielle Umstände gewesen. Unzweifelhaft ist es aber auch so, dass wir in den Sommermonaten, speziell auch in diesem Jahr, wieder profitieren konnten vom Bueberseeli, vom Marzili, und dass wir es ja alle wahnsinnig toll finden, wenn wir über den Kanal ins Bueberseeli schwimmen können. In dem Sinne muss man sagen, die Renovation, die hat sich auf jeden Fall gelohnt, vor allem nachdem dieser Bereich ja etwa zwei Jahre lang gesperrt gewesen ist. Wir lassen uns alle gerne in den neuen Aarekanal hineintreiben und die vergrösserte Auswasserstelle für Boote ist dringend notwendig gewesen, weil im Sommer bei Hochbetrieb ja sonst die Stege verstopft gewesen wären. Es ist selbstverständlich und – das ist meine persönliche Meinung – auch ein bisschen bedauerlich, dass man aufgrund von Sparmassnahmen die Sitzbank entlang der Ufermauer nicht gemacht hat. Aber das ist nun einfach so.

Vielleicht einfach das noch zur Erinnerung: Im Mai 2017 haben wir 5,82 Millionen für die Projektierung dieses Projekts bewilligt. Die Überschreitungen sind zustande gekommen, weil die Aushubmenge grösser und verschlammt gewesen ist, weil es zusätzliche Betonarbeiten gebraucht hat, weil die Spundwandarbeiten notwendig gewesen sind und weil mit dem Ganzen natürlich auch die Honorare in die Höhe geschneit sind. Die Nachträge wie auch das Schlichtungsverfahren haben sich dann über zwei Jahre hingezogen und der Antrag für den Nachtragskredit ist jetzt in der Höhe von 1,17 bis 1,2 Millionen. Ich bin nicht Mitglied der PVS, aber man hat mir versichert, dass der Stadtbaumeister auch klar gesagt hat, dass die Lehren aus dem Projekt gezogen worden sind. Es ist sicher auch festzuhalten, dass es ein komplexes Projekt gewesen ist. Das hat Michael Rufer auch schon gesagt. Es ist ein komplexes Projekt gewesen, man hat es wahrscheinlich unterschätzt und man hat wahrscheinlich auch, ich würde jetzt einmal sagen, den Verfall des Bueberseelis ein bisschen unterschätzt. Und es ist ja auch so, dass man lange nicht genug Unterhaltsarbeiten gemacht hat und irgendwann ist das Ganze dann dort eingestürzt und abgesperrt worden. Aber in der Zwischenzeit ist es gut renoviert und es ist sicher – und da möchte ich Alexander Feuz wirklich widersprechen – es ist nicht so, dass das ein Hochwasserbauprojekt ist, sondern das ist das Renovationsprojekt, das Instandstellungsprojekt, des Marzili mit dem Bueberseeli gewesen. Der Hochwasserschutz, das ist noch einmal ein anderes Projekt, ich möchte das betonen. Die beiden Sachen miteinander zu vermischen, das geht aus meiner Perspektive wirklich nicht.

Ich würde einfach sagen: Fehler können passieren, man hat es unterschätzt und man hat scheinbar daraus gelernt. Es ist auch nicht das Hochwasserschutzprojekt, was bedeutet, dass wir alle Anträge, die die SVP gestellt hat, selbstverständlich ablehnen möchten, weil eigentlich nicht der Sache dienlich und auch nicht dem Projekt dienlich. Es ist aber auch so, dass man – obwohl es mehr gekostet hat – es geschafft hat, die zusätzlichen Kosten um die Hälfte herunterzubringen mit dem Schlichtungsverfahren. Das heisst, man hat auch noch grosse Anstrengungen im Nachgang an das Projekt gemacht. Es ist nicht schön, aber es ist nun einmal so und der Nutzen – ich möchte einfach den Nutzen auch noch einmal hinstellen – der Nutzen ist wirklich hoch, weil wir jetzt eine grössere Auswasserungsstelle und ein neu gestaltetes Bueberseeli haben. Wir haben auch ganz viele glückliche Leute, die sich gerne im Sommer in den Kanal hineintreiben lassen. Und wenn die Mängel – und das möchte ich jetzt auch noch als Aufsichtskommissionsmitglied sagen – wenn die Mängel in den Prozeduren und in anderen Sachen so gross gewesen wären, ist meine Frage an meine lieben Kolleginnen

und Kollegen von der PVS: Warum hat man dann die Aufsichtskommission nicht darüber informiert? Also ich glaube, man hat Fehler gemacht. Die Betroffenen stehen dazu, die Betroffenen haben daraus gelernt. Die Fehler sind aber nicht so gross, dass man da jetzt irgendwas unternehmen müsste. Man hat es auch geschafft, die Summe, die sehr hoch gewesen ist, die über 2 Millionen gewesen ist, herunterzubringen. In dem Sinne sehen wir überhaupt kein Problem, die Erhöhung dieses Baukredits zu bewilligen und eben auch zu verlangen, dass aus den Fehlern gelernt wird. In dem Sinne ist die SP/JUSO-Fraktion der Meinung, dass der Baukredit bewilligt werden soll und dass das Ganze so belassen werden soll – also keine zusätzlichen weiteren Abklärungen.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Ja, das Geschäft ist sehr unglücklich gelaufen, um nicht zu sagen sehr schlecht. Basierend auf einer Machbarkeitsstudie eine Ausschreibung zu machen und mit diesen Angeboten zu rechnen, ist ein grosser Fehler. Das macht man eigentlich normalerweise nicht. Man kann jetzt den Unternehmen vorwerfen, sie hätten eine Kampfofferte gemacht. Sie haben extra tief offeriert und haben damit gerechnet, mit Nachträgen nachher ihre Aufwendungen zu finanzieren. So passiert das öfters auf den Baustellen bei öffentlichen Ausschreibungen, das kenne ich bestens. Nur: Was wäre passiert, wenn der Unternehmer keine Kampfofferte gemacht hätte? Wenn er realistisch gerechnet hätte und vorsichtig gerechnet hätte und gesagt hätte, das ist Fliessgewässer, das ist kritischer Untergrund, da müssen wir richtig rechnen? Was wäre passiert? Er hätte schlicht und einfach den Auftrag nicht bekommen, so läuft das heute bei den öffentlichen Ausschreibungen. Wenn Sie realistisch rechnen, dann ist der andere billiger und bekommt den Auftrag. Und der kommt nachher mit drei Juristen an die Bausitzungen. Das ist leider die Tendenz, die man in den letzten mindestens zehn Jahren sieht auf diesen Baustellen. Und das ist an sich grundsätzlich schlecht. Darum: Ja, sie haben vielleicht tief gerechnet. Die Frage ist: Hätten sie es anders machen können? Das können wir hier nicht mehr beurteilen. Es haben alle Federn gelassen. Die Unternehmer haben Federn gelassen und auch die Stadt. Und somit stehen wir jetzt hier vor dieser Situation, in der wir sind.

Ich hoffe sehr, dass die Lehren daraus gezogen worden sind. Fliessgewässer sind schwierig und das nächste Projekt wird der Hochwasserschutz Aare sein. Dort wird es noch einmal eine Potenz schwieriger und komplexer, um das zu realisieren. Ich kann schon jetzt darauf hinweisen und ich nehme an, dass die Leute die Lehren daraus gezogen haben und das auch anders ausschreiben. Wir würden auch empfehlen, dass man dort vermutlich besser ein zweistufiges Verfahren machen würde als einfach eine Megaausschreibung. Wie gesagt, wir sind heute in dieser Situation, in der wir sind. Wenn wir jetzt den Nachkredit ablehnen, nützt das niemandem etwas. Wir lehnen die Anträge der SVP ab und stimmen dem Nachkredit zähneknirschend zu.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) für die Mitte-Fraktion: Die Mitte-Fraktion und ich im Speziellen, als Marzili-Bewohnerin, möchten zuerst ein Kompliment aussprechen. Die Buebersanierung ist wirklich ein absolut gelungenes Projekt. Es ist wunderschön, es ist ein schöner Fleck im Marzili, in der ganzen Stadt, und in Nicht-Stosszeiten auch eine absolute Ruheoase. Merci vielmals für das. Wir anerkennen auch, dass es sich bei dieser Bueberseeli-Sanierung nicht um einen alltäglichen Bau gehandelt hat. Es hat nur schon angefangen mit der Umsiedelung eines Biberbaus – wo kommt das schon vor? Was allerdings ein bisschen stutzig macht, ist doch, dass wir jetzt einen Nachkredit bewilligen müssen, und das drei Jahre später. Das ist sehr unschön und auch gewisse Aussagen in den Unterlagen stimmen für mich nicht ganz überein. Dass die Bogenbrücke saniert werden musste, hat man doch schon im Vorherein gewusst. Dasselbe, dass die Ufermauer wahrscheinlich ersetzt werden musste. Es sind für mich gewisse Aussagen, die doch aufhorchen lassen, weil man eigentlich hätte davon ausge-

hen können, dass das nach so langer Zeit genauer oder besser hätte angeschaut werden müssen und mehr Kosten hätten eingerechnet werden müssen.

Die Mitte-Fraktion unterstützt trotzdem den Nachkredit. Wir hoffen, dass die Stadt ihre Lehren daraus zieht, gerade im Hinblick auf weitere ähnliche, kommende Projekte, unter anderem die Marzilibad-Sanierung. Die Mitte-Fraktion will die Stadt ermahnen, frühzeitig bei solchen Nachkrediten in die Kommission zu gehen, frühzeitig über die Bücher zu gehen und zu überlegen, ob alles noch so läuft, wie man es geplant hat, ob die Fristen eingehalten werden. Und das ist vielleicht auch eine Frage, die man schon in der Ausschreibung festhalten kann: Es ist auch die Frage, wie es meine Vorrednerin festgehalten hat, dass man die Ausschreibung vielleicht zweistufig macht und dort solche Sachen regelt wie: Wann kann jemand kommen mit einem Nachkredit, mit Rechnungen, mit denen man nicht gerechnet hat, und was macht man dann, vor allem in Bezug auf die Information der Kommission oder auch des Stadtrats.

Als Marzili-Bewohnerin möchte ich noch auf zwei Sachen hinweisen: Es wäre wünschenswert, dass das Auslaufftor zugunsten des Hochwasserschutzes doch noch irgendwann erstellt wird, einerseits wegen des Hochwasserschutzes und andererseits auch wegen dieser Auspumpübung, die ja bereits einmal stattgefunden hat im Winter. Es ist nicht zu hoffen, dass jetzt jeden Winter oder jeden zweiten Winter das Bueberseeli ausgepumpt werden muss – also ausgepumpt: Vom Schlamm und von den Ablagerungen befreit. Ich gehe davon aus, dass das die gleichen Kosten generieren würde wie die Nachrüstung des Auslaufftors. Insofern lehnt die Mitte-Fraktion die Rückweisungsanträge der SVP ab und ich kann mich meiner Vorrednerin anschliessen: Wir stimmen dem Nachkredit zähneknirschend zu.

Einzelvotum

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich habe gesehen, der Rückweisungsantrag stösst nicht auf grosse Begeisterung. Ich möchte einfach klar festhalten, vielleicht als Beispiel: Es ist vorgeworfen worden, dass wir das mit dem Hochwasserschutzprojekt vermengen. Ich möchte festhalten, dass man im Rahmen dieses Projekts die Mauern vorne höher dimensioniert hat, eben gerade im Sinn des Hochwasserschutzes. Und wenn Sie jetzt hinten keine Auslauffore machen, dann nützt das Ganze nichts. Das ist genau das, ich bin der Meinung, jetzt sollte man ehrlich sein. Das ist ein Projekt, das eben eine Hochwasserschutz-Komponente beinhaltet hat. Man hat das auch zuerst gesagt im Stadtrat, darum hat man die Auslauffore hinten ja projektiert. Und jetzt – das ist das Entscheidende – rein aus Kostengründen, dass das Projekt nicht noch teurer ist, hat man darauf verzichtet. Und da bin ich eben der Meinung, dass wir die Sache gesamthaft anschauen müssen: Was kostet das, sollte man das jetzt drin haben usw. Und insbesondere die Risikoanalyse, das ist – ich habe es schon einmal gesagt – nicht etwas von links oder rechts. Wenn es dort eine Überschwemmung gibt und wir Mehrkosten haben, dann interessiert mich das. Ich bitte Sie, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen. Sonst muss ich halt wieder einen Vorstoss einreichen. Es heisst, wir schreiben immer unnütze Vorstösse, aber da hat der Steuerzahler einen Anspruch darauf. Wenn wir nämlich gewaltige Mehrkosten haben – die Stadt Bern, die sparen sollte – dann haben wir nachher ein Problem. Um das geht es mir: Die Sache offenzulegen, transparent zu sein. Sie verlieren nichts, wenn wir jetzt noch warten. Ich appelliere noch einmal an Sie: Schauen Sie das Beispiel an, erinnern Sie sich, wie die Mauern dort vorne höher sind, wie es im Vortrag drin gewesen ist. Aus Kostengründen hat man darauf verzichtet. Da ist für mich klar der Beweis erbracht, wieso man die Auslauffore hätte machen sollen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Ich danke der Kommission, dem Kommissionsprecher und den Kommissionsmitgliedern für die Debatte, die wir dort führen konnten. Ich bedaure, dass die Sachen, die jetzt hier neu aufgebracht worden sind, nicht schon in der Kommission

zur Sprache gekommen sind, dann hätte man es dort klären können. Der Bueber ist als Anlage – ich glaube, das hat man hier auch gehört – eigentlich schön herausgekommen. Hingegen die Kreditabrechnung, das ist eindeutig kein Ruhmesblatt, das ist eine schwierige Geschichte gewesen. Ich kann sagen, es ist die erste und bisher einzige Kreditüberschreitung, die HSB zu verantworten hat, aber das macht es auch nicht besser. Es ist tatsächlich eine ungefreute Geschichte, diese Kreditgeschichte. Das ist, glaube ich, auch richtig wahrgenommen worden: Es ist eine Verkettung von unseligen, unglücklichen Umständen. Es ist nicht jemand, der einen Fehler gemacht hat, sondern es sind verschiedene Personen, die rückblickend gesehen sicher das eine oder andere hätten besser machen können. Es haben viele Leute Fehler gemacht und das hat dann nachher alles zu dieser Geschichte geführt. Es hat auch dazu geführt, dass die Kreditabrechnung erst jetzt kommt. Wir haben über zwei Jahre lang nachverhandelt mit allen Beteiligten und die Kosten noch heruntergebracht auf das jetzige Niveau, aber es ist trotzdem bei dieser Kostenüberschreitung geblieben. Wir haben die Kommission frühzeitig darauf aufmerksam gemacht. Das ist dann gewesen, als es bereits absehbar war, aber es ist auch dann schon gesagt worden, dass die Kosten wohl zunehmen werden.

Warum ist es zu dieser Kostenüberschreitung gekommen? Natürlich, am Wasser, am Fliessgewässer zu bauen, das ist schwierig. Es ist nicht gleich schwierig, wenn man einfach ein Hochwasserschutzprojekt macht, in dem man mit Aufschüttungen etc. arbeitet, sondern man hat hier ein Hochbauprojekt, eben die Badeanlage, die man an das Gewässer anbaut. Das ist etwas sehr Anspruchsvolles und das hat man möglicherweise unterschätzt. Es wissen alle, dass es schwierig ist, an der Aare zu bauen. Ich würde nicht sagen, da ist irgendjemand blauäugig hineingegangen. Aber es hat sich dann halt im Zuge der Planung und der Ausführung als noch schwieriger herausgestellt, als es grundsätzlich schon ist. Es ist dann zu dieser Verkettung gekommen mit Unternehmern, zuerst mit Ingenieurvarianten, nachher mit Unternehmervarianten. Das bietet natürlich alles Platz – das ist auch von Ursula Stöckli richtig gesagt worden – dass nachher mit Nachträgen gearbeitet werden kann. Das ist dann nachher eine grosse Unsicherheit, das führt zu Kostenunsicherheit und hat schlussendlich auch zu dieser Kostenüberschreitung geführt.

Wir werden Lehren daraus ziehen. Wir haben bereits Lehren daraus gezogen. Es ist ja eigentlich das erste Bäderprojekt gewesen, das wir gehabt haben. Wir werden ganz viele Bäderprojekte haben. Es ist glücklicherweise ein sehr kleines Bäderprojekt gewesen, also wir sind dort im Bereich von fünf bis sechs Millionen. Wir haben ja die Schwimmhalle mit 70 Millionen, also ich bin froh, dass es bei einem kleinen Projekt aufgebrochen ist. Wir haben dann nachher gesagt, die Bäderprojekte, die bergen einfach riesige Risiken. Wir haben bei der Schwimmhalle grosse Sicherheitsvorkehrungen vorgekehrt, dass es eben nicht zu Kostenüberschreitungen kommt. Bei der grossen Weyerli-Sanierung – das ist auch eine recht einmalige Geschichte gewesen – haben wir auch grosse Bedenken gehabt wegen der Kosten. Dort ist es jetzt zu einer sehr grossen Kostenunterschreitung gekommen, glücklicherweise. Wir haben durchaus daraus gelernt und sind sehr aufmerksam jetzt bei diesen Bäderprojekten. Bauen mit Wasser, im Wasser, mit Badeanlagen – das ist ein sehr eine anspruchsvolle Geschichte. Wir werden sicher auch die Lehren daraus ziehen für das Hochwasserschutzprojekt. Aber wie gesagt, das Projekt hier ist nicht ein Hochwasserschutzprojekt gewesen, und das ist vielleicht auch das grosse Missverständnis daran. Wir haben das Projekt selbstverständlich kompatibel ausgestaltet mit dem Hochwasserschutz, aber das ist an sich noch nicht der Hochwasserschutz. Ich kann dort also noch niemanden beruhigen im Marzili. Das betrifft nicht den Hochwasserschutz in der Matte, es betrifft den Hochwasserschutz im Marzili. Ich kann noch niemand beruhigen, der Hochwasserschutz im Marzili ist noch nicht gebaut und der ist selbstverständlich auch mit dem Bueber noch nicht gebaut. Man muss da nicht eine Physiklektion halten, aber das Wasser kommt von oben nach unten und wenn es ein Hochwasserproblem gibt im Marzili, dann fängt das oben an und nicht beim Auslauftor. Wenn es beim Auslauftor draussen ist, dann ist

das Problem eigentlich erledigt. Aber es ist eben nicht so, wie es hier gesagt worden ist, dass der Hochwasserschutz oben bereits sichergestellt ist. Der ist mitnichten sichergestellt, da sind wir noch weit davon entfernt, den sichergestellt zu haben. Hingegen haben wir natürlich das Einlaufftor hochwasserschutzkompatibel gemacht. Also das Einlaufftor muss man dann nachher nicht noch einmal neu bauen, wenn man den Hochwasserschutz macht, aber das ist auch gerade das Einzige, und nachher natürlich der Abschluss, der hochwassersicher ist. Aber grundsätzlich ist das Projekt noch nicht der Hochwasserschutz im Marzili. Wir prüfen jetzt gerade, wann der Hochwasserschutz im Marzili umgesetzt wird, ob das mit der Marzili-Sanierung passiert oder ob das mit dem Hochwasserschutz passiert. Der Hochwasserschutz, das ist ein Projekt, das sehr lange dauert, um es einmal so zu sagen. Es ist vorgesehen im Moment, dass es im November 2023 zur Volksabstimmung kommt. Also das werden wir in der Grössenordnung im Frühling 2023 beschliessen und Ihnen zuleiten und vermutlich etwa im nächsten Sommer diskutieren. Dann können Sie alle Fragen rund um den Hochwasserschutz anbringen, dann geht es um den Hochwasserschutz und dann wird man entweder im Hochwasserschutzprojekt oder im Sanierungsprojekt Marzili auch das Auslaufftor dort nachrüsten, wenn dann der Hochwasserschutz sichergestellt ist. Was man sagen kann bezüglich Kosten: Man hat jetzt das Tor noch nicht eingebaut, weil es im Moment ja auch noch nichts bringen würde, weil ja der Hochwasserschutz noch nicht sichergestellt ist. Man hat dann nachher ein neueres Tor. Es ist dann vielleicht erst vier bis fünf Jahre später oder fünf bis sechs Jahre später eingebaut, aber es ist dann auch fünf bis sechs Jahre neuer und hält dann nachher auch fünf bis sechs Jahre länger. Allenfalls so könnte man noch über Kosten argumentieren, aber sonst hat das keine grossen Kostenauswirkungen. Noch einmal Merci der Kommission für die Zustimmung. Lehnen Sie bitte die Rückweisungsanträge ab. Sie können laut und vernehmlich zähneknirschen bei diesem Geschäft, uns geht es ja auch so. Wir haben auch schon manche nicht gerade schlaflose Nacht gehabt, aber manchmal mit den Zähnen geknirscht und manche Faust im Sack gemacht wegen dem Projekt. Aber wir probieren wirklich, uns dort zu verbessern und die nötigen Lehren zu ziehen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 1 SVP ab. (6 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltene) [Namen 003](#)
2. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 2 SVP ab. (6 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltene) [Namen 004](#)
3. Der Stadtrat stimmt dem Nachkredit zu. (60 Ja, 5 Nein, 0 Enthaltene) [Namen 005](#)

12 Sanierung Freibad Wyler; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

2020.PRD.000020

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Sanierung Freibad Wyler; Baukredit (Abstimmungsbotschaft).
2. Der Stadtrat genehmigt die Abstimmungsvorlage und beantragt den Stimmberechtigten folgende Beschlüsse:
 - 2.1. Für die Sanierung des Freibads Wyler wird ein Baukredit von Fr. 11 100 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto PB09-166, bewilligt. Der Projektierungskredit von Fr. 1 100 000.00 ist im Baukredit enthalten.
 - 2.2. Zur teilweisen Finanzierung der Abschreibungen der Sanierung des Freibads Wyler werden Fr. 3 667 500.00 in der Spezialfinanzierung Eis- und Wasseranlagen

reserviert. Ab Inbetriebnahme werden während 25 Jahren jährlich Fr. 146 700.00 der Spezialfinanzierung entnommen.

2.3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

3. Der Stadtrat genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.

Bern, 31. August 2022

PVS-Sprecherin *Barbara Nyffeler* (SP): Ich habe ein saisongerechtes Geschäft in Vertretung von Timur Akçasayar vorzustellen. Beim vorliegenden Geschäft Sanierung Freibad Wyler haben wir vor uns einen Baukredit in der Höhe von 11,1 Millionen Franken und eine Abstimmungsbotschaft. Der Zusatz Freibad ist wichtig, weil es auf dem Areal auch noch andere Sporteinrichtungen hat. Um es vorwegzunehmen: Die PVS empfiehlt Ihnen einstimmig Annahme. Das Freibad Wyler liegt wortwörtlich hinter den sieben Gleisen im Stadtteil Lorraine-Breitenrain und ist eine – ein bisschen versteckte – grössere Sportanlage der Stadt. Es hat Rang 3 unter den Bädern der Stadt, nach dem Marzili und dem Weyerli. In der letzten Saison sind über 200 000 Badegäste im Wyler begrüsst worden. Das Wylerbad ist relativ jung. Es ist vor gut 50 Jahren 1971 eröffnet worden und liegt auf dem Gelände einer ehemaligen Schiessanlage. In diesen 50 Jahren hat es nie eine umfassende Sanierung gegeben. 2017 hat man eine kleine Altlastensanierung vorgenommen, weil es zu viel Blei im Boden gehabt hat, wohl noch von der früheren Schiesserei. Die weitläufige Sportanlage besteht aus einem Hallenbad, einem Fussballfeld und einem Sportplatz. Es hat ein Beachvolleyballfeld, Kinderspielflächen, einen markanten Garderobentrakt, der dem Hallenbad, dem Freibad und den Sportanlagen dient, Liegewiesen und verschiedene Schwimmbecken. Und genau dieser Teil Freibad ist jetzt sanierungsbedürftig und entspricht nicht mehr dem Stand der Technik und den entsprechenden Vorschriften. Das Hallenbad und der markante Garderobentrakt sind im Moment nicht akut sanierungsbedürftig. Dieses Geschäft wird zu einem späteren Zeitpunkt kommen.

Mit dem vorliegenden Projekt sollen die Aussenbecken einfach modernisiert werden, die ganze Freibadanlage soll hindernisfrei werden und auch besser zugänglich. Der Betrieb muss effizienter, umweltschonender und auch kostengünstiger werden. So soll – nur als Beispiel – das Abwasser künftig für die Pflege der Grünanlagen und für die Bewässerung der Liegewiesen verwendet werden. Und wie bei Bauprojekten der Stadt üblich, werden die Eco-Vorgaben umgesetzt und, wo möglich, auch Photovoltaik-Anlagen installiert. Das Wylerbad soll ein Familienbad bleiben. Darum gibt es auch neuere Angebote für Kinder und Jugendliche: Mobile Wasserattraktionen – ich gehe davon aus, es wird mehr spritzen – und es soll auch mehr Spielmöglichkeiten geben. So werden auch – einfach nur herausgepickt – die beiden kleinen Nichtschwimmerbecken zu einem grossen Pool zusammengelegt und neu angeordnet. Speziell und neu ist, dass das Material für die Schwimmbecken nicht mehr Zement sein wird, sondern Edelstahl. Man verspricht sich davon eine längere Lebensdauer und tiefere Unterhaltskosten. Zusammenfassend kann ich sagen, dass das Freibad Wyler so attraktiver kindgerechter, ökologischer und nachhaltiger sein wird. In der Kommission ist das Geschäft nicht bestritten gewesen. Wir haben über die verschiedenen Angebote diskutiert und auch zur Kenntnis genommen, wohlwollend, dass die Angebote bereits jetzt laufend angepasst worden sind. Zum Beispiel hat man schon früher, im normalen Unterhalt, ein wenig genutztes Lernschwimmbecken durch ein Beachvolleyballfeld ersetzt. Wir haben auch Mobilitätsfragen diskutiert und haben auch zur Kenntnis genommen, dass die Anzahl Veloparkplätze massiv erhöht wird und dafür – es ist ein Quartier- oder Stadtteilschwimmbad – die Anzahl Autoparkplätze reduziert werden.

Wenn wir heute Ja sagen zu diesem Projekt, werden wir im März 2023 darüber abstimmen, und wenn alles gut läuft, wird im Winter 2023 die Sanierung angefangen und 2024 dann abgeschlossen. Nochmals zu den Kosten: Die Gesamtkosten belaufen sich auf 11,1 Millionen

Franken. Mit 1,1 Millionen Franken eingerechnet sind die Kosten für das Vorprojekt und für das Bauprojekt. Knapp 3,7 Millionen Franken kann man aus der Spezialfinanzierung für Eis- und Wasseranlagen entnehmen. Wir haben in der PVS keine Anträge zu diesem Geschäft und empfehlen Ihnen, wie schon erwähnt, einstimmig ein Ja zur Kreditvorlage und zur Abstimmungsbotschaft.

Fraktionserklärung

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es ist natürlich schön, wenn wir im Norden hören, dass das Geschäft zu null in der Kommission durch ist, und ich bin vermutlich auch sehr zuversichtlich, dass es hier auch mit grosser Mehrheit durchkommt. Dem Wylerbad fehlen die Grösse des Weyerli und der Glamour des Marzilibads. Mit dem Lorrainebad kann man es ohnehin nicht vergleichen. Trotzdem ist es ein wichtiges Bad in der Stadt, weil es viele Wasserbedürfnisse im dichten Norden von Bern abdeckt. Es ist wie jedes Bad in der Stadt ein Treffpunkt für Jung und Alt, ein Ort für Sport und Spass, für wässrige Angelegenheiten im Sommer und im Winter, und das muss so bleiben. Wir reden hier nur über die Sommeranlage. Sie ist recht gross. Barbara Nyffeler hat es vorher beschrieben: Sie erstreckt sich entlang der Hangkante auf der anderen Seite der Eisenbahn bis nach hinten zum Areal der RUAG. Es ist ein recht weitläufiges Areal und man hat verschiedene Möglichkeiten, dort mit Wasser in Kontakt zu kommen. Man kann die Anlage nicht direkt als charismatisch bezeichnen, aber vom Gebrauchswert her ist sie zentral. Dieser Gebrauchswert hat in den letzten Jahren gelitten. Seit 50 Jahren, so steht es im Vortrag, ist nicht mehr in die Anlage investiert worden, jedenfalls nicht mehr gross. Und wenn das Becken nicht mehr dicht ist, ist etwas fundamental falsch. Und wenn man mit dem Ausfall der Wasseraufbereitungsanlage monatelange Schliessungen im Sommer verbinden müsste, ist der Handlungsbedarf unmittelbar. Das Projekt will diesem Schwebezustand ein Ende setzen und dem Wylerbad ein zweites Leben schenken.

Das Projekt ist nötig und vernünftig. Wir verzichten hier auf eine detaillierte Würdigung. Ich möchte nur noch etwas sagen, das mir im Vortrag des Hochbauamts aufgefallen ist. In diesem Projektbeschrieb auf Seite 31 sind folgende Positionen aufgelistet: 581 Reserverückstellung für zu erwartende Kosten 275'000 Franken; 583 Reserven für Unvorgesehenes 275'000 Franken und Kostenungenauigkeit 10 Prozent 920'000 Franken. Das Kostendach ist an und für sich ein vernünftiges Instrument, aber hier scheint es mir doch etwas hoch über dem Bauwerk errichtet zu sein. Da sind unter verschiedenen Titeln recht grosszügige Reserven eingeplant, um unterhalb des Kostendachs zu bleiben. Es ist nicht schön – wir haben es vorher gerade davon gehabt – für ein Bauprojekt einen Nachkredit beantragen zu müssen, aber es ist auch nicht viel schöner, die Latte so hoch zu setzen, dass man gar kein Risiko mehr hat. Diese Feststellung ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass die SP/JUSO-Fraktion den Kreditantrag mit grosser Freude annimmt und mindestens ein Teil davon bereit ist, sich bei bieter Gelegenheit ins Edelstahlbecken zu begeben.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Am 1. November 2018 haben Sie – oder zumindest diejenigen, die dann Stadträtin oder Stadtrat gewesen sind – die Wasserstrategie der Stadt Bern positiv zur Kenntnis genommen. Darin wird die Dringlichkeit der Sanierungen aller Eis- und Wasseranlagen beschrieben und es wird aufgezeigt, was man bei der Sanierung der Freibäder und der Hallenbäder in der Stadt Bern beachten muss. Heute, ziemlich genau vier Jahre später, bin ich sehr froh, dass wir bei den Sanierungen vorwärtsgekommen sind und dass die Stadt hier Resultate vorweisen kann. Letzten Sommer, das ist bereits erwähnt worden heute Morgen, haben wir das Freibad Weyerli renovieren können. Das grösste Freibadbecken von Europa hat letzten Sommer nicht nur Bernerinnen und Berner, sondern Leute aus der ganzen Schweiz, aber auch aus ganz Europa angezogen. Es hat noch nie so viele Gäste gehabt, die

kommen und schauen wollten, was denn das ist – das grösste Freibadbecken von Europa. Wir haben dort auch die Wasseraufbereitung zeitgemäss ausgestalten können und ein Teil der Garderoben ist saniert worden. Auch der Kinderbereich ist schön aufgewertet worden – etwas, das beim Wyler sicher wichtig sein wird, weil gerade unsere Freibäder für die Kinder auch eine sehr grosse Attraktion sind. Auch das ist erwähnt worden: Die Schwimmhalle im Neufeld ist im Bau und ist auf Kurs. Wenn alles gut läuft, werden wir im nächsten Herbst die Schwimmhalle einweihen können und Sie werden heute in einem Jahr – die, die wollen – dort auch schon schwimmen können.

Jetzt folgt der nächste Kredit für eine Anlage: Für das Wylerbad. Wenn Sie heute dem Kredit zustimmen, werden wir die Sanierung in der Wintersaison 2023/24 machen können und nachher einen weiteren Meilenstein setzen bei der Umsetzung unserer Wasserstrategie. Hier möchte ich noch eine Präzisierung machen zum Votum der Kommissionssprecherin. Sie hat gesagt, bei der Umsetzung des Kredits würden auch Parkplätze reduziert. Der Stadtrat hat entschieden, dass wir hier ein Mobilitätskonzept machen, bei dem wir die Fragen betreffend die Mobilität rund um das Wylerbad separat anschauen. Im Rahmen dieses Mobilitätskonzepts werden die Parkplätze überprüft und die Zahl wird festgelegt. Ich bin sehr froh, dass es mit der Sanierung dieser Freizeitanlagen in der Stadt Bern so weitergeht, und ich bin auch froh, dass Sie diese unterstützen und auch die Stimmbevölkerung sie immer unterstützt. Aber ich möchte trotzdem festhalten: Wir sind zwar auf Kurs, aber – und dieses Aber muss man immer wieder betonen – wir sind noch nicht am Ende. Wir sind jetzt in der Dynamik drin, aber es müssen auch noch die nächsten Freibäder und Hallenbäder saniert werden können, weil an vielen Orten die Wasser- und Eisanlagen am Ende ihres Lebenszyklus sind. Der Bueber hat es uns ein bisschen vor Augen geführt: Wenn wir die Sanierungen nicht machen – zeitnah, wenn der Zustand nicht mehr gut ist – dann drohen einfach Ausfälle dieser Betriebe. Es wäre schade, wenn wir einmal ein Freibad oder einmal im Winter ein Hallenbad schliessen müssten, nur weil wir mit den Sanierungen nicht parat sind. Darum hoffe ich, dass Sie weiterhin auf Kurs bleiben werden und wir hier unsere Wasserstrategie auch umsetzen können.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt der Abstimmungsvorlage zu. (60 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 006
2. Der Stadtrat stimmt der Abstimmungsbotschaft zu. (60 Ja, 0 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 007

13 Bern Welcome: Vierjährige Leistungsverträge 2023 – 2026 mit der Bern Tourismus AG und der Bern Meetings & Events AG; Verpflichtungskredit in Stadtratskompetenz

2017.SUE.000098

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat bewilligt für die Abgeltung der Leistungen, die die Bern Tourismus AG und die Bern Meetings & Events AG gestützt auf die Leistungsverträge für die Jahre 2023 – 2026 erbringen, einen Verpflichtungskredit in Höhe von Fr. 5 080 000.00. Der Kredit wird in jährlichen Raten von Fr. 900 000.00 (Bern Tourismus AG) und Fr. 370 000.00 (Bern Meetings & Events AG), ausmachend total Fr. 1 270 000.00, zulasten der laufenden Rechnung des Wirtschaftsamts (Dienststelle 160; P160140/Konto 36360160) der Präsidentsdirektion ausbezahlt.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- Bern, 31. August 2022

Rückweisungsantrag 1 SVP

Die Vorlage sei zurückzuweisen, dies unter der Auflage, Bern Welcome habe sich im Rahmen des Leistungsauftrags für die Belange und Bedürfnisse des gesamten Tourismus einzusetzen, dazu gehört auch die Bearbeitung (Zusammenarbeit/ Bewerbung etc.) mit Fernmärkten und der mit privaten Motorfahrzeugen anreisenden Individualtouristen, dies insbesondere im Hinblick auf das Projekt Grand Tour von Schweiz Tourismus.

Rückweisungsantrag 2 SVP

Eventualantrag: Die Vorlage sei zurückzuweisen, dies unter der Auflage, Bern Welcome habe sich im Rahmen des Leistungsauftrags für die Belange und Bedürfnisse des gesamten Tourismus einzusetzen, von einer engen Fokussierung vorab auf das umliegende Ausland sei abzusehen und Bern Welcome habe im Rahmen der Strategie auch die Fernmärkte und mit privaten Motorfahrzeugen anreisende Individualtouristen zu bearbeiten/bewerben (dies insbesondere im Hinblick auf das Projekt Grand Tour von Schweiz Tourismus), wo sich dies für die Hotellerie und den Tourismus als sinnvoll erweist.

Antrag 3 SVP

1. Der Stadtrat bewilligt [...]

unter Vorbehalt, dass Bern Welcome sich im Rahmen seines Leistungsauftrags für die Belange und Bedürfnisse des gesamten Tourismus einsetzt, dazu gehört unter anderem auch die Bearbeitung und Zusammenarbeit mit Fernmärkten und die mit Privatfahrzeugen anreisenden Individualtouristen (insbesondere im Hinblick auf Projekt Grand Tour von Schweiz Tourismus).

Antrag 4 SVP

Eventualantrag: 1. Der Stadtrat bewilligt [...]

unter Vorbehalt, dass Bern Welcome sich im Rahmen seines Leistungsauftrags für die Belange und Bedürfnisse des gesamten Tourismus ein setzt, dazu gehört unter anderem auch die Bearbeitung und Zusammenarbeit mit Fernmärkten und die mit Privatfahrzeugen anreisenden Individualtouristen (insbesondere im Hinblick auf Projekt Grand Tour von Schweiz Tourismus), wo sich dies für die Hotellerie und den Tourismus als sinnvoll erweist.

Antrag 5 SVP

1. Der Stadtrat bewilligt [...]

unter Vorbehalt, dass Bern Welcome sich im Rahmen seines Leistungsauftrags für die Belange und Bedürfnisse des gesamten Tourismus ein setzt, dazu gehört unter anderem auch die Bearbeitung und Zusammenarbeit mit Fernmärkten und die Bewerbung der mit Privatfahrzeugen anreisenden Individualtouristen (insbesondere im Hinblick auf das Projekt Grand Tour von Schweiz Tourismus).

Antrag 6 SVP

Eventualantrag: 1. Der Stadtrat bewilligt [...]

unter Vorbehalt, dass Bern Welcome sich im Rahmen seines Leistungsauftrags für die Belange und Bedürfnisse des gesamten Tourismus einsetzt, dazu gehört unter anderem auch die Bearbeitung und Zusammenarbeit mit Fernmärkten und die Bewerbung der mit Privatfahrzeugen anreisenden Individualtouristen (insbesondere im Hinblick auf das Projekt Grand Tour von Schweiz Tourismus), soweit sich dies für Bern als sinnvoll erweist.

Antrag 7 GB/JA!

Der Kredit von Fr. 5 080 000.00 für die Abgeltung der Leistungen, die die Bern Tourismus AG und die Bern Meetings & Events AG gestützt auf die Leistungsverträge für die Jahre 2023 – 2026 erbringen, wird um Fr. 1 480 000.00 gekürzt zu Lasten der Abgeltung für die Bern Meetings & Events AG.

SBK-Sprecher *Tom Berger* (FDP): Die SBK hat an der Sitzung vom 12. September 2022 zum einen das vorliegende Geschäft beraten, zum anderen aber auch die jährliche Berichterstattung von Bern Welcome gehabt, was eigentlich eine perfekte Symbiose gewesen ist. Mit dem vorliegenden Geschäft beantragt der Gemeinderat, die beiden Verträge, die wir mit der Bern Tourismus AG und der Bern Meetings & Events AG haben, um je vier Jahre zu verlängern. Der Kredit für die Bern Tourismus AG beträgt pro Jahr 900 000 Franken, der für die Bern Meetings & Events AG beläuft sich auf 370 000 Franken pro Jahr. Im Sinne der Einheit der Materie werden die beiden Verträge und somit auch die beiden Kredite zu einem Geschäft zusammengefasst. Da die Leistungsverträge über vier Jahre abgeschlossen werden, wird die Kreditsumme aufsummiert. Wir reden also von einer Gesamtkreditsumme von 5,08 Millionen Franken, die uns der Gemeinderat hier beantragt. Entsprechend unterliegt das Geschäft dem fakultativen Referendum. Inhaltlich sind die Verträge fast identisch, es hat minimste sprachliche Präzisierungen. Finanziell entsprechen die Verträge eins zu eins den bisherigen Verträgen, die die letzten vier Jahre gegolten haben. Obwohl die Verträge sowohl inhaltlich, als auch finanziell praktisch identisch sind zu den vorherigen Verträgen, ist das Geschäft in der SBK intensiv und auch kontrovers diskutiert worden. Die jeweiligen kritisierten Punkte, die die meisten Fragen aufgeworfen haben, finden Sie in den vorliegenden Anträgen wieder und ich gehe davon aus, dass die Antragstellenden diese entsprechend begründen werden, und nehme das jetzt nicht allzu stark in mein SBK-Votum auf.

Zum Vortrag des Gemeinderats: In den Kapiteln 2 und 3 wird Ihnen die Entwicklung von Bern Welcome sowie der touristischen Rahmenbedingungen der Stadt Bern aufgezeigt. Kapitel 4 zeigt noch einmal die Organisationsform von Bern Welcome. Kapitel 5 beschreibt den Austausch zwischen Bern Welcome und der Politik. Wie ich es eingangs bereits erwähnt habe, erstattet Bern Welcome einmal pro Jahr Bericht in der SBK. Zudem gibt es ja eine Begleitgruppe Tourismus und alle Interessierten hier im Rat können jederzeit an den Sitzungen teilnehmen. Die Begleitgruppe Tourismus trifft sich ebenfalls mindestens einmal pro Jahr mit Leuten von Bern Welcome und tauscht sich zu entsprechenden Fragen zur Tourismuspolitik oder zur Ausrichtung der Stadt Bern aus. Das zeigt, dass Bern Welcome sehr an einem engen Austausch mit uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern interessiert ist. Bern Welcome ist jederzeit offen für Inputs und Anregungen und wenn Sie Ideen oder Kritik haben, können Sie die dort jederzeit einbringen. Sehr spannend und wichtig finde ich persönlich, dass wir in Kapitel 6 einen Rückblick auf die laufende Vertragsperiode haben. In meinen Augen ist das sehr wichtig, dass wir die neuen Verträge, eigentlich basierend auf einer sauberen Analyse der bisherigen Verträge, so eingehen können.

Am relevantesten ist aber ganz klar Kapitel 7. In Kapitel 7 wird aufgezeigt, was in den nächsten vier Jahren mit den beiden neuen Leistungsverträgen angedacht ist und was Bern Welcome gedenkt, mit dem durch die Stadt Bern zur Verfügung gestellten Geld, das ein Teil des Gesamtbudgets von Bern Welcome ist, zu machen. Es ist ja nicht so, dass wir als Stadt Bern Welcome ganz alleine alimentieren. Die inhaltlichen Leitlinien bleiben unverändert. Es ist auch weiterhin das Ziel von Bern Welcome, dass Informationen, Dienstleistungen und Angebote auch uns – auch der lokalen Bevölkerung – einen Nutzen bringen. Bern Welcome wird auch weiterhin das Ziel verfolgen, die Stadt Bern national und international optimal zu positionieren, sich aber ganz bewusst nicht immer den Trends der Tourismusbranche zu fügen.

Zudem soll die Positionierung der Stadt Bern auch weiterhin primär über Produkte und Angebote erfolgen, das Marketing nimmt eine ergänzende Funktion ein. Und, das ist vielleicht etwas Wichtiges aus der SBK-Diskussion: Natürlich macht auch Bern Welcome Marketing, aber das Budget, das man hat, ist limitiert. Bern Welcome arbeitet dort sehr eng unter anderem mit Schweiz Tourismus zusammen und viele Werbeaktionen, auch für die Stadt Bern, laufen nachher auf dieser Schiene. Sehr wichtig ist der neue sogenannte Capital Convention Hub, der angedacht ist. Bei diesem Capital Convention Hub geht es darum, dass der Event- und Messeplatz Bern weiter gestärkt wird. Angedacht ist eine Interessengemeinschaft aus Bern Welcome, Kursaal Bern und Bernexpo, bei der es darum geht, das grosse Potenzial im sogenannten MICE-Bereich – also Meetings, Incentives, Conventions und Exhibitions – weiter zu stärken, vorhandenes Synergiepotenzial optimal auszuschöpfen und so zu einer optimalen Positionierung der Bundesstadt Bern auch in diesem Bereich beizutragen.

Die Rede im Vortrag ist von authentischen Formaten, die nach Bern geholt werden sollen. Das führt natürlich zwangsläufig zur Frage: Was ist dann ein authentisches Format? Man denkt beispielsweise an Veranstaltungen aus den Themenbereichen Klimaforschung, Welt-raumforschung, und, ganz bewusst, aber auch Spitzenmedizin, Bildung, Journalismus, Sport-politik und Kultur – also alles zusammen Themen, bei denen wir als Bundesstadt durchaus führend sein können, national und teilweise über die Landesgrenzen hinaus. Entsprechend gehören solche Veranstaltungen ganz klar auch in die Bundesstadt Bern. Bei meiner Vorbe-reitung auf das Geschäft in der SBK habe ich auch mit dem Verband HotellerieSuisse Bern und Mittelland einen engen Austausch gehabt. Sie haben mir bestätigt, dass sie sehr eng und sehr gut mit Bern Welcome zusammenarbeiten. Sie sind in unterschiedlichen Gremien von Bern Welcome aktiv beteiligt und können sich dort sehr gut einbringen, wenn sie das Gefühl haben, dass vielleicht noch etwas verbessert werden könnte.

In der Diskussion in der SBK ist seitens des Gemeinderats ausgeführt worden, dass nicht zuletzt dank der guten Arbeit von Bern Welcome in den letzten vier Jahren ein deutlich besse- rer und konstruktiverer Austausch innerhalb der Branche stattgefunden hat. Währenddem man bis vor kurzem noch sehr viel gegeneinander gearbeitet hat, eben beispielsweise beim Kursaal und bei Bernexpo, ist es jetzt ein Miteinander. Man hat gemeinsame Ziele und ist bereit, gemeinsam an diesen zu arbeiten und – wie ich es bereits erwähnt habe – man ist bereit, Synergien auszuschöpfen. Bern Welcome ist Austauschplattform und verbessert die Zusammenarbeit. Bern Welcome ist zudem als Frontrunnerin der Schweiz bezeichnet worden, wenn es darum geht, den Nachhaltigkeitsgedanken auch im Tourismus zu verankern. In der SBK ist diskutiert worden, ob es sinnvoll und zeitgemäss ist, dass wir mit Bern Welcome zwei separate Leistungsverträge haben. Das ist ganz klar zu einem gewissen Grad historisch ge- wachsen. Ein paar von Ihnen mögen sich vielleicht erinnern, welche Situation wir vor Bern Welcome hatte, mit einer Vielzahl von Organisationen, die dann unter dem Dach Bern Wel- come zusammengefasst worden sind. Es ist noch nicht geprüft worden, ob es eines Tages nur noch einen Leistungsvertrag braucht, aber es ist jetzt auch nicht irgendwie als negativ eingestuft worden, dass wir zwei verschiedene Leistungsverträge haben. Ein weiterer Diskussions- punkt in der SBK ist die Doppelrolle der Stadt Bern gewesen. Die Stadt Bern ist auf der einen Seite Aktionärin bei Bern Welcome, auf der anderen Seite ist sie Auftraggeberin mit diesen Leistungsverträgen. Dort hat uns die Verwaltung darauf hingewiesen, dass eine solche Dop- pelrolle an sehr vielen Orten besteht. Beispielsweise in der Kultur ist die Stadt Bern auch sehr häufig in den Stiftungsräten vertreten und hat gleichzeitig einen Kulturleistungsvertrag. Und was ganz wichtig ist zu erwähnen: Die Stadt Bern ist alles andere als Mehrheitsaktionärin von Bern Welcome, weswegen die Doppelrolle als absolut unproblematisch eingestuft wird. Die Leistungsverträge, die uns vorliegen, entsprechen den Standard-Leistungsverträgen, die die Stadt Bern hat. Das heisst, es hat auch in diesen Leistungsverträgen beispielsweise eine Klausel zur Gleichstellung – der Gleichstellungsartikel. Auf Rückfrage ist hier seitens von der

Verwaltung bestätigt worden, dass auch bei Bern Welcome regelmässig Kontrollen durchgeführt werden, etwa über die Einhaltung der Lohngleichheit.

Die Rückweisungsanträge, die heute auch dem Parlament vorliegen, sind verdankenswerterweise bereits der SBK vorgelegen. Das heisst, die SBK hat als Kommission die Möglichkeit gehabt, sie zu diskutieren. Es geht um die Frage, ob und, wenn ja, in welchem Umfang die Stadt Bern auch im Ausland so beworben werden kann. Es ist klar festzuhalten, dass in den heute vorliegenden Leistungsverträgen nirgends steht, dass Bern Welcome nicht so Werbung machen kann. Es ist aber, wie ich bereits erwähnt habe, auch informiert worden, dass das Budget von Bern Welcome selber limitiert ist, was per se keine grossen Kampagnen im Ausland zulassen würde, dass es aber möglich ist, dass Bern Welcome bei anderen Organisationen, wie eben beispielsweise Schweiz Tourismus, so Werbemassnahmen einkaufen könnte – natürlich immer ganz klar unter Einhaltung der Rahmenbedingungen, die man hat, und der Zielsetzung, die ich bereits erwähnt habe, dass der Nachhaltigkeitsgedanke auch im Tourismus zentral ist.

In der SBK ist zudem Kritik am geplanten Capital Convention Hub aufgekommen. Es ist die Frage gestellt worden, ob er überhaupt notwendig ist, und es ist auch hier über Nachhaltigkeit und Klima diskutiert worden. Die Verwaltung hat ganz klar darauf hingewiesen, dass es für uns als Bundesstadt Bern wichtig ist, dass wir uns optimal zwischen den grossen Wirtschaftsräumen Zürich und Arc lémanique positionieren und dass eigentlich genau der Bereich mit den Messen und den Events eine Nische oder ein Wirtschaftszweig ist, wo wir als Bundesstaat Stärken haben, wo wir uns optimal im nationalen Umfeld positionieren können, und dass der Capital Convention Hub ein sehr wichtiges Puzzleteil ist für den Wirtschaftsstandort Bern. Immerhin hängen rund fünf Prozent der Arbeitsstellen hier in der Stadt direkt oder indirekt mit dem Tourismus zusammen, was man auch in Zeiten von angespannten Stadtfinanzen nicht vergessen darf.

Die SBK beantragt Ihnen den Rückweisungsantrag und den Eventualantrag zum Rückweisungsantrag klar zur Ablehnung. Bei den Leistungsverträgen und somit der Kreditsumme, die beantragt ist, empfiehlt Ihnen die SBK, diesen ohne Anpassung und ohne Kürzung zuzustimmen. Der Antrag auf Kürzung des Betrags beim einen Vertrag ist der SBK in dieser Form noch nicht vorgelegen und entsprechend kann ich Ihnen dort keine Empfehlung namens der SBK abgeben.

Antragsteller *Alexander Feuz* (SVP): Die Antragsbegründung und das Fraktionsvotum nehme ich zusammen. Ich kann vorausschicken: Den Antrag des GB lehnen wir klar ab. Die SVP hat sich immer eingesetzt für Tourismus. Sie würden es vielleicht finden, diejenigen, die schon länger im Rat sind: Ich habe sogar einmal ein bisschen länger reden müssen, weil ein paar nicht da gewesen sind – ich glaube von der FDP – und etwas länger beim Nachtessen gewesen sind, dass wir nachher die Mehrheit hatten. Ich habe mich immer klar für den Tourismus eingesetzt. Ich habe gewisse Wurzeln, die meisten von Ihnen kennen mich ja. Ich bin einer, der gerne gut isst, und mein Vorfahre, mein Urgrossvater, ist Wirt gewesen im Restaurant Wilder Mann – das ist dort, wo jetzt der Ryfflihof ist – und vielleicht hat halt der Name ein bisschen auf mich abgefärbt. Ich setze mich klar für Konsequenz in der Politik ein, aber ich sage auch ganz klar: Dort, wo mich der Schuh drückt, sage ich etwas.

Vielleicht gerade zuerst etwas zu den Rückweisungsanträgen, um den Leuten vielleicht auch ein bisschen den Schrecken zu nehmen davor: Ich begründe diese, denn ich habe nämlich die Hoffnung gehabt, dass – ich sage das gerade ehrlich –, wenn ich den Rückweisungsantrag stelle, der Gemeinderat entsprechend doch gewisse Zugeständnisse machen würde, dass ich die Rückweisungsanträge nachher zurückziehen kann, denn ich will nicht im geringsten, dass die Kredite gefährdet sind. Aber es ist für mich einfach wichtig, dass man die Werbung und das Marketing auf alle Touristenkreise macht und sich nicht zu stark fokussiert. Ich komme

auf das zurück. Leider sind meine Erwartungen nicht erfüllt worden. Ich habe die Rückweisanträge noch lassen stehen, aber ich habe mich nachher entschlossen, mit der Fraktion zusammen, dass wir die nachher zurückziehen. Aber die Ergänzungsanträge, die behalten wir aufrecht. Wenn der Gemeinderat hier noch grössere Zugeständnisse machen würde, würde ich über das mit mir reden lassen.

Ich komme jetzt darauf zurück, wieso ich gewisse Probleme habe mit der Strategie. Ich habe überhaupt kein Problem mit der Nachhaltigkeit. Ich finde es auch gut, dass man sich fokussiert auf Nachbarländer. Das ist für mich wichtig, aber nicht so eng, wie es ist. Und jetzt komme ich eben zum Geschäftsbericht: Wenn Sie den Geschäftsbericht lesen auf Seite 11 – ich habe schon Reto Nause darauf angesprochen – wenn Sie dort auf Seite 11 sehen, auf was man sich effektiv konzentriert, dann ist der Fokus schon sehr eng und das ist eben das, was uns nicht passt. Ich kann Ihnen das gerade vorlesen im Geschäftsbericht, da heisst es: «Im Fokus steht das Gebiet von sechs Anreisestunden mit dem öffentlichen Verkehr.» Dort haben Sie den Fokus auf das gerichtet. Ich bin einfach der Meinung, Sie dürfen kein Klumpenrisiko machen. Sie sehen es selber in der Antragsbegründung. Ich finde es auch falsch, wenn sich dann Interlaken vornehmlich auf das Segment Katar, Saudi-Arabien und Iran konzentriert, das ist auch falsch – oder wenn Andermatt stark oder fast hauptsächlich auf die indischen Touristen setzt, das ist auch falsch. Man darf nicht alle Eier in ein Körbchen legen. Ich bin der Meinung, es sind alles Segmente. Ich bin absolut kein Anhänger eines Massen-Car-Tourismus, bei dem die Leute nur kurz in Bern sind. Ich sehe eben eine Chance, dass die Leute Bern als Etappenort wählen würden, um die Schweiz kennenzulernen. Ich rufe in Erinnerung die Grand Tour, bei der insbesondere Individualtouristen mit Auto und Motorrad die Schweiz kennenlernen. Da ist natürlich Bern ein idealer Standort. Dann können Sie einmal so etwas machen wie Gstaad – Col du Pillon – Montreux. Sie können auch über die Innerschweiz gehen: Grimsel – Furkapass oder was auch immer. Sie können auch an den Bodensee gehen. Das sind alles Sachen, die man machen kann. Lachen Sie nicht! Das sind dann eben Touristen, die etwas liegen lassen, und ich habe das Gefühl, wenn ich von Freiburg im Breisgau nach Bern komme, dann gehe ich vielleicht am Abend sogar wieder zurück, dann muss ich gar nicht hier übernachten. Das ist eben genau die Fokussierung: Ich sage, man muss die Augen offen haben. Ich denke aber auch an Touristen aus höheren Segmenten, aus dem asiatischen Raum, und zwar nicht der Massentourist, sondern vielleicht eben Inder oder Leute aus China – da kommen jetzt zwar weniger – oder aus Malaysia oder Australien, die Individualferien machen. Die darf man nicht völlig vernachlässigen. Und jetzt eben mit dieser Fokussierung – das habe ich schon Reto Nause gesagt – steht drin, dass man mit dem ÖV anreist. Ich bin der Meinung, Sie müssen das offenlassen.

Sie haben auch gesehen, die Hauptanträge, die gehen weiter, und die Eventualanträge – zu diesen komme ich jetzt – die sind also wirklich ziemlich harmlos und zahnlos. Also wenn Sie dann noch sagen: «Unter dem Vorbehalt, dass Bern Welcome sich im Rahmen seines Leistungsauftrags für die Belange und Bedürfnisse des gesamten Tourismus einsetzt» – ich habe gesagt, des gesamten Tourismus! – «dazu gehört unter anderem auch die Bearbeitung und Zusammenarbeit mit Fernmärkten und die Bewerbung der mit Privatfahrzeug anreisenden Individualtouristen, insbesondere im Hinblick auf das Projekt Grand Tour von Schweiz Tourismus.» Und jetzt kommt noch der nächste Satz, das ist wieder Gummi, das sage ich Ihnen ganz ehrlich: «... soweit sich dies für Bern als sinnvoll erweist.» Also da bin ich Ihnen wirklich maximal entgegengekommen. Das ist der Eventualantrag. Lassen Sie sich den nochmals auf der Zunge zergehen. Das ist jetzt also wirklich Weichspüler bis zum Gehnichts mehr. Wenn man denn das nicht will – nämlich sagen, wir wollen auch Ferntouristen etwas bearbeiten und Individualtouristen dort, wo es sinnvoller ist – wenn man nicht einmal das will, dann wird der Feuz – vielleicht bin ich der einzige der Fraktion, aber da stehe ich dazu – dann stimme ich dann wahrscheinlich Nein oder enthalte mich. Wenn Sie nicht einmal das wollen, dann weiss

ich auch nicht. Da gehen wir nach Freiburg im Breisgau, um zu werben für Velotouristen und ÖV-Touristen, und dann kommt wieder so ein deutscher Politiker, der sagt, man müsse die Schweiz boykottieren – gehen Sie nicht mehr in die Schweiz oder was auch immer. Ich erinnere an Adolf Hitler und Österreich: Die, die 1936/37 nach Österreich gehen wollten, die haben 1000 Franken Kautions hinterlegen müssen, dass sie dorthin gehen konnten. Wenn dann die Deutschen so etwas machen und man sieht, wie sie sie plagen – die, die reisen oder was auch immer – wenn sie dann irgendwie Schikanen machen, kommen dann plötzlich keine Leute mehr von dort, und darum ist eine solche einseitige Strategie nicht gut. Ich hoffe nicht, dass es so kommt, aber es ist alles möglich, und da bin ich wirklich der Meinung, man muss die Augen offen haben und das machen.

Zum Hauptantrag: Ich sage Ihnen ganz ehrlich, der geht ein bisschen weiter, da stehe ich dazu. Das ist eigentlich der, der mir passen würde: «... unter Vorbehalt, dass Bern Welcome sich im Rahmen seines Leistungsauftrags für die Belange des Tourismus einsetzt, dazu gehört unter anderem auch die Bearbeitung und Zusammenarbeit mit Fernmärkten und insbesondere das Projekt Grand Tour von Schweiz Tourismus.» Hier habe ich das Sätzlein «soweit sich das für Bern als sinnvoll erweist» weggelassen. Der Hauptantrag ist das, was eigentlich unser Blut ist, aber das andere, damit kann ich leben, wenn man doch ein Zeichen macht. Das ist wirklich eine Floskel, völlig harmlos, und wenn Sie die ablehnen, gehe ich wirklich davon aus, dass der Individualtourist mit dem Auto ein Kind des Teufels ist und dass man auch Ferntouristen nicht haben will. Ich habe einfach ein bisschen Schwierigkeiten, wenn man es mit Ökologie begründet, wenn der Stadtpräsident selber auch nach Georgien reist. Ich finde es ein wunderschönes Land, ich bin auch gerne dort gewesen. Ich bin einfach immer der, der nicht gerne hat, wenn man mir etwas verbietet und es selber dann macht. Wasser predigen und Wein trinken, das habe ich nicht gerne. Das ist für mich der Punkt, das geht einfach nicht auf. Ich will nicht verzichten auf das Autofahren, damit die Direktion und die Gemeinderäte in der Welt herumfliegen können, um irgendwelche Sachen zu machen. Da bin ich der Meinung, das geht eben nicht, dann müssen wir eine Gesamt-Ökobilanz machen. Ich weiss, es hat auch Stadtratsmitglieder gehabt, die ÖV-mässig nach Georgien gegangen sind. Es geht zwar lange, es geht vier Tage, aber es ist machbar und bewältigbar und im Sinn der Vorbildfunktion und der überwiesenen Motion des GB hätte ich das erwartet.

Ich komme wieder zurück auf das Geschäft. Sie sehen, wir sind nach wie vor klar für Bern Tourismus, darum lehnen wir auch ganz klar den Kürzungsantrag ab. Aber wenn Sie die Sache jetzt anschauen, lesen Sie es noch einmal: «Soweit sich das für die Stadt Bern als sinnvoll erweist.» Also wenn Sie dem nicht zustimmen können, dann habe ich also die grössten Probleme. Der Tourismus umfasst alle Segmente. Ich bin auch für einen nachhaltigen Tourismus, da habe ich überhaupt kein Problem. Es hat gute Ansätze in dem Bericht drin, aber ich suche halt die Punkte heraus, bei denen ich der Meinung bin, dass sie falsch sind und man sich etwas verbaut. Und dann müssen Sie auch ganz klar die Zielgruppe sehen: Wenn man die Sache anschaut – eben die Grand Tour, das ist ein Projekt, das von Schweiz Tourismus angestossen wird – dann sollte man ja auf dieser Kampagne, die läuft, minim aufbauen und sie nicht gerade bekämpfen. Und wenn Leute dann nach Bern anrufen und fragen, in welches Hotel könnten wir gehen, eins, wo vielleicht ein Garage in der Nähe ist – das wären jetzt, ohne Werbung zu machen, der Kursaal oder das Bellevue oder was immer, dort haben die Leute, die mit dem Auto anreisen, eine gute Unterkunft, das ist dann wahrscheinlich an einem anderen Ort ein bisschen schwieriger, das ist mir auch klar – dann muss man auf das eingehen. Und dann muss man eben auch schauen mit der Kaufkraft: Was lassen die Leute liegen pro Kopf und pro Land? Da sieht man, welche Länder voraus sind und welche am Schluss sind. Das sind eben dann die Leute aus Deutschland. Das ist ja auch klar, wenn man dort wohnt, in Freiburg im Breisgau, dann geht man vielleicht am Abend wieder zurück. Diese Leute müssen nicht so lange in Bern sein. Das sind alles Punkte, die ich erwähnen muss. Und

denken Sie immer daran: Wenn man dann hineinfunkt und uns schadet, mit dem Herrn Steinbrück, mit der Kavallerie oder was auch immer – ich finde immer, eine Fokussierung ist gefährlich. Man muss die Augen offen haben. Die Leute, die von Übersee nach Europa gekommen sind, die sind bereits da, dann muss man sie nachher auch nach Bern holen. Ökologisch fällt dann wahrscheinlich die Fahrt nach Bern mit dem Zug oder mit dem Mietauto oder was auch immer, wenn sie von Frankfurt oder München kommen, nicht mehr so ins Gewicht. Ich will nicht einen Massentourismus, bei dem teilweise mit Charter Leute von irgendwelchen indischen Grossstädten hereinkommen, das will ich nicht, aber dass man die Sache offenlässt. Und denken Sie daran: Wir haben Konkurrenten, wir haben Montreux, Luzern oder Zürich. Dann gehen halt die Leute nachher dorthin, und wenn man das halt nicht will, dann werde ich die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Noch einmal: Unsere Anträge stehen nicht im Widerspruch zum nachhaltigen Tourismus. Sie ergänzen sich vielmehr, indem wir die Leute aus Übersee, die da sind, eben nach Bern umleiten. In dem Sinn bitte ich Sie, die Anträge, insbesondere auch den Eventualantrag – dem Hauptantrag können Sie wahrscheinlich nicht zustimmen – zu unterstützen. Ich bitte Sie auch, zuhanden des Protokolls zur Kenntnis zu nehmen, dass ich **den Rückweisungsantrag zurückgezogen** habe.

Antragstellerin *Lea Bill* (GB): Auch ich werde mir erlauben, gleichzeitig auch das Fraktionsvotum zu machen. Es ist kein Geheimnis, wenn ich Ihnen erzähle, dass die GB/JA!-Fraktion seit jeher skeptisch ist gegenüber Bern Welcome und gegenüber dem ganzen Konstrukt. Aber wirklich, ich muss sagen, aus diametral anderen Gründen als mein Vorredner. Zum einen haben wir immer wieder den Eindruck, dass Bern Welcome es bis heute nicht wirklich geschafft hat, den Aufgabenbereich, das Profil klar abzustecken. Das hat zur Folge, dass unzählige Vorstellungen vorliegen, was Bern Welcome macht und was sie noch machen könnten. Es ist von grundsätzlicher strategischer Neuausrichtung im Tourismus die Rede. Sie machen Veranstaltungskalender, sie sind Anlaufstelle für Expats, sollten aber auch Angebote machen für Bernerinnen und Berner. Das ist ein sehr breites Feld, da verliert man sich auch sehr schnell. Zum anderen, zum Konstrukt selber: Bern Welcome als Dach der Bern Tourismus AG und der Bern Meetings & Events AG – das sind drei AG, bei denen auch mehr oder weniger die gleichen Leute zeichnungsberechtigt sind, mit der Stadt als Aktionärin. Der Kommissionsprecher hat zwar gesagt, es ist alles überhaupt kein Problem. Wir finden aber doch, das ist alles sehr komplex, wenn die Stadt auch Aktionärin ist und gleichzeitig Geldgeberin via Leistungsvertrag. Das ist komplex und auch entsprechend schwer nachvollziehbar. Es macht es auch nicht wahnsinnig viel einfacher, wenn jetzt noch etwas Neues dazukommt, der sogenannte Capital Convention Hub Bern, der ein weiteres Puzzleteil ist im ganzen Konglomerat. Das macht es sicher nicht übersichtlicher, im Gegenteil. Das Ganze scheint der GB/JA!-Fraktion wenn nicht rechtlich, dann zumindest politisch und transparenzmässig eher bedenklich zu sein. Wir sind auch der Meinung, dass es hier eine Klärung braucht. Daher kommt unsere Skepsis gegenüber Bern Welcome und gegenüber dem ganzen Konstrukt.

Wo wir aber einig sind mit Bern Welcome und mit dem Gemeinderat, ist, den Fokus auf Heim- und Nahmärkte zu legen und darauf, nachhaltigen Tourismus zu betreiben – und dass Tourismus eben nicht heisst, dass man in einem Car herangekarrt wird, für eine Stunde oder zwei aussteigt und dann wieder zurück in den Car steigt und die nächste Stadt fährt. Für uns ist es ganz klar, dass in Anbetracht der Klimakrise eine radikale Abkehr von unnötiger Mobilität erfolgen muss. Das beinhaltet eben auch, dass unnötige Mobilität nicht angekurbelt werden soll, sondern dass wir andere Wege finden müssen, und das muss auch im Tourismus stattfinden. In diesem Zusammenhang ist es für uns so, dass der Gemeinderat und auch Bern Welcome zu wenig konsequent sind, weil sie nämlich neben dem Fokus, den wir durchaus unterstützen – dem Fokus auf Nahmärkte – den Fokus eben doch auch auf die internationale Event- und Ausstellungsbranche legen, die sie – ich weiss es nicht genau – retten wollen oder so, über-

spitzt gesagt. Sie wollen konkret halt eben auch die Bern Meetings & Events AG im Boot haben. Es ist uns auch klar, dass die Branche mit Covid-19 gelitten hat, aber wir müssen ganz ehrlich gesagt auch sagen, die Branche ist vorher schon nicht in einem guten Zustand gewesen, und es scheint uns falsch, sich jetzt hier zum Ziel zu setzen, die internationale Events- und Ausstellungsstadt der Schweiz zu werden. Dort sehen wir wirklich nicht, wieso das auch noch ökologisch und nachhaltig sinnvoll sein sollte. Und ja, es kann sein, dass sich die Stadt Bern als Tagungsort unter ihrem Wert verkauft, aber Sie können doch nicht im Ernst der Meinung sein, dass Marketing in einem Eventbereich noch ökologisch und nachhaltig sinnvoll sein kann, gerade wenn man das anschaut mit der unnötigen Mobilität. Aus der Sicht der GB/JA!-Fraktion muss sich die Stadt Bern und muss sich Bern Welcome irgendwann entscheiden: Wollen wir uns wirklich einem nachhaltigen Tourismus verschreiben – und das heisst halt einfach auch, dass es eine Umstrukturierung von der Wirtschaft zur Tourismusbranche braucht – oder geht es uns eigentlich in erster Linie doch nur darum, möglichst viel Geld zu generieren, und das heisst dementsprechend aber auch, den grössten Teil des bisherigen Systems aufrechtzuerhalten? Das würde nämlich gleichzeitig auch heissen – mein Vordredner hat es gezeigt – dass wir nicht gegen Car-Tourismus oder Massentourismus sind, weil er nicht nachhaltig ist, was eigentlich Bern Welcome immer sagt, sondern wir sind einfach dagegen, weil es für uns zu wenig Wertschöpfung generiert und die Leute nicht hier übernachten und nicht hier in Restaurants gehen. Aber ob die jetzt mit dem riesen Car kommen oder nicht, ist uns eigentlich egal. Das ist eher ein bisschen schwierig aus unserer Sicht – und scheinheilig. Die GB/JA!-Fraktion findet es sinnvoll, wenn wir öffentliche Gelder dort investieren, wo Bern Welcome wirklich eine Lenkungsfunktion einnehmen kann, und das kann sie über die Tourismus AG machen. Aber da steht einfach die Bern Meetings & Events AG schräg in der Landschaft. Das ist auch der Grund, wieso wir den vorliegenden Antrag eingereicht haben, der fordert, dass wir den Verpflichtungskredit um den Beitrag für die Bern Meetings & Events AG kürzen.

Neben den bereits erwähnten Argumenten noch das: Wir reden ja hier in diesem Raum immer wieder darüber, dass die Stadt Bern begrenzte finanzielle Mittel hat. Hier appelliere ich vor allem auch an die SP/JUSO- und die GFL/EVP-Fraktion: Es kann doch nicht in Ihrem Sinn sein, dass wir das Geld, das jetzt angeblich so wahnsinnig knapp ist, nachher auch noch in einen Zusammenschluss geben, also konkret in den Capital Convention Hub Bern, von dem hauptsächlich private Unternehmen profitieren, konkret Bernexpo oder der Kursaal. Nachdem wir schon sehr viel Geld ausgegeben haben für die neue Festhalle und dieses vor allem der Bernexpo zugutegekommen ist, frage ich mich schon, ob das tatsächlich Ihre Definition von Service Public ist – also einfach das Finanzieren von privaten Unternehmen wie Bernexpo, so ganz unter dem Motto: Die Kosten dem Staat, der Gewinn privat. Da sind wir ganz klar der Meinung, dass das nicht sein kann, und wir zählen auf die Unterstützung insbesondere derer, die sich doch immer für einen starken Service Public einsetzen. Wir finden, der soll wirklich auch der gesamten Bevölkerung zugutekommen und nicht nur den privaten Unternehmen.

Zum Schluss noch ein paar grundsätzliche Worte zum Geschäft. Wie gesagt unterstützen wir die angestrebte Neuausrichtung des Tourismus in der Stadt Bern. Aber es ist so, dass wir in der Umsetzung in den letzten Jahren immer wieder grosse Fragezeichen gesehen haben. Uns scheint das Fuder da wirklich überladen zu sein. Bern Welcome macht irgendwie alles, hat man manchmal das Gefühl. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass es jetzt nicht so ist, dass es wahnsinnig gut gekommen wäre, weil man eben irgendwie alles macht. Die Definition von Nachhaltigkeit steht in diesem Zusammenhang auch für uns zu fest in der Schwebel. Es braucht hier irgendeinen bewussten Umgang der Verantwortlichen mit diesem Widerspruch zwischen dem Dogma des Standortmarketings und einem ernsthaft nachhaltigen Ansatz. Da sehen wir irgendwie nicht so ganz, wie das aufgehen soll. Plus – wie ich es auch schon gesagt habe – ist das Konstrukt von Bern Welcome doch eher abenteuerlich und meistens in-

transparent. Dementsprechend ist es auch so, dass sich die GB/JA!-Fraktion bei diesen Verpflichtungskrediten enthalten wird, insbesondere wenn unser Antrag abgelehnt wird. Und selbstredend werden wir die Anträge der SVP ablehnen, denn anders als sie sind wir sehr einverstanden damit, dass man sich auf Nah- und Heimmärkte konzentriert.

Fraktionserklärungen

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: «Im August haben in den Stadtberner Hotels so viele Touristinnen und Touristen übernachtet wie noch nie. Mit 95 346 Hotellerie-Übernachtungen wurde ein monatlicher Allzeithöchststand erreicht.» So hat der Bund am 6. Oktober dieses Jahres berichtet. All diese Gäste haben über Bern Welcome die Übernachtungsabgabe bezahlt, das Bern Ticket bezogen, vielleicht noch einen Stadtplan und weitere Infos bei der Tourist Information geholt und was weiss ich noch mehr. Zusätzlich haben sie natürlich auch gegessen in Restaurants und vieles mehr. Aber auch etwas anderes hat sich ereignet: Im September hat meine Mutter mit dem Frauenverein ihres Dorfs einen Ausflug nach Bern gemacht, mit einer Stadtführung von Bern Welcome. Ebenfalls im September haben die Swiss Skills stattgefunden, mit über 1000 Lernenden und einem Mehrfachen an Experten, Helfern etc. Die Organisation der Unterbringung all dieser Leute ist eine Herkules-Leistung gewesen. Das ist nur eine kleine Auswahl, um zu zeigen, wie vielfältig die Leistungen von Bern Welcome sind. Darum hat der Gemeinderat letztes Jahr den Konkurs von Bern Welcome mit einem Darlehen verhindert. Die Stadt braucht eine Organisation, die alles abwickelt, was für den Tourismus in Bern nötig ist. Bern Welcome übernimmt das und zeigt die Gastfreundschaft unserer Stadt. Wie wir jetzt aber in den Anträgen und Diskussionen sehen, gibt es fast von allen Seiten her Unzufriedenheit darüber, wie Bern Welcome seine Aufgabe ausführt – oder wie man das Gefühl hat, dass sie sie ausführt. Ich bin selber nicht im Tourismus-Gastgewerbe tätig und masse mir auch nicht an, denen, die da tätig sind, sagen zu wollen, was sie im Alltagsgeschäft anders machen sollen. Aber ich freue mich sehr über die Schönheit unserer Stadt und dass Touristen kommen, die sich auch daran freuen. Ob sie mit dem Flugzeug oder mit dem Zug anreisen, ist nur beschränkt zu beeinflussen. Wenn ich sehe, wie viel die Schweizer in der Weltgeschichte herumjetten, will ich auch nicht anderen Leuten auf der Welt vorschreiben, dass sie das nicht machen sollten. Aber Bern Welcome hat, so viel ich weiss, noch nie Werbung in Fernost gemacht. Die internationale Bewerbung macht keine Stadt selber, Schweiz Tourismus übernimmt das für die ganze Schweiz. Somit sind die Anträge der SVP völlig unnötig. Kongresse sind häufig für ein Schweizer oder ein europäisches Publikum und generieren nicht per se unnötige Emissionen. Darum lehnen wir auch den GB/JA!-Antrag ab. Wir dürfen nicht vergessen, dass gerade im Tourismus und Gastgewerbe viele Arbeitsstellen für wenig qualifizierte Personen sind. Wir stimmen also dem Kredit für die Leistungsverträge zu.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Vorab kann ich namens der FDP/JF-Fraktion sagen, dass wir dem Kredit zustimmen werden. Es geht nicht an, dass man der Organisation, die Geschäfte akquiriert und Bern vermarktet, den Sauerstoff abstellt. Wir haben Bern Welcome immer unterstützt und werden das auch dieses Mal machen, denn das, was Bern Welcome macht, davon leben eigentlich sehr viele. Da gibt es Arbeitsstellen und es werden Einnahmen generiert, die bestenfalls auch in einen höheren Steuerertrag münden. Und, Lea Bill, Geld muss zuerst verdient werden, bevor man es ausgibt – und im Ausgeben ist die Stadt Bern extrem gut. Wir erlauben uns trotz aller Unterstützung einige kritische Voten, und zwar auch zuhänden von Bern Welcome, oder vielleicht auch eine Anregung zuhänden von Bern Welcome und auch zuhänden der Stadtratsmehrheit und des Gemeinderats.

Ich fange mit ein paar Schlagwörtern an: Meret Oppenheim, Max Bill, Gurlitt, Gurlitt – eine Bilanz, Abegg-Stiftung etc. – Ausstellungen von Weltklasse, das ist nicht übertrieben, die ein-

fach aus meiner Sicht nicht vermarktet werden und bei denen das Potenzial nicht ausgeschöpft wird. Ich verstehe es nicht. Ich verstehe, dass viel von Bern – also nicht von Bern Tourismus oder von Bern Welcome – vermarktet werden kann. Aber da kann man sicher auch eine Verbindung machen, auch mit diesen Events, die man hier nach Bern ziehen will, dass man irgendein Päckchen findet. Denn diese posten alles auf Instagram, da wird Bern auch in ein anderes Licht gestellt und da verkaufen wir uns aus meiner Sicht ein bisschen schlecht. Und vor allem das: Die Ausstellungen, die ziehen Publikum an, das zahlungskräftig ist, bereit ist, meistens in Bern zu übernachten, und das noch irgendwie verbindet mit einem guten Essen und bestenfalls auch noch mit Shopping. Und diese Gäste, die holen Sie nicht am Gare de Lion ab und sagen ihnen: Ah, übrigens, in Bern hat es noch eine Gurlitt-Ausstellung. Die holen Sie sehr wahrscheinlich in den USA vorher ab, aber dort müssen Sie eben trotzdem ein bisschen Werbung machen, und ich weiss, was Werbung bei Google Ads kostet. Das kann man sich zum Teil auch gut leisten.

Wie gesagt: Die jetzige Strategie ist sehr viel auf das Velo ausgerichtet. Das ist gut, das kann man machen. Aber ob das die sind, die hier das Geld liegen lassen, bin ich nicht so sicher. Meistens habe ich die Velofahrer so kennengelernt, dass sie vor allem ihre Proteinsakes trinken und vor allem der Thömu davon profitiert, aber gross shoppen – sie können es ja gar nicht mittragen. Und gross gegessen wird auch nicht, weil man ja schliesslich auf die Kilos achten muss. Weiter finde ich einfach auch schade, dass die beiden Fünfsternehotels, die wir in der Stadt Bern haben, nicht mehr Mitglied sind und sich auch von jemand anderem vermarkten lassen. Es wäre schön, wenn wir die wieder ins Boot holen würden, denn genau die könnten so ein Publikum ansprechen. Europa wird in nächster Zeit, sofern der Krieg in der Ukraine nicht eskaliert, sehr viele US-Touristen empfangen oder solche, die vor allem mit Dollars unterwegs sind. Warum? Der Dollar und der Euro sind paritätisch. Es ist für US-Touristen oder für die, die eben mit der Dollar-Währung unterwegs sind, wieder günstig, nach Europa zu reisen, und genau diese Touristen müssen wir halt auch holen. Und die müssen wir irgendwie nach Bern umleiten können. Wie gesagt: Alleine für Bern fliegt niemand über den Teich. Aber die irgendwie auch noch zu holen, das wäre sicher sinnvoll, sie sind ja sowieso schon in Europa.

Sie sagen vielleicht: Ja, das mit dieser Kultur, was soll das und überhaupt? Ich bin jetzt in den Ferien in Madrid gewesen, unter anderem, und habe zwei Ausstellungen besucht. In der einen Ausstellung sind mindestens 30 Prozent aus dem Ausland gewesen. Und so etwas, bin ich der Meinung, können wir hier auch schaffen. Und, wenn wir schon dabei sind, wegen dem Reisen: Ich gebe zu, ich bin in den Herbstferien im Ausland gewesen, so wie gefühlt 70 Prozent dieses Stadtrats und des Gemeinderats. Selbstverständlich sind wir alle mit dem Velo unterwegs gewesen – ich hoffe, dass die Protokoll-Software auch Ironie versteht. Die Flughäfen sind randvoll gewesen und es sind mit Sicherheit nicht nur Bürgerliche unterwegs gewesen. Ich finde daher die moralischen Ausführungen, die zwar nett gemeint sind, auch ein bisschen heuchlerisch, denn die Realität ist eine andere, und wenn ich sehe, wer hier vom Stadtrat und vom Gemeinderat alles unterwegs gewesen ist, finde ich das schon fast ein bisschen belustigend.

Und jetzt noch eine Bemerkung zu den Leistungsverträgen: Diese sind zwar hier nicht Thema vom Inhalt her, aber einfach nur so, als Denkanstoss. Sie halten fest, dass der Betrag der Stadt Bern nicht der Teuerung unterliegt. So weit, so gut. In den Leistungsverträgen steht aber auch, dass die Leistungsempfänger den Arbeitnehmenden im Vergleich zur Stadt gleichwertige Anstellungsbedingungen garantieren – garantieren! Merken Sie etwas? Genau, irgendwann tut sich dann die Schere auf zwischen Einnahmen und Ausgaben. Und wenn Bern Welcome die gleichen Arbeitsbedingungen wie die Stadt Bern garantieren muss, dann haben sie irgendwann ein Problem, nämlich zu viele Fixkosten.

Zu den einzelnen Anträgen: Die SVP-Anträge sind zwar gut gemeint, aber die Branche unterstützt sie leider auch nicht mehr. Also wir werden sie nicht unterstützen. Den Antrag GB/JA! betreffend die Bern Meetings & Events AG lehnen wir ab. Auch die Bern Meetings & Events AG trägt dazu bei, dass alle davon profitieren – also Hotels, Restaurants, Arbeitnehmende. Die Begründung ist fernab von jeglicher Realität und wenn für die Fraktion GB/JA! Bern Welcome ein kompliziertes Konstrukt ist, dann muss ja die Vorlage Viererfeld super komplex sein. Wie gesagt, wir unterstützen den Betrag und werden alle sonstigen Anträge ablehnen.

Sara Schmid (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Gerade vorweg – die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit für die Weiterführung der beiden Leistungsverträge für 2023 bis 2026 mit der Bern Tourismus AG und der Bern Meetings & Events AG zu. Es ist gesagt worden, die Ausrichtung sei diffus. Ich kann sagen, wir begrüßen die neue Ausrichtung, die Bern Welcome in den letzten Jahren, trotz Pandemieherausforderungen, eingeschlagen hat und weiterverfolgt. Ich möchte ein paar positive Aspekte hervorheben. Es ist schon gesagt worden, die Strategie, die sich auf Nachhaltigkeit ausrichtet, auf eine breite Wertschöpfung und eben auf die Nahmärkte, die finden wir sinnvoll und zukunftsgerichtet. Auch die Entwicklung von Bern Welcome von einer reinen Marketingorganisation zu einer Vernetzungs- und Angebotsorganisation, aber auch die Verfolgung eines integrativen Ansatzes, zum Beispiel im Umgang mit den Teilregionen der Destination Bern, finden wir richtig. Und was ich auch sehr wichtig finde, sind die authentischen Angebote, die eben nicht nur für Gäste angeboten werden sollen, sondern auch für die Bevölkerung. Von diesem Fokus profitieren nicht, wie gesagt wurde, nur die Gäste – ein Beispiel sind die Radwanderrouten, die schon genannt worden sind –, sondern eben auch die Berner Bevölkerung. Ein anderes Beispiel ist der Verein StadtLand, mit dem Bern Welcome einen Leistungsvertrag gemacht hat. Sie haben zusammen Stadtführungen entwickeln können. Und wir finden genau dieses Zusammenarbeiten mit lokalen Partner*innen sehr wichtig. Darum unterstützen wir natürlich auch, dass Bern Welcome sich in den nächsten Jahren darauf ausrichtet, dass Informationen, Dienstleistungen und Angebote möglichst auch der Berner Bevölkerung einen Nutzen bringen und dass die Positionierung der Stadt Bern authentisch zu erfolgen hat. Es ist schon ausgeführt worden, was das genau heissen soll, ich finde es aber auch wichtig, einmal zu sagen, was darunter erfasst wird: Beispielsweise Tagungen für die Vernetzung von nationalen Akteur*innen – zum Beispiel aus Verbänden, aus der NPO-Branche aus Politik und Verwaltung – zu entsprechenden Themen oder Veranstaltungen wie die Swiss Skills, die wir erst gerade gehabt haben. Es ist eben nicht die Idee, dass man riesengrosse Kongresse mit weit angereisten, hergeflogenen, Expert*innen zum Beispiel aus der Finanzbranche ausrichtet. Darum unterstützen wir auch die Zusammenarbeit dieser Akteur*innen in diesem Bereich im Standort Bern.

Bei diesem Punkt kann ich gerade zum Antrag 7 der Fraktion GB/JA! überleiten: Den Antrag werden wir ablehnen. Wie ich schon angetönt habe, scheint uns auch der Teil zum Capital Convention Hub in der Gesamtstrategie sinnvoll. Um etwas genauer zu erklären, wieso wir gegen den Antrag sind: Die Bern Meetings & Events AG – also dort, wo der Antrag kürzen möchte und wo folglich auch weniger gemacht werden könnte – bezweckt eine Positionierung von Bern in Bezug auf den Geschäftstourismus. Dieser, wir haben es im Vortrag lesen können, macht 70 Prozent der Logiernächte in der Stadt Bern aus. Und dass eben auch diese Kundschaft für Hotellerie, Gastronomie, Detailhandel und so weiter zentral ist, ist gerade in der Covid-Pandemie ersichtlich geworden. Als Querschnittbranche ist der Tourismus wichtig für die Berner Wirtschaft, für die Berner Bevölkerung und für eine breite Wertschöpfung. Und was aus meiner Sicht auch vergessen wird bei diesem Antrag: Auch da hängen ganz viele Arbeitsstellen und Menschen daran und wir wollen diese nicht gefährden. Und das ist aus meiner Sicht eben auch die gesamte Bevölkerung, die vorher erwähnt worden ist. Selbstverständlich ist es für uns auch ganz wichtig, dass in diesem Bereich der Fokus auf Nachhaltig-

keit und auf dem Heim- und Nahverkehr liegt. Aber das ist ja genau verankert in der Unternehmensstrategie und wird auch so verfolgt und das ist für uns zentral. Es geht wirklich darum, das Potenzial, das man im Kongressbereich hat, zu stärken. Aber – wie auch schon gesagt worden ist – es geht eben nicht darum, Leute von möglichst weither anzulocken, sondern es ist vor allem ausgerichtet auf nationale Akteure oder dann eben europäische. Und dass mit diesem Zweck ein strategischer Zusammenschluss im Sinne einer Interessengemeinschaft geschlossen wird, können wir unterstützen.

Und dann noch übergeordnet: Wir wollen keine Kürzung beim Leistungsvertrag. Wir erachten es als sinnvoll, dass dieser genau gleich, in der gleichen Höhe, weitergeführt wird wie in der letzten Periode. Aus unserer Sicht macht Bern Welcome gute Arbeit, eine Arbeit, die die Stadt braucht. Die Kürzung hier hat, gerade bei Bern Welcome, auch wiederum Stellenkürzungen zur direkten Folge. Man müsste per sofort voraussichtlich fünf Leute entlassen und das ist sicher nicht in unserem Sinne – und auch nicht, dass die Leistungen aus den Leistungsverträgen dann wahrscheinlich nicht mehr erfüllt werden könnten mit diesen Kürzungen. Das wäre nicht zielführend. Darum unterstützen wir auch keinen Rückweisungsantrag und lehnen alle Anträge der SVP ab. Wie gesagt: Wir unterstützen selbstverständlich den Fokus auf die Nachhaltigkeit von Bern Welcome und die Hauptausrichtung auf den Heimmarkt und auf das nahe Ausland. Das heisst nicht, wie suggeriert worden ist, dass es jetzt verboten ist für jemanden, von weit her anzureisen. Aber wir begrüssen es explizit, dass seitens von Bern Welcome vermieden wird, dass Extraflüge generiert werden, zum Beispiel indem aktiv Werbung im fernen Ausland betrieben wird, sondern dass man eher nach Lösungen sucht, wie zum Beispiel – wie es auch geschildert worden ist in der Kommission – in Bahnhöfen in Italien Werbung zu machen für Leute, die schon in Europa sind und dann vielleicht noch den Zug nach Bern nehmen.

Zum Schluss nur noch zwei kleine Bemerkungen zum Leistungsvertrag: Aus unserer Sicht gibt es bei Artikel 16 zu den Anstellungsbedingungen mit Absatz 2 und 3 einen Widerspruch, der vielleicht einmal zu überprüfen wäre. Und bei Artikel 22 ist noch die Sparklausel «Kürzung der Abgeltung bei schwieriger Finanzlage» drin. Im Rahmen der Budgetdebatte hat ja der Stadtrat dazu eine Planungserklärung überwiesen, wonach eben diese Klausel entfernt werden soll aus den Leistungsverträgen. Aus unserer Sicht wäre das noch anzupassen.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) für die Mitte-Fraktion: Ich gebe gerne meine Interessenbindungen bekannt: Ich bin als Stadtführerin angestellt bei Bern Welcome. In dieser Funktion haben ich und alle anderen rund 30 Stadtführerinnen und Stadtführer hautnah mitbekommen, wie schwer die Zeiten gewesen sind, die letzten zwei Pandemiejahre, wie sehr dass die Organisation gekämpft hat. Wir haben miterlebt, wie unsere Ansprechpersonen in den Büros gewechselt haben. Wir haben miterlebt, wie viele Mitarbeitende die Organisation verlassen haben – in Klammern: mussten. Jetzt spürt man aber eine Aufbruchstimmung, und dazu passt auch das vorliegende Geschäft. Der Leistungsvertrag 2023 bis 2026 gibt Bern Welcome für die nächsten paar Jahre die dringendst nötige und benötigte Rechtssicherheit. Die Mitte-Fraktion wird insofern dem Verpflichtungskredit zustimmen.

Wenn man die Anträge so anschaut und sich ein bisschen umhört und liest, dann merkt man relativ schnell, dass Bern Welcome eigentlich nichts richtig machen kann. Jeder hat so seine Vorstellungen und Visionen, wie Bern Welcome funktionieren soll, auf was sie sich fokussieren sollen. Entweder ist die Organisation zu international eingestellt und zu wenig nachhaltig. Konzentriert sie sich aber auf die Nahmärkte, dann ist es auch die falsche Strategie und man müsste möglichst die ganze Welt einladen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir etwas auf den Boden der Tatsachen zurück. Bern ist wunderschön, für mich die schönste Stadt, und es lohnt sich auf jeden Fall ein Besuch in der Altstadt, in der Stadt und um Bern herum. Bern ist aber keine Grossstadt. Die Altstadt ist klein und ich höre schon, wie sich die Bewoh-

nenden oder andere Leute beklagen, wenn Horden von Touristen die Gassen, Restaurants und Museen verstopfen. Wir haben weder einen grossen, internationalen Flughafen noch eine Luxus-Shoppingmeile, die entsprechende Klientel anziehen könnten. Aber Bern und seine Naherholungsgebiete haben eine Geschichte zu erzählen für alle, die es interessiert, für alle, die sich Zeit nehmen, die sich mit dem auseinandersetzen wollen, die etwas länger hier bleiben, sei es jetzt mit dem Velo oder zu Fuss oder wie auch immer, und eben Wertschöpfung generieren, Wertschöpfung für die ganze Stadt. Und darauf setzt Bern Welcome mit seiner Strategie. Auf diese Klientel setzt Bern Welcome und fokussiert damit auf die sogenannten Heim- und Nahmärkte.

Ich komme zu den Anträgen, zuerst die von der SVP: Bei Bern Welcome ist natürlich jeder Gast herzlich willkommen in der Destination Bern. Speziell als Bundesstadt hat Bern eine natürliche Anziehungskraft. Auf natürliche Art und Weise kommen Leute auf die Idee, Bern als Hauptstadt oder eben Bundesstadt der Schweiz zu besuchen. Das wichtigste ist aber, dass die lokale und regionale Wertschöpfung so stimuliert wird, dass in Bern in der Stadt eine nachhaltige Entwicklung möglich ist, und an dem kann ja nichts falsch sein. Deshalb wird auf Gäste fokussiert – logischerweise – die an einem qualitativen Übernachtungstourismus interessiert sind. Ich habe es oben erwähnt: Die, die ein bisschen länger bleiben, die sich ein bisschen mit der Stadt und der Umgebung auseinandersetzen wollen. Und das sind eben die Leute aus den Marktgebieten von sechs bis acht Stunden Anreisezeit. Natürlich kann man sagen, es gibt noch andere, und natürlich kann man immer eine andere Vorstellung haben, aber es ist erwiesen, dass dies für Bern die nachhaltigste Entwicklung generiert.

Ich komme zu unseren Argumenten gegen den Kürzungsantrag von GB/JA!: die Bern Meetings & Events AG bezweckt die Positionierung und Vermarktung von Bern in Bezug auf den Business-Tourismus. Wir haben es von meiner Vorrednerin gehört, sie hat das sehr schön zusammengefasst: Business-Tourismus macht 70 Prozent der Logiernächte in der Stadt Bern aus, und Logiernächte heisst eben auch Gastronomie, heisst Übernachtungsabgaben, heisst Einnahmen für Bern Welcome. Die sogenannte touristische Dienstleistungskette in Bern – also Hotellerie, Gastronomie, Detailhandel etc. – lebt in erster Linie von Geschäftsreisenden, dessen muss man sich bewusst sein. Diese geschäftsreisende Klientel ist somit für die gesamte Berner Wirtschaft und für die Wertschöpfung für die Berner Wirtschaft ausgesprochen wichtig. Aber das heisst nicht, dass diese Geschäftsreisenden von Übersee kommen und von möglichst weit weg – nein, im Gegenteil. Die Geschäftsreisenden, also der Bereich Business, fokussieren ebenso auf den Heim- und Nahmarkt, also auf den Markt, der erreichbar ist ab Bern oder nach Bern mit sechs bis acht Stunden Anreisezeit. Alle direkten Marktaktivitäten durch das Sales-Team der Bern Meetings & Events AG erfolgen nur in der Schweiz oder im nahen Ausland, die maximale Distanz sind die Benelux-Staaten. Es ist auch klar und offensichtlich, dass ein riesiger internationaler Kongress kaum je nach Bern kommen wird – oder eine Veranstaltung – denn da fehlt uns nur schon der grosse internationale Flughafen, wie ihn Zürich beispielsweise hat, oder da fehlt uns die internationale Infrastruktur oder die Internationalität von Genf.

Noch ein Detail zum Schluss, das wird sicherlich auch der Stadtpräsident erwähnen: Entgegen der Annahme, teilweise auch in den Anträgen, fliesst kein Geld zum Kursaal oder zu Bernexpo. Es geht hier – und auch das hat meine Vorrednerin sehr schön aufgezeigt – nur um den strategischen Zusammenschluss für eine gemeinsame Krise. Es fliesst hier kein Geld. Kurzum: Der Kürzungsantrag der Fraktion GB/JA! würde bedeuten, dass Bern Welcome Stellen abbauen müsste – wiederum Stellen abbauen müsste. Dass das für die Mitarbeitenden von Bern Welcome nach dieser einschneidenden Pandemiezeit, als alle den Gürtel enger schnallen mussten, als alle auf die Zähne beißen mussten, wie eine Faust ins Gesicht ist, das müsste eigentlich auch dem GB/JA!, das sich ja sonst immer so für das Personal einsetzt, sehr klar sein. Die Mitte-Fraktion sagt darum Ja zum Verpflichtungskredit. Wir lehnen alle

Anträge ab und wir bitten den Stadtrat, Bern Welcome jetzt einfach einmal arbeiten zu lassen und zur Ruhe kommen zu lassen.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Merci für diese Debatte zur Tourismusfinanzierung. Tourismusfinanzierung ist ein schwieriges Thema. Es ist auf der ganzen Welt ein schwieriges Thema und es ist naturgemäss ein schwieriges Thema, weil man natürlich möchte, dass die Gäste, die in eine Stadt kommen, irgendwie auch einen Beitrag leisten, aber packen kann man sie eigentlich nur, wenn sie hier übernachten, und das ist auch das, was gemacht wird auf der ganzen Welt, nämlich mit Kurtaxen. Bei uns wird das gemacht mit der Übernachtungsabgabe, dem städtischen Reglement Übernachtungsabgabe und dem kantonalen Reglement, in dem die Beherbergungsabgabe vereinnahmt wird. Man besteuert einfach den Übernachtungstourismus. Aber profitieren von den Gästen, die nach Bern kommen, tun natürlich bei weitem nicht nur die Hotels, die eben diese Abgaben zahlen müssen – es sind Gebühren –, sondern natürlich auch die Gastronomie, der Detailhandel, das Transportgewerbe, die Kulturinstitutionen – alle profitieren mit. Das ist der Grund, warum die Tourismusfinanzierung – respektive die Finanzierung von Tourismusorganisationen, die Finanzierung des Tourismusmarketing – auf der ganzen Welt durch die öffentlichen Hände gestützt, unterstützt und subventioniert wird, weil man dadurch einen Ausgleich schafft. Wir haben ja hier in diesem Rat vor sieben oder acht Jahren über die Einführung einer Tourismusförderungsabgabe diskutiert, bei der man gesagt hat, man möchte eigentlich die anderen auch noch ein bisschen dazuzahlen lassen, zur Entlastung der allgemeinen Steuermittel, und hat dann nachher gesehen, dass das so ein komplexes Vorhaben würde, dass man es fallen gelassen hat und gesagt hat, es gebe halt keine Alternativen zur Unterstützung via die öffentlichen Hände. Das zur Einleitung. Entsprechend wie es auf der ganzen Welt immer wieder Diskussionen gibt zur Tourismusfinanzierung und zum Tourismusmarketing, so auch hier, und das ist an sich nicht überraschend und dieser Diskussion stellen wir uns auch gerne.

Hingegen müssen wir ganz klar sagen, in welcher Situation wir uns befinden mit den Gästen in Bern, mit dem Gastgewerbe in Bern. Also ich weiss nicht, ob es alle mitbekommen haben, aber wir haben eine Pandemie gehabt in den letzten zwei Jahren und es hat viele Branchen sehr stark getroffen, aber es hat kaum eine Branche so virulent und so vital getroffen wie die Gastronomie und die Hotellerie, das wissen Sie alle. Das sind die, die am allerstärksten betroffen sind. Und da sich Bern Welcome eben nicht nur über unseren Subventionsbeitrag finanziert, sondern vor allem über die Übernachtungsabgabe und die Beherbergungsabgabe, hat das natürlich im Budget von Bern Welcome zu einem Drama geführt. Es hat dazu geführt, dass sie ihre Ausgaben radikal einschränken mussten und es hat auch dazu geführt, dass sie einen Stellenabbau durchführen mussten und jetzt erst langsam wieder am Tritt fassen sind und erst jetzt wieder ein bisschen in die Zukunft schauen können. Man kann das sehr gut zeigen am Beispiel der Direktorin von Bern Welcome, Manuela Angst. Sie hat am 1. Januar 2020 angefangen zu arbeiten und Sie können sich vorstellen, was sie bis jetzt für einen Job machen konnte. Sie ist gekommen und hat nachher gerade, ab März 2020, ins Krisenmanagement einsteigen können und hat schauen können, wie sie die Kosten herunterbringt, vor allem die Personalkosten, die der grösste Posten innerhalb des Budgets von Bern Welcome sind, damit sie einigermaßen überleben kann. Das hat auch dazu geführt, dass Bern Welcome bis an den Rand des Konkurses, der Zahlungsunfähigkeit getrieben geworden ist und man nachher die Notfallmassnahmen machen musste – das haben wir hier bereits verhandelt – und die Gesellschaft sanieren musste. Die Sanierung ist aber auf gutem Weg und es ist auch gesagt worden, es gehe jetzt wieder vorwärts und es sei jetzt Zeit dafür, in die Zukunft zu schauen.

Was in der ganzen Diskussion ein bisschen vergessen geht oder eigentlich gar nie erwähnt worden ist, das muss jetzt hier irgendwann auch einmal gesagt werden: Bern Welcome, das ist eigentlich eine irrsinnige Geschichte, denn die Tourismusbranche – ich schaue dort etwa

seit 15 oder 20 Jahren ein bisschen hinein, nicht nur hier, überall ein bisschen – die Tourismusbranche ist eine spezielle Branche, aber es ist auch ein Haifischbecken. Das ist eine Branche, in der immer viel und intensiv gestritten wird. Bern Welcome ist ja der Versuch gewesen – in Bern pflegen wir in ganz vielen Bereichen eine sehr gute Zusammenbeitskultur – diese Zusammenbeitskultur auch etwas ausstrahlen zu lassen in die Branche hinein. Und diese Zusammenarbeit, das muss man jetzt wirklich sagen, das ist etwas vom Erfolgreichsten, was in den letzten Jahren hier in Bern entstanden ist – leider ein bisschen unter dem Radar der Öffentlichkeit, möglicherweise auch der Medien. Gastronomie, Hotellerie, Bern City, das Transportgewerbe, die Museen – sie haben sich zusammengerauft und arbeiten unter dem Dach von Bern Welcome extrem konstruktiv zusammen, und das ist wirklich etwas, das sehr, sehr Freude macht. Es ist nicht nur, dass die Branchenverbände angefangen haben, sich zu finden, sondern auch die einzelnen Akteure. Man kann es nicht abstreiten: Es hat unter den einzelnen Akteuren immer wieder so ein wenig – ich weiss auch nicht, wie man dem sagen will – es haben nicht immer alle am gleichen Strick gezogen. Aber jetzt hat sich zum Beispiel in unserem Eventcluster auf der Allmend draussen zwischen PostFinance, Bernexpo und Wankdorf mit dem Kursaal, mit dem Casino, mit dem Kornhauskeller und mit dem Gurten eine Kultur der Zusammenarbeit angefangen zu etablieren, das ist wirklich etwas Irrsinniges, das ist etwas, das Freude macht. Es ziehen wirklich alle in dieser Branche heute am gleichen Strick und ich würde jetzt einmal behaupten, Bern Welcome hat dort einen sehr wesentlichen Beitrag dazu geleistet.

Es ist glücklicherweise noch richtiggestellt worden von meinen Vorrednerinnen: Wir führen ja die Diskussion über Nachhaltigkeit im Tourismus. Es wird viel über den Freizeittourismus geredet – leider ist die Branche ja sehr anglofon geprägt – also über den Leisure-Tourismus. Man darf einfach nicht vergessen, in der Stadt Bern sind 70 Prozent Business-tourismus, Geschäftstourismus. Also der grosse Anteil des Tourismus und das, wovon wir reden, das passiert eben im Geschäftstourismus. Geschäftstourismus, das klingt jetzt irgendwie nach Business Meetings, und dann sagt man, was sind denn das für 70 Prozent, wo kommen die alle her? Also, Business-tourismus ist vielleicht auch ein bisschen ein grosses Wort. Es geht selbstverständlich von Business Meetings und Kongressen bis zu den Parlamentarierinnen und Parlamentariern oder Lobbyist*innen – also die, die hier in Bern übernachten. Aber beispielsweise auch ein Servicemonteur, der eine Woche in einem Hotel wohnt, auch das ist Business-tourismus. Und das ist die grosse Masse, das ist eigentlich das, was unsere Hotels, aber auch einen grossen Teil unserer Wirtschaft – eben unsere Gastronomie etc., alles, was ich aufgezählt habe – am Laufen hält. Darum setzen wir den Fokus selbstverständlich dort, wo wir gut sind. Dort kann man zwar auch noch etwas verbessern, aber dort ist eigentlich der grosse Fokus. Beim Freizeittourismus wissen wir, dass man noch ein bisschen etwas verbessern kann, sich noch ein bisschen steigern kann, und dort gibt es entsprechende Initiativen. Aber der Schwerpunkt ist natürlich dort, wo man mehr auslösen kann, und das ist ganz eindeutig im Business-tourismus, im Geschäftstourismus. Und so ist auch die Initiative des Capital Convention Hub zu sehen. Zu diesem Namen: Behaften Sie mich bitte nicht auf dem Namen, ich habe ihn nicht erfunden! Also von mir aus könnte man den auch spülen. Es ist jetzt halt einfach so. Vielleicht sagen wir dann als erstes Projekt: Suchen Sie doch bitte einen anderen Namen aus für den Capital Convention Hub. Aber das ist nicht ein neues Gefäss, es ist nicht eine neue Organisation, sondern es ist eine neue Form der Zusammenarbeit. Es ist eine Initiative, es ist eine Aktion, es geht schlicht und ergreifend darum, dass wir besser zusammenarbeiten, wenn es darum geht, Geschäftstourismus und vor allem Kongresstourismus nach Bern zu bringen.

Was ist der viel beschworene Kongresstourismus? Was sind das für Wahnsinnskongresse? Wer kommt überhaupt nach Bern, um einen Kongress zu machen? Dort ist die Strategie von Bern Welcome sehr kongruent mit der Strategie der Stadt Bern und des Gemeinderats. Wir

sagen ja, wir wollen ein Zentrum sein. Aber wie es vorher Sibyl Eigenmann gesagt hat: Wir sind nicht ein internationales Zentrum wie Genf, wir haben auch nicht die grossen, internationalen Firmen wie Zürich. Hingegen sind wir natürlich das Zentrum der Schweiz. Wir sind eindeutig das Zentrum der Schweiz und nationale Veranstaltungen können nirgends so gut durchgeführt werden wie in Bern, und das passt auch dazu, dass wir sowieso als Hauptstadt, als Politzentrum, auch diese Zentrumsfunktion wahrnehmen. Darum passt das natürlich, dass eben auch der Kongresstourismus sich sehr stark auf solche Veranstaltungen fokussiert, die sich eben aus Nahreisenden zusammensetzen. Wer ist denn der grösste Treiber in diesem Kongresstourismus? Von dem redet man vielleicht etwas wenig, aber das sind unsere grossen Bildungsinstitutionen. Unsere grossen Bildungsinstitutionen veranstalten vieles, sie veranstalten viele Fachveranstaltungen und Fachkongresse. Es ist die Uni, es ist die Fachhochschule, es ist die Pädagogische Hochschule – das sind die, die eigentlich am allermeisten Kongresse veranstalten. Man kann dem auch einen Kopf oder einen Namen geben: Es ist Professor Buser, der auf das hingewiesen hat, der schon vor zehn Jahren gesagt hat, wir müssen viel mehr machen, dass wir die Uni und die Unikongresse einbinden. Er hat seinen Kolleginnen und Kollegen an der Uni immer gesagt: Wenn Sie dann am nächsten Kongress sind, am nächsten Wissenschaftskongress, dann sagen Sie Ihren Kolleg*innen, den nächsten Kongress machen wir dann in Bern, dort kann man alles zu Fuss machen, in Bern haben wir eine Stadt der kurzen Wege. Das relativiert also ein bisschen die Diskussion, die Sie hier sehr ausführlich geführt haben über Fern- und Nahtourismus.

Selbstverständlich schliessen wir uns gegenüber keinen Touristinnen und Touristen ab, aber die Initiative, also die Marketinginitiative, die wird nicht mehr, wie das früher teilweise noch der Fall gewesen ist, auf eigene Aktivitäten in den Fernmärkten gelegt. Aber das heisst nicht, dass es keine Aktivitäten gibt. Selbstverständlich gibt es auch für das Aktivitäten. Es gibt die kantonale Vermarktungsorganisation Made in Bern AG, sie übernimmt das für den ganzen Kanton. Und es gibt die Schweiz Tourismus AG, sie übernimmt das für die ganze Schweiz. Im Rahmen dieses Grundrauschens von Made in Bern und von Schweiz Tourismus wird selbstverständlich auch Bern als Städtetourismus-Destination in den Nahmärkten, aber auch in den Fernmärkten immer wieder zur Sprache gebracht und beworben.

Zum Kürzungsantrag des GB: Es ist tatsächlich so: Da es um Manpower geht, um Womanpower, könnte man eigentlich die Kürzung nicht anders umsetzen als mit einem Stellenabbau. Das wären fünf Stellen, die sofort abgebaut werden müssten.

Ich gehe noch auf ein paar Detailfragen ein, die aufgeworfen worden sind und die mich spannend dünken. Kulturtourismus: Der Kulturtourismus, Dolores Dana, ist ein Dauerthema. Wie kann man den Kulturtourismus aktivieren? Er funktioniert im Bereich der Museen sehr gut. Also wenn Sie im Prado 30 Prozent – ich weiss nicht, ob es der Prado war – Ausländerinnen und Ausländer gesehen haben: Im Einstein-Museum würden Sie eher 60 Prozent Ausländerinnen und Ausländer antreffen. Das Einstein-Museum im Historischen Museum wird sehr, sehr stark von Ausländerinnen und Ausländern frequentiert. Im Bereich der Museen funktioniert es eigentlich gut, aber tatsächlich, im Bereich des Konzerttourismus, des Theatertourismus, wir sind ja eine Theaterstadt, also dort gibt es deutlich Luft nach oben. Das wird immer wieder probiert und ich bin sicher, dass, wenn Bern Welcome jetzt wieder anfängt zu rollen, wenn das losgeht, dass sie das Thema werden aufnehmen können. Ebenso der Velotourismus. Der Velotourismus ist ja sehr stark gefördert worden. Wir haben diese Veloinfrastruktur jetzt und wir wollen selbstverständlich die Veloinfrastruktur auch für den Tourismus zur Verfügung stellen. Und durch die Veloinfrastruktur, die ja sehr teuer ist, die wir aufgebaut haben, werden wir natürlich auch attraktiv für Velotouristinnen und -touristen.

Und noch ein letztes Detail, das wir nicht nur in diesem Leistungsvertrag, sondern in allen Leistungsverträgen werden diskutieren müssen, das ist die Frage der Teuerung. Wir sind jetzt 20 Jahre lang verschont gewesen, mehr oder weniger, von der Teuerung, entsprechend ist

das kein Thema gewesen. Wenn man über vier Jahre drei Prozent Teuerung hat oder so, dann hat man sagen können, das müssen Sie auffangen, das ist Ihr Business, es gibt keinen Teuerungsartikel. Aber wenn wir jetzt – ich weiss auch nicht – fünf Prozent oder sechs Prozent Teuerung pro Jahr hätten, mittelfristig, langfristig, und man dann plötzlich von 20 Prozent über eine Leistungsdauer von vier Jahren reden muss, dann können wir nicht sagen, das ist Ihr Business, sondern dann ist es etwas, das wir anschauen müssen. Das ist etwas, das wir im Gemeinderat anschauen müssen. Von dem sind wir bis jetzt verschont gewesen, aber es ist ein Thema, das wir aufnehmen werden. Ich danke Ihnen, wenn Sie alle Anträge ablehnen, aber selbstverständlich dem Geschäft zustimmen.

Beschluss

1. Rückweisungsantrag 1 SVP ist zurückgezogen.
2. Rückweisungsantrag 2 SVP ist zurückgezogen.
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 SVP ab. (4 Ja, 61 Nein, 2 Enthalten) [Namen 008](#)
4. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag 4 SVP ab. (4 Ja, 62 Nein, 1 Enthalten) [Namen 009](#)
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 SVP ab. (4 Ja, 61 Nein, 2 Enthalten) [Namen 010](#)
6. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag 6 SVP ab. (4 Ja, 61 Nein, 2 Enthalten) [Namen 011](#)
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 GB/JA! ab. (18 Ja, 47 Nein, 1 Enthalten) [Namen 012](#)
8. Der Stadtrat stimmt dem Verpflichtungskredit zu. (45 Ja, 2 Nein, 20 Enthalten) [Namen 013](#)

14 Motion Seraina Patzen und Eva Krattiger (JA!): Konsequente Klimapolitik #4: Keine klimaschädliche Tourismusförderung!

2019.SR.000117

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, Punkt 2 als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 28. August 2019

Motionärin *Nora Joos* (JA!): Unsere Motion fordert den Gemeinderat auf, in Zukunft mit Bern Welcome Vereinbarungen zu treffen, dass keine Tourismuswerbung im Ausland mehr gemacht wird und nur klimaschonende Reiseanbieter angeboten werden. Ausserdem soll Bern Welcome explizit von der Anreise mit Flugzeugen abraten, dies aus den folgenden Gründen: Die Art und die Distanz, wie die Menschen reisen, hat eine Auswirkung auf das Klima. Der Flugverkehr muss eingeschränkt werden und allgemein die Mobilität der Gesellschaft vermindert werden. Aus diesem Grund muss der Nahtourismus gefördert werden und kein klimaschädlicher Ferntourismus. Die gut eine Million Franken, die Bern Welcome rein für Werbung und Marketing ausgibt, soll darum entweder gestrichen oder sinnvoller verwendet werden. Die JA! begrüsst es, dass schon heute 75 Prozent der Übernachtungsgäste in Bern aus der Schweiz oder aus Europa sind. Ganz zufrieden sind wir aber noch nicht. Der Tourismus, den Bern Welcome fördert, muss noch nachhaltiger werden. Das Ziel sollte sein, dass alle Übernachtungsgäste der Stadt Bern erstens von nahe kommen und zweitens, wie es der Gemeinderat auch erwähnt, lange bleiben, so dass sie mit keinen fossilen Verkehrsmitteln anreisen. Schauen wir aber die Statistik an, sind wir noch von beidem weit entfernt. Erstens ist die durchschnittliche Übernachtungslänge von Tourist*innen in Bern im Jahr 2020 knapp zwei Nächte, also sehr kurz. Zweitens stammten im gleichen Jahr die meisten Übernachtungen aus dem Ausland von Gästen aus Deutschland, Frankreich und den USA. Wir können uns schlecht vorstellen, dass alle die Gäste nachhaltig mit dem Langsamverkehr angereist sind.

Wir sind darum nicht einverstanden mit der Argumentation des Gemeinderats zum ersten Punkt unserer Motion: Klar muss man zwischen ausländischen Nah- und Fernmärkten unterscheiden. Die Frage ist aber vielmehr, wieso man im Ausland überhaupt Werbung für die Stadt Bern machen sollte. Wir bezweifeln, dass überhaupt irgendeine Art von Tourismuswerbung nachhaltig ist. Zu unserer zweiten Forderung in der Motion: Wir möchten, dass der Gemeinderat im Leistungsvertrag mit Bern Welcome festlegt, dass sie explizit von der Anreise mit dem Flugzeug abraten. Wir begrüßen es, dass der Gemeinderat sich vorstellen kann, Guidelines und Fördermassnahmen für umweltverträgliche Anreisen und Fortbewegungsarten mehr Gewicht zu geben, und wandeln darum den zweiten Punkt der Motion in ein Postulat um. Wir bitten Sie, mit uns klimaschädlichen Tourismus zu verhindern und darum den ersten Punkt als Motion und den zweiten Punkt als Postulat anzunehmen. Wir beantragen punktweise Abstimmung.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt Punkt 1 als Richtlinienmotion ab. (16 Ja, 40 Nein, 2 Enthaltene) **Namen** 015
2. Der Stadtrat lehnt Punkt 2 als Postulat ab. (28 Ja, 29 Nein, 1 Enthaltene, Stichentscheid Präsident) **Namen** 015

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Fuat Köçer stellt einen **Rückkommensantrag**. Er möchte die Abstimmung zu Punkt 2 als Postulat wiederholen, weil er offenbar nicht korrekt abstimmen konnte. Er wollte Punkt 2 offenbar zustimmen, aber der Knopf hat nicht reagiert. Das ist ein Wiedererwägungsgesuch, es braucht eine Mehrheit von zwei Dritteln, um die Abstimmung zu wiederholen.

Beschluss

Das Quorum für die Wiedererwägung gemäss Antrag Köçer wird nicht erreicht. (39 Ja, 20 Nein, 4 Enthaltene) **Namen** 016

- Die Traktanden 15 und 16 werden gemeinsam behandelt. -

15 **Coronabedingte Mehraufwände und Mindererträge bei Kitas Stadt Bern: Reglement vom 11. Juni 2020 über die familienergänzende Betreuung von Kindern (Betreuungsreglement, FEBR; SSSB 862.31); Teilrevision; 1. Lesung**

2022.BSS.000037

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend coronabedingte Mehraufwände und Mindererträge bei Kitas Stadt Bern: Reglement vom 11. Juni 2020 über die familienergänzende Betreuung von Kindern (Betreuungsreglement, FEBR; SSSB 862.31); Teilrevision.
2. Er beschliesst die Teilrevision des Reglements über die familienergänzende Betreuung von Kindern wie folgt (*Änderung kursiv*):

Art. 18 Spezialfinanzierung

¹ Für die städtisch geführten Kindertagesstätten besteht eine Spezialfinanzierung nach Artikel 86 der Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998, die die längerfristige kostendeckende Finanzierung und unternehmerische Ausrichtung der Kindertagesstätten durch Ausgleich von Aufwand- und Ertragsüberschüssen bezweckt.

² Die Spezialfinanzierung wird geäufnet durch Ertragsüberschüsse aus den Betriebsrechnungen des Produkts 330420. Als Erträge gelten insbesondere Beiträge der Eltern, Erträge aus den Betreuungsgutscheinen, Zusatzleistungen der Stadt nach Artikel 6 Absatz 3 sowie Zuwendungen Dritter. Alle Auslagen zur Erbringung der Betreuungsleistung in den Kindertagesstätten gelten als Aufwand. Sie werden von den Erträgen abgezogen.

2bis Zur Abdeckung der coronabedingten Mehraufwände und Mindererträge leistet das finanzkompetente Organ bis 31. Dezember 2024 Beiträge aus der Erfolgsrechnung des Allgemeinen Haushaltes an die Spezialfinanzierung.

³ Aus der Spezialfinanzierung sind ausschliesslich allfällige Aufwandüberschüsse der Betriebsrechnungen zu decken.

⁴ Entnahmen werden durch die zuständige Direktion beschlossen.

⁵ Die Spezialfinanzierung wird nicht verzinst.

3. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen des Reglements

Bern, 27. April 2022

Antrag 1 Mitte FDP/JF

Nichteintreten: Auf das Geschäft sei nicht einzutreten.

Antrag 2 SBK-Minderheit

Rückweisungsantrag: Das Geschäft ist an den Gemeinderat zurückzuweisen mit folgender Auflage: Es ist eine verwaltungsexterne Untersuchung durchzuführen, ob und wenn ja in welchem Umfang die Kitas der Stadt Bern effektiv coronabedingte Mehraufwände und oder Mindererträge hatten, welche private Kitas nicht ebenso hatten und deren finanzielle Auswirkungen durch die Stadt Bern effektiv nicht hätten gemildert werden können. Hierbei ist auch auszuweisen, welche Kosten die Stadt Bern sich bspw. über die Mieten von Immobilien Stadt Bern, den Bezug von Leistungen der städtischen Informatikdiensten oder den Bezug von Mahlzeiten selber verursachte. Zudem ist zu prüfen, ob die Stadt Bern dem Gebot der Schadensminderung vollumfänglich nachkam und alle sinnvollen, möglichen und notwendigen Massnahmen unternahm, um die finanziellen Auswirkungen so klein wie möglich zu halten. Der Einhaltung des Gebots der gleich langen Spiesse gegenüber privaten Kitas in der Stadt Bern ist hierbei oberste Priorität einzuräumen.

[...]

Antrag 3 Mitte, FDP/JF

Die Vorlage sei gemäss Artikel 46 GO dem Volk zur Abstimmung vorzulegen, falls der Nichteintretensantrag oder die Rückweisung nicht durchkommen.

<i>FEBR neu</i>	<i>Anträge</i>
<p>Art. 18 Spezialfinanzierung</p> <p>¹ Für die städtisch geführten Kindertagesstätten besteht eine Spezialfinanzierung nach Artikel 86 der Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998, die die längerfristige kostendeckende Finanzierung und unternehmerische Ausrichtung der Kindertagesstätten durch Ausgleich von Aufwand und Ertragsüberschüssen bezweckt.</p>	

<i>FEBR neu</i>	<i>Anträge</i>
<p>² Die Spezialfinanzierung wird geäufnet durch Ertragsüberschüsse aus den Betriebsrechnungen des Produkts 330420. Als Erträge gelten insbesondere Beiträge der Eltern, Erträge aus den Betreuungsgutscheinen, Zusatzleistungen der Stadt nach Artikel 6 Absatz 3 sowie Zuwendungen Dritter. Alle Auslagen zur Erbringung der Betreuungsleistung in den Kindertagesstätten gelten als Aufwand. Sie werden von den Erträgen abgezogen</p> <p>^{2bis} (neu) Zur Abdeckung der coronabedingten Mehraufwände und Mindererträge leistet das finanz-kompetente Organ bis 31. Dezember 2024 Beiträge aus der Erfolgsrechnung des Allgemeinen Haushaltes an die Spezialfinanzierung.</p> <p>³ Aus der Spezialfinanzierung sind ausschliesslich allfällige Aufwandüberschüsse der Betriebsrechnungen zu decken.</p> <p>⁴ Entnahmen werden durch die zuständige Direktion beschlossen.</p> <p>⁵ Die Spezialfinanzierung wird nicht verzinst.</p>	<p>SBK-Minderheit:</p> <p>^{2bis} (neu) Zur Abdeckung der coronabedingten Mehraufwände und Mindererträge, leistet das finanzkompetente Organ bis 31. Dezember 2024 im Vergleich zu den Mehraufwendungen und Mindererträgen, die private Kitas über andere Finanzierungen geltend machen können, analoge Beiträge aus der Erfolgsrechnung des Allgemeinen Haushaltes an die Spezialfinanzierung.</p> <p>Eventualantrag SBK-Minderheit:</p> <p>^{2bis} (neu) Zur Abdeckung der coronabedingten Mehraufwände und Mindererträge leistet das finanzkompetente Organ bis 31. Dezember 2024 2022 Beiträge aus der Erfolgsrechnung des Allgemeinen Haushaltes an die Spezialfinanzierung. Dies analog der Bundesverordnung über Finanzhilfen an die Kantone für Massnahmen zugunsten von durch die öffentliche Hand geführten Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung im Zusammenhang mit Covid-19 vom 18. Juni 2021.</p>

Diskussion siehe Traktandum 16.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Nichteintretensantrag 1 Mitte, FDP/JF ab.
(25 Ja, 43 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 017
2. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 2 SBK-Minderheit ab.
(25 Ja, 41 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 018

16 Motion Fraktion SP/JUSO (Ayse Turgul/Peter Marbet, SP): Bedarfslücke schliessen – mehr Kitaplätze für Holligen!

2019.SR.000344

SBK-Sprecherin *Corina Liebi* (JGLP): Während der Coronapandemie hat sich die Finanzlage der städtischen Kitas massiv verschlechtert. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat eine Teilrevision des Betreuungsreglements vorgelegt, um eine rechtliche Grundlage zu schaffen, um bei den städtischen Kitas die verursachten Mehrkosten und Mindererträge, die nicht durch den Bund und die Kantone abgegolten worden sind, auszugleichen. So soll die Lücke in den Hilfsmassnahmen, die die städtischen Kitas als öffentlich-rechtliche Institutionen nicht oder nur teilweise beantragen konnten, geschlossen werden. Von Seiten der Stadt sollen damit wieder gleich lange Spiesse geschaffen werden. Mit der Teilrevision des Reglements über die

familienergänzende Betreuung von Kindern (FEBR) schaffen wir die gesetzliche Grundlage, dass der Gemeinderat respektive der Stadtrat befristet bis 2024 Steuermittel in die Spezialfinanzierung einlegen kann, um die coronabedingten Mehrkosten und Mindererträge abzugelten. Seit 2016 verfügen die städtischen Kitas nämlich über keine Defizitgarantie mehr. Der Vollständigkeit halber muss man auch noch anmerken, dass ein Teil dieser finanziellen Schieflage, mit der die städtischen Kitas heute konfrontiert sind, auch auf die Umstellung des Betreuungsgutscheinsystems seitens des Kantons zurückzuführen ist, und auf die damit verursachten Kosten. Die sind aber nicht Teil der heute diskutierten Reglementsänderung.

Wir haben in der SBK eine sehr ausführliche und auch kritische Diskussion zu diesem Reglement respektive dieser Teilrevision geführt. Insbesondere ist die Gleichberechtigung von privaten und städtischen Kitas und ihre Trägerschaft ein grosses Thema gewesen. Wir haben lange darüber diskutiert, ob die städtischen Kitas wirklich weniger finanzielle Beiträge geltend machen konnten als private und ob die Stadt einen Teil dieser Mehrkosten nicht auch selber verursacht hat, indem sie zum Beispiel bewusst das Risiko in Kauf genommen hat, keine Krankentaggeldversicherung abzuschliessen. Grundsätzlich haben aber nicht nur städtische, sondern auch private Kitas coronabedingte Mehraufwände und Mindererträge gehabt und haben bis heute mit einer Minderauslastung wegen der veränderten Nachfrage zu kämpfen. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass die coronabedingten Mehraufwände und Mindererträge der städtischen Kitas abgegolten werden sollen. Die SBK beantragt dem Stadtrat aus diesem Grund, der Teilrevision des FEBR mit sechs zu vier Stimmen bei null Enthaltungen zuzustimmen.

Ich wechsele jetzt noch schnell meinen Hut und stelle noch rasch drei Anträge der SBK-Minderheit vor, so dass wir heute eine effiziente Sitzungsgestaltung haben. Die SBK-Minderheit ist der Meinung, dass die effektiven Corona-Mehraufwände und -Mindererträge, die Private so nicht tragen mussten, extrem schwer abschätzbar sind und im Vortrag ein bisschen willkürlich daherkommen. Aus diesem Grund soll die Teilrevision zurückgewiesen werden mit der Auflage, eine verwaltungsexterne Untersuchung durchzuführen, um die effektiven Kosten zu ermitteln, die überhaupt angefallen sind. Ebenso beantragt die SBK-Minderheit, den Absatz 2bis in Artikel 18 so abzuändern, dass nur die Kosten abgegolten werden sollen, die auch private Kitas hätten geltend machen können. Mit dem Eventualantrag soll die Möglichkeit zur Abgeltung zudem bis am 31. Dezember 2022 befristet werden, um sicherzustellen, dass die gesetzliche Grundlage nur so lange in Kraft ist, wie auch private Kitas Entschädigungen beim Bund beantragen können. Erst damit schaffen wir für alle gleich lange Spiesse.

Antragstellerin *Milena Daphinoff* (Mitte): Ich möchte gerne kurz auf unseren Nichteintretensantrag eingehen, derjenige von Mitte und FDP. 2013 – man muss etwas ausholen – hat es eine Abstimmung gegeben, bei der das Volk sich für das Prinzip der gleich langen Spiesse entschieden hat. Es ist ein Systemwechsel gewesen. Heute bekommen Eltern Betreuungsgutscheine, die sie überall einlösen können. Dieser Paradigmawechsel hat eine massive Verbesserung der Situation für Eltern gebracht, die versuchen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Warum? Die Eltern haben jetzt freie Kitawahl, die Situation ist besser, es gibt weniger lange Wartelisten, es sind mehr neue Kitas gegründet worden, Nachfrage und Angebot sind viel stimmiger. Aber das wichtigste ist: Die Eltern können die Kita aufgrund der für sie wichtigen Kriterien wählen. Betreuungspersonen sind entscheidend, die Nähe zum Wohn- und Arbeitsort, ob das Kind vielleicht gerade auf eine bestimmte Betreuungsperson fliegt in der Eingewöhnungsphase, die Qualität des Angebots, will man eine Wald- oder eine Garten-Kita, eine Bauernhof-Kita – das sind die zentralen Fragen, und nicht mehr: Ist es eine städtische Kita oder eine private Kita? Das tritt jetzt für die Eltern in den Hintergrund. Die Dienstleistung zählt, mehr noch, das Bedürfnis der Kinder und der Eltern ist an erster Stelle. Und an diesem bedürfnisorientierten Modell wollen wir nicht rütteln, deswegen der Antrag.

Für die Mitte-Fraktion: Jetzt werden Sie sagen: «Das ist doch nur beschränkt bis 2024 und wir untersuchen es zuerst noch genau, und dann geht es auch nur um die coronabedingten Ausfälle. Sie glauben uns doch einfach nicht! Das ist ein Misstrauensvotum.» Ja, liebes RGM, das ist so. Wir misstrauen Ihnen in dieser Frage. Es ist uns zu wichtig, das Anliegen. Das GB gibt ja offen zu, dass man zurück möchte zum früheren Regime, ohne Betreuungsgutscheine für private und öffentliche Kitas. Zu häufig haben Sie etwas befristet eingeführt, um es dann als Erfolg zu feiern und langfristig beizubehalten. Zu willkürlich ist es, eine Spezialregelung für die städtischen Kitas einzuführen, bevor man genau beziffern kann, wie sehr die Pandemie die städtischen Kitas wirklich stärker belastet hat als die privaten. Zu fadenscheinig sind die in der Vorlage vorgebrachten Argumente. Sie lösen sich alle im Konjunktiv auf. Mietzinsreduktion? Hat keine private Kita bekommen. Coronabedingte Ausfälle? Haben alle gehabt. Weniger neue Babys in der Kita wegen Corona? Haben alle gehabt. Krankentaggeld? Es ist nicht die Schuld von Corona oder den privaten Kitas, wenn die Stadt hier schlecht aufgestellt war. Kurz: Der Hätte, der Sollte und der Möchte. Und wir? Wir wollen etwas anderes. Wir wollen nicht am Grundsatz der gleich langen Spiesse rütteln. Die Eltern entscheiden aufgrund ihres Bedürfnisses und aufgrund der Dienstleistungen. Und noch etwas: Auch die Stadt Bern hat gute Kita-Dienstleistungen. Sie muss einfach noch wirtschaften können.

Wir haben noch einen kleinen zweiten Antrag, einen Eventualantrag. Der ist mir vorher untergegangen. Sie haben ihn als Tischaufgabe bekommen. Dieser Eventualantrag, den die FDP, die SVP und die Mitte zusammen einreichen, lautet ganz simpel: Wenn das Nichteintreten abgelehnt wird und der Rückweiser abgelehnt wird, dann soll das Volk entscheiden, denn es ist ein Systemwechsel, den auch das Volk entschieden hat, und wenn wir jetzt daran rütteln, dann soll auch wieder die Bevölkerung der Stadt Bern darüber abstimmen können.

Nora Kruppen (SP) für die Motionär*innen: Ich übernehme die Motion von Ayse Turgul und Peter Marbet. Auch wenn es schon einige Zeit her ist, dass die Motion eingereicht worden ist, hat sie nicht an Aktualität verloren – im Gegenteil, sie ist noch dringender geworden. Mittlerweile sind verschiedene der aufgeführten Überbauungen realisiert und bezogen worden. Es sind sehr viele Familien nach Holligen gezogen. Der Gemeinderat sagt in der Antwort auf den Vorstoss, dass sie nicht davon ausgehen, dass es einen grossen Anstieg in der Nachfrage von Kitaplätzen geben wird. Wenn man bedenkt, dass der Gemeinderat bei der Schulraumplanung in Holligen von einem massiven Anstieg von nötigem Schulraum überrascht worden ist, müssen wir davon ausgehen, dass das auch beim Bedarf an Kitaplätzen so ist. Zudem ist Holligen ein Quartier, wo viele Familien mit Deutsch als Zweitsprache leben. Darum ist es umso wichtiger, dass es ein ausreichendes Angebot an Kitaplätzen gibt, um den Früherwerb der deutschen Sprache zu fördern. Die SP/JUSO-Fraktion hält darum an der Motion fest. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung.

Fraktionserklärungen

Tom Berger (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Die Fraktion FDP/JF steht klar ein für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch für einen chancengerechten Zugang für alle zu familienergänzender Kinderbetreuung. Das von der FDP initiierte Modell der Betreuungsgutscheine ist, wie wir es bereits gehört haben, ein absolutes Erfolgsmodell, das die Situation für alle hier in der Stadt Bern deutlich verbessert hat. Das vorliegende Geschäft gefährdet das Erfolgsmodell und wir werden es entsprechend als Fraktion klar ablehnen. Ob die Stadt Bern überhaupt eigene Kitas führen soll oder nicht, wäre allein eine Diskussion. Gestern habe ich das Votum vorbereitet und habe es eine abendfüllende Diskussion genannt, heute wäre es wahrscheinlich eine morgenfüllende Diskussion. Aber um diese Grundsatzfrage geht es heute nicht und wir müssen es klar trennen. Klar ist aber auch, dass die bestehende Koexistenz von privaten und städtischen Kitas voraussetzt, dass sie mit gleich langen Spiessen agieren kön-

nen. Ich nehme einmal vorweg, dass das Schlagwort «gleich lange Spiesse» in der folgenden Debatte noch ein paarmal fallen wird. Das Prinzip der gleich langen Spiesse würde aber mit dem aktuell vorliegenden Geschäft klar ausgehebelt werden und ich erkläre Ihnen auch gerne, warum. Der Hätte, der Könnte und der Würde – wir haben uns nicht abgesprochen – die haben zusammen ein Geschäft geschrieben, das uns jetzt hier vorliegt. Der Hätte, der Könnte und der Würde – der Konjunktiv dominiert das Geschäft deutlich. Auch nach mehrmaliger Lektüre des Vortrags und auch nach intensiven Diskussionen in der SBK ist uns nicht klar, inwiefern die Kitas der Stadt Bern überhaupt irgendwo strukturell gegenüber privaten Kitas benachteiligt worden sein sollen. Coronabedingte Mehraufwände und Mindererträge haben alle Kitas gehabt, unabhängig von der Trägerschaft, auch die privaten. Der Gemeinderat hat es verpasst, in seinem Vortrag klar festzuhalten, dass den städtischen Kitas nur das ausgeglichen werden soll, was private auch effektiv bekommen haben – und nicht das, was Sie eventuell bekommen hätten, könnten oder würden, denn sie haben vieles, das aufgeführt ist, schlicht nicht bekommen. Das ist ein schwerwiegender Fehler, der bei der Erarbeitung dieses Geschäfts passiert ist, und ist entsprechend der Grund, wieso wir am liebsten nicht darauf eintreten würden, aber zumindest eine Rückweisung machen, dass die dringend notwendigen Präzisierungen und Berichtigungen vorgenommen werden können.

Wenn Sie das Geschäft nämlich in der vorliegenden Form überweisen, würden Sie Tür und Tor öffnen für eine massive Bevorteilung der städtischen Kitas gegenüber den privaten Kitas. Sehr gerne führe ich aus, warum. Coronabedingte Effekte allgemein, wie das im Vortrag genannt wird, Nicht-Inanspruchnahme von Kitabetreuung während des Lockdowns, verschobene Eingewöhnungen und eine veränderte Nachfrage nach dem Lockdown – das hat jede Kita in dieser Stadt genau gleich gehabt. Ob städtisch oder privat, der Lockdown hat alle betroffen. Coronabedingte Krankheitskosten – da kommt er, der Hätte, der Könnte und der Möchte: Die Stadt Bern hat ganz bewusst entschieden, für ihr Personal keine Krankentaggeldversicherung abzuschliessen. Sie wäre absolut frei, eine solche Versicherung jederzeit abzuschliessen. Man hat die Versicherung aber nicht abgeschlossen. Jetzt hat man eine Pandemie und in der Pandemie hat man mehr Krankheitstage beim Personal. Und jetzt bezeichnet man es als unfair, dass eine private Kita, die diese Versicherung abgeschlossen hat, aus dieser Versicherung Leistungen bekommen hat, die die städtischen Kitas nicht bekommen haben. Ja, wenn der Hätte diese Versicherung abgeschlossen hätte, dann würde er jetzt eben Geld bekommen aus dieser Versicherung. Aber Sie können nicht als Kitas Stadt Bern und als Stadt Bern auf den Abschluss einer Versicherung verzichten, sich die Prämien für diese Versicherung jahrelang sparen, und nachher, im Ereignisfall, wollen Sie sich dann das Geld trotzdem auszahlen. Ich mache einen Vergleich, der zugegebenermassen vielleicht etwas polemisch und überspitzt ist, aber er verdeutlicht, was ich meine: Hätte eine private Kita während der Pandemie Lotto gespielt und hätte die private Kita im Lotto einen Sechser gehabt, dann wäre es trotzdem nicht unfair, dass die städtische Kita den Sechser nicht auch gehabt hat.

Verzögerung bei der Kita Viktoria: Auch das ist ein Punkt, bei dem absolut keine Differenz besteht, ob diese Kita jetzt eine städtische Kita oder eine private Kita ist. Wenn Sie just auf den Anfang des ersten Lockdowns eine neue Kita eröffnen wollten, dann sind Sie einfach das Poulet im Umzug gewesen, ob das jetzt eine private Kita ist oder eine städtische Kita. Fragen Sie einmal herum: Wenn Sie während der Pandemie ein Start-Up haben gründen wollen, wer Sie in diesem Moment gerettet hat. Das ist weder der Bund, noch ist es der Kanton, noch ist es die Stadt. Aber die Stadt Bern hat halt genau dann ihre Kita eröffnen wollen. Das ist ihr Problem.

Und nachher noch der letzte Punkt, der im Vortrag erwähnt wird: Das ist der, der mich persönlich, ehrlich gesagt, fast am wütendsten macht. Im Vortrag steht etwas von den städtischen Mietzinshilfen. Private Kitas hätten eine Mietzinshilfe von der Stadt Bern bekommen können. Ich habe nachgefragt beim Wirtschaftsamt, das für diese Mietzinshilfe zuständig gewesen

war. Keine einzige private Kita – keine einzige! – hat von der Stadt eine solche Mietzinshilfe bekommen. Es gibt aber diverse private Kitas, die bei Immobilien Stadt Bern (ISB) eingemietet sind. Also habe ich auch bei ISB angefragt, denn während des Lockdowns hat der für ISB zuständige Gemeinderat sich zitieren lassen, dass man der Mieterschaft grosszügig entgegenkommen werde. Bei wie vielen privaten Kitas hat die Stadt Bern die Miete erlassen oder reduziert? Bei keiner einzigen, um keinen einzigen Rappen! Null, nichts, nada – um einen Vorgänger von mir an diesem Pult hier vorne zu zitieren. Aber theoretisch hätte ja eventuell eine private Kita Geld bekommen können, bis zu 3 500 Franken pro Monat. Aber sie haben es nicht erhalten. Also soll diese Möglichkeit auch bei den städtischen Kitas nicht da sein. Das ganze Geschäft wirkt stark so, als hätte man bei Kitas Stadt Bern strukturelle organisatorische Probleme und nutze jetzt die Pandemie als Vorwand, um diese Probleme zu kaschieren und eben mit einem solchen pandemiebedingten, coronabedingten, einmaligen Nachkredit das Ganze ein bisschen auszugleichen. Dabei weiss man vom Hörensagen – aber eigentlich aus relativ erster Hand –, dass sich Kitas Stadt Bern losgelöst von der Pandemie strategisch beraten lassen musste, externes Knowhow einholen musste und dass unter anderem aufgrund dieser Beratungen nachher auch eine Tarifierungsanpassung vorgenommen worden ist. Dass diese Tarifierungsanpassung offensichtlich zu spät gekommen ist, hat aber wiederum nichts mit der Pandemie zu tun.

Wir werden gemeinsam mit anderen Fraktionen heute noch eine Interpellation einreichen, weil wir der Meinung sind, dass die Bedingungen, unter welchen Kitas Stadt Bern als Teil der Kernverwaltung der Stadt arbeiten, potenziell nicht optimal sind und nicht geeignet sind, dass das Geld, das wir zur Verfügung stellen – für die Betreuung der Kinder, aber auch für die guten Arbeitsbedingungen in diesen Kitas – auch effektiv diesen Aufgaben zugutekommt. Wir haben den begründeten Verdacht, dass Kitas Stadt Bern Bezugsverpflichtungen haben, dass sie sehr viele Leistungen und Dienstleistungen stadintern beziehen müssen, dass sie entsprechend viel weniger flexibel handeln können, als es private Kitas können, und wir wollen vom Gemeinderat wissen, was das für Bezugsverpflichtungen sind und zu welchen Preisen und Tarifen Kitas Stadt Bern diese Leistungen stadintern einkaufen muss. Wir gehen nämlich davon aus, dass ein grosser Teil dieses Defizits, das unbestritten vorhanden ist, nichts mit der Pandemie zu tun hat, sondern mit diesen Rahmenbedingungen erklärt werden kann. Und dann wären wir bei einem ganz anderen Geschäft, bei dem wir auf einer ganz anderen Ausgangslage diskutieren könnten und bereit wären, ausnahmsweise das Defizitdeckungsverbot, das wir haben, temporär auszuhebeln oder nicht.

Die Fraktion FDP/JF wird den Nichteintretensantrag klar annehmen, ebenso den Rückweisungsantrag. Sollten die beiden abgelehnt werden, werden wir im Rahmen der zweiten Lesung ganz klar die SBK-Minderheitsanträge unterstützen und bitten dort wirklich auch Rot-Grün, ausnahmsweise über den Schatten zu springen. Es kann nicht sein, dass uns seitens der Verwaltung signalisiert wird, dass man offenbar zu wenig präzise gearbeitet hat bei diesem Geschäft, und dann nicht einmal bereit ist, diese unpräzise Arbeit entsprechend zu korrigieren.

Die Sitzung wird um 12.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

07.03.2023

X 

Signiert von: Manuel Widmer (Qualified Signature)

für das Protokoll

07.03.2023

X 

Signiert von: Marianne Hartmann (Qualified Signature)

Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Yasmin Amana Abdullahi	Thomas Fuchs	Tanja Miljanovic
Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Dominic Nellen
Janina Aeberhard	Lionel Gaudy	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Franziska Geiser	Halua Pinto de Magalhães
Katharina Altas	Thomas Glauser	Claudio Righetti
Ruth Altmann	Claude Grosjean	Mirjam Roder
Ursina Anderegg	Lukas Gutzwiller	Sarah Rubin
Mirjam Arn	Bernadette Häfliger	Michael Ruefer
Tom Berger	Erich Hess	Kurt Rügsegger
Lea Bill	Michael Hoekstra	Mahir Sancar
Gabriela Blatter	Thomas Hofstetter	Judith Schenk
David Böhner	Seraphine Iseli	Florence Schmid
Regula Bühlmann	Bettina Jans-Troxler	Sara Schmid
Michael Burkard	Anna Jegher	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Nora Joos	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Irina Straubhaar
Dolores Dana	Fuat Köçer	Therese Streit-Ramseier
Milena Daphinoff	Nora Krummen	Bettina Stüssi
Sibyl Martha Eigenmann	Anna Leissing	Michael Sutter
Vivianne Esseiva	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Simone Machado	Janosch Weyermann
Jemima Fischer	Matteo Micieli	Marcel Wüthrich
Sofia Fisch	Szabolcs Mihalyi	

Entschuldigt

Timur Akçasayar	Laura Binz	Salome Mathys
Nicole Bieri	Ueli Jaisli	Simone Richner
Diego Bigger	Ingrid Kissling-Näf	

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Franziska Teuscher BSS
--------------------------	-----------------------	------------------------

Entschuldigt

Reto Nause SUE	Marieke Kruit TVS	
----------------	-------------------	--

Ratssekretariat

Jacqueline Cappis, stv. Ratssekretärin	Franck Brönnimann, stv. Ratsweibel	
Christine Otis, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat	

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

**16 Fortsetzung: Motion Fraktion SP/JUSO (Ayse Turgul/Peter Marbet, SP): Bedarfs-
lücke schliessen – mehr Kitaplätze für Holligen!**

2019.SR.000344

Fortsetzung: Fraktionserklärungen zu den Traktanden 15 und 16

Barbara Keller (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Bei dieser Teilrevision geht es um einen Artikel, der nichts anderes will, als eine Grundlage schaffen, damit coronabedingte Mehraufwände und Mindererträge bei den städtischen Kitas wie bei den privaten Kitas bis Ende 2024 abgegolten werden können. Kitas mussten offenbleiben, weil viele Berufstätige auf die externe Betreuung angewiesen waren. Zeitgleich hiess es aber, man solle die Kinder möglichst nicht in die Kitas schicken. Das hat zu ausbleibenden Elternbeiträgen geführt.

Neuaufnahmen waren in dieser Zeit nicht möglich und Eingewöhnungen mussten verschoben werden. Städtische Kitas konnten während dieser Zeit keine Kurzarbeitsentschädigungen oder Härtefallentschädigungen geltend machen. Sie haben keine Überbrückungshilfe oder Mietzinsreduktion erhalten. Private Kitas hingegen hatten während der Pandemie verschiedene Möglichkeiten, die coronabedingten Auswirkungen mit finanziellen Mitteln von Bund und Kanton abzufedern. Es kann nicht sein, dass die städtischen Kitas coronabedingte Mehrkosten tragen müssen, während die privaten Kitas diese abgelten können. Es erstaunt uns, in welche Richtung die Diskussion jetzt geht. Während der Pandemie wurde von der Stadt versucht, möglichst viele Institutionen zu unterstützen. Und jetzt, wenn man das für die städtischen Kitas möchte, wird man plötzlich knausrig. Es muss doch selbstverständlich sein, dass die städtischen Kitas die gleichen Möglichkeiten haben wie die privaten.

Da die Diskussion schon vorher sehr ideologisch gefärbt war, möchte ich noch etwas Generelles sagen: Für die SP/JUSO-Fraktion ist klar, dass wir städtische Kitas wollen, Kitas mit guter Betreuungsqualität, guten Arbeitsbedingungen und vor allem auch einer Abdeckung in den Quartieren, in denen es für die gewinnorientierten Kitas vielleicht weniger rentabel ist. Es ist eine städtische Aufgabe, Kinderbetreuung anzubieten.

Allerdings finden wir die Begründung des Berichts nicht optimal. Es ist dort zum Beispiel die Rede von einer Minderauslastung 2020, wobei genauere Infos oder Zahlen fehlen. Gleichzeitig wird auch von den Veränderungen während des Lockdowns gesprochen. Auch hierzu gibt es keine näheren Infos. Wir würden uns in Zukunft einen Vortrag wünschen, der die Punkte ausführlich begründet, die später auch geltend gemacht werden können. Nichtsdestotrotz stimmen wir dem Vorstoss zu. Wir wollen städtische Kitas und müssen somit auch schauen, dass sie die gleich langen Spiesse haben wie private Kitas, was während der Coronapandemie nicht der Fall war. Die Aussage im vorliegenden Vortrag, dass die Beiträge jetzt noch abgegolten werden können, erscheint uns darum sinnvoll, und wir stimmen dem Geschäft zu.

Wir lehnen den SBK-Minderheitsantrag zur Rückweisung und auch den Nichteintretensantrag Mitte, FDP/JF ab. Aktuell vorgesehen ist, dass das Finanzinspektorat überprüft, welche Kosten der Stadt hätten vergütet werden können, wenn sie privat organisiert wäre. Diese Kosten sollen abgegolten werden, nicht mehr und nicht weniger. Das Finanzinspektorat ist die städtische Finanzkontrolle. Sie ist unabhängig und muss entsprechend auch eine unabhängige Betrachtung gewährleisten. Wir erachten es deshalb nicht für sinnvoll, hier noch eine externe Untersuchung durchzuführen.

Zum SBK-Minderheitsantrag: Dieser Zusatz ist aus unserer Sicht nicht nötig, weil es bereits im Vortrag steht. Es werden diese Mehraufwände und Mindererträge geltend gemacht, die die privaten Kitas über andere Finanzierungen geltend machen konnten und städtische eben nicht. Zum Eventualantrag SBK: die Coronafallzahlen nehmen wieder zu und wir rollen auf

eine neue Coronawelle zu. Wir möchten nicht nächstes Jahr wieder hier stehen und nochmals über das Gleiche diskutieren, wenn es wieder um eine Entschädigung geht, die die städtischen Kitas nicht geltend machen konnten, die Privaten aber schon. Die längere Frist ist nur eine Sicherheit, bei der es darum geht, Effizienz zu gewinnen. Das ist das, was uns dauernd gepredigt wird. Wir vertrauen hier auch auf den Gemeinderat, dass genau das geltend gemacht wird, das coronabedingt war und nicht von anderen Quellen abgegolten werden konnte. Deshalb lehnt die SP/JUSO-Fraktion auch diesen Minderheitsantrag ab.

Ich komme jetzt zur Tischvorlage, die wir zum Antrag Mitte, FDP/JF erhalten haben: Hierzu konnten wir keine konsolidierte Meinung fassen, da der Antrag zu spät gekommen ist. Grossmehrheitlich lehnen wir diesen ab, da es nicht nötig ist, das Volk darüber abstimmen zu lassen. Es geht lediglich um die Beiträge, die coronabedingt auftraten und die den städtischen Kitas nicht abgegolten wurden.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Ich muss meiner Vorrednerin leider in einigen Punkten widersprechen. Ich habe mich sehr gewundert, als ich diesen Frühling in den Medien gelesen habe, was der Gemeinderat mit dieser Reglementsänderung vorhat. Ich hatte direkt ein paar Fragen, habe aber leider auf meine kleine Anfrage im Mai nicht wirklich eine Antwort bekommen, da das Geschäft schliesslich noch in die Kommission und in den Stadtrat kommen werde. Bis heute blieben die meisten Fragen für mich aber offen: Allen voran die Frage nach der effektiven Ungleichbehandlung zwischen den privaten und den öffentlich-rechtlichen Kitas. Die Reglementsänderung basiert auf der Annahme, dass die städtischen Kitas schlechter gestellt waren als die privaten, was die Auffangmassnahmen von coronabedingten Ertragsausfällen durch den Bund und den Kanton anbelangte. Bis jetzt konnte meiner Meinung nach aber nicht glaubhaft aufgezeigt werden, dass dem wirklich so ist. Bevor man das also erstmal im Detail evaluiert, schlägt man bereits eine Reglementsänderung vor. Tom Berger hat bereits vor der Pause gesagt, dass die Corona-Pandemie alle Kitas hart getroffen hat und die allermeisten seither nebst dem Fachkräftemangel auch mit der veränderten Nachfrage kämpfen, unabhängig davon, ob es sich um private oder städtische Kitas handelt. Deshalb stehen im Vortrag unter den Corona-Effekten und den wirtschaftlichen Auswirkungen auch alle Gründe, die sicher nichts mit der Rechtsform der Kitas zu tun haben: Zum Beispiel die Nichtinanspruchnahme der Betreuung während des Lockdowns, die verschobenen Eingewöhnungen, die veränderte Nachfrage nach dem Lockdown etc. Das sind alle Gründe, die sowohl die städtischen als auch die privaten Kitas betreffen. Die Begründung, dass es zu hohen coronabedingten Gesundheitskosten gekommen sei, weil die Stadt keine Krankentaggeldversicherung hat, kann man kaum gelten lassen. Natürlich ist es allen selber überlassen, ob man so eine Versicherung abschliessen will oder nicht. Aber es kann sicher kein Argument für die Ungleichbehandlung der städtischen Kitas sein. Die Covid-19-Verordnung des Bundes hat nachträglich auch den öffentlich-rechtlichen Kitas die Möglichkeit eingeräumt, Ausfallentschädigungen zu beantragen. Wenn im Vortrag also steht, die privaten Kitas hätten Möglichkeiten gehabt, mit finanziellen Mitteln von Bund und Kanton die coronabedingten Auswirkungen aufzufangen, und diese Möglichkeiten hätten den städtischen Kitas nicht zur Verfügung gestanden, dann stimmt das einfach nicht.

Und dass der Zeitraum für die steuerliche Einlage in die Spezialfinanzierung bis Ende 2024 vorgesehen ist, erscheint uns ziemlich willkürlich. Ein plausibles Argument, weshalb dies bis 2024 begrenzt sein soll – das sind noch fast zwei Jahre – habe ich bis jetzt noch nicht gehört. Die privaten Kitas konnten nur für den Zeitraum vom 17. März bis 17. Juni 2020 Finanzhilfe beantragen. Und diese haben sie meines Wissens – und das ist mir ganz wichtig – vollumfänglich an die Eltern zurücküberwiesen, notabene mit einem sehr grossen administrativen Aufwand. Es ging vor allem auch darum, die Eltern zu entlasten, und darum haben die privaten Kitas die Hilfen, die sie vom Bund erhalten haben, anschliessend an die Eltern über-

wiesen. Das wurde gemacht, indem die einzelnen Präsenzlisten kontrolliert wurden, um zu eruieren, welches Kind wann coronabedingt abwesend war, um den entsprechenden Betrag nachher an die Eltern zurücküberwiesen zu können. Das war ein sehr grosser Aufwand. Insgesamt legt das Geschäft für uns deshalb den Verdacht nahe, dass man hier die Defizitgarantie, die das Volk 2013 ausdrücklich abgelehnt hat, durch die Hintertür wieder einschleusen will. Und dass man das unter dem Vorwand von gleich langen Spiessen macht, ist absurd. Die GLP/JGLP-Fraktion ist nicht gegen das Prinzip der gleich langen Spiesse, im Gegenteil. Wenn es tatsächlich eine unverschuldete Ungleichbehandlung geben sollte, können wir gerne hier darüber diskutieren und nötigenfalls die finanziellen Mittel sprechen. Aber wie gesagt, bis jetzt konnte nicht aufgezeigt und vor allem nicht beziffert werden, dass die städtischen Kitas wirklich unverschuldet härter getroffen wurden als die privaten. Zuerst müsste man doch festlegen, was man genau unter coronabedingten Mindererträgen und Mehraufwänden versteht und wie man das ausrechnen will. «Coronabedingt» ist ein sehr weiter Begriff und man kann so ziemlich alles darunter fassen, das einem passend erscheint. Aus diesen Gründen stimmt die GLP/JGLP-Fraktion sowohl dem Nichteintretensantrag als auch dem Rückweisungsantrag zu und nimmt auch die Minderheitsanträge der SBK an.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion GB/JA!: Der Staat hat in der Pandemie-Krise verschiedenste Unterstützungsmassnahmen beschlossen, vor allem auf Bundes- und Kantons-ebene. Die Massnahmen waren politisch sehr breit abgestützt. Es war mehr oder weniger allen klar, dass diese notwendig sind. Wir sehen heute auch, dass sie sich bewährt haben. Wir waren uns auch im Stadtrat einig, dass die Stadt punktuell ergänzend zusätzliche Unterstützung anbieten soll. Das ist passiert und gut so. Die Hilfsmassnahmen damals sind sehr schnell heraufgefahren worden und die Ausschüttungen an die verschiedensten Institutionen, Unternehmen und Einzelpersonen waren sehr komplex. Die städtischen Kitas konnten im Vergleich zu den privaten weniger von den Unterstützungsmassnahmen profitieren, zum Beispiel auch betreffend der Kurzarbeitsentschädigung. Diese wird interessanterweise von den Bürgerlichen nicht erwähnt. Im Vortrag ist beschrieben, um welche Mechanismen es ging. Der Gemeinderat schreibt bereits im Vortrag, dass die städtischen Kitas aufgrund der Rahmenbedingungen auch unabhängig der Pandemie finanziell vor grossen Herausforderungen stehen. Es geht aber heute darum, erstmal eine Grundlage dafür zu schaffen, dass man innerhalb der Stadt die Lücke der Corona-Hilfsmassnahmen für die städtischen Kitas schliessen kann, quasi über eine krisenbedingte Quersubventionierung. Das kommt zeitlich ein wenig verzögert, da wir bei den städtischen Kitas mit dem Defizitdeckungsverbot spezielle Rahmenbedingungen vorfinden, die wir uns selber auferlegt haben, beispielsweise mit dem Spezialfinanzierungskreislauf. Darum braucht es jetzt diese Reglementsänderung, eine rein formale Sache. Wir gingen davon aus, dass das nicht umstritten ist, zumal auch angekündigt wurde, dass die unabhängige Instanz des Finanzinspektorats das nun sauber erledigen, eine Auslegeordnung machen wird und uns genau aufschlüsseln kann, um was es geht. Auf dieser Grundlage kann man anschliessend immer noch darüber diskutieren. Dass das nicht unumstritten ist, hat sich jetzt deutlich gezeigt, in den Anträgen, in den heutigen Voten und in den heftigen Diskussionen in der SBK. Für uns ist der Aufschrei der Bürgerlichen absurd. Es passiert nichts anderes, als das, was bei vielen Betrieben und Institutionen passiert ist, die durch die Pandemie finanzielle Probleme bekommen haben. Gewisse Betriebe brauchten Unterstützung durch öffentliche Gelder und das sollen auch die städtischen Kitas nachträglich erhalten. Ich kann mir den Aufschrei nur so erklären, dass Sie in einem ideologischen Mindset gefangen sind, in dem sich die städtischen und die privaten Kitas in einer Art Kriegszustand befinden. Es beginnt bereits bei der Rhetorik der berühmten gleich langen Spiesse darum. Mit den Spiessen standen sich früher Soldaten auf den Schlachtfeldern gegenüber. Wer dann längeren hatte, hatte die grössere Überlebenschance. Dass Sie, die Bürgerlichen, sobald es um Ihren ver-

meintlich heilsbringenden freien Markt geht, immer wieder mit diesem Begriff kommen, ist mehr als bezeichnend. Offenbar reguliert sich dieser sogenannte freie Markt nicht zum Wohl aller, sondern es geht offensichtlich darum, sich zu Ungunsten anderer durchzukämpfen und zu überleben. Im Kontext von so wichtigen Angeboten wie den Kitas ist das sehr stossend. Ihre Argumentation heute Nachmittag und Ihre Anträge sind sehr unlogisch. Sie helfen keiner einzigen privaten Kita, wenn Sie verhindern, dass die Stadt ihre Kitas krisenbedingt quersubventioniert, wie es übrigens auch ganz viele grössere Kitaunternehmen machen, stadtübergreifend und schweizweit. Ich denke, es ist allen klar, dass die Rahmenbedingungen grundsätzlich, aber insbesondere im Kanton Bern, für die Kitas das Gegenteil von optimal sind, und zwar für die privaten wie auch für die öffentlichen. Die Ressourcen sind viel zu knapp. Die Ausgangslage ist aber für öffentliche und private Kitas unterschiedlich. Das haben wir heute bereits mehrmals diskutiert. Das heisst doch aber, dass wir uns alle gegenüber dem Kanton für bessere Rahmenbedingungen für alle einsetzen und keinen völlig abwegigen Krieg zwischen privaten und öffentlichen Kitas anheizen. Es geht um die Kinder in dieser Stadt, um die Eltern, um die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit und um Chancengerechtigkeit. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum Sie sich so vehement gegen die pandemiebedingte Quersubventionierung wehren. Das ist sehr seltsam. Dass Sie nun auf irgendwelchen Details herumreiten und komische Nebenschauplätze eröffnen, wie zum Beispiel die Frage, ob die städtischen Kitas damals die Mietzinsunterstützung der Stadt verlangt haben oder nicht. Das ist alles nur eine Frage des Zeitpunkts, da es in jedem Fall städtisches Geld ist. Ob sie es damals erhalten haben oder jetzt, spielt doch gar keine Rolle. Wir sind eigentlich davon ausgegangen, dass die Allermeisten von Ihnen eine gute Versorgung mit Kitaplätzen in dieser Stadt anstreben. Offenbar ist das aber nicht der Fall und Sie spielen lieber «Ritterlis» und wedeln mit Ihren langen oder kürzeren Spiessen in die Richtung der städtischen Kitas, ohne offen zu sagen, um was es eigentlich genau geht. Ich weiss nicht, ob es darum geht, dass Sie keine öffentlichen, städtischen Kitas mehr wollen. Dann sprechen wir doch darüber. Irgendwie ist es sehr schwierig nachzuvollziehen, woher Ihre Vehemenz und Empörung kommen.

Für uns ist klar, dass wir hinter den städtischen Kitas stehen. Wir stehen auch hinter privaten Kitas. Sie haben aber zum Teil auch eine unterschiedliche Funktion und es ist für uns selbstverständlich, dass die Stadt in dieser Situation quersubventionieren muss. Wir anerkennen die engagierte und gute Arbeit von privaten und öffentlichen Kitas. Es geht hier nicht um ein entweder oder. Das System des freien Marktes im Kitabereich haben wir seitens GB/JA! schon immer bekämpft. Es schadet dem eigentlichen Ziel eines flächendeckenden und qualitativ guten Angebots in der Stadt. Jetzt ist das System nun mal so und wir werden auch über die coronabedingten finanziellen Herausforderungen bei den städtischen Kitas bald eine Grundsatzdebatte führen müssen, und das ist auch gut so. Eine Grundsatzdebatte darüber, wie es mit den städtischen Kitas unter diesen Rahmenbedingungen weitergeht. Dafür brauchen wir keine findigen Bürgerlichen, die uns auf die Schliche gekommen sind, dass es eigentlich um die Grundsatzdebatte geht. Es ist völlig okay, wenn wir die Grundsatzdebatte führen. Aber heute geht es einfach darum, dass man die coronabedingten Ausfälle irgendwie quersubventionieren kann. Wir lehnen deshalb alle Anträge ab. Die Vorrednerin der SP/JUSO-Fraktion hat die Gegenargumente inhaltlich schon ausgeführt. Wir schliessen uns dieser Argumentation an.

Ich sage noch etwas zur Motion der SP/JUSO-Fraktion: Die Fraktion GB/JA! begrüsst natürlich im Grundsatz die Forderungen der Motion. Es geht um den Bedarf an Kitaplätzen in Holligen. Aufgrund einer Unterversorgung, die bei der Einreichung des Vorstosses dort bestand, sind Plätze im Quartier entstanden. Die Motionär*innen fassen vor allem auch grosse Quartierentwicklungsprojekte ins Auge, wie sie in Ausserholligen im Gang und zum Teil bereits abgeschlossen sind. Sie beziehen diese ein, was wir eine sehr wichtige Perspektive finden. Mittlerweile hat sich aber die Lage betreffend die Versorgung vor Ort im Quartier etwas ent-

spannt. Es braucht aber sicher nach wie vor ein Augenmerk auf die dortige Entwicklung, das sehen wir genau so. Wir finden aber – und da kommen wir auf die Diskussion von vorher zurück –, dass wir jetzt an einem Punkt sind, an dem wir eine gesamtstädtische Betrachtung machen und zusammen eine Logik entwickeln müssen, wo wir warum städtische Kitaplätze zur Verfügung stellen müssen. Die Ausgangslage ist, wie vorher schon ausgeführt, nicht unkompliziert und einfach. Für uns ist zum Beispiel klar, dass es in jedem Stadtteil mindestens ein qualitativ gutes, städtisches Kitaangebot braucht. Zusätzlich zu den Grundsatzfragen der Rahmenbedingungen für die Führung von städtischen Kitas, kommt noch ein Erschwernis dazu: Seit die Stadt die Aufsichtsfunktion über die Kitas auf städtischem Gebiet an den Kanton abgeben musste, fehlt uns der Überblick über die Versorgung in der Stadt. Umso wichtiger ist das Monitoring, das wir im Stadtrat beschlossen haben und das momentan in Erarbeitung ist. Nach unseren Informationen sollte dieses irgendwann im nächsten Jahr herauskommen. Das wird eine wichtige Grundlage bieten für unsere Grundsatzdiskussion. Betreffend die vorliegende Motion ist die Argumentation des Gemeinderats, die allerdings inhaltlich vermutlich bereits überholt ist, eigentlich schlüssig und wir würden bevorzugen, zuerst einmal die Grundsatzdebatte zu führen, bevor wir punktuell über einzelne Quartiere diskutieren. Wir folgen deshalb dem Antrag des Gemeinderats, also der Überweisung von Punkt 3 als Postulat.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Im vorliegenden Geschäft geht es um die Anpassung des Betreuungsreglements, da es während der Coronazeit für die städtischen und die privaten Kitas aufgrund der unterschiedlichen Behandlung durch Bund und Kanton Ungleichheiten gegeben hat. Wir stimmen dieser Reglementsänderung mehrheitlich zu. Es ist für uns aber noch nicht klar, was genau die Ungleichheiten gewesen sind. Wir erwarten, dass uns die Zusammenstellung des Finanzinspektorats über die gesamten Beträge, die ausgeglichen werden sollen, im Stadtrat vorgelegt werden, damit wir hier noch einmal genau hinschauen können. Klar ist, dass die Pandemiesituation für alle Kitas schwierig war und auch private Kitas Verluste zu verzeichnen hatten. Darum begrüßen wir auch, dass es eine Evaluation gibt, die die Arbeitsweise der Kitas der Stadt Bern durchleuchten wird. Die gleich langen Spiesse waren und sind auch unser Ziel. Allerdings gibt es Wettbewerbsverzerrungen und uns ist nicht klar, wie das grundsätzlich funktionieren soll. Und, dass Corona Ausgleichsmassnahmen nötig macht, zeigt doch gerade, dass es noch Verbesserungsbedarf in unserem System gibt. Solange die Kitas die städtischen Arbeitsbedingungen und andere Anforderungen übernehmen müssen, sind gleich lange Spiesse aus unserer Sicht gar nicht möglich. Darum müssen wir das ganze Konstrukt nochmals grundsätzlich hinterfragen, und zwar daraufhin, ob es uns näher an das Ziel von guter Kinderbetreuung bringt. Kitas der Stadt befinden sich in einer speziellen Situation: Es gibt zum Beispiel städtische Kitas in Gebieten, die für Private nicht attraktiv sind, sie haben beispielsweise andere Ansprüche, was Ausbildung betrifft, und sie haben andere Anstellungsbedingungen – nämlich die städtischen – als private Institutionen. Wir möchten gerne Erklärungen dazu, wie das genau zusammenspielt. Das gehört aus unserer Sicht auch in das Kreditgeschäft, das uns bald vorgelegt wird. Damit soll klar werden, was denn jetzt wirklich pandemiebedingt war und was nicht.

Zudem möchten wir gerne grundsätzlich das Thema der Krankentaggeldversicherung anschauen, die die Stadt Bern nicht hat. Wenn man in guten Zeiten Geld einsparen und nachher während einer Pandemie viele Krankheitsabwesenheiten hat, kann das nicht auf eine Ungleichbehandlung abgeschoben werden, sondern muss über einen längeren Zeitraum angeschaut werden. Die privaten Kitas müssen dauerhaft die Kosten für die Krankentaggeldversicherungen tragen. Uns stellt sich die Frage, ob es nicht statt einer Krankentaggeldversicherung einen verwaltungsinternen Risikoausgleich für die Kosten von längeren Krankheitsabwesenheiten braucht, damit nicht kleinere Einheiten auf hohen Mehrkosten sitzen bleiben. Ande-

re Beispiele sind die Ombudsstelle oder der Schulzahnmedizinische Dienst. Es gibt also bei den Kitas der Stadt Bern noch einiges an Arbeit zu erledigen. Wir sind gespannt auf die Zahlen, die uns zu diesem Geschäft von heute vorgelegt werden.

Noch eine Bemerkung zur Frage des obligatorischen Referendums, die uns allerdings für eine seriöse Diskussion zu spät vorgelegt wurde: Es gibt bei uns zum Teil Sympathien dafür, allerdings macht es aus unserer Sicht keinen Sinn, über eine so kleine Reglementsänderung abzustimmen, wenn es im gesamten Konstrukt noch so viel Verbesserungsbedarf gibt. Wir sind aber gespannt auf die Antworten zur Interpellation, die Sie eingereicht haben und die von Tom Berger erwähnt wurde. Dem Änderungsantrag der SBK-Minderheit stimmen wir zu. Das ist aus unserer Sicht eine Präzisierung, die sowieso schon vorgesehen ist.

Ganz kurz noch zur Motion von Ayse Turgul: Wir halten uns an den Gemeinderat und stimmen Punkt 3 als Postulat zu. Allerdings dürfte es noch eine Weile dauern, bis das Kirchengemeindehaus Steigerhubel zur Verfügung steht. Es gibt bei der Kirche noch ein bisschen Klärungsbedarf. Ich habe zwar einiges mitbekommen, aber mir ist noch nicht klar, wie das weitergehen wird.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die Fraktion SVP schliesst sich den Nichteintrens- und Rückweisungsanträgen sowie dem Antrag auf Unterstellung unter das fakultative Referendum selbstverständlich an. Für mich ist klar: Die rot-grüne Mehrheit hatte nie Freude daran, dass man die Betreuungsgutscheine durchgebracht hat. Die privaten Kitas waren RGM immer ein Dorn im Auge. Ich gehe jetzt nicht militärisch auf die gleich langen Spiesse ein. Man kann das Ganze gleichzeitig auch unter dem Aspekt der Rechtsgleichheit betrachten, dass die einen von gewissen Infrastrukturen profitieren können, wenn sie in städtischen Liegenschaften sind. Wenn man versicherungsmässig etwas verpasst, geht das nicht an. Ich bin der Meinung, dass man beide Leistungsträger gleichbehandeln soll. Es kann nicht sein, dass die Privaten bluten müssen und die städtischen Kitas mehr erhalten, auch wenn sie schlecht gewirtschaftet haben und Probleme bekommen. Am liebsten hätten Sie wohl nicht nur längere Spiesse – wenn man jetzt ins Mittelalter zurückgeht – sondern zuerst noch Feldkanonen und Feldschlangen eingesetzt und anschliessend noch die Reiterei, damit es keine privaten Kitas mehr gibt.

Mit solchen Dingen verstärken Sie die ungleichen Spiesse. Wir sind für Rechtsgleichheit und Gleichbehandlung. Deshalb stimmt die SVP all diesen Anträgen zu und lehnt die Vorlage ganz klar ab.

Einzelvoten zu den Traktanden 15 und 16

Tom Berger (FDP): Liebe Ursina Anderegg, ich stelle einfach fest, dass, wenn Sie inhaltlich in Bedrängnis kommen, auf semantische Details eingehen und plötzlich beginnen, über gleich lange Spiesse zu sprechen und Wortklauberei machen, was damit gemeint sein könnte.

Ich möchte einfach zuhänden des Protokolls festhalten, dass ich bewusst von gleich langen Spiessen gesprochen habe und damit Ihre eigene Gemeinderätin zitierte. Sie hat damit begonnen, bei den städtischen und privaten Kitas von gleich langen Spiessen zu sprechen. Vielleicht müssen Sie innerhalb des Grünen Bündnisses über die Verwendung der Redewendung der gleich langen Spiesse diskutieren.

Corina Liebi (JGLP): Bei mir hinterlässt das Geschäft ehrlich gesagt mehr Fragezeichen, als dass es irgendetwas löst. Die Stadt argumentiert, sie habe Verluste gehabt, zum Beispiel aufgrund der Kiteingewöhnungen, die nicht stattfinden konnten. Aber niemand spricht darüber, dass die Stadt Bern selber entschieden hat, dass sie das während der Coronapandemie nicht macht. Gleichzeitig hat die Stadt auch selber entschieden, keine Krankentaggeldversicherung abzuschliessen. Sie ist das Risiko bewusst eingegangen und hat die Prämien eingespart.

Gleichzeitig will sie die Kosten nicht tragen, wenn es mal so weit kommt, und versucht das anschliessend mit Steuergeldern auszugleichen.

Die Stadt Bern hat den Privaten vorgeworfen, dass sie bei der Stadt Mietzinshilfe oder -reduktionen hätten beantragen können, wenn sie mit ihrer Vermieterin zur Einigung gekommen wären, wie das andere Unternehmen in der Stadt Bern auch machen konnten. Das hat niemand in Anspruch genommen und gleichzeitig hat die Stadt Bern sich selber – dort wo sie bei sich eingemietet war – auch nichts erlassen zugunsten der Spezialfinanzierung. Wir sehen, dass bei diesem Geschäft irgendetwas nicht aufgeht. Jetzt zu versuchen, mit Steuermitteln das Ganze wieder auszugleichen, ist einfach nicht richtig. Und man hat den Eindruck, dass, wenn es hart auf hart kommt, die Stadt Bern ihre eigenen Kitas rettet, die privaten davon aber nicht profitieren können. Das finde ich nicht in Ordnung und darum bin ich persönlich der Meinung, dass das Reglement so nicht angenommen werden sollte.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich erkläre kurz das Prozedere, da es Unsicherheiten dazu gab. Wenn bei einer Reglementsänderung aus dem Rat keine Anträge kommen, geht das Ratsbüro beziehungsweise das Ratssekretariat implizit davon aus, dass auf eine zweite Lesung verzichtet wird. Wenn also nur Anträge aus der Kommission vorliegen, die dort behandelt wurden, sind wir bisher davon ausgegangen, dass auf eine zweite Lesung verzichtet wird. Mittlerweile ist ein Antrag der Fraktionen FDP/JF, Mitte und GLP/JGLP eingegangen. Da es nun deshalb automatisch eine zweite Lesung gibt, werden Sie diesen Antrag mit dem Versand zur Einsicht erhalten. Er betrifft Artikel 18 Absatz 2bis. Wer den Antrag bereits einsehen möchte, kann dies bei uns machen. Wir fahren folgendermassen weiter: Es spricht anschliessend die Gemeinderätin und danach stimmen wir nur über die Rückweisung ab, respektive zuerst über das Nichteintreten und nachher über die Rückweisung. Wenn Sie auf die Vorlage nicht eintreten, hat sich die zweite Lesung erledigt. Wenn Sie die Rückweisung beschliessen, geht das Geschäft nicht zurück in die Kommission, sondern zur Überarbeitung an den Gemeinderat. Wenn Sie aber beide Anträge heute ablehnen, ist das Geschäft für heute beendet, es geht zurück in die Kommission. Die Kommission behandelt das Geschäft in Kenntnis des neu gestellten Antrags noch einmal, anschliessend kommt es zur zweiten Lesung in den Stadtrat.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Herzlichen Dank für die engagierte Debatte zu diesem wichtigen Thema der Kitas in der Stadt Bern. Es wurde von gleich langen Spiessen gesprochen und es wurde mir unterstellt, dass ich diese Begriffe eingeführt habe. 2013 war ich ganz neu im Gemeinderat und noch völlig unbelastet. Ich habe mich damals auch darüber gewundert, als es um dieses Reglement ging und immer die Rede von gleich langen Spiessen war. Mittlerweile habe ich den Eindruck, dass, wenn man von gleich langen Spiessen spricht, alle wissen, wovon wir sprechen.

Die gleich langen Spiesse sehen aber unterschiedlich aus, je nachdem, wie man argumentiert, wie ich heute bemerkt habe. Ich kann in meiner Redezeit nicht auf alle einzelnen Voten eingehen. Deshalb werde ich es summarisch machen. Ich denke, in meinen Ausführungen werde ich aber auf viele Punkte, die Sie kritisiert haben und bei denen es aus meiner Sicht allenfalls auch um gewisse Missverständnisse geht, eingehen. Ich möchte Ihnen die Haltung des Gemeinderats zur Frage darlegen, ob man den städtischen Kitas die Abgeltungen ebenfalls zukommen lässt, wie wenn sie eine private Trägerschaft gehabt hätten, und warum der Gemeinderat klar der Meinung ist, dass man das ausgleichen sollte. Sie haben viel zurückgeschaut und ich mache das auch: Der Grundsatz dieser sogenannten gleich langen Spiesse begann mit der Einführung des Betreuungsgutscheinmodells, das nach dem Willen der Stimmberechtigten eingeführt wurde. Der Gemeinderat respektiert diese Entscheidung und tut dies auch mit dieser Teilrevision. Eine Folge davon war, dass man ein Defizitdeckungsverbot ein-

führte, und das hat der Stadtrat 2016 auch auf Antrag des Gemeinderats als Spezialfinanzierung ausgestaltet. Das heisst über acht Jahre muss der Haushalt der städtischen Kitas ausgeglichen sein.

Noch einmal: Für den Gemeinderat ist klar, dass die städtischen Kitas die Ausgleichszahlungen erhalten, die sie erhalten hätten, wenn sie privat organisiert wären. Aber wir schlagen Ihnen das als befristete Option dar. Deshalb verstehe ich nicht ganz, weshalb Sie sagen, dass der Gemeinderat die gleich langen Spiesse aufheben wolle. Er hätte Ihnen sonst keine befristete Revision bis 2024 vorgeschlagen.

Von dem her ist für den Gemeinderat klar, dass in der Pandemie mit diesen Abgeltungen, die von Bund und Kanton zum Glück sehr unkompliziert ausbezahlt wurden, die Spiesse für die städtischen Kitas ungleich lang gewesen sind. In der Pandemie herrschte nämlich das Grundprinzip, dass die öffentliche Hand selber zu den Betrieben schaut, nicht nur zu den Kitas, für die sie zuständig ist. Die öffentliche Hand unterstützte also mit Geldern von Bund und Kanton Institutionen, insbesondere auch die privaten Kitas. Zu diesen Geldern hatten die öffentlichen Kitas nicht im gleichen Mass Zugang. Deshalb will die Stadt Bern jetzt auch ihren Kitas unter die Arme greifen, kann dies aber nicht, da politisch ein Defizitdeckungsverbot beschlossen wurde. Also steht der Stadt dieser Weg nicht zur Verfügung. Das ist mit ein Grund, warum wir als städtische Kitas nicht zum Wirtschaftsamt gegangen sind, bei dem man Mietzinsreduktionen hätte beantragen können. Das Wirtschaftsamt hat etwas für die Privaten gemacht. Es gab auch eine private Kita, die sich mit dem Antrag ans Wirtschaftsamt wandte, dass der Mietzins reduziert wird. Wir aber haben auch die Instrumente, die die Stadt für die Privaten zur Verfügung stellte, nicht in Anspruch nehmen wollen.

Für den Gemeinderat ist klar, dass er ausgleicht, was die anderen über andere Kanäle bekommen haben. Wir haben im Vortrag aufgelistet, was die pandemiebedingten Mindererträge und Mehrkosten der Kitas Stadt Bern gewesen sind. Es ist nicht die Meinung des Gemeinderats, dass das alles abgegolten wird. Aber wir waren der Meinung, dass es für die Transparenz gut ist, einmal aufzuzeigen, was das alles gewesen ist. Ich bin sicher, wenn private Kitas einen Einblick in ihre Abrechnungen gewähren würden, sähe das in etwa gleich aus. Alle Kitas haben unter dieser Pandemie sehr gelitten. Es behauptet auch niemand hier drin, dass den privaten Kitas alle die Kosten, die sie hatten, abgegolten wurden. Das ist leider nicht der Fall. Aber der Gemeinderat wollte transparent aufzuzeigen, wie gross die Belastung für die städtischen Kitas war, wissend, dass dies bei den privaten ähnlich gewesen ist.

Es wurde gesagt, dass es kein einziges Beispiel für einen Fall gäbe, indem die städtischen Kitas etwas wollten, aber nicht erhalten haben. Das anschaulichste Beispiel ist die Kurzarbeit. Die Privaten mussten zwar Formulare ausfüllen, das ist so, es war nicht gratis. Die Prozesse aber wurden für alle während Corona vereinfacht. Das heisst, Kurzarbeit konnte im Vergleich einfacher beantragt werden und das haben die Kitas auch genutzt. Der Bericht von Kibe Swiss – das ist der Verband der Kitabetreuung Schweiz – hat zum Beispiel gezeigt, dass rund die Hälfte der Kitas in der Deutschschweiz Kurzarbeitsentschädigungen beantragt haben und fast alle, nämlich 92 Prozent, die Kurzarbeitsentschädigung bekommen haben. Sie wissen, dass es sich bei Kurzarbeit nicht um kleine, sondern um erhebliche Beträge handelt, die man geltend machen konnte. Für den Gemeinderat ist klar, wenn das die privaten Kitas wollten und beantragt haben, wird er dem Stadtrat mit dem Kredit vorschlagen, dieselbe Summe, die man als private Kita bei der Kurzarbeit erhalten hat, auch den städtischen Kitas abzugelten.

Dem Gemeinderat geht es nicht darum, das Reglement zu ändern, so wie ihm das gewisse Voten unterstellt haben, sondern es geht dem Gemeinderat darum, jetzt die Basis zu schaffen, damit er ihnen eine Kreditvorlage vorlegen kann. Dazu hat der Gemeinderat bewusst den eingeschlagenen Weg gewählt. Wir wollen zuerst wissen, ob der Stadtrat überhaupt bereit ist, bis 2024 das Reglement mit dem Defizitgarantieverbot aufzuheben, um nachher Berechnungen aufzustellen. Es muss erwähnt werden, dass auch für uns die ganzen Berechnungen, die

wir machen müssen, um Ihnen aufzeigen zu können, wie hoch die Summe ist, die wir für die städtischen Kitas durch andere Kanäle hätten abgelten lassen können, wenn sie privat organisiert wären, nicht einfach, sondern sehr aufwendig sind. Wir erstellen also nicht einfach Berechnungen, wie hoch der Kredit sein muss, damit der Stadtrat anschliessend entscheidet, dass er das gar nicht will. Deshalb ist unser Vorgehen aus Sicht des Gemeinderats die logische Folge.

Wie geht es jetzt weiter? Das Finanzinspektorat hat in einem ersten Schritt überprüft, welche Einbussen bei den städtischen Kitas aufgrund der Pandemie insgesamt angefallen sind. Jetzt wird das Finanzinspektorat plausibilisieren, welche Beträge den städtischen Kitas hätten zurückerstattet werden können, wenn sie unter privater Führung gewesen wären. Nachher wird der Gemeinderat diesen Kredit dem Stadtrat vorlegen und der Stadtrat kann entscheiden, ob er die Kredithöhe einmalig in die Spezialfinanzierung einlegen will. Es wurde gesagt, man verstehe nicht, weshalb das bis 2024 gelten soll. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, wir wissen nicht, wie die Situation diesen Winter wird und ob Corona weiterhin Spuren hinterlässt und weiterhin Einschränkungen bei den Kitas bringt. Wir können Ihnen eine Kreditvorlage erst 2023 vorlegen, da wir erst jetzt über die Reglementsänderung berufen. Wir sind ein bisschen schwerfälliger mit unseren demokratischen Prinzipien in der Stadt Bern. Wir können nicht so schnell entscheiden wie die Privaten. Deshalb haben wir bis Ende 2024 ein wenig Sicherheit eingebaut. Der Gemeinderat will die Frist nicht ganz ausnutzen. Es geht einzig darum, dass wir sicher gehen wollen, falls wir es nicht bis 2023 schaffen würden, nicht plötzlich noch einmal eine Reglementsänderung machen zu müssen. Ich versichere Ihnen, dass es einen Kredit geben wird, den wir Ihnen vorlegen und über den Sie abstimmen können.

Ich finde es auch ein bisschen seltsam, dass man die privaten und die öffentlichen Kitas gegeneinander ausspielt. Ich habe das in den letzten Jahren nie so wahrgenommen. Es war immer ein Miteinander, man hat sich untereinander ausgetauscht. Es hatten alle die gleichen Probleme. Im Moment haben alle Kitas, ob öffentlich oder privat, grosse Schwierigkeiten. Zum einen als Folge der Pandemie, schwierigen Situationen, an vielen Orten keine volle Auslastung, weil die Eltern immer noch zurückhaltend sind, und veränderten kantonalen Bedingungen. Ich finde es das Wichtigste, dass wir uns überlegen, welches System wir in der Stadt wollen. Wollen wir weiterhin eine gute Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Kitas oder nicht? Ich bin überzeugt, dass es keine Aushebelung der gleich langen Spiesse ist, sondern es ist ein Abklären, was den städtischen Kitas zugestanden wäre, wenn sie von privater Trägerschaft gewesen wären, und ob man ihnen den Betrag – es ist ein einmaliger Betrag! – abgelten würde.

Wir sollten uns folgendes überlegen: Alle haben geschrieben, dass Kitas systemrelevant sind. Jetzt habe ich aber den Eindruck, dass sie von vielen, insbesondere auch vom Kanton, nicht dafür abgegolten werden, und das gilt für alle Kitas. Ich lege meinen Fokus lieber auf die Schaffung von besseren Bedingungen für alle Kitas in der Stadt Bern, bessere Arbeitsbedingungen für die Leute in den Kitas. Sie wissen es so gut wie ich: Ein wichtiges Thema ist der Fachkräftemangel. Ich möchte meine Energie lieber auf unsere Gemeinsamkeiten richten, als jetzt hier darüber zu diskutieren, ob gleich lange Spiesse geschneit werden oder nicht. Die Diskussion muss von Ihnen entschieden werden. Es steht Ihnen selbstverständlich frei zu sagen, dass Sie das anders sehen. Aber ich möchte die Energie mehr darauf verwenden, dass wir in der Stadt Bern weiterhin ein gutes System haben und dieses miteinander ausbauen. Der Fachkräftemangel macht mir Sorgen, weil, wenn wir diesbezüglich keine Lösungen finden, die Kitas schliessen müssen. Der Kanton macht Vorgaben, dass es ausgebildetes Personal braucht. Ich glaube, das möchte niemand hier im Rat. Deshalb bitte ich Sie, dem Gemeinderat zu folgen, auf die Vorlage einzusteigen und die Möglichkeit zu schaffen, dass man einmalig das Defizit in diesem Bereich ausgleichen kann, wie ich es ausgeführt habe, und alle Nichteintretens- und Rückweisungsanträge abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion erheblich. (35 Ja, 33 Nein, 0 Enthalten) [Namen 020](#)

17 Motion Manuel C. Widmer (GFL): Lüften ist kein langfristiger Infektionsschutz für Bildungs- und Betreuungsräume

2022.SR.000003

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
2. Die Antwort des Gemeinderats gilt gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 4. Mai 2022

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich mache es wirklich ganz kurz: Wir wandeln die Motion in ein Postulat und verlangen punktweise Abstimmung.

Fraktionserklärung

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Wir sind froh, dass die Motion gewandelt und punktweise Abstimmung verlangt wurde. Ziffer 3 hätten wir auch als Motion zugestimmt, da ich bei allen Schulhausbauten immer gesagt habe, dass man lüften können muss. Das ist das Wichtigste. In Zeiten des Strommangels oder der Stromknappheit: Wenn Sie eine Zwangsbelüftung haben und Sie nicht mehr lüften können, dann wird die Luft wirklich unerträglich. Ich finde das einen sinnvollen Punkt. Für mich ist das klar. Ich nehme Gemeinderätin Franziska Teuscher beim Wort, dass man in den Schulhäusern und in Betreuungsräumen immer Lüften können soll. Es kann auch mal ein Unglück passieren und dann braucht man frische Luft oder was auch immer. Für mich ist das eine Selbstverständlichkeit.

Hingegen ist die Fraktion bei den anderen Punkten skeptisch und wird diese auch als Postulat nicht annehmen. Es ist so eine Sache mit diesen Luftaustauschgeräten. Es gibt auch gewisse Leute, die ein grosses Business damit machen. Meine Nase ist so gut, dass ich merke, wenn die Luft nicht mehr gut ist, und ich reisse frühzeitig das Fenster auf und lüfte. Ich brauche kein grünes Gerät, es braucht nur gesunden Menschenverstand und eine gesunde Nase. Besser, man öffnet das Fenster zu früh als zu spät. Wenn man nach dem Grundsatz lebt, muss man nicht noch teure Abklärungen machen, um das festzustellen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin Fraktion GFL/EVP wandelt die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat lehnt Punkt 1 als Postulat ab. (19 Ja, 43 Nein, 2 Enthalten) [Namen 021](#)
4. Der Stadtrat stimmt Punkt 2 als Postulat zu. (34 Ja, 26 Nein, 6 Enthalten) [Namen 022](#)
5. Der Stadtrat stimmt Punkt 3 als Postulat zu. (53 Ja, 14 Nein, 2 Enthalten) [Namen 023](#)
6. Der Stadtrat lehnt Punkt 4 als Postulat ab. (29 Ja, 31 Nein, 4 Enthalten) [Namen 024](#)

18 Motion Luzius Theiler (GaP): Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes STEK 2016 auf Grund von aktuellen ökologischen und finanzpolitischen Überlegungen

2020.SR.000033

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 24. Juni 2020

Simone Machado (GaP) für die Einreichenden: Die Motion, die Luzius Theiler mit Mitunterzeichnenden eingereicht hat, verlangt die Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) aus dem Jahr 2016. Ich gehe die fünf Ziffern punktweise durch und beantrage eine punktweise Abstimmung. In Ziffer 1 wird eine Revidierung des STEK-Wachstumsziels verlangt. Das Wachstumsziel wurde auf 12 Prozent definiert und ist somit klar übertreten. Im September 2016 hatten wir in der Stadt Bern 144 660 Einwohnende und im September 2022 143 770. Es stimmt etwas mit den Zahlen nicht, entschuldigen Sie bitte. Weiss jemand, wie viele Einwohner Bern aktuell hat und 2016 hatte?

Stimmen im Saal, unverständlich.

Ich hatte die Zahlen da. Ich habe ausgerechnet, dass wir in sieben Jahren eine Zunahme von nur 1,49 Prozent hatten. Das sind 0,21 Prozent pro Jahr. Wenn man das hochrechnet auf die 30 oder 35 Jahre, die das STEK vorgesehen hat – das ist nicht so klar – dann ergibt das eine Zunahme zwischen 6,3 und 7,4 Prozent. Das heisst also, wir werden die Hälfte des Wachstumsziels, das das STEK umrissen oder worauf es abgezielt hat, erreicht haben. Es ist dementsprechend ein unrealistisches Ziel und es muss zurückbuchstabiert werden. Hinzu kommt, dass man ein Bevölkerungswachstum nicht auf städtischer Ebene steuern kann. Das Bevölkerungswachstum wird vor allem durch die Geburtenrate gesteuert. Diese liegt europaweit bei 1,5 Kindern pro Frau oder in der Schweiz bei 1,46 Kinder pro Frau, zudem ist sie rückläufig. Das Bevölkerungswachstum wird zudem auch massgeblich durch die Migration geprägt. Diese wiederum ist gesteuert durch Ereignisse im Ausland und zum Teil auch durch Angebote der Produktion und Infrastruktur im Inland. Zwischenfazit: Die angestrebte Bevölkerungszunahme lässt sich auf städtischer Ebene nicht steuern und ist gemessen an der tatsächlichen Entwicklung übertreten.

Ziffer 2 und 5 nehme ich zusammen: Verzicht auf Grossüberbauungen und Erhaltung von Grün- und Erholungsgebieten. Klimaschutz und Förderung der Biodiversität kann man nicht realisieren, solange die Stadt gleichzeitig dermassen apodiktisch eine Wachstumspolitik betreibt. Irgendwann werden wir uns zu entscheiden haben, weil beides kann man nicht gleichzeitig machen und am besten entscheiden wir uns heute. Grün- und Erholungsgebiete sind überlebenswichtig für Mensch und Tier. In den Städten sind diese Oasen ständig unter Druck. Marzili, Goumoëns-Matte, Egelseemoos-Täli, Vierer- und Mittelfeld etc. Grossüberbauungen versiegeln viel Fläche und sie sind Treibhausgasschleudern. Man muss viele Jahrzehnte von der Arbeit mit dem Velo nachhause fahren, um das kompensieren zu können.

Zu Ziffer 3: Keine Beeinträchtigungen des Stadtbilds. Wie invasiv grosse Überbauungen im Stadtbild auftreten, konnten wir jüngst im Burgernziel erleben: Eine Faust aufs Auge, ein Bauklotz mit eintöniger Fassade. Die Stadt Bern sollte hier sensibler vorgehen. Viele Bewohnende haben genug von dieser eintönigen «Zubetoniererei». Tragen wir wieder mehr Sorge zu dieser schönen Stadt und bauen ein bisschen zurückhaltender und besser ins Quartier integriert.

Zu Ziffer 4: Dieser fordert die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Arbeitsplätzen und Wohnraum. Seit vielen Jahren gibt es in der Stadt Bern ein Überangebot an Büroräumen und ein Unterangebot an Wohnräumen. Der Gemeinderat will das mit der Erhöhung des Anteils an Wohnraum ausgleichen. Ein besserer Weg wäre es, den Anteil an Büroräumen zu reduzieren und wann immer möglich Büroräume in Wohnraum zu überführen.

Zu Ziffer 6: Beschränkung der Wirtschaftsförderung auf die Unterstützung der KMU. Inzwischen hat hier der Gemeinderat vorwärtsgemacht und die Strategie Zukunft Werkplatz Bern beschlossen. In dieser Strategie ist der Einbezug der Verbände, beispielsweise des HIV KMU Gewerbeverbands und des Gewerkschaftsbunds der Stadt Bern sowie weiterer, positiv hervorzuheben. Auch die Zusammenarbeit mit den Agglomerationsgemeinden und der Ausbau der städtischen Anlauf- und Beratungsstellen sind positiv hervorzuheben. Diesbezüglich hat sich etwas bewegt. Die Strategie Zukunft Werkplatz Bern trat dieses Jahr in Kraft. Von dem her wäre dieser Punkt bereits umgesetzt, aber man kann trotzdem noch einmal sagen, dass das ein guter Weg ist.

Fraktionserklärungen

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Verkürzt gesagt verlangt die Motion von der Stadt Bern einen Verzicht auf Wachstum: Nicht mehr Leute, nicht mehr Arbeitsplätze, keine neuen Stadtquartiere, Erhaltung der Grünräume. Auf den ersten Blick hat das etwas. Die Stadt Bern genügt sich selber und altert klein, herzlich und überblickbar vor sich hin. Das STEK 2016, so wie es die SP/JUSO-Fraktion versteht, verlangt nicht Wachstum per se, sondern zeigt auf, wie die Stadt mit dem Wachstum, das passiert, und mit anderen grossen Veränderungen des Klimas und der Gesellschaft umgehen will. Eine Stadt, die sorgfältig mit dem beschränkten Platz umgeht, eine Stadt mit kurzen Wegen zu Einkauf und Freizeit und mit einer Mobilität, die vorwiegend zu Fuss, mit dem Velo oder dem ÖV vollzogen wird. Eine Stadt mit hoher Lebensqualität in den Quartieren, die lebendiger sind als manches Dorf, das sich zum Schlafdorf entwickelt hat. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem STEK 2016 nach wie vor zu. Es gibt eine gute Richtung vor. Deswegen lehnen wir die Motion in allen Punkten ab, weil sie die Stadt, wie sie vielleicht gar nie gewesen ist, einfrieren will.

Erlauben Sie mir noch zwei persönlich gefärbte Bemerkungen dazu: Punkt 3 der Motion verlangt implizit einen Verzicht auf Grossüberbauungen. Wir haben uns gestern Abend in der Diskussion um das Viererfeld und Mittelfeld damit auseinandergesetzt. Ich interpretiere diesen Punkt 3 auch so, dass wir genau auf diese Überbauung verzichten sollten. Damit habe ich Mühe, da die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger 2016 entschieden haben, dass man ein neues Stadtquartier will. Für mich ist schwierig nachzuvollziehen, dass Parteien, die die Einreichenden dieser Motion vertreten und die direkte Demokratie quasi in ihrer DNA haben, Mühe haben, demokratisch gefällte Entscheide zu akzeptieren. Noch zu Punkt 6 der Motion, der sich auf Grosskonzerne bezieht und den Gegensatz konstruiert, dass grosse Konzerne schlecht und kleine Unternehmen gut seien. 99,7 Prozent aller Unternehmen in der Stadt, im Kanton Bern und in der Schweiz sind KMU und haben weniger als 250 Beschäftigte. Das ist gut und sie sind wichtig, stellen sie doch das Rückgrat der Wirtschaft dar, wie man immer liest. Aber wenn man schaut, wo die Leute arbeiten, stellt man fest, dass insbesondere die Bernerinnen und Berner bei Grossunternehmen arbeiten. Man arbeitet in den Verwaltungen, in den Spitälern, man arbeitet bei Grossverteilern, Banken, Versicherungen, in Bern ansässigen Krankenkassen oder auch bei Pharmafirmen. Dort werden die Einkommen erzielt, die den Steuerertrag ergeben.

Wir finden es richtig, dass sich die Stadt um KMU kümmert. Die neue Strategie für den Werkplatz zeigt die richtige Richtung auf. Aber das Konstrukt, dass man sich jetzt nur noch speziell um die Kleinen kümmern soll, finde ich nicht gut.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die vorliegende Motion fordert einen Kredit zur Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts STEK, das 2016 verabschiedet wurde. Die Überarbeitung soll dazu dienen, das angestrebte Bevölkerungswachstum von 12 Prozent zu revidieren und zu reduzieren, ein Gleichgewicht zwischen Wohnraum und Arbeitsplätzen herzustellen, Grünflächen und Erholungsflächen sowie das Stadtbild zu erhalten und in der Wirtschaftsförderung einen Fokus auf die KMU zu legen. Die GB/JA-Fraktion teilt gewisse Anliegen teilweise, lehnt die Motion dennoch in allen Punkten ab. Dies aus folgenden Gründen: Wir sind überzeugt, dass es für die Stadt Bern Sinn macht, nach innen zu wachsen. Das Bevölkerungswachstum in der Stadt Bern ist eine Chance dafür, dass mehr Leute von unserer progressiven linksgrünen Politik profitieren, diese mitgestalten und mittragen können. Das ist vor allem auch in einem rechtsbürgerlich dominierten Kanton wie Bern dringend nötig.

Wie auch der Gemeinderat in seiner Antwort ausführt, bedeutet Wachstum in der Stadt Bern Zugang zu günstigem Wohnraum, zu einer solidarischen Sozialpolitik, zu einer offenen Haltung gegenüber Geflüchteten, zu Angeboten in den Bereichen Wohnen, Quartierarbeit, Teilhabe, Kultur, Jugend, Kinder, Alter, Gleichstellung etc. All das können wir mehr Leuten zugänglich machen, wenn wir wachsen. Das ist in unserem Sinn. Eine Überarbeitung des Wachstumsziels im STEK ist darum aus Sicht der GB/JA!-Fraktion nicht nötig.

Auch klimapolitisch macht es Sinn zu wachsen, verdichtet und nach den neusten ökologischen Standards zu bauen, mit kürzeren Wegen und kleineren Kreisläufen eine nachhaltigere Mobilität zu fördern. Und natürlich müssen dabei Grünflächen und die Biodiversität erhalten und neu geschaffen werden. Das ist im STEK auch abgebildet. Eine dahingehende Überarbeitung des STEK ist auch aus dieser Sicht darum nicht nötig.

Wir teilen das Anliegen, dass das Gleichgewicht zwischen Wohnen und Arbeiten hergestellt werden soll und wir teilen auch den Eindruck, dass die Waagschale zurzeit zu stark auf der Seite Arbeiten liegt. Wenn wir aber keine Arbeitsplätze abschaffen wollen, was ich dem Motionär auch nicht unterstellen will, dann ist so ein Gleichgewicht also nur durch zusätzlichen Wohnraum, sprich das Bevölkerungswachstum, zu erreichen. Die Stadt Bern setzt darum zu Recht einen grossen Schwerpunkt auf die Schaffung von neuem und auf die Aufwertung von bestehendem Wohn- und Lebensraum in der Stadt Bern. Eine Überarbeitung des STEK ist auch aus dieser Sicht nicht nötig. Und noch ein letzter Hinweis zur Wirtschaftsförderung: Auch dort sind wir der Meinung, dass die KMU und insbesondere nachhaltige und zukunftsorientierte Unternehmen in den Fokus gehören. Das ist nämlich dort, wo sich die Stadt Bern als Wirtschaftsstandort positionieren kann und eine Identifizierung mit den politischen Grundsätzen und Zielen der Stadt Bern am ersten zu erwarten sind. In der Strategie Zukunft Werkplatz Bern werden einige der Eckpunkte und Massnahmen für diesen Teil der Wirtschaftsförderung vorgestellt. Wir sind aber auch sehr gespannt auf die weiterführende Wirtschaftsstrategie, die per Mitte nächsten Jahres versprochen ist. Wir sind überzeugt, dass das STEK auch aus dieser Perspektive nicht überarbeitet werden muss. Wir lehnen darum die Motion ab und empfehlen Ihnen, uns zu folgen.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Zuerst etwas Erfreuliches: Wir sind in einer «Aufräum-Session» und ich handle alle Traktanden 18 bis 26 in einem Votum ab.

Ich bringe Kritik an, aber nicht nur an Ihnen, sondern auch an uns. Die GFL/EVP-Fraktion lehnt die Motion Theiler ab. Unser STEK ist gut. Die Frage ist nur, wie gut wir uns eigentlich daran halten. Vielleicht sollten wir in Zukunft vermehrt ein Auge darauf haben, dass sich unsere Investitionen mit den Vorgaben des STEK – die ja gut sind – decken. Aber eine neue Überarbeitung scheint uns in diesem Zusammenhang schlicht nicht zielführend.

Mit der Motion der GLP/JGLP-Fraktion sympathisieren wir inhaltlich sehr stark. Städte müssen sich verdichten. Der Druck auf Kulturland in den Agglomerationen und auf dem Land muss abnehmen. Die Form der Motion lehnen wir allerdings aus den gleichen Gründen wie

der Gemeinderat ab. Wir sind bereit, das Anliegen als Postulat anzunehmen, obwohl sich eben auch hier die Frage stellt, warum es für etwas ein Postulat braucht, das die Stadt sowieso macht. Vielleicht hätte diese Frage schneller und einfacher in einem Telefongespräch, einer E-Mail oder bei einem Treffen geklärt werden können. Aber wenn der Gemeinderat das Postulat annehmen möchte, wehren wir uns nicht dagegen. Die Fraktion GB/JA! fordert im nächsten Traktandum – ähnlich wie die Motion der GLP/JGLP – ebenfalls etwas, das die Stadt Bern bereits praktiziert. Das können wir auch gerne annehmen. Immerhin sind wir dank dem Begründungsbericht, der jetzt vorliegt, auf dem gleichen Wissensstand und wissen, dass die Stadt die Qualität der Aussenräume priorisiert. Die Frage ist lediglich, ob die Annahme das richtige Signal bezüglich unseres zweijährigen Pendenzenbergs ist.

Wenn wir immer alles nur durchwinken, das sowieso gemacht wird, stellt sich die Frage, warum man überhaupt noch recherchieren soll, bevor man einen Vorstoss einreicht. Das Resultat unserer jetzigen Praxis ist genau die Situation, die wir heute haben: Zwei Jahre Pendenzen und eineinhalb Tage Stadtratssitzung. Ich möchte aber an dieser Stelle unbedingt betonen, dass sich unsere oder meine Kritik in keiner Weise spezifisch gegen die heute behandelten GB/JA!- oder GLP/JGLP-Vorstösse richtet. Sie gilt ebenso für den nächsten traktandierten Vorstoss der SP/JUSO-Fraktion und auch unsere Fraktion – inklusive mir – hat sicherlich bereits den einen oder anderen Vorstoss eingereicht, den man sich ehrlicherweise eigentlich hätte sparen können. Es ist vielmehr eine grundsätzliche Kritik am geltenden System, wie wir mit Vorstössen, Recherchen und Repetitionen dieser Vorstösse, teilweise auch ausserhalb des Kompetenz- und Zuständigkeitsbereichs des Stadtrats, umgehen.

Die nächste Motion der Fraktion SP/JUSO für die Schaffung eines guten Wohnumfelds für Familien beinhaltet ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Hier wiederholt sich das Spiel von vorhin. Der Gemeinderat hält fest, dass alle drei Forderungen erfüllt sind und sagt unter anderem, die Erarbeitung weiterer Grundlagen zum Wohnumfeld sei weder nötig noch zielführend. Gleichwohl empfiehlt uns auch der Gemeinderat – weil das im Moment unserer Praxis entspricht – die Motion trotzdem erheblich zu erklären. Warum? Es wird nichts mehr zusätzlich gemacht. Die nächste Motion, ebenfalls von der SP/JUSO-Fraktion, die einen allfälligen Erwerb des EWB-Hauptsitzes an der Monbijoustrasse betrifft, nehmen wir gerne als Postulat an. Immerhin würde in diesem Fall mehr Verbindlichkeit geschaffen und entsprechend etwas passieren. Das Postulat der Fraktion SP/JUSO zur Analyse und Förderung der Durchmischung nehmen wir auch an, das ist mit dem Prüfungsbericht ebenfalls erledigt. Genauso unterstützen wir die Motion der Fraktion GB/JA! zwecks Förderung junger Architekt*innen und Nachwuchsbüros. Die Motion der SVP lehnen wir aus den schon oft erklärten Gründen ab, da muss ich mich gar nicht darüber auslassen.

Noch zur letzten Motion SP/JUSO bezüglich der kommerziellen Nutzung von Wohnraum. Wir folgen hierzu dem Gemeinderat.

Ich bringe diese Kritik an, die sich an uns alle richtet. Ich bin seit zwei Jahren im Stadtrat und meine eingereichten Vorstösse werden nicht innerhalb meiner Legislaturperiode behandelt. Wir haben uns irgendwie selber total blockiert. Ich würde es schätzen, wenn die Vorstösse von uns, die wir hier drinsitzen, auch mal behandelt werden. Diesem Wunsch zuliebe klären Sie bitte jeweils gut ab, ob vielleicht bereits etwas gemacht wird und man sich den Vorstoss sparen kann. Und müssen wir unbedingt zu allem immer so lange sprechen? Alle kennen unsere Haltung. Das Wichtige sagen und das andere bleiben lassen. Ich glaube, das wäre echt cool.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich wurde gestern angegriffen, wir würden es mit dem Grünen nicht ernst meinen. Das ist ein Vorstoss von Luzius Theiler und die SVP unterstützt diesen grossmehrheitlich. Dieser zielt genau in die richtige Richtung. Ich nehme zu den sechs Punkten einzeln Stellung.

Gestern habe ich Ihnen von einer Karikatur erzählt, mittlerweile habe ich diese den Fraktionspräsidenten per Mail verschickt. Es ist ein Bild im Grünen: «We need more Green Politics.» Zu sehen ist ein grünes Feld mit Schäfchen, blühender Wiese und am Schluss ist alles mit Windrädern und Solaranlagen zugebaut. Jetzt haben wir eben die grüne Politik. Ich habe den Eindruck, dass die SVP nebst der GaP die einzige Partei ist, die sich für den Schutz von Kulturgütern sowie der Landschaft einsetzt und gegen extremes Wachstum ist. Wie ich vorhin gehört und zur Kenntnis genommen habe, sind die anderen Parteien bereit dazu, alles zu ver- und überbauen, damit mehr Leute in den Genuss der rot-grünen Politik – des rot-grünen Mannas – kommen.

Wir sprechen vom STEK, dazu eine Preisfrage: Haben Sie darüber abgestimmt, ob Sie mit diesen Wachstumszielen einverstanden sind? Nein! Wir konnten den Bericht einzig zur Kenntnis nehmen. Natürlich gab es ein Mitwirkungsverfahren, an dem ich auch teilgenommen habe. Das war auch beim Viererfeld so. Diese Arbeitsgruppen bestehen oft aus zwei Dritteln Verwaltungsangestellten, ein Drittel sind andere Leute. Häufig werden möglichst lange theoretische Ausführungen gemacht, damit diejenigen, die am nächsten Tag arbeiten müssen, gar nicht mehr da sind. Später heisst es dann, dass ein Geschäft nach erfolgreicher Mitwirkung durchgekommen sei. Ich konzedere: Der Stadtrat hat dem zugestimmt und Sie sehen, was man daraus gemacht hat. Teilweise ist das kontraproduktiv.

Ich bestreite, dass die Stadt unbedingt noch mehr wachsen muss und noch mehr zunehmen muss. Wir hatten früher fast mehr Einwohner als heute. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Leute heute höhere Anforderungen haben als früher. Früher hat sich für eine vierköpfige Familie eine Dreizimmerwohnung behaglich angefühlt. Heute will man wahrscheinlich mindestens fünf oder zumindest vier Zimmer. Das sind alles Sachen, die ich nicht als generell schlecht anschau. Das ist die heutige Entwicklung. Klar ist, dass nicht alle an der Junkerngasse, an der Jubiläumsstrasse oder irgendwo im Breitenrain in Stadtnähe wohnen können. Man muss das relativieren und ich finde es jammerschade, wenn man den letzten Quadratmeter überbaut. Sie haben gestern den Sündenfall Viererfeld begangen. Sie wollen auch in anderen Gebieten wie in Brünnen das Maximum herausholen und dort noch einen Riegel bauen, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen auf das Klima. Für uns ist das eine falsche Entwicklung. Wachstum um jeden Preis brauchen wir nicht. Man sollte qualitativ vorgehen wie beim Tourismus. Sie haben das vorher selber gesagt und ich teile diese Meinung: Es sollte qualitativ und nicht quantitativ vorgegangen werden. Hier geht es wahrscheinlich darum, die rot-grüne Mehrheit zu zementieren, indem möglichst viele Leute nach Bern geholt werden und der letzte Quadratmeter überbaut wird. Man sagt, dass man etwas Gutes mache, wenn die Leute nachher nicht mehr in Huttwil oder so leben, sondern alle in Bern. Das geht in eine völlig falsche Richtung. Aber es ist offenbar politisch motiviert. Zu Ziffer 2: Verzicht auf neue grosse Überbauungen auf Kulturland. Das ist ein wichtiger Ansatz. Ich denke insbesondere ans Viererfeld, das alle Voraussetzungen für eine Fruchtfolgefläche hat. Dazu wird Thomas Glauser als Landwirt für unsere Fraktion etwas sagen. Wenn Sie hier etwas Grünes machen wollen, müssen Sie diese Fläche freihalten und dort keinen Riegel bauen, mit der Begründung, das sei ökologisch gut. Ich bin gespannt auf eine Berechnung des Klimaschutzes. Ich bin gespannt, ob die Rechnung zu den Auswirkungen des Baus und Betriebs unter dem Strich nicht viel schlechter ausfallen wird. Die Häuser in Huttwil und Aarberg bleiben bestehen, diese können nicht einfach weggerechnet werden. Dieser Beton bleibt Ihnen erhalten. Einzig die Leute leben nicht in den Häusern. Es stellt sich die Frage, was an diesen Auswirkungen sozial nachhaltig sein soll.

Zum nächsten Punkt: Keine Beeinträchtigung des Stadtbilds. Also das ist für mich selbstverständlich. Dies beziehe ich nicht nur auf das Viererfeld, sondern auch auf alle anderen Objekte. Wenn Sie überall Hochhäuser hochziehen, kann dies eine Beeinträchtigung des Stadtbilds zur Folge haben, je nachdem wie Sie bauen. Es wurde gesagt, dass man im Kirchenfeld-

Quartier stärker verdichten und Häuser bauen soll. Wollen Sie dort, in diesen traditionell kleinräumigen Verhältnissen Gärten zusammenlegen und Wohneinheiten bescheidenen Zuschnitts erstellen, damit Sie sagen können, dass die Quartiere sozial sind. Damit beeinträchtigen Sie das Stadtbild klar. Für mich wiegt schwer, dass man das Tram nicht dort durch hätte bauen sollen. Es wurden Alleen abgehackt.

Nächste Ziffer: Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Wohn- und Arbeitsplätzen. Auch für mich ist das klar. Das muss eine gute gesunde Wechselwirkung haben. Man muss auch differenzieren, wo wir Arbeitsplätze machen, wo ermöglichen wir allenfalls sogar eine gewisse gewerbliche und industrielle Nutzung. Ich sehe das ein, aber man muss das in einem gewissen Rahmen halten, das ist mit der vorliegenden Formulierung richtig formuliert.

Wir beziehen uns bei Ziffer 5, der Erhaltung der Grün- und Erholungsgebiete, nicht nur auf das Viererfeld. Nein, wir denken hier viel weiter. Auch der Dählhölzliwald ist bedroht. Ich bin gerne im Tierpark, es wird aber stark an diesem Wald genagt. Zuerst gibt es das Ropetech, das beinahe ein Freizeitpark ist. Die Erholungsfunktion des Waldes geht mit diesem Betrieb verloren. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wenn ich mit Janosch Weyermann oder Erich Hess diesen Ropetech-Park betreiben würde, hätten wir die Bewilligung dafür nie erhalten. Man hätte gesagt, das sei ein Wald und es gehe nicht, dass man das dort drin macht. Aber wenn man halt gewisse Beziehungen zu gewissen Kreisen hat, geht das. Dasselbe gilt für den Ausbau des Tierparks, bei dem man zusätzlich einen Veloweg bauen will, den man wahrscheinlich in der Nacht wegen Unfallgefahr noch beleuchten muss. Das wird angeknabbert. Für mich unverständlich ist auch das Vorhaben auf der Goumoëns-Matte: Ich war auch dort dagegen, und zwar nicht einfach gegen ein Schulhaus, sondern dass man dort alles maximal ausnutzt und überbaut. Zum Glück wurde das Projekt jetzt redimensioniert.

Im Wyssloch wollte man auch mit dem Kopf durch die Wand und am Egelsee ein überrissenes Projekt machen. Das sind all die Sachen, die ich wichtig finde zu erwähnen. Ich bin sicher, wenn der Schulraum knapp wird, will man dann auch die Manuel-Matte überbauen. All diese Gebiete sind bedroht. Ich bedaure stark, dass man damals die Waldinitiative abgelehnt hat. Man hätte «Waldschutzinitiative» sagen sollen, dann wäre sie vielleicht angenommen worden. Sie wollte das Gebiet schützen und die Bevölkerung hat das leider zu spät gesehen. Die Initiative ist trotz Unterstützung von GLP und SVP nicht durchgekommen. Fragen Sie auch die Leute im Marzili. Das Gaswerkareal ist ein wichtiger Punkt: Höherwertiges Wohneigentum wollte man nicht, sondern auch dort maximal verdichten. Alle hoffen darauf, dort günstige Parzellen zu bekommen, an bester Lage. Ein Erholungsgebiet an bester Lage am Fluss in einer wachsenden Stadt müssen Sie im Marzili machen! Es bringt nichts, irgendwo im Breitenrain oder beim Autobahnanschluss auf der Allmend ein paar Bäume zu pflanzen und einige Schaukeln hinzustellen und zu meinen, dass man dort ein schönes Erholungsgebiet oder einen Park hinbekommt. Viel wichtiger wäre ein solches Gebiet dort, wo man kurze Wege zur Aare hat und die Leute ihre Freizeit verbringen wollen, wie beispielsweise die Hündeler. Aber auch das will man kaputtmachen.

Zu Ziffer 6, Beschränkung der Wirtschaftsförderung in erster Linie auf die Unterstützung von KMU. Ich habe mich zuerst noch etwas schwergetan, ob ich das unterschreiben kann. Ich konnte es aber guten Gewissens machen, da es «in erster Linie» heisst. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Stadt Bern für die ganz grossen Firmen schlichtweg nicht mehr genügend verfügbare Fläche hat. Deshalb bin ich der Meinung, dass die ganz grossen Firmen wahrscheinlich nicht nach Bern kommen werden. Dass die Credit Suisse (CS) aus Bern wegging, schmerzte nicht so sehr, sagte der verstorbene Alt-Stadtpräsident Alexander Tschäppät. Ich denke, es wäre nach wie vor wichtig, aber die Formulierung ist zahm und dem kann man gut zustimmen. Wie Sie gehört haben, sind die Motionäre mit punktwiser Abstimmung einverstanden.

Gehen Sie nochmals in sich und lesen Sie nochmals in aller Ruhe die Forderungen durch, führen Sie sich die Karikatur zu Gemüte und denken Sie darüber nach, was eigentlich grüne Politik ist, was Sie hier machen und in welche Richtung Sie gehen. Könnten Sie die Ziele unterstützen, wenn im Titel der Motion nicht Luzius Theiler von der GaP und die SVP als Unterstützerin stehen würden? Wenn die Anliegen von Seiten Gemeinderat kämen, würden Sie diesen Forderungen wahrscheinlich geschlossen zustimmen. Aber weil es jetzt von uns und von Luzius Theiler kommt, wird es abgelehnt. Sie sehen, dass ich und die SVP diesen Schritt machen konnten und den Forderungen grossmehrheitlich zustimmen. Lesen Sie es noch einmal: Wollen Sie so ein wachstumsbasiertes STEK, in dem man gewisse Sachen opfern will. Ich danke allen, die hier zustimmen.

Einzelvoten

Simone Machado (GaP): Ich muss oder darf selbstverständlich noch die richtigen Zahlen bringen. Es war ein Verschreiber: Bern hatte 2016 141 660 Einwohnende und im September 2020 143 770. Das ergibt ein durchschnittliches Wachstum pro Jahr von 0,21 Prozent. Wenn man das hochrechnet auf die Prognostizierzeit des STEK, diesen Zeithorizont von 30 bis 35 Jahren, liegt das zwischen 6,4 und 7,4 Prozent. Das zeigt also, dass die Wachstumsziele gegenüber der tatsächlichen Entwicklung überrissen sind. Es ist aber auch überrissen, weil es mit vielen Eingriffen in die Natur und auf Grünflächen und Kulturflächen verbunden ist. Ökologie und Wachstum sind nicht vereinbar, erst recht nicht mit einem solch angetriebenen Wachstum.

Zudem wollte ich noch erwähnen, dass die Stadt Bern 1965 163 000 Einwohnende hatte. Diese Leute haben auch alle irgendwo gewohnt. Mir ist nichts bekannt, dass es damals eine Massenobdachlosigkeit gegeben hätte.

Es wirft die Frage auf, wie geschaut werden kann, dass genügend Leute Wohnraum finden, gleichzeitig aber auch Modelle und Ideen entwickelt werden, wie die Leute weniger Platz brauchen und wie in mehr Wohnhäusern Gemeinschaftsräume geschaffen werden können, damit die einzelnen Personen nicht mehr so viel Wohnfläche brauchen. Selbstverständlich soll dies nicht über Verbote, sondern mit Anreizen erfolgen.

Thomas Glauser (SVP): Es wurde relativ viel gesagt. Als Landwirt spreche ich zu Punkt 2 bezüglich Kulturland. Die Stadt Bern hat bald kein Kulturland mehr, da das Viererfeld wahrscheinlich überbaut wird. Zum Kulturland möchte ich Ihnen sagen, dass man in der Stadt Bern den Punkt 2 annehmen könnte.

Wir Landwirten produzieren gerne dort, wo wir auch konsumieren. Man muss beachten, dass die Bevölkerung in der Schweiz wächst. Diese Leute brauchen Infrastruktur und sie müssen essen. Wenn man nun bedenkt, was alles aus der ganzen Welt in die Schweiz importiert wird, ist das überhaupt nicht klimafreundlich. Das fängt am Morgen beim Kaffee an und geht weiter über andere Lebensmittel wie Bananen und Orangen, die man zum Frühstück isst. Ich appelliere an Sie: Wenn man in der Stadt noch ein wenig Kulturland hat, beschützen Sie dieses und machen Sie keine riesigen Überbauungen. Damit man dort konsumiert, wo man produziert und nicht alles in der Weltgeschichte herumführen muss.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt Punkt 1 der Motion ab. (6 Ja, 54 Nein, 3 Enthalten) [Namen](#) 025
3. Der Stadtrat lehnt Punkt 2 der Motion ab. (10 Ja, 52 Nein, 2 Enthalten) [Namen](#) 026
4. Der Stadtrat lehnt Punkt 3 der Motion ab. (6 Ja, 60 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 027
5. Der Stadtrat lehnt Punkt 4 der Motion ab. (8 Ja, 58 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 028
6. Der Stadtrat lehnt Punkt 5 der Motion ab. (11 Ja, 56 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 029

7. Der Stadtrat lehnt Punkt 6 der Motion ab. (8 Ja, 58 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 030

19 Motion Fraktion GLP/JGLP (Gabriela Blatter, GLP): Verdichtung als wichtiges städtebauliches Anliegen auch in der Bauordnung verankern

2019.SR.000254

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 12. Februar 2020

Motionärin *Gabriela Blatter* (GLP): Der aktuelle Zustand ist unhaltbar, die aktuell gültige Bauordnung verunmöglicht nämlich die innere Verdichtung, insbesondere auf den Parzellen der Bauklasse E. Wir müssen die innere Verdichtung in der Stadt Bern klar vorantreiben, insbesondere, wenn wir zusätzlichen Wohnraum für Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern schaffen wollen, ohne zusätzlichen Boden zu versiegeln.

Uns ist ein Projekt von privaten Kleininvestoren bekannt, die gerne zusätzlichen Wohnraum spezifisch für Familien geschaffen hätten. Das ist ihnen aber aufgrund der aktuell gültigen Bauordnung verunmöglicht worden und ihr Projekt wurde aufgrund der Nichtanerkennung von Verdichtung als höheres gesellschaftliches Interesse in der Stadt Bern bei Gebäuden der Bauklasse E nicht bewilligt. Das ist übrigens, Tanja Miljanović, auch der Grund, warum wir dieses Anliegen als Motion eingereicht haben. Damals hiess es von der juristischen Beratung, es müsse als öffentliche Absichtserklärung des Gesetzgebers klar sein, dass innere Verdichtung ein höheres gesellschaftliches Interesse darstellt.

Das darf und soll in Zukunft nicht mehr passieren. Wir freuen uns, dass der Gemeinderat unser Anliegen zur stärkeren inneren Verdichtung in der Stadt Bern teilt, es im Rahmen des Revisionspakets 2 prüft, eine Regelung zur inneren Verdichtung konsequent in der Bauordnung verankern möchte und innere Verdichtung somit auch auf heute der Bauklasse E zugewiesenen Parzellen ermöglichen will. Wir sind darum bereit, den Vorstoss in ein Postulat zu wandeln und so die Verankerung der inneren Verdichtung in der gesamten Bauordnung zu ermöglichen und nicht nur in diesem Artikel, der in der ursprünglichen Motion referenziert war. Abschliessend möchten wir vom Gemeinderat aber noch folgendes wissen: Können Sie uns versichern, dass die innere Verdichtung im Rahmen des Revisionspakets 2 in Zukunft als höheres gesellschaftliches Interesse verankert sein wird, und werden Sie sicherstellen, dass in Zukunft Projekte zur inneren Verdichtung in der Bauklasse E ermöglicht werden? Das ist uns ganz wichtig. Wenn wir die Zusicherung bekommen, sind wir gerne bereit, die Motion in ein Postulat zu wandeln.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Wir wurden angesprochen und gefragt, ob wir das so verankern werden. Wir werden nicht verankern, dass es ein höherwertiges Interesse ist. Es handelt sich aber um einen Grundsatz, der im Rahmen der Bauordnungsrevision zweiter Stufe umgesetzt wird. Wir setzen das im Rahmen der Bauklasse E um, damit man dort verdichten kann. Wir werden die Verdichtung im ganzen übrigen Stadtgebiet als Grundsatz zur Anwendung bringen. Also insofern kann ich das mit Ja beantworten.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin Fraktion GLP/JGLP wandelt die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (66 Ja, 1 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 031

20 Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan, GB): Den Städtebau anhand des Freiraums gestalten und damit die Qualität des Aussenraumes sicherstellen

2019.SR.000345

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 29. April 2020

Lea Bill (GB) für die Einreichende: Zu Beginn muss man erwähnen, dass die Motion bereits aus dem Jahr 2019 ist und auch die Antwort des Gemeinderats stammt von 2020. Es liegt also alles schon recht lange zurück. Trotzdem ist es so, dass die Forderung immer noch brandaktuell ist. Wir sind dementsprechend auch froh, dass der Gemeinderat unsere Grundsatzhaltung teilt, dass die Stadtplanung ganzheitlich gedacht werden muss, und der Gemeinderat mit uns einig ist, dass der Stellenwert von Freiraum wächst, wenn man in einer verdichteten Stadt wohnt und die Stadt verdichtet geplant wird. Wir anerkennen auch die Schritte, die bereits unternommen wurden und unter anderem zu dieser Verbesserung führten. In diese Richtung geht unter anderem die Expert*innengruppe, die der Gemeinderat in seiner Antwort erwähnt, und die wir auch gefordert haben. Trotzdem muss ich in diese Harmonie einen Kritikpunkt einbringen: Die guten Absichten, die der Gemeinderat beteuert, beteuert er bereits seit sehr langer Zeit. Und trotzdem sahen wir uns vor drei Jahren gezwungen, eine solche Motion einzureichen. Leider sieht es in der Realität doch nicht immer so aus, wie man es gerne auf dem Papier hätte.

Das Gaswerkareal ist ein eher negatives Beispiel dafür. Man baut dort verdichtet, der Frei- und Aussenraum wird erst in einem extrem späten Schritt angeschaut und geplant. Das hat zur Folge, dass es halt noch irgendwo einen Freiraum oder eine Grünfläche hat, wo es gerade noch so Platz hat, mehr aber nicht drinliegt. Das heisst – und das ist leider in sehr vielen Projekten so –, dass die Überlegungen zum Freiraum sehr spät in den Planungsprozess hineinkommen. Es ist immer noch der Fall, dass man sagt, der Freiraum sei in einer verdichteten Stadt sehr wichtig. Bei der konkreten Planung aber hat er trotzdem zu wenig Priorität und man muss schauen, wo es vielleicht noch einen kleinen Rasen oder eine unversiegelte Fläche hat. Das ist nicht in unserem Sinne und es ist aus unserer Sicht höchste Zeit, dass man die Prioritäten ändert. Es braucht ein Umdenken in der Projektplanung.

Und man muss wirklich schauen, dass, wenn man verdichtet, auch genügend Frei- und Grünraum geschaffen wird, genügend Raum für Begegnungen und sozialen Raum. Wir haben keinen Einfluss darauf, was in diesem Begründungsbericht steht. Wir können ihn nur zur Kenntnis nehmen. Ich möchte aber zu Protokoll geben, dass wir mit dem Bericht nicht zufrieden sind. Es ist für uns unzureichend, was bisher gemacht wird.

Aber wir bitten Sie trotzdem, uns bei der Überweisung der Motion zu helfen. Dann haben wir wenigstens ein Zeichen aus dem Stadtrat für die Wichtigkeit, den Freiräumen mehr Priorität zuzuschreiben.

Fraktionserklärung

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Motion legt den Finger auf einen sensiblen Punkt der Stadtentwicklung, nämlich auf die Freiräume. Freiraum ist nicht einfach Restraum, sondern verlangt Gestaltung. Meine Vorrednerin hat bereits alles erwähnt, was ich aufgeschrieben habe. Ich möchte noch einen Punkt besonders betonen: der Nutzungsdruck auf

die Freiräume – wenn man sie hat – nimmt zu. Und darum ist wichtig, dass die Freiräume, wie es die Motion fordert, auch ihre Qualität haben und freie Räume bleiben, die grundsätzlich für alle zugänglich sind und nicht zu Beginn zwar Freiraum sind, aber durch Spezialnutzungen bereits dauerhaft belegt werden. Im Übrigen sind wir mit der Antwort wie auch mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Ich kann nur noch einmal bestätigen, dass wir seit langem die Planungen in der Stadt Bern vom Freiraum her denken. Wir führen bei diesen Freiraumplanungen auch immer Nutzungs- und Entwicklungskonzepte durch. Die Freiraumplanungen nehmen innerhalb der Stadtentwicklung einen grossen Raum ein. Das ist das, was wir ausgeführt haben. Ich habe etwas in Ihrem Votum, Lea Bill, nicht ganz verstanden. Sie haben gesagt, dass Sie einerseits zufrieden, andererseits aber doch noch nicht zufrieden sind. Wir werden nicht mehr bringen als diesen Begründungsbericht, dort sollte eigentlich alles drinstehen. Wir haben zu diesem Thema nichts mehr beizutragen, können uns aber gerne noch einmal darüber unterhalten.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (43 Ja, 25 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen 032](#)
3. Er nimmt die Antwort des Gemeinderats zur Motion als Begründungsbericht zur Kenntnis.

21 Motion Fraktion SP/JUSO (Nadja Kehrl-Fehlmann/Timur Akçasayar, SP): Gutes Wohnumfeld für Familien schaffen!

2020.SR.000030

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 10. Juni 2020

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Einreichenden: Im Herbst 2018 hat der Gemeinderat eine neue Wohnstrategie beschlossen. Unter dem Titel «Wohnstadt der Vielfalt» setzt die Stadt neben preisgünstigem Wohnraum auch auf Qualität und vielfältige Nutzbarkeit von Wohnraum und dessen Aussenräume. Die Strategie möchte auch den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen und mit neuen Wohnformen das städtische Portfolio stärken, dies mit der Erhöhung der Anzahl hindernisfreier Wohnungen sowie grossen Familienwohnungen. Damit die Wohnungsnot in der Stadt Bern gelindert und die Lebensqualität nicht verschlechtert wird, sind aber noch viel mehr Anstrengungen erforderlich. Auch im Hinblick auf generationenübergreifendes Wohnen und der damit einhergehenden Durchmischung braucht es Qualität. Mit unserem Vorstoss «Gutes Wohnumfeld für Familien schaffen!» wollen wir die gemeinderätliche Strategie stützen und wünschen uns ein klares Konzept.

In seiner Antwort führt der Gemeinderat über zwölf verschiedene Strategien und Konzepte auf, die unsere Anliegen berücksichtigen. Aber die grosse Zahl an Papieren, beziehungsweise PDF-Dateien, ist eine enorme Herausforderung für die Planung und bindet etliche personelle und finanzielle Ressourcen. Wie aber der Gemeinderat schreibt, liegt es in seiner Kompetenz, wie er die übergeordneten Ziele und Wünsche des Stadtrats und der Bevölkerung umsetzt. Die SP/JUSO-Fraktion folgt dem Gemeinderat und akzeptiert seine Antwort als Begründungs-

bericht. Wir finden aber, dass es eine verpasste Chance ist, im Dschungel der Strategien nicht ein bisschen zu roden und für das wichtige Anliegen eine Strategie zusammenzufassen.

Fraktionserklärung

Mahir Sançar (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Ein gutes Wohnumfeld für Familien, Kinder und ältere Personen zu schaffen, ist wichtig und nötig. Wir nehmen die Motion im Sinne des Gemeinderats an. Wir hätten uns jedoch gewünscht, dass nicht nur gutes Wohnumfeld für Familien, sondern für alle Bewohner*innen der Stadt Bern, auch für marginalisierte Personengruppen, gefordert würde.

Wir wollen nicht nur die Förderung von familiengerechten Quartieren, sondern eine Förderung von Quartieren, in denen sich alle wohlfühlen und alle leben können. Warum sich diese Motion nur auf Familien bezieht, haben wir nicht verstanden. Die SP sagt mit dem nächsten traktandierten Postulat, dass auch sie die Durchmischung der Quartiere fördern will, was wir auch beim vorherigen Votum gehört haben. Um unseren Ansprüchen an die Stadtplanung gerecht zu werden, fehlen uns in dieser Motion gewisse Aspekte. Die Konzepte, die bei der Planung von Wohnungs- und Siedlungsbau in der Stadt Bern angewendet werden, sollen nicht zu mehr Gentrifizierung führen. Darum finden wir es auch wichtig, dass es nicht nur Cafés und Läden gibt, wie das die SP fordert. Es braucht auch Treffräume ohne Konsumzwang und Orte, an denen weniger einkommensstarke Personen und Haushalte Freizeitaktivitäten nachgehen können, damit Umstände geschaffen werden, die tatsächlich eine Durchmischung der Quartiere in der Stadt Bern ermöglichen. Immerhin inkludiert der Gemeinderat in seiner Antwort zu Punkt 1 der Motion, dass auch soziale Infrastruktur- und Gesundheitsangebote zu einem guten Wohnumfeld und lebenswerten Quartier gehören. Wir hoffen und erinnern den Gemeinderat daran, dass die Angebote niederschwellig sein sollten, so dass sie wirklich auch von allen Bewohner*innen in Anspruch genommen werden können.

Zwar zählt der Gemeinderat in seiner Antwort zu Punkt 1 der Motion schon einige Konzepte auf, die die Forderungen der SP erfüllen würden. Wir legen aber dem Gemeinderat nahe und hoffen, dass er nicht nur die aufgezählten Konzepte anwendet, sondern auch dafür sorgt, dass beim Wohnungs- und Siedlungsbau eine Durchmischung von ganz unterschiedlichen Bewohner*innen der Stadt Bern angestrebt wird und nicht nur gentrifizierte Familienquartiere entstehen, in denen die Mieten so hoch sind, dass die Personen vertrieben werden, die es sich nicht mehr leisten können. Obwohl wir mit dem Gemeinderat einig sind, dass die bereits bestehenden Konzepte die Anliegen der SP bereits erfüllen, würde es sich allenfalls doch lohnen, diese zu überarbeiten, auf eine inklusivere Gesellschaft auszurichten oder eben vielleicht eine übersichtlichere Aufstellung der Konzepte zu erstellen.

Abschliessend möchte ich sagen, dass zum Punkt 2 der Motion natürlich schön gewesen wäre, wenn der Gemeinderat hätte aufzeigen können, wie die Umsetzung dieser Konzepte überprüft werden kann und wird.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (47 Ja, 10 Nein, 0 Enthalten) [Namen 033](#)
3. Er nimmt die Antwort des Gemeinderats zur Motion als Begründungsbericht zur Kenntnis.

22 Postulat Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Fuat Köçer, SP): Analyse und Förderung der Durchmischung in der Stadt Bern

2020.SR.000034

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 10. Juni 2020

Postulant *Szabolcs Mihalyi* (SP): Mein Votum gilt gleichzeitig als Votum der Fraktion SP/JUSO. In der Stadt Bern sollten lebendige, sozial durchmischte Quartiere und Schulkreise angestrebt werden, in denen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Sprache, unterschiedlichen Alters, Reiche und Arme und solche mit oder ohne Behinderung begegnen können. Sozial durchmischte Quartiere sind wichtig, weil das Leben so vielfältiger, interessanter und friedlicher ist und sich die Einwohnerinnen und Einwohner sicherer fühlen. Zudem erhöht sich aufgrund der verbesserten Chancen die soziale Mobilität und Integration. Das wirkt sich alles positiv auf das Wohlbefinden der Bevölkerung aus. Eine Konzentration von beispielsweise sozial Benachteiligten wie auch gesellschaftlich bevorteilten Familien ist nicht wünschenswert. Ebenso sind Quartiere bevorzugt altersdurchmischt, um ein funktionierendes Zusammenleben zu erleichtern. Die Berner Bevölkerung ist auf der Ebene der Gesamtstadt heute sozial vielfältig und gut gemischt, sagt der Gemeinderat im ersten Satz seiner Antwort. Die sozialen Unterschiede zwischen einzelnen Quartieren und teilweise ganzen Stadtteilen sind aber massiv. Zahlen der Stadt, beispielsweise zum Übertritt in die Sekundarschule im Stadtteil VI Bümpliz-Oberbottigen zeugen von klaren Benachteiligungen bei der Schulbildung. Die Erhebung zu Armut und Bezug von Sozialleistungen zeigt ein sehr ähnliches Bild. Bei den Personen mit wirtschaftlicher Unterstützung ist die Quote beispielsweise in der Felsenau 1,5-mal höher als im Rest der Länggasse, in Holligen und Wittikofen-Murifeld rund doppelt so hoch wie im dazugehörigen Stadtteil beziehungsweise im städtischen Durchschnitt. In Bümpliz-Oberbottigen, dem grössten und bevölkerungsreichsten Stadtteil, ist die Quote sogar fast flächendeckend höher als im Rest der Stadt. Auch die Arbeitslosenquote in Bern-West ist anderthalbmal höher als im städtischen Durchschnitt, nämlich 3,9 statt 2,7 Prozent. Solche markanten Unterschiede sind auch bei der Chancengerechtigkeit bemerkbar, wie ich es vorgängig beim Übertritt in die Sekundarstufe als Massstab erwähnt habe.

Wir sprechen hier nicht von kleinteiliger Segregation in der Stadt, sondern von grossräumiger Segregation. Eine funktionierende, soziale Durchmischung ist Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft, insbesondere für die Chancengerechtigkeit und die Integration. Bemerkenswert ist auch, dass die genannten sozialen Unterschiede vor allem in den Quartieren auftreten, in denen die meisten Kinder und Jugendlichen wohnen, was die Chancengerechtigkeit weiter beeinträchtigt. Bei solchen prekären und weitflächigen sozialen Unterschieden ist es schlicht zynisch, wenn der Gemeinderat behauptet, die Berner Bevölkerung sei auf der Ebene der Gesamtstadt heute sozial vielfältig und gut gemischt. Wir hätten uns gewünscht, dass der Gemeinderat konkret auf die bestehenden Unterschiede eingegangen wäre und auch auf seine trotz allem bestehenden Möglichkeiten, diese aufzulösen. Die aktuelle Situation ist mittel- und langfristig nicht haltbar.

Der Stadt sind tatsächlich bei den Vorgaben an private Bauprojekte durch höheres Recht Grenzen gesetzt, wie der Gemeinderat das sagt. Allerdings kann mit langfristig ausgerichteter Stadt- und Raumplanung durchaus auf die soziale Entwicklung in den Quartieren Einfluss genommen werden. Das gilt insbesondere für sehr grosse Entwicklungsprojekte wie dem Vierfeld oder Weyermannshaus, aber auch für Zonenplanänderungen, die vorgenommen wer-

den müssen. Ähnliches gilt auch für die Gestaltung von öffentlichen Räumen und Nutzungen, die kommerziell sind.

Die SP/JUSO-Fraktion beantragt, das Postulat erheblich zu erklären, aber aus obgenannten Gründen den Prüfungsbericht abzulehnen.

Fraktionserklärungen

Regula Bühlmann (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich möchte zuerst etwas zum Begriff «soziale Durchmischung» sagen, der im Postulat der FDP zum Mietermix, das ein bisschen später dran kommen wird, eine zentrale Rolle spielt, dort als Mittel zur Konfliktprävention. Soziale Durchmischung ist ein schönes Wort, klingt auf Anhieb gut und ist sicher auch ein beliebtes Schlagwort in der Stadtentwicklung. Aber wir sind nicht sicher, ob uns allen klar ist, was wir damit meinen und ob wir überhaupt alle das gleiche darunter verstehen. Sollte zum Beispiel in Überbauungen mit günstigem Wohnraum künftig noch ein paar Villen mit Swimmingpool einplanen, damit sich dort auch Topverdienende wohlfühlen? Geht es nicht eher – wie in einer Studie der Berner Fachhochschule 2015 formuliert – «um die Einbindung von sozial schwierigen oder sogenannt benachteiligten Gruppen in eine mittelständische Normalgesellschaft.» Und falls es letzteres ist, geht es dabei um Inklusion oder um Assimilation? Dürfen Menschen unterschiedliche Tagesabläufe haben, zu unterschiedlichen Zeiten kochen, laut zusammen sprechen, Musikhören, den Abfall rausbringen oder auch Wäschewaschen? Ist es nicht eher der Wunsch, dass zwar eine Vielfalt von Leuten da ist, aber sich doch alle an die Gepflogenheiten der Normalgesellschaft anpassen und die gewohnten Abläufe nicht zu fest stören? Ein kürzlich erschienener Zeitungsartikel in der Zeitung «Der Bund» über den Randweg 21 in der Lorraine lässt eher das letztere vermuten. Die erwähnte Studie spricht in diesem Zusammenhang vom «Paradox der Homogenisierung des Heterogenen.» Wie wir Raum für alle schaffen, ein friedliches Zusammenleben fördern, Kontakte und Nachbarschaften pflegen, braucht deshalb eine weit differenziertere Analyse, als einfach alles ein bisschen durcheinander zu mischen. Darum sind wir klar der Meinung: Ja, Bern soll eine Wohnstadt der Vielfalt sein, wie es auch in der Wohnstrategie steht. Dahinter stehen wir zu 100 Prozent. Ja, wir wollen Vielfalt auch in den Quartieren und vor allem – ganz wichtig – in den Schulen.

Aber das darf keine aufgezwungene Assimilierung bedeuten, sondern die Inklusion von Menschen mit verschiedenen Bedürfnissen und Lebensformen. Wo dies in enger Nachbarschaft möglich ist, umso besser. Und wo es dafür ein bisschen mehr Raum und Abstand braucht, ist das auch okay. Wir stellen damit mitnichten die Wohnstrategie, die Förderung von günstigem Wohnraum, innovativen Wohnformen oder Generationenwohnen in Frage. Aber unser Ziel ist – um noch einmal mit dieser Studie zu argumentieren – nicht die Homogenisierung des Heterogenen, sondern eine Stadt Bern, die ein Daheim für eine Vielfalt von Menschen mit ihren Bedürfnissen und ihren Tagesabläufen ist.

Wir sagen deshalb auch von Herzen Ja zu diesem Postulat, als Bekenntnis zu dieser Vielfalt. Uns scheint auch der Prüfungsbericht des Gemeinderats nachvollziehbar.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die SVP lehnt den Vorstoss ab, dem Prüfungsbericht aber stimmen wir zu. Wir sehen es hier auch differenziert. Ich kann mich durchaus gewissen Ausführungen von Regula Bühlmann anschliessen. Ich nehme aber auch gerne etwas von Szabolcs Mihalyi auf: Der Vorstoss verstösst natürlich teilweise gegen übergeordnetes Recht, gegen die kantonale Verfassung sowie die Bundesverfassung und auch gegen andere Vorschriften. Ich will nicht zu sehr ins Detail gehen. Sie müssen folgendes einsehen: Wenn Sie mit den Liegenschaften an der Junkerngasse, an der Jubiläumsstrasse oder Einfamilienhaussiedlungen in der Elfenau in Richtung Muri beginnen, ist es natürlich relativ schwierig, dort mit der Durchmischung beginnen zu wollen.

Wollen Sie dem Hausbesitzer an der Junkerngasse die Renovation verbieten, weil es dort nun günstigen Wohnraum brauche? Das geht rechtlich nicht. Sie können ihm nicht verbieten, sein Haus so zu gestalten, wie er das will. Dasselbe beim Hausbesitzer in der Elfenau mit dem Schwimmbad, Sie können ihm nicht verbieten, das zu renovieren und stattdessen günstigen Wohnraum zu erstellen, weil Sie etwas zur sozialen Durchmischung beitragen wollen. Ein weiteres Problem ist – das nehme ich gerne vom Votum von Regula Bühlmann auf –, dass es Leute gibt, die ganz andere Bedürfnisse haben, die unter Umständen beim nahen Zusammenleben zu Konflikten führen können. Ich kann mir folgendes vorstellen in einer Siedlung: Im ersten Stockwerk haben Sie ein Doppelverdiener-Ehepaar, beide in einer höheren Kaderposition beim Bund oder beim Kanton und im Erdgeschoss wohnt jemand, der Sozialhilfe bezieht und eine randständige Existenz hat. Das kann zu Problemen führen. Der eine muss am Morgen früh aufstehen und der andere schlägt am liebsten die ganze Nacht auf die Buschtrommel. Das sind existierende Probleme, die Sie heraufbeschwören. Es hängt auch immer davon ab, wie die Wohnungen und Häuser unterhalten sind. Das ist klar. Warum sind in Ostermündigen an schlechten Wohnlagen und schlechten Verkehrslagen die Wohnungen günstig? Teilweise wurde der Unterhalt jahrzehntelang vernachlässigt. Da geht natürlich keine Person hin, die sehr gut verdient und es sich leisten kann. Die findet einen anderen Ort. Wenn Sie Durchmischung wollen, können Sie die Leute auf der einen Seite subventionieren, dass sie sich dort eine günstige Wohnung leisten können. Das lehne ich zwar ab, aber das könnte man dann machen. Wollen Sie umgekehrt die Wohlhabenden in eine schlechte Wohnung in ein anderes Quartier schicken, damit es dort dann auch Wohlhabende hat? Das ist doch der falsche Ansatz.

Genauso falsch ist es, wenn Sie das mit dem «Busing» einführen wollen. Ich wehre mich ganz konsequent dagegen, dass die Kinder nicht mehr dort in die Schule gehen können, wo sie aufgewachsen sind und ihre Spielgefährten haben, und mit dem Bus in ein anderes Quartier zur Schule gebracht werden, nur damit die Stadt irgendwelchen statistischen Belegen nachkommt und anschliessend dort die Durchmischung gegeben ist. Vor der Einführung solcher Projekte für die Durchmischung habe ich Angst, sie verursachen nur hohe Kosten.

Wir lehnen das Postulat ab. Ich hoffe, wenn es abgelehnt wird, dass der Prüfungsbericht angenommen wird, damit man einen Strich darunter machen kann und keine weiteren Studien in Auftrag gibt. Das wäre nur noch Arbeitsbeschaffung für gewisse Büros, die sicher gerne die Aufträge annehmen. Ich finde, die Stadt Bern hat wichtigere Aufgaben, als abzuklären, wie man das machen will. Sie können kein Liebhaberobjekt in der Elfenau oder an der Junkerngasse zu Fantasiepreisen ersteigern, damit Sie zu mehr sozialer Durchmischung kommen. Das ist für mich der falsche Ansatz. Ich hoffe, dass man hier Augenmass hält und das Postulat ablehnt.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Es haben alle den Prüfungsbericht von uns gutgeheissen. Darum sehe ich keinen Anlass, die Diskussion unnötig zu verlängern. Danke für die gute Aufnahme des Prüfungsberichts.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (43 Ja, 27 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 034
3. Er stimmt der Stellungnahme des Gemeinderats als Prüfungsbericht zu. (52 Ja, 17 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 035

23 Motion Fraktion SP/JUSO (Lena Sorg/Johannes Wartenweiler, SP): Umzug des ewb-Hauptsitzes – Chance für neuen städtischen Wohnraum nutzen

2019.SR.000160

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 16. Oktober 2019

Motionär *Johannes Wartenweiler* (SP): Die Stadtentwicklung findet nicht nur auf dem Viererfeld und auf dem Gaswerkareal statt. Auch überbaute Areale werden auf ihr Potenzial überprüft. Verdichtung ist ein Gebot der Stunde, um die Ressourcen zu schonen und die Infrastruktur möglichst gut auszulasten. Ein städtisches Gefühl entsteht zudem nur bei einer gewissen Dichte.

Im vorliegenden Fall geht es um einen konkreten Standort in einem bereits bebauten Quartier, nämlich um die EWB-Zentrale zwischen Monbijou- und Sulgeneckstrasse. Mit dem Projekt beim Europaplatz will EWB alle Bürostandorte im Westen von Bern konzentrieren. Ein grosses Areal steht damit für eine neue Nutzung zur Verfügung, auch dann, wenn sich EWB aus betrieblichen Gründen nicht ganz aus dem Perimeter zurückziehen kann. Es hat dort ein Unterwerk von EWB. Für die Stadt ist das eine Chance. Das Quartier unterhalb des Hirschengrabens bis zur Sulgenau ist ein Quartier, in dem gearbeitet wird. Neben EWB hat der Bund hier zahlreiche Bürogebäude, so den grossen Bau an der Monbijoustrasse mit dem Zoll und die Titanic II an der Sulgeneckstrasse. In der Sache bedeutet das, es hat hier Leben bis zum Büroschluss und nachher ist das Quartier mehr oder weniger tot. Es ist deswegen aus städtischer Sicht sinnvoll, Leben, also Wohnen, ins Quartier zu bringen. Das EWB-Gelände wäre ein guter Anfang. Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat aufgrund seiner eigenen Politik sowieso nicht darum herumkommen wird, hier in eine ähnliche Richtung zu denken. Angesichts der Prioritäten der Perspektiven steht EWB aber vermutlich noch weit hinten auf der Pendenzenliste. Mit dieser Motion möchten wir sicherstellen, dass es nicht vergessen geht und bei Gelegenheit ein paar Positionen auf der Liste wettmachen kann.

Wir entnehmen dem Vortrag, dass der Gemeinderat in Punkt 3 die Haltung von EWB noch nicht vorwegnehmen kann. Es scheint so, als könnte EWB unabhängig der städtischen Politik agieren. Wir verstehen, dass man die betriebsnotwendigen Installationen nicht einfach verschieben kann, und akzeptieren, dass eine Teilnutzung noch längere Zeit andauern wird.

Aber dort, wo keine Betriebsnotwendigkeit vorhanden ist, sollten die kurzen Leitungen zwischen Gemeinderat und EWB so funktionieren, dass einem Anspruch auf zusätzlichen Wohnraum nichts im Weg steht. Wir hätten wenig Verständnis, wenn EWB zum Schluss käme, dort auf eigene Rechnung Wohnungen einzubauen. Das ist nicht Sache von EWB. Hingegen sind wir bereit, die Motion in ein Postulat zu wandeln, um dem Gemeinderat mehr Spielraum zu geben. Es ist heute tatsächlich zu früh, ihm mit einer Motion die Hände zu binden. Damit treiben wir unter Umständen den Preis unnötig hoch, wenn es zu Verhandlungen kommt und das ist weder in unserem Sinn noch im Sinn der Stadt.

Fraktionserklärungen

Michael Hoekstra (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Inhaltlich möchte die Fraktion GLP/JGLP nichts dazu sagen. Wir beantragen aber, dass punktweise abgestimmt werden kann.

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich frage die Einreichenden, ob sie damit einverstanden sind, da sie dies nach Reglement Artikel 63 sein müssen. Da sie einverstanden sind, werden wir punktweise abstimmen.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir unterstützen das Postulat der SP/JUSO-Fraktion. Bezahlbarer Wohnraum ist in Bern knapp, in der Innenstadt sowieso. Wenn sich für die Stadt Bern die Gelegenheit ergibt, EWB Büroräume abzukaufen, muss sie das unbedingt machen. Es ist schade, dass Bern nicht viel mehr Liegenschaften besitzt. Wir könnten die Wohnbaupolitik viel aktiver gestalten. Deswegen sollten wir uns diese Chance nicht entgehen lassen. Nicht erst seit Corona gibt es ein Überangebot an Büroflächen, aber die Coronapandemie hat die Situation natürlich noch akzentuiert. Umnutzungen von Büroflächen in Wohnraum werden in den nächsten Jahren sowieso ein grösseres Thema. Büroräume wurden in den letzten Jahren immer billiger, weil die Nachfrage nachgelassen hat. Wohnraum dagegen wird immer teurer. Das bedeutet, dass es für private Immobilienbesitzende sehr lukrativ ist, Büroräume in teure Wohnungen umzugestalten und richtig gut Geld zu verdienen. Deswegen soll sich die Stadt unbedingt aktiv einbringen und sich bei EWB auf Poleposition begeben. Nur so wird es in der Innenstadt irgendwann einmal wieder günstige Wohnungen geben.

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion SVP: Wir von der SVP möchten, dass punktweise über diesen Vorstoss abgestimmt wird. Bei den Einreichenden ist immer ein bisschen Träumerei dabei, wenn erwartet wird, dass man da zu günstigen Wohnungen kommt und das Geld dort gut investieren kann. An Orten, wo man das könnte, gelingt es nicht. Ich erinnere Sie an das Isenschmidgut, über das wir kürzlich beschlossen haben. Man hat es trotz 8 Millionen Franken nicht geschafft, mehr als eine Wohnung zusätzlich hineinzubauen. Das finden Sie gut, für uns aber geht das nicht auf.

Es ist eine Tatsache, dass, wenn EWB aus diesem Gebäude auszieht – wir wissen noch nicht genau, wann das sein wird –, dort eine andere Nutzung möglich wäre, da Büroflächen im Moment nicht gefragt sind. Es ist sinnvoll, das Gebäude umzunutzen. Die Frage ist, ob das überhaupt möglich sein wird, wenn wieder jeder eine Einsprache macht und die Denkmalpflege findet, dass man das Gebäude aus irgendeinem Grund schützen muss, wie sie es bei anderen Sachen auch macht.

Punkt 1 stimmen wir zu. Gegen den Punkt 2 – Liegenschaften erwerben – haben wir grundsätzlich nichts, wenn die Stadt den Marktpreis bezahlt. Es dürfte sicher nicht passieren, dass EWB das Gebäude der Stadt zu einem Spezialpreis gibt, weil das Geld dann bei EWB fehlt. Man kann die Liegenschaft ausschreiben und dann kauft entweder die Stadt oder ein Privater sie. Das ist möglich. Was gar nicht angeht, ist, dass man dort preisgünstigen Wohnraum schafft und das bereits wieder als Verpflichtung reinnimmt.

Da muss man ein schlaues Konzept haben. Wir wissen, dass die Projekte zuerst ausgearbeitet werden müssen. Bereits im Voraus zu sagen, dass in dieses Gebäude preisgünstiger Wohnraum rein muss, da sind wir dagegen. Mit den Punkten 1 und 2 könnten wir leben.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Ich will mich kurzhalten. Erstens: Vielen Dank, dass Sie die Motion in ein Postulat wandeln. Das gibt uns die nötige Freiheit, das Schlauste zu machen. Ich versichere Ihnen, wir sind mit EWB dran. In einer ersten Phase geht es jetzt darum, überhaupt zu schauen, was man machen kann, wenn EWB draussen ist. Wir kaufen sozusagen ein Fell und haben den Bären noch gar nicht geschossen.

Ich muss Thomas Fuchs recht geben: Ob wir dort günstigen Wohnraum schaffen können oder nicht, wissen wir im Moment nicht. Die Stadt hat ein Vorkaufsrecht. In dem Fall haben wir unser Interesse klar signalisiert. Wenn wir dort Wohnungen machen können, die in einer vernünftigen Preislage sind, kommt die Stadt sicher zum Zug. Die Frage, wie viel wir dann bezahlen, ist wie immer ambivalent: Sie wollen hier im Rat, dass EWB in die Klimamassnahmen investieren kann und dafür braucht es einen Gewinn. Also wenn die Stadt mehr bezahlt, dann

hat die EWB ein bisschen mehr Geld, sonst haben sie ein bisschen weniger Geld. Wir werden uns aber sicher finden.

Wir schauen nun zuerst, was überhaupt machbar ist und leiten davon die Strategie ab, was schlau ist und was man mit dem Gebäude machen kann. Zur Aussage zu den Büroräumen: Es ist eine pauschale Aussage, dass es einfach zu viele Büroräume habe. Das Gebäude liegt an einer sehr zentralen Lage und nahe am Bahnhof sind Büroräume nach wie vor gesucht. Es gibt dort rundherum ein paar Unternehmen, die vielleicht expandieren wollen. Nochmals: Es muss für die Stadt eine gute Lösung sein. Mit der Stadt meine ich die Stadt Bern, den Fonds, allenfalls aber auch für weitere Akteure auf dem Platz. Bitte überweisen Sie das Postulat.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin Fraktion SP/JUSO wandelt die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt Punkt 1 des Postulats erheblich. (56 Ja, 9 Nein, 0 Enthalten) [Namen 036](#)
4. Der Stadtrat erklärt Punkt 2 des Postulats erheblich. (51 Ja, 13 Nein, 0 Enthalten) [Namen 037](#)
5. Der Stadtrat erklärt Punkt 3 des Postulats erheblich. (39 Ja, 23 Nein, 1 Enthalten) [Namen 038](#)

24 Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan/Franziska Grossenbacher, GB): Chancengleichheit bei qualitätssichernden Verfahren für junge Architekturbüros, auch auf dem ewb/BLS-Areal

2020.SR.000061

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Die Antwort zu Punkt 1 gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 26. August 2020

Seraphine Iseli (GB) für die Einreichenden: Der Vorstoss wurde von meinen ehemaligen Fraktionskolleginnen Devrim Abbasoglu-Akturan und Franziska Grossenbacher eingereicht. Der Vorstoss fordert, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Teilnahme von jungen Architekturbüros an Wettbewerben der Stadt Bern begünstigen. Ich glaube, wir alle kennen junge oder vielleicht auch nicht mehr junge Architekt*innen und kennen die Arbeitsbedingungen und den riesigen Leistungsdruck, die in dieser Branche herrschen. Es gibt sehr viele unbezahlte Überstunden, die gemacht werden müssen, Nachtschichten vor der Eingabe und ein grosses Risiko, weil sie oft nur dann Geld bekommen, wenn der Wettbewerb gewonnen wird.

Dieser Vorstoss soll die Risikobereitschaft und die grosse Arbeit dieser jungen Architekturbüros würdigen. Wir sind der Meinung, dass entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit nicht immer nur die grossen, etablierten Büros berücksichtigt werden, sondern sich auch junge Architekturbüros in einem urbanen Umfeld beweisen können und nicht im Vornherein durch zu hohe Hürden ausgeschlossen werden. Wir sind der Meinung, dass wir alle an schlaunen, kreativen und nachhaltigen Baulösungen für die Stadt Bern interessiert sind und deshalb ein Interesse daran haben sollten, dass die jungen Architekturbüros nicht nur in der Agglomeration irgendwelche Anbauten für Einfamilienhäuser planen können.

Wir wandeln die Motion in ein Postulat um und akzeptieren die Antwort zu Punkt 1 als Prüfungsbericht, weil das bereits vorbei ist. Wir begrüßen die Haltung des Gemeinderats zu Punkt 2, dass er künftig den Zugang für junge Architekturbüros erleichtern will, und bitten Sie, dem Postulat ebenfalls zuzustimmen.

Fraktionserklärung

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir diskutieren über einen Vorstoss, der aus aktuellem Anlass eingereicht wurde und, wie von Tanja Miljanović heute auch schon erwähnt, anschliessend ein wenig aus der Zeit gefallen ist. Das Kernanliegen dieser Motion ist uns aber sehr sympathisch, nämlich dass bei Ausschreibungen für Architektur- und Ingenieurleistungen, die die Stadt Bern macht, alle die gleichen Chancen haben. Der Gemeinderat legt in seiner Antwort und im Prüfungsbericht dar, wie er das handhabt. Die SP/JUSO-Fraktion ist mit diesen Darlegungen einverstanden. Wir sehen auch das Spannungsfeld zwischen der Haltung, neuen Kräften eine Chance zu geben – das bringt Innovationen und neue Lösungen – und den wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen, an denen man nicht einfach schrauben kann. Wir sind überzeugt, dass, wenn der Gemeinderat das machen würde, er sich mit Einsprachen und Beschwerden ziemlich Ärger einhandeln könnte.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Es stimmt, die Sache ist gegessen. Der Vorstoss hat seine Aktualität, was das Areal betrifft, verloren. Soviel ich weiss, werden in Kürze die Resultate dieses Verfahrens bekanntgegeben. Aber grundsätzlich machen wir das. Noch zum Objekt EWB/BLS-Areal: Es geht um etwa 400 Millionen Franken. Ein junges Team mit dieser Aufgabe zu konfrontieren, wäre schwierig. Wir probieren stufengerecht immer junge Teams zum Zug kommen zu lassen. Wir haben das im Viererfeld gemacht. Es gibt eine andere grosse Arealentwicklung in Bern, bei der ein Nachwuchsteam sogar gewonnen hat. Also wir sind dort dran. Wir sind uns dieser Aufgabe sehr bewusst und entsprechend können Sie das Postulat überweisen. Wir werden das weiterhin so machen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin Fraktion GB/JA! wandelt die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (45 Ja, 18 Nein, 2 Enthalten) [Namen 039](#)
4. Die Antwort zu Punkt 1 gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht. (61 Ja, 1 Nein, 1 Enthalten) [Namen 040](#)

25 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Hans Ulrich Gränicher/Rudolf Friedli, SVP): Überangebot an Wohnungen in der Schweiz: Es braucht eine Risikoanalyse für den städtischen Wohnungsbau in Bern!

2018.SR.000191

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 13. März 2019

Motionär *Alexander Feuz* (SVP): Ich weiss, wir haben mit dieser Motion wieder einen schweren Stand. Sie wollen diese wahrscheinlich nicht. Ich begründe Ihnen, warum wir diese meines Erachtens brauchen.

Wir sind der Meinung, dass es eine Risikoanalyse braucht. Wir haben den Vorstoss 2018 eingereicht. Damals sah die Situation noch besser aus. Die Zinsen waren noch niedriger. Sie kennen die höhere Zinslast der Stadt Bern, es sind 4 Millionen Franken mehr, weil die Leitzinsen gestiegen sind. Sie sehen die Antwort vom 13. März 2019. Deshalb bin ich ein Anhänger einer raschen Traktandierung der Vorstösse. Wir haben damals nicht im Geringsten damit gerechnet, dass es eine Dringlichkeit braucht. Vielleicht ist es nun ein Vorteil, dass wir damals keine Dringlichkeit verlangt haben. Aber wir haben jetzt eine neue Situation. Natürlich hat die Firma Wüest und Partner gesagt, in Bern sei es gut. Aber Sie müssten das genau lesen: Sie sprechen von einer Etappierung, und vor allem der Gemeinderat spricht von einer Etappierung, wenn man das dann allenfalls machen kann. «Sollte sich die Ausgangslage wieder erwarten massiv verändern, könnte immer noch reagiert werden und die Entwicklungen wie zum Beispiel auf dem Areal Viererfeld/Mittelfeld über einen längeren Zeitraum etappiert werden.» Nun bin ich bei diesem Punkt: Nehmen Sie den Klimaschutz: Ob es juristisch standhält und Sie das Viererfeld so rasch überbauen können, wie Sie meinen, steht auf dem einen Blatt geschrieben. Wir haben aber noch den Klimaschutz: Wollen Sie bereits alles zubetonieren oder wollen Sie es vielleicht nicht doch etappieren? Es gibt mehrere Dinge, die uns zur Vorsicht mahnen. Einerseits haben wir ein Überangebot. Wir haben überall neue Wohnräume geschaffen. Mit dieser Krise kommen nun wahrscheinlich vor allem Flüchtlinge neu in die Schweiz. Plötzlich haben Sie wiederum Expats, die zurückkehren, auch mit dem ganzen Konflikt, den wir dort haben. Ich wiederhole mich, fast wie Cassandra, und habe leider trotzdem recht. Es nützt nichts. Wir waren an einem Stadtratsausflug in Huttwil, wo uns gesagt wurde, wie viele Wohnungen dort leer stehen. Wir haben dort hohe Leerbestände und es nützt der Ökologie rein gar nichts, wenn wir jetzt in der Stadt Bern massiv verdichten, in Lyss, Huttwil, Aarberg und am Jura-Südfuss, Grenchen aber ein riesiges Überangebot besteht. Das Überangebot kann unter Umständen auch in Bern passieren, wenn die Wohnungen teuer oder unattraktiv sind – der Durchschnitt, ich war immer gegen grosse Gemeinschaftsräume. Seit Corona sind diese vielleicht ein bisschen weniger attraktiv. Sie wissen, ich bin das Gegenteil eines Masken-Talibans. Ich bin einer, der diesbezüglich liberal ist. Aber wenn man das hier einführt, sind die Wohnungen plötzlich gar nicht mehr so gesucht. Wenn Sie ein kleines Wohnzimmer haben, in dem Sie gerne für sich sein möchten, dieses teilweise nicht einmal lüften können, weil Sie ein Minergie-X-plus-Y-System haben, dann haben Sie falsch projiziert und falsch geplant. Ich bin nicht einer, der immer neue Planungen in Auftrag geben will, aber es ist eine Tatsache, dass die Zinsen massiv gestiegen sind, wir eine neue Situation haben, und auch bezüglich Klimaschutz hat sich die Ausgangsanlage verändert. Weil die Antwort aus dem Jahr 2019 so alt ist und uns veränderte Verhältnisse vorliegen, fordern wir, dass die Risikoanalyse gemacht wird. Sie wollen nur ein Segment, das habe ich ein paarmal gesehen. Sie wollen alles Höherwertige ausgrenzen. Selbst im Gaswerkareal an privilegierter Lage soll es das nicht geben. Auf der anderen Seite wollen Sie dann eine soziale Durchmischung. Die Höherwertigen wollen Sie gar nicht erst in Bern haben. Ich zeige damit auf, wie das hier läuft. Darum ist unsere Motion aktueller als zum Zeitpunkt der Einreichung. Ich danke für Ihre Zustimmung.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Ich werde nicht zu jedem dieser Vorstösse sprechen. Vor allem wenn es klar ist. Viele der Vorstösse werden vom Rat im Sinne des Gemeinderats beschlossen. Ich gehe davon aus, dass das hier der Fall ist.

Ein Problem, das von Alexander Feuz angesprochen wurde, ist folgendes: Unsere Antwort ist von März 2019. Das ist bei ganz vielen Antworten der Fall, sie kommen drei Jahre später in den Rat. Wenn er hier vorne nicht immer wieder das gleiche erzählen würde, kämen wir vielleicht ein bisschen effizienter und schneller vorwärts. Es ist mir wichtig zu sagen, dass wir von Wüest und Partner ein Gutachten erstellen liessen. Spätestens seit Bernhard Eicher dort

Direktor ist, ist das ein unverdächtiger Akteure auf dem Wohnungsmarkt, wenn es darum geht, Einschätzungen zu machen. Hier muss ich sagen, dass die Einschätzung von 2019 nach wie vor stimmt. Es wird auch gesagt, dass gerade in den Städten, in der Stadt Bern, die Lage nach wie vor sehr angespannt ist. Das ist auch heute der Fall. Ein weiteres wichtiges Argument ist, dass die Stadt Bern vor allem günstigere Wohnungen hat. Wenn es als auf dem Wohnungsmarkt ein Problem gäbe, würde der Druck vor allem zuerst im höheren Segment Auswirkungen haben. Das hat dann vielleicht den netten Nebeneffekt, dass dort in den höherpreisigen Wohnungen die Mieten sinken, damit man sie entsprechend wieder vermieten kann. Ich bitte Sie, dem Gemeinderat zu folgen und die Motion abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab. (5 Ja, 59 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 041

26 Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Sutter/Esther Muntwyler, SP/Mohamed Abdirahim, JUSO): Keine Verdrängung von Wohnungen durch kommerzielle Nutzungen

2020.SR.000024

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 2 und 4 erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben. Er beantragt, Punkt 1, 3, 5, 6 und 7 der Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, Punkt 3 als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 3. Juni 2020

Motionär *Michael Sutter* (SP): Ich nehme den Ball meines Vorredners an: Wir können als Einreichende nichts dafür, wenn es Jahre dauert, bis ein Vorstoss im Stadtrat traktandiert wird und er deshalb nicht mehr aktuell ist. Das trifft auf diesen Vorstoss aber grundsätzlich nicht zu, auch wenn zum Glück im Bereich der Altstadt schon etwas gegangen ist. Danke dafür im Voraus.

In der Stadt Bern herrscht Wohnungsnot und die Mietzinsen steigen seit langem viel stärker als die Teuerung. Der Schutz von bestehendem Wohnraum vor Zweckentfremdung ist darum sehr wichtig und das nicht nur in der Altstadt. Verdrängung von Mieterinnen und Mietern durch kommerzielle Nutzungen und lukrative Kurzzeitvermietungen ist vielleicht nicht in der ganzen Stadt gleich akut, aber sie ist grundsätzlich überall problematisch. Es braucht darum auch in der ganzen Stadt Massnahmen dagegen, an die jeweilige Situation angepasst. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass der Gemeinderat die Motion mehrheitlich zur Ablehnung empfiehlt. Erst handeln zu wollen, wenn das Problem tatsächlich da ist, wie man das in der Altstadt gemacht hat, zeugt nicht gerade von grosser Weitsicht. Die Entwicklungen müssen in der ganzen Stadt genau beobachtet werden, so dass man frühzeitig angemessen reagieren kann. Das wollen wir mit dem Vorstoss sicherstellen.

Punkt 1 fordert eine Bewilligungspflicht für kommerzielle Anbieter. So hätte die Stadt nämlich dann auch gerade eine Übersicht, wie sich das Angebot entwickelt und in welchen Quartieren erweiterter Handlungsbedarf besteht, und könnte, je nach Ausgangslage, die Bewilligung fallweise auch verweigern. Soweit die Wohnzonen betroffen sind, ist eine kommerzielle Kurzzeitvermietung auch nicht eine Wohnnutzung im engeren Sinn und braucht darum sowieso eine Bewilligung, jedenfalls wenn mehr als 10 Prozent der Geschossfläche betroffen ist. Punkt 2 und 4 werden schon mehr oder weniger umgesetzt. Wir sind darum auch nicht gegen eine Abschreibung. Es würde mich aber interessieren, wie das konkret kontrolliert wird. Werden

Stichproben gemacht, ob Anbieter auf den Plattformen die Übernachtungsabgabe auch tatsächlich bezahlen, oder vertraut man einfach darauf, dass sie ehrlich sind?

Punkt 3 empfiehlt der Gemeinderat zur Annahme als Postulat. Wenn das also sowieso vorgesehen ist, spricht aus unserer Sicht nichts gegen eine Annahme als Motion.

Was den Punkt 5 angeht, sollte man nicht nach dem ersten Versuch einfach schulterzuckend sagen, dass es leider nicht gehe. Es mag sein, dass bis jetzt erst zwei Städte eine Vereinbarung mit Airbnb haben abschliessen können. Aber es ist ebenfalls so, dass neben Bern ganz viele andere Städte genauso eine Regelung wollen. «Zämä geits», oder? Einen Versuch mehr wäre es sicher wert. Punkt 6 wandeln wir in ein Postulat. Eine Ausdehnung der Regelung der Altstadt ist im Moment vielleicht tatsächlich nicht dringend. Die Situation muss man aber mit den Instrumenten der anderen Motionenpunkte sehr genau im Auge behalten. Soll Wohnraum grossflächig erhalten bleiben, wäre die 90-Tage-Regelung für die ganze Stadt aus unserer Sicht nach wie vor die beste Lösung. Bei Punkt 7 bin ich gar nicht überzeugt, dass schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind und, dass alle Instrumente, die es gibt, bereits geprüft wurden. Wir wollen dem Gemeinderat darum die Möglichkeit geben, hier noch einmal ein bisschen ernsthafter zu überlegen, was es sonst noch für Ansätze geben könnte.

Wir haben vorher den Leistungsvertrag mit Bern Welcome genehmigt. Es geht bei diesem Vorstoss nicht zuletzt auch um ein harmonisches Miteinander von Tourismus und Einwohnenden in der Stadt Bern. Es gibt diverse Städte, in denen der Tourismus – nicht zuletzt auch wegen Airbnb – komplett aus dem Ruder gelaufen ist, ganze Stadtteile übernommen hat und Touristinnen und Touristen von der Bevölkerung zunehmend als Fremdkörper oder sogar als Plage angeschaut werden. Paradebeispiel dafür ist Amsterdam. Teilweise hört man ähnliches zum Beispiel aus Luzern. Genau dem kann man unter anderem entgegenwirken, indem man der Zweckentfremdung von Wohnraum und der Verdrängung von Bewohner*innen der Stadt frühzeitig einen Riegel schiebt und nicht einfach abwartet, bis es auch hier zu einem echten Problem wird. Merci für die Aufmerksamkeit und für die Unterstützung unserer Motion.

Die Sitzung wird um 16.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

07.03.2023

X 

Die Protokollführerin

X

Signiert von: Manuel Widmer (Qualified Signature)

Präsenzliste der Sitzung 16.30 bis 19.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident Manuel C. Widmer

Anwesend

Yasmin Amana Abdullahi	Thomas Fuchs	Tanja Miljanovic
Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Dominic Nellen
Janina Aeberhard	Lionel Gaudy	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Franziska Geiser	Halua Pinto de Magalhães
Katharina Altas	Thomas Glauser	Claudio Righetti
Ruth Altmann	Claude Grosjean	Mirjam Roder
Ursina Anderegg	Lukas Gutzwiller	Sarah Rubin
Mirjam Arn	Bernadette Häfliger	Michael Ruefer
Tom Berger	Erich Hess	Kurt Rüeegsegger
Lea Bill	Michael Hoekstra	Mahir Sancar
Laura Binz	Thomas Hofstetter	Judith Schenk
Gabriela Blatter	Seraphine Iseli	Florence Schmid
David Böhner	Bettina Jans-Troxler	Sara Schmid
Regula Bühlmann	Anna Jegher	Chandru Somasundaram
Michael Burkard	Nora Joos	Ursula Stöckli
Eva Chen	Barbara Keller	Irina Straubhaar
Francesca Chukwunyere	Fuat Köçer	Therese Streit-Ramseier
Dolores Dana	Nora Krummen	Bettina Stüssi
Sibyl Martha Eigenmann	Anna Leissing	Michael Sutter
Vivianne Esseiva	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Simone Machado	Janosch Weyermann
Jemima Fischer	Matteo Micieli	Marcel Wüthrich
Sofia Fisch	Szabolcs Mihalyi	

Entschuldigt

Timur Akçasayar	Milena Daphinoff	Salome Mathys
Nicole Bieri	Ueli Jaisli	Simone Richner
Diego Bigger	Ingrid Kissling-Näf	

Vertretung Gemeinderat

Michael Aebersold FPI	Franziska Teuscher BSS
-----------------------	------------------------

Entschuldigt

Alec von Graffenried PRD	Reto Nause SUE	Marieke Kruit TVS
--------------------------	----------------	-------------------

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel
Anita Flessenkämper, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberi

26 Fortsetzung: Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Sutter/Esther Muntwyler, SP/Mohamed Abdirahim, JUSO): Keine Verdrängung von Wohnungen durch kommerzielle Nutzungen

2020.SR.000024

Fraktionserklärungen

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion SVP: «Keine Verdrängung von Wohnungen durch kommerzielle Nutzung». Wenn man das liest, fühlt man sich ein bisschen in der Zeit zurückversetzt: Alles überwachen, kontrollieren, Statistiken führen, die Verwaltung ausbauen, möglichst viele Beamte, die alles melden, das sie irgendwo sehen, und jeder steht unter Generalverdacht. Wir sind der Meinung, dass man das nicht so kompliziert machen sollte, wie es hier beantragt wird. Wir wollen die Verwaltung nicht immer grösser machen. Wir wollen nicht, dass das einzige, das noch wächst, der Staat ist, und darum lehnen wir grundsätzlich alles ab, was hier gefordert wird. Was wir gar nicht wollen, ist die Ausdehnung der Vermietungsdauer auf die ganze Stadt. Es ist ein Problem, das es gar nicht gibt. Man macht natürlich hier eines daraus, weil man es politisch als Süppchen kocht.

Die Antworten des Gemeinderats sind teilweise gar nicht so schlecht. Es scheint je länger je mehr, dass der Gemeinderat wesentlich vernünftiger ist als das rote, linksextreme Parlament. Man merkt es halt jeweils bei den Motionen, die Sie einreichen. Dort drückt es bei den einzelnen Punkten durch, wie eben auch bei dieser Meldepflicht. Ich war vor 30 Jahren in Moskau. Dort hatte es in jedem Hotel eine Dame, die kontrollierte, wie die Zimmer genutzt wurden, wer hineingeht und wer hinausgeht. Und so kommen mir auch diese fundierten Kontrollen der Wohnräume vor, von denen man sagt, sie würden zweckentfremdet. Vor kurzem haben Sie beim Tourismus noch gesagt, wir wollten in Bern keine Gäste. Ganz knapp haben Sie das verlangt und wären fast damit durchgekommen, wenn nicht vom Ratspräsidenten noch ein gescheiter Entscheid getroffen worden wäre. Sie haben gesagt, wir wollen niemanden, der nach Bern fliegt, sondern andere Touristen. Als Vergleich hat man Amsterdam genommen. Also, sorry. Es ist doch einfach übertrieben zu sagen, Amsterdam habe ein Problem, von dem wir das Gefühl hätten, es käme auch nach Bern. Amsterdam hat ein ganz anderes Touristensegment. Man kann das überhaupt nicht vergleichen, nicht einmal im Ansatz. Also am einfachsten zurück mit dem Unsinn, alles ablehnen, vorsichtigerweise überall Nein stimmen, dann passiert am wenigsten.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion SP/JUSO: Das Ziel der SP und der JUSO ist es, bezahlbaren und ökologischen Wohnraum für alle in der Stadt Bern zu garantieren. Um diesem Ziel näherzukommen, muss unter anderem die Verdrängung von Wohnraum durch kommerzielle Nutzung unterbunden werden. Der Wohnungsmarkt in der Stadt Bern ist angespannt. Auch in Bern ist der Trend angekommen, Wohnungen an attraktiven Lagen über Wohnungs-Online-Vermittlungsplattformen an Tourist*innen zu vermieten. Es sind vor allem kommerzielle und professionelle Anbietende, die mit der temporären Vermietung von Wohnungen an Tourist*innen immensen Profit einfahren. Mit diesem Vorgehen tragen die kommerziellen Anbietenden massgeblich dazu bei, die Wohnungsknappheit zu verschärfen. Die Folge davon ist, dass die Mietpreise in die Höhe schiessen. Das bedeutet, dass Menschen mit niedrigem Einkommen, darunter auch junge Menschen, sich keine Wohnung mehr in der Stadt Bern leisten können. Menschen mit niedrigem Einkommen werden also aus dem Stadtgebiet verdrängt, damit die reichsten ihren Profit erhöhen können.

Jede Person hat das Grundbedürfnis nach einem sicheren Rückzugsort. Der Zweck von Wohnungen ist es in erster Linie, Menschen dauerhaft ein Dach über dem Kopf zu bieten. Arti-

kel 11 des UNO-Pakts I verlangt von den Behörden, das Recht auf Wohnen zu fördern. Die Stadt Bern muss aus diesem Grund Massnahmen ergreifen, damit die Wohnungen in der Stadt Bern nicht zweckentfremdet werden. Das kann nicht nur für neugeschaffenen Wohnraum gelten. Der Gemeinderat hält fest, dass Massnahmen zurzeit nur in der Altstadt nötig seien. Wir halten diese Haltung für kurzsichtig. Gerade weil man mit den bereits erfolgten Massnahmen die kommerzielle Nutzung von Wohnungen in der Altstadt besser reguliert, wird in den anderen Stadtteilen die Nutzung für kommerzielle Vermietungen attraktiver werden. Um solche Auswirkungen von Anfang an zu unterbinden, muss der Gemeinderat verpflichtende Massnahmen über das ganze Stadtgebiet erlassen.

Inhaltlich werde ich jetzt nicht mehr auf die einzelnen Punkte der Motion eingehen. Das hat mein Fraktionskollege vor der Pause schon gemacht. Die SP/JUSO-Fraktion ist mit dem Gemeinderat einig, dass die Punkte 2 und 4 der Motion bereits erfüllt sind, und wir sind mit deren Abschreibung einverstanden. Um der Wohnungsnot in der Stadt Bern aber effektiv entgegenzuwirken, halten wir daran fest, dass die Punkte 1, 3, 5 und 7 als Motion überwiesen werden. Damit der Gemeinderat die Situation in allen Stadtteilen auch verbindlich überprüft, fordern wir die Überweisung von Punkt 6 als Postulat.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Wohnungen sollen den Bewohnenden der Stadt Bern als Wohnraum zur Verfügung stehen und nicht als Gut gebraucht werden, um daraus Profit zu schlagen. Darum ist die GB/JA!-Fraktion mit der Motionärin einig, dass die Verdrängung von Wohnungen durch kommerzielle Nutzung unterbunden werden muss. Wir stimmen allen sieben Punkten der Motion zu. Wir finden sowohl eine Bewilligung als auch eine Meldepflicht und die Kontrolle von Zweitwohnungen sinnvoll. Wohnungen sind in der Stadt Bern Mangelware. Die Leerstandsziffer ist tief. Leider wird sich das wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren nicht ändern. Es darf nicht sein, dass wichtiger Wohnraum von kommerziellen und professionellen Anbietenden an Tourist*innen vermietet wird. Wir fordern den Gemeinderat auf, weiterhin Bestrebungen zu unternehmen und Druck zu machen, vielleicht auch gemeinsam mit anderen Städten, damit Airbnb und andere Vermietungsplattformen vertragliche Vereinbarungen eingehen und so die gewünschten Beschränkungen kontrolliert werden können. Die GB/JA!-Fraktion ist mit dem Gemeinderat nicht einig, dass der Handlungsbedarf nur in der Altstadt besteht. Unserer Meinung nach ist es nicht konsequent, nur in einem Quartier Zweitwohnungen in der Wohnzone zu regeln, weil dann die Gefahr besteht, dass vermehrt Wohnungen in den angrenzenden Quartieren als Zweitwohnungen vermietet werden. Wir stimmen darum der Reglementierungsausweitung von der Altstadt auf alle Quartiere zu. Und wir nehmen alle Punkte der Motion an.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Merci für die Diskussion. Wir haben die Diskussion schon geführt angesichts von Airbnb in der Altstadt. Unterdessen haben wir die Pandemie. Nun hat sich das Problem eindeutig entschärft. Die jetzige Diskussion finde ich ein bisschen verfrüht. Wir haben ja damals reagiert, weil wir in der Altstadt tatsächlich Schwierigkeiten hatten. Ausserhalb der Altstadt haben wir keine. Die Diskussion kommt immer wieder auf, und zwar kommt sie immer dann wieder auf, wenn das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) seine Zahlen über die Zweitwohnungen bekannt gibt. Das ARE hat eine andere Definition von Zweitwohnungen und führt einfach alle, die nicht Erstwohnsitz in der Stadt Bern haben, auf. Aber das sind viel mehr, weil alle Wochenaufenthalter dabei sind. Da sind Diplomaten dabei. Das ist eine Zahl, die erschreckend hoch ist. Wenn man diese Zahl jeweils überprüft und herunterkorrigiert, sieht man, dass die Zahl irgendwo bei zwei Prozent Zweitwohnungen liegt, was ein kleiner Anteil ist. Wir probieren nachher, die Daten regelmässig nachzuführen, und haben immer einigermassen einen Überblick, wo wir stehen. Wir hatten das Risiko im Bereich der Altstadt. Und dort haben wir die neuen Regelungen. Aber ausserhalb der Altstadt haben wir diese Schwierigkeiten nicht.

Wir sind sehr gerne bereit, diese Nachführung ein bisschen zu formalisieren, damit wir jederzeit sagen können, wie viele Zweitwohnungen wir haben. Im Moment sind wir nicht dort, wo Venedig ist oder wo andere Städte sind, die tatsächlich ein Problem haben. Wir haben diese Probleme nicht. Wir haben bis jetzt auch kein diesbezügliches Risiko. Hier ist gesagt worden, dass Wohnungen kommerziell umgenutzt werden. Es ist im Moment eher das Gegenteil der Fall. Weil Wohnungen ja im Moment kommerziell attraktiv sind, geht die Bewegung eher in die gegenteilige Richtung. Das war vor 20, 30 Jahren noch anders. Damals wurden Wohnungen zu Büros umgenutzt.

Jetzt geht es eigentlich eher ein bisschen in die andere Richtung, indem eben auch Büroraum zu Wohnraum umgenutzt wird. Es wurde gefragt, wie es mit dieser Registrierung von Airbnb gehe. Das geht eben via Übernachtungsabgabe. Und gemäss Übernachtungsabgabereglement müssen alle, auch alle Airbnbs, eine Übernachtungsabgabe zahlen. Und sie haben auch einen Anreiz dafür, weil mit der Übernachtungsabgabe das Bern Ticket verbunden ist. Airbnb-Nutzerinnen und -Nutzer wollen das Bern Ticket auch und drängen darum darauf, dass die Übernachtungsabgabe tatsächlich auch abgerechnet wird. Das ist ein guter Anreiz und funktioniert auch gut. Im Übrigen enthält das Übernachtungsabgabereglement auch Strafbestimmungen. Man kann jemanden verzeigen, der ein Übernachtungslokal führt und die Übernachtungsabgabe nicht leistet. Diese Person könnte via Strafbestimmungen auch gebüsst werden. Also insgesamt bitte ich Sie darum, dass Sie sich entlang der Antwort des Gemeinderats bewegen. Punkt 3 würden wir aufnehmen, dann hätten wir immer einen Überblick. Und im Sinne einer risikobasierten Strategie würden wir, sobald es irgendwo aus dem Ruder läuft, weitere Massnahmen treffen. Im Moment ist das nicht nötig und darum kann man die anderen Punkte der Motion ablehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat stimmt Punkt 1 der Motion zu. (34 Ja, 30 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 042
3. Der Stadtrat stimmt Punkt 2 der Motion zu. (42 Ja, 22 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 043
4. Der Stadtrat stimmt der Abschreibung von Punkt 2 der Motion zu. (66 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 044
5. Der Stadtrat stimmt Punkt 3 der Motion zu. (36 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltungen) [Namen](#) 045
6. Der Stadtrat stimmt Punkt 4 der Motion zu. (38 Ja, 29 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 046
7. Der Stadtrat stimmt der Abschreibung von Punkt 4 der Motion zu. (67 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 047
8. Der Stadtrat stimmt Punkt 5 der Motion zu. (36 Ja, 31 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 048
9. Der Stadtrat stimmt Punkt 6 als Postulat zu. (36 Ja, 31 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 049
10. Der Stadtrat stimmt Punkt 7 der Motion zu. (36 Ja, 31 Nein, 0 Enthaltungen) [Namen](#) 050

Stadtpräsident *Manuel C. Widmer*: Ich möchte darauf hinweisen, dass die stadträtliche interfraktionelle Gruppe Wirtschaft zu einem Firmenbesuch bei EWB einlädt, der am 15. November zwischen 17 und 18.30 Uhr stattfindet. Bitte schenken Sie diesem Anlass Beachtung.

- Die Traktanden 27 und 28 werden gemeinsam behandelt. -

27 Motion Fraktion FDP/JF (Barbara Freiburghaus/Bernhard Eicher, FDP): Umdenken beim städtischen Wohnungsbau: Von der Objekt- zur Subjektfinanzierung

2020.SR.000360

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 2 und 4 erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben. Er beantragt, Punkt 1, 3, 5, 6 und 7 der Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, Punkt 3 als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 3. Juni 2020

Dolores Dana (FDP) für die Einreichenden beider Motionen und für die Fraktion FDP/JF: Ich halte ein Votum für jemanden, der nicht mehr im Stadtrat ist, nämlich für Barbara Freiburghaus. Der Gemeinderat führt in der Antwort zu beiden Motionen das Berner Modell auf. Selbstkritisch ist er wirklich nicht. Es gibt Unschönes am Berner Modell. Es tönt sehr gut. Man sagt, man ermögliche allen eine Wohnung – halt einfach zu anderen Bedingungen. Sie bleiben in der gleichen Wohnung etc. Unschön an diesem Modell ist, dass Raum, der den Vermietungskriterien günstiger Wohnraum (GüWR) entspricht, von Personen beansprucht wird, die nicht mehr Anspruch auf GüWR haben. Da haben wir schon seit Jahren ein Problem mit dem Gemeinderat, weil die Antwort des Gemeinderats ist: Dann bauen wir halt mehr GüWR-Wohnraum. Nein, das kann es nicht sein. Eigentlich sollte es so sein, dass man eine Übergangsfrist einführt, in der Personen, die nicht mehr GüWR-Anspruch haben, eine neue Wohnung suchen können, damit eben der Raum wieder frei wird für jene, die effektiv die GüWR-Kriterien erfüllen. Und wie der Gemeinderat bei diesen Antworten auf die Idee kommt, dass alle Anspruch haben sollen, wenn wir von der Objekt- zur Subjektfinanzierung wechseln – also, ich weiss nicht, wo er das liest. Es ist auch nicht so, dass jeder per se Anspruch auf Sozialhilfe hat. Es wird genau geprüft, ob man den hat oder nicht, und das wäre hier ja genauso der Fall.

Wir verstehen die Argumentation des Gemeinderats wirklich nicht. Übrigens: Mit der Fusion mit Ostermundigen werden wir genug Wohnraum erhalten, der auf einen Schlag auch bezahlbar ist. Und dann kann man nicht mehr sagen, es sei Ostermundigen, um Himmels Willen, wie ich das früher auch schon vom Grünen Bündnis gehört habe. Es wird dann Bern sein. Ostermundigen hat ja das Problem, dass es zu viel günstigen Wohnraum hat. Wir sind natürlich mit der Antwort des Gemeinderats und auch damit, was er beantragt, nicht zufrieden und halten an der Motion fest, und zwar bei beiden Vorstössen.

Fraktionserklärungen zu den Traktanden 27 und 28

Judith Schenk (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Unsere Fraktion stimmt den Motionär*innen bezüglich gewisser Doppelspurigkeiten von Immobilien Stadt Bern (ISB) und der Sozialhilfe zu. Auch sind wir der Ansicht, dass Wohnungen von berechtigten Personen bewohnt werden sollen und entsprechende Kontrollen sachlich relevant sind. Jetzt muss man aber das Thema etwas holistischer betrachten. Und ich sehe das Hauptproblem an einer anderen Stelle als beim Finanzierungssystem. Die gesetzlich erlaubte Rendite auf Wohnobjekten in der Schweiz liegt nämlich bei 3,25 Prozent. Auf dieser Grundlage haben aber die Mietenden in der Schweiz alleine im Jahr 2021 mehr als 10 Milliarden zu viel Miete gezahlt. Bei einer reinen Subjektfinanzierung ist die Gefahr also sehr hoch, dass die unterstützten Personen zu einem Durchlauferhitzer werden, um städtisches Geld auf das Konto von Liegenschaftsbesitzenden zu transferieren, und das rechtswidrig und in horrender Höhe. Jedoch gehört ein stattliches Drittel der Mietwohnungen in der Schweiz institutionellen Investoren, sprich: Versicherungen und Pensionskassen, ergo den Sozialversicherungen von uns allen.

Man könnte noch ein bisschen so weiter argumentieren. Es ist wirklich sehr ein komplexes Thema. Wir finden das Thema im Moment zu komplex für ein simples Ja oder Nein und haben darum Stimmfreigabe beschlossen.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion GB/JA!: Für die GB/JA!-Fraktion ist eine Subjektfinanzierung, wie sie in den zwei Motionen vorgeschlagen wird, nicht der richtige Ansatz. Wir sehen eine problematische Logik hinter dem Begriff oder dem Konzept der Subjektfinanzierung. Denn: Statt günstigen Wohnraum anzubieten und so Menschen mit tiefem Einkommen zu unterstützen, würden diese unterstützt, teure Wohnungen zu mieten. Wir finden, mit öffentlichen Geldern soll das Recht auf Wohnen umgesetzt und nicht die Rendite der Immobilienbranche erhöht werden. Die Idee hat schon verlockende Aspekte, wenn man sie als Lösungsvorschlag sähe, wie man das Problem günstiger Wohnraum lösen könnte. Wenn nämlich einfach jede Wohnung soweit subventioniert würde, dass sie als preisgünstiger oder als bezahlbarer Wohnraum für armutsbetroffene Menschen zur Verfügung gestellt werden könnte, wäre das der Fall. Aber das ist, wie wir lesen können, nicht die Idee der Motionär*innen. Sie betonen, dass für die bisher eingesetzten Mittel zur Vergünstigung von Wohnraum auch finanzielle Obergrenzen gelten müssten. Somit hilft die Motion aus unserer Sicht nicht den Armutsbetroffenen der Stadt Bern, sondern den privaten Immobilienbesitzer*innen. Wir sind der Ansicht, dass man für die Schaffung von günstigem Wohnraum in der Stadt nicht darum herumkommt, Wohnobjekte in Kostenmiete zu vermieten, weil bezahlbarer Wohnraum für uns ein Grundrecht ist und kein Nice-to-have. Darum braucht es auch kein Umdenken, sondern eine proaktivere Haltung in diesen Fragen und eine mutigere Umsetzung der Wohnstrategie.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die beiden bürgerlichen Motionen fordern bei den GüWR-Wohnungen einen Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung. Begründet wird die Motion mit der mangelnden Transparenz bezüglich der Vergabe der GüWR-Wohnungen. Gemäss Motion sollen also die Haushalte statt die Wohnungen unterstützt werden. Das würde zwar das Problem des Unterangebots an GüWR-Wohnungen auf einen Schlag aus der Welt schaffen, könnte aber ziemlich teuer werden, je nachdem, wie viele Personen die Kriterien für GüWR-Wohnungen erfüllen.

Bekanntlich ist die Sozialhilfe eine Subjektfinanzierung und übernimmt in der Regel die Miete bei bedürftigen Haushalten. Das hat den negativen Nebeneffekt, dass Sozialhilfe Beziehende manchmal in überbezahlten Wohnungen wohnen, da ihnen normale Wohnungen verwehrt bleiben, und der Vermieter gleichzeitig die Sicherheit hat, dass die Miete bezahlt wird, und das quasi durch den Staat garantiert ist. Es ist nicht das erste Mal, dass wir das Thema hier diskutieren. Die Fraktion GFL/EVP lehnt das Anliegen weiterhin ab.

Man sieht die Lösung im zusätzlichen Bau von GüWR-Wohnungen und Wohnungen mit Kostenmiete. Dazu wurde einerseits 2014 die Wohninitiative vom Volk angenommen. Neuerdings haben wir auch den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, mit dem die Stadt günstige Gebäude auf dem Markt kaufen und diese nachher zu GüWR-Kriterien vermieten kann.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion SP/JUSO: In beiden Vorstössen wird behauptet, dass es sich bei den GüWR-Wohnungen um Objektfinanzierung handelt. Die Behauptung ist allerdings falsch. Bei den Vermietungskriterien gemäss GüWR wird eben gerade verlangt, dass die Bewohnenden ihre bescheidenen finanziellen Ressourcen individuell nachweisen müssen. Beim Bau von GüWR-Wohnungen wird allerdings darauf geachtet, dass die Baukosten tief gehalten werden. Der Standard ist dadurch bei diesen Wohnungen weniger hoch als bei anderen Wohnobjekten. Somit werden die Wohnungen auch für Menschen erschwinglich, die in bescheidenen Verhältnissen leben, ohne gerade arm zu sein. Dass die Wohnungen aber für Leute mit gehobenen Wohnansprüchen attraktiv wären, stimmt natürlich nicht. Im

Übrigen wäre es meines Erachtens keine Tragödie, wenn einmal ein Gutverdienender in solch einer Siedlung wohnte. Wir haben vorher sehr viel von sozialer Durchmischung gesprochen. Wenn der Betreffende die höheren Mietzinsen zahlt, ist eine Durchmischung sehr wohl nützlich, weil wir keine Ghettobildung wollen. Die Mietzinsvergünstigungen für berechnete Menschen kommen die Stadt deutlich billiger, als die Vergünstigung der Mietzinse in teuren Wohnungen privater Vermieter, wenn Mietende ihre Bedürftigkeit eben auch nachweisen könnten. Damit könnte es für die privaten Vermieter attraktiv werden, Fehlinvestitionen durch städtische Beihilfe auszugleichen. Für die Stadt würden dadurch allerdings erheblich mehr Kosten anfallen. Auch die Bürokratie würde eindeutig zunehmen. Zudem wäre bei einem solchen System der Abklärungsbedarf doch deutlich höher und der notwendige Kontrollapparat um ein Vielfaches grösser. Die Kosten für ein solches System sind schwieriger kalkulierbar. Im Wissen darum verlangt die FDP ja auch gleichzeitig eine finanzielle Obergrenze für das neue System. Weil auch ich jeden Franken, den ich ausgeben will, verdienen muss, aber vor allem, weil ich weiss, dass es immer mehr Menschen gibt in der Schweiz, die trotz hundertprozentiger Arbeit armutsgefährdet oder arm sind, ärgern mich Vergünstigungen für akademische Teilzeitmitarbeitende, die ohne Engagement für die Allgemeinheit unter anderem von Mietzinsvergünstigungen profitieren, auch.

Allerdings würde die verallgemeinernde Forderung, dass der Beschäftigungsgrad bei der Berechnung der Unterstützung eine Rolle spielen soll, ganz viele Menschen, die unbezahlte Care-Arbeit leisten, die ehrenamtlich ihren Beitrag an die Gesellschaft erbringen oder wegen gesundheitlichen Einschränkungen nicht Vollzeit arbeiten können, massiv benachteiligen. Das Bürokratiemonster, das durch die notwendigen Abklärungen und Kontrollen entstehen würde, lässt sich meiner Meinung nach nicht durch einen angeblichen Mehrwert begründen. Neben diesen administrativen und finanzpolitischen Gründen spricht für die Fraktion SP/JUSO ein weiterer Grund gegen die Annahme dieser beiden Motionen. Bei einer maximalen Rendite für private Wohneigentümer könnten durch einen Systemwechsel deutlich weniger finanziell bedürftige Menschen von dieser Unterstützung profitieren. So zu tun, als ob der Wohnungsmarkt bei einer Leerwohnungsziffer von 0,57 Prozent transparent wäre, ist unehrlich. Um eine günstige Wohnung auf dem freien Markt zu bekommen, braucht es in erster Linie gute Beziehungen.

Armut zeigt sich in der Schweiz nicht alleine darin, dass der Lohn oder die Rente nicht reicht, um den Lebensunterhalt zu bewältigen, die Krankenkassenprämien selbst zu zahlen, sich eine angemessene Wohnung oder einen dringend notwendigen Zahnarztbesuch leisten zu können. Armut zeichnet sich auch durch fehlende Kontakte, durch den Ausschluss aus der Gesellschaft aus. Eine besonders frustrierende Auswirkung von Armut ist die Perspektivenlosigkeit. Es ist allgemein bekannt, dass Armut in unserem Land deswegen oft verborgen wird. Im Jahr 2020 waren in der Schweiz 722 000 Menschen arm. Weitere 1,3 Millionen Menschen sind armutsgefährdet und haben also ein deutlich tieferes Einkommen als die Gesamtbevölkerung. Die Situation hat sich durch Corona nicht verbessert. Unter diesen Menschen sind überdurchschnittlich viele Familien mit Kindern. Diesen Kindern fehlt schon von Anfang an eine positive Zukunftsperspektive. Armut ist in der Schweiz definitiv kein Randphänomen, auch wenn kaum darüber geredet wird. Das System, das von armen Menschen dauernd den Nachweis ihrer finanziellen Bedürftigkeit verlangt und dann auch noch suggeriert, dass sie sich Leistungen erschleichen wollen, bedeutet für diese Menschen immer wieder von neuem Erniedrigung, bedeutet, dass sie sich für ihre Situation immer von neuem schämen müssen, bedeutet aber auch, dass sie das Gefühl haben, sie müssten ihre Armut verstecken. Die Fraktion SP/JUSO lehnt auch aus diesen Gründen die Motion ab.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Beim Traktandum 28 wären wir Miteinreichende gewesen, aber wir haben bewusst Dolores Dana das Wort überlassen. Wir können uns all

ihren Ausführungen anschliessen. Ich beschränke mich wirklich auf ganz wenige Punkte, damit wir heute Abend noch weiterkommen.

Für mich geht der Vorstoss absolut in die richtige Richtung. Wenn Sie die soziale Durchmischung wollen, wäre eben die Subjektfinanzierung genau der richtige Ansatzpunkt. Wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, kann man einen gewissen Beitrag geltend machen. Es ist unter Umständen für den Hauseigentümer von Vorteil, wenn er weiss, dass der Mietzins sichergestellt ist. Ich spreche jetzt zur Linken. Das wäre der Vorstoss, der zur sozialen Durchmischung beitragen würde. Genau deshalb sollten Sie eigentlich dafür sein. Sie haben auch immer gesagt, mit GüWR sei alles gerecht. Ich kann mich daran erinnern – es ist der Vorteil des Alters, dass man schon eine Weile im Stadtrat ist –, dass einmal eine Untersuchung gemacht wurde, aufgrund der man gesehen hat, wer in den städtischen Wohnungen die Anforderungen erfüllt und wer nicht. Wenn Sie die soziale Durchmischung wollen, dann müssen Sie dem Vorstoss zustimmen. Auch ich sage Ihnen, als Hauseigentümer ist man mit einem Sozialhilfeempfänger, bei dem eben klar ist, dass das Geld oder die Differenz effektiv auch von der Stadt bezahlt wird, unter Umständen sicherer als mit einem, der zwar mit dem Maserati oder dem BMW eines Bekannten vorfährt, damit man seine finanziellen Verhältnisse nicht anschaut, bei dem man dann aber auf die Miete warten kann. Ich schliesse mich den Ausführungen von Dolores Dana an.

Einzelvoten

Ruth Altmann (parteilos): Jetzt haben wir einen langen Vortrag gehört, dass Armut ganz schlimm ist. Das wissen wir alle. Und dass es in der Schweiz sehr viele arme Leute gibt, wissen wir alle. Und wir wollen ja alle das Gleiche. Wir wollen ihnen helfen. Also, ich weiss gar nicht, was der lange Vortrag der Vorrednerin gebracht hat. Das ist ja alles unbestritten. Es geht hier um gewisse Missstände; nämlich, dass irgendwelche, entschuldigen Sie meinen Ausdruck, Cüpli-Sozialisten in Wohnungen sitzen, die sie den Armen wegnehmen, vergünstigten Wohnraum, den der Steuerzahler zahlt, und andere Arme finden deswegen nicht genug günstige Wohnungen. Und die Reichen sitzen darin und wollen nicht raus. Darum geht es und nicht um einen langen Vortrag darüber, dass es arme Leute hat. Das ist unbestritten. Es geht um solche Missstände und deswegen ist eine Subjektfinanzierung ganz klar die bessere Lösung. Das ist bei der Krankenkasse auch so. Das ist beim Sozialdienst so. Wieso müssen wir uns zehn Minuten lang anhören, wie viele arme Leute es gibt? Also, bleiben wir beim Thema.

Erich Hess (SVP): Es ist vorher ins Feld geführt worden, dass es die Stadt viel teurer käme, wenn wir die Vorstösse annehmen würden. Wenn man es richtig macht, wenn der Herr Finanzdirektor richtig verhandeln würde, würde es günstiger kommen, weil man all die städtischen Wohnungen zu Marktpreisen vermieten könnte, statt sie zu verschenken, wie das momentan der Fall ist. Und so könnte man das wieder querfinanzieren. Ich bitte Sie darum, den Vorstoss ganz klar anzunehmen.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Es ist ein Evergreen, immer wieder die gleiche Diskussion. Es gibt auch immer wieder das gleiche Ergebnis. Ich will einfach kurz zwei, drei Dinge sagen, die mir wichtig sind. Zur Polemik wegen der reichen Cüpli-Sozialisten und wer auch noch in diesen Wohnungen sitzt: Es gab einen Skandal, das wissen Sie, als bekannt wurde, dass effektiv Leute mit sehr hohen Einkommen in den Wohnungen wohnten. Das war unter meinem Vorgänger, wobei das, so glaube ich, parteiunabhängig war. Man hat dort einfach zu wenig hingeschaut. Der hatte vielleicht gerade Pech, zu dieser Zeit Direktor zu sein. Das hat man korrigiert. Man prüft jetzt jedes Jahr, ob die Mietenden in diesen Wohnungen darauf Anspruch haben oder nicht. Es ist mir wichtig, das festzuhalten. Punkt 2: Es gibt nicht GüWR-Wohnungen, sondern es gibt GüWR-fähige Wohnungen. Und das sind einfach Wohnungen,

bei denen wir den Mietzins so tief ansetzen können, dass wir die nötigen Rückstellungen noch machen können. Die Stadt legt dort nicht Geld drauf, aber eine Dreizimmerwohnung kostet 900 Franken. Aber es ist klar, Herrenwohnungen am Münzrain können wir nicht im GüWR-Bereich vermieten, weil man sie dann effektiv quersubventionieren müsste.

Also es geht um GüWR-fähige Wohnungen und es ist ja ein Ziel der städtischen Wohnbaupolitik, möglichst günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, den man möglichst günstig vermieten kann. Das ist der Idealfall. Wir haben an der Reichenbachstrasse eine neue Überbauung, wo wir in einem Neubau günstige Wohnungen mit Kostenmiete haben. Aber ein Teil der Wohnungen ist aufgrund des kleineren Grundrisses und so weiter GüWR-fähig. Dort wollen wir Leute wohnen lassen, die entsprechend Anspruch darauf haben. Das überprüfen wir. Was ich noch spannend finde und auch nicht ganz ehrlich, ist, dass man verlangt, man soll quasi die Unterstützung über die Subjekthilfe machen. Wenn wir wissen, dass der Kanton Bern bei der Sozialhilfe deutlich unter den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) liegt, finde ich das nicht ganz ehrlich. Also ich wäre froh, wenn man sich zuerst einmal dafür einsetzen würde, dass auch der Kanton Bern in der Sozialhilfe mindestens die Vorgaben einhält, gerade jetzt im Rahmen dieser schwierigen Rahmenbedingungen nach Corona und angesichts dieser Teuerung. Dann haben schon einmal alle ein bisschen mehr Geld, die das auch nötig haben. Sie können die beiden Vorstösse ablehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab. (18 Ja, 48 Nein, 2 Enthalten) [Namen](#) 051

28 Interfraktionelle Motion BDP/CVP, FDP/JF, SVP (Michael Daphinoff, CVP/Barbara Freiburghaus, FDP/Alexander Feuz, SVP): Systemwechsel beim günstigen Wohnraum

2019.SR.000134

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 11. September 2019

Diskussion siehe Traktandum 27.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab. (21 Ja, 46 Nein, 1 Enthalten) [Namen](#) 052

29 Interfraktionelle Motion CVP/BDP, FDP/JF, SVP (Michael Daphinoff, CVP/Barbara Freiburghaus, FDP/Alexander Feuz, SVP): Klare Vermietungskriterien für städtische Wohnungen, die zu kostendeckenden Mietzinsen vermietet werden

2019.SR.000131

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion anzunehmen. In diesem Fall gilt die Antwort gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 4. September 2019

Motionär *Alexander Feuz* (SVP): Ich habe gehofft, dass Sie dem Gemeinderat folgen. Der Gemeinderat hat ja hier einen klaren Antrag gestellt. Aus Gründen der Effizienz verweise ich auf die Antwort des Gemeinderats, der sagt, die Forderungen seien erfüllt, wir könnten das so machen. Sie sehen die Vermietungskriterien. Ich weiss nicht, wieso Sie das bekämpfen. Ich bin sehr gespannt, welche Gründe dahinterstecken. Ich möchte wissen, wieso Sie sich gegen die Schaffung klarer Vermietungskriterien wehren. Wollen Sie wieder zu einem Zustand zurückkehren, dass Leute am Münzgraben in einer privilegierten Wohnung zu günstigen Zinsen wohnen können, nach dem Motto: Man schafft sich ein Reservat, das der Steuerzahler bezahlen muss? Ich habe immer gesagt, es ist etwas ungerecht, auch teilweise bei den genossenschaftlichen Wohnungen. Wer das Glück hat, in einer Genossenschaft zu sein, zahlt einen günstigen Mietzins, und jener, der nicht das Glück hat, zahlt für eine vergleichbare Wohnung wesentlich mehr. Das finde ich etwas Ungerechtes. Es hängt davon ab, ob ich dort drin bin oder nicht. Es ist vielleicht auch ein bisschen der Fehler der Bürgerlichen, die sich nicht an diesen Genossenschaftsgründungen beteiligen, die das Feld den anderen überlassen. Vielleicht müsste man eine Genossenschaft machen, für die man halt Freude an Autos haben müsste oder irgendwie Auslandsfahrung mitbringen oder was auch immer, um in eine Wohnung ziehen zu können. Darin sind Sie natürlich viel besser. Es gibt sogar das Mietermodell dort im Murifeld, wo man selber bestimmen kann, wer der Nachfolgemmieter wird. Es ist mir natürlich klar: Wenn ein ganzes Wohnhaus in rot-grüner Hand ist, haben wahrscheinlich der SVP-ler, der GLP-ler oder der engagierte FDP-ler wenig Chancen, dort einzuziehen. Ich verweise noch einmal auf die Antwort des Gemeinderats. Ich lasse an den Ausführungen des Gemeinderats selten ein gutes Haar. Aber ich habe jetzt ein bisschen Mühe. Wenn selbst der Gemeinderat sagt, man sollte diese Motion annehmen und den Begründungsbericht entgegennehmen, ist es schwer verständlich, dass Sie das bekämpfen. Aber wahrscheinlich liegt es am Absender. Die SVP steht zwar am Schluss, aber offenbar ist schon das Grund genug, dass Ihre Seite die Sache nicht annehmen will. Ich werde allenfalls nachher noch einmal als Fraktionssprecher auftreten. Aber ich bitte Sie einfach, darzulegen, was denn Ihre die Gründe gegen unser Anliegen sind.

Fraktionserklärungen

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Zuerst eine Vorbemerkung: Es gibt nicht nur linke und grüne Genossenschaften. Es gibt sehr wohl sehr bürgerliche Genossenschaften. Sie können ihre Klientel auch ihren Kategorien entsprechend bedienen. Insofern weiss ich nicht, was das Problem ist.

Die Motion, die wir hier diskutieren, zeigt einfach wieder einmal gut, wie Sie funktionieren, wenn nicht der Markt den Preis festlegt. Dann ist es einfach subventioniert, denn diese Denkweise steckt bei Ihnen tief in der DNA. Etwas anderes kommt bei Ihnen gar nicht in Betracht. Unter dieser Prämisse schaffen Sie Denkbedingungen, um dieser Stadt Ihre Vorstellung aufzudrängen. Wer in einer städtischen Wohnung lebt, muss unbedingt bestimmte Kriterien bezüglich finanzieller Leistungsfähigkeit erfüllen. Alle anderen, die dort wohnen, werden einfach als Klientel der Politik schlechtgeredet. Da fangen für uns die Schwierigkeiten und die Differenzen an. Erstens: Aus unserer Sicht ist die Stadt legitimiert, eigene Liegenschaften zu besitzen und zu betreiben. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass es eher mehr als weniger sein müssten. Mit 2000 Wohnungen, plus minus, ist die Stadt auf dem Markt kein allzu grosser Player. Und der Markt ist von teilweise hemmungsloser Gier durchsetzt. Aber die Stadt soll sich nicht zurückziehen. Und ja, die Stadt muss nicht immer das Maximum aus ihren Liegenschaften herausholen. Sie hat darauf zu achten, dass ihre Kosten gedeckt sind und eine kleine Rendite weitere Aktivitäten ermöglicht. Sie darf auf gar keinen Fall Wohnraum unterhalb der Kostenschwelle vermieten. Das ist wichtig. Diese Praxis bis weit in die Neunzigerjahre

hätte dem Fonds fast das Genick gebrochen. Das nachher eingeführte Berner Modell ist eine vernünftige Grundlage, um die Mieten in den städtischen Liegenschaften zu berechnen. Und die Stadt soll dafür sorgen, dass der Wohnraum für verschiedene Anspruchsgruppen vorhanden ist. Und diesen soll sie so gerecht wie möglich verteilen. Die Grundlagen sind in einer Notiz oder in einer Richtlinie festgelegt, die unter der Federführung des damaligen bürgerlichen Finanzministers entstanden ist. Die Details können Sie im Vortrag nachlesen. Also, die Forderung ist eigentlich schon lange umgesetzt. Klar kann es sein, dass die herrschende Praxis dazu führt, dass der Stadt der eine oder andere Franken entgeht, aber das Gemeinwesen fast ausschliesslich über finanzielle Kategorien steuern zu wollen, ist wirklich eine beschränkte Sicht auf das Gemeinwesen. Wir lehnen die Motion ab.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion GB/JA!: Nur ganz kurz: Wir haben entschieden, dem Gemeinderat zu folgen. Wir sind der Überzeugung, dass wir punkto Vermietungskriterien bei kostendeckenden Mietzinsen auf gutem Weg sind. Wir nehmen die Motion und den Begründungsbericht darum an. Trotzdem noch eine kleine Bemerkung, die auch schon angesprochen wurde. Die Annahme, es handle sich bei kostendeckend vermieteten Wohnungen um subventionierten Wohnraum, ist einfach nicht richtig, wie auch der Gemeinderat festhält. Die Absicht aber, dass die erschwinglichen Mietzinse auch denen zugutekommen, die darauf angewiesen sind, unterstützen wir. Wie der Gemeinderat aufzeigt, werden solche Kriterien bereits angewendet, und wir finden, dass man da jetzt nicht noch weiterstochern muss. Darum nehmen wir die Motion und den Begründungsbericht an.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich möchte nur kurz Anna Leissing danken, die dieser Motion auch zustimmt. Und wie gesagt, lesen Sie nochmals die Forderung, lesen Sie, was wir verlangen. Der Vorstoss verlangt eine eigene Kategorie mit klaren Vermietungskriterien für die subventionierten Wohnungen, die der Fonds zu Kostenmieten vermietet. Er hat allenfalls die notwendigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Der Gemeinderat hat geantwortet, die Kategorie existiere. Ich danke der Fraktion GB/JA!, die im Gegensatz zur SP/JUSO die Sache erkannt hat und dem Vorstoss zustimmt.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Ich halte mich sehr kurz. Also, ich verstehe Johannes Wartenweilers Antwort wirklich nicht. Die Kategorien gibt es jetzt schon. Der Gemeinderat sagt es ja selbst. Haben Sie die Antwort gelesen? Sorry! Also, das gibt es jetzt schon. Das heisst, die Motion kann man annehmen und gerade abschreiben. Ich verstehe wirklich nicht, was Ihr Problem ist. Und ich frage mich, wer hier irgendwie links-rechts-verblendet ist. Es tut mir leid. Aber eben, der Absender ist der falsche.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (45 Ja, 16 Nein, 0 Enthalten) [Namen 053](#)
3. Die Antwort des Gemeinderats gilt als Begründungsbericht.

30 Motion Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Wohnflächenverbrauch begrenzen – Stadt geht voran

2019.SR.000022

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 3. Juli 2019

Anna Leissing (GB) für die Motionärin: Der Wohnflächenkonsum pro Person nimmt seit Jahrzehnten zu. Er ist von 34 Quadratmetern pro Person im Jahre 1980 auf 36 Quadratmeter im Jahr 2017 gestiegen. Damit verbunden ist ein erhöhter Energieverbrauch pro Person, stärkere Zersiedlung, Druck auf die knappe Ressource Boden, Verlust von Lebensraum und Biodiversität. Belegungskriterien und Beschränkungen sind also klimapolitisch von grosser Bedeutung. Darum fordert die Motion, dass für alle städtischen Wohnungen Belegungskriterien erarbeitet und diese auch standardmässig in die Baurechtsverträge aufgenommen werden sollten. Wir freuen uns, dass der Gemeinderat die Motion als Richtlinie erheblich erklären will.

Wir sind aber nicht ganz zufrieden mit dem Begründungsbericht. Es ist für uns erstaunlich, dass der Gemeinderat die Motion als erfüllt erachtet. Denn die Motion formuliert ganz bewusst das Anliegen, Belegungskriterien für das gesamte Wohnungsportfolio von Immobilien Stadt Bern zu bilden, inklusive Wohnungen, die zu marktüblichen Preisen vermietet werden. Dazu ist aber im Vortrag nichts zu lesen. Das werde nicht angewendet, es mache keinen Sinn. Auch in den Baurechtsverträgen werden die Kriterien nur in Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Wohnbauträgerschaften und nicht mit profitorientierten angewendet. Gerade die teuren Wohnungen für Gutverdienende, die zu marktüblichen Preisen vermietet werden, haben meistens einen grösseren Grundriss. Sie verbrauchen also mehr Platz, mehr Energie und mehr Boden. Damit fallen gerade die teureren Wohnungen aus klimapolitischer Sicht umso mehr ins Gewicht. Wir sind darum enttäuscht, dass der Gemeinderat offenbar nicht gewillt ist, das Anliegen auch bei den städtischen Wohnungen im marktüblichen Segment und bei Baurechtsverträgen mit profitorientierten Wohnbauträgerschaften umzusetzen. Denn das läuft darauf hinaus, dass die Belegungskriterien nur für Menschen mit wenig Einkommen gelten, während die Gutsituierten weiterhin frisch-fröhlich Platz, Energie und Boden verbrauchen können. Unsere Ansprüche an eine soziale und ökologische Wohnbaupolitik sind damit nicht erfüllt. Weil eine Prüfung dieses Anliegens durch den Gemeinderat im Rahmen eines Postulats aber wohl kaum zu anderen Schlüssen kommt, verzichten wir darauf, zu wandeln, und akzeptieren die Antwort als Begründungsbericht. Für uns ist aber klar, dass es in dieser Hinsicht wohl weitere Vorstösse braucht.

Vizestadtratspräsident Michael Hoekstra übernimmt den Vorsitz.

Fraktionserklärungen

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion SVP: Diese Motion ist eine der übleren Sorte der GB/JA!-Sekte. Es ist eigentlich ein Kommunistenvorstoss, den man nur in Kuba oder anderen Orten kennt, wo der Staat regeln will, wer welche Wohnungen bekommt. Sektenmitglieder würden selbstverständlich bevorzugt. Und ich muss sagen, wenn so etwas hier in der Stadt Bern eine Chance hat, dann können wir wirklich abdanken. Es wird beklagt, dass es Vierzimmerwohnungen gibt, in denen nur eine oder zwei Personen wohnen. Wie ist das zustande gekommen? Vielleicht ist jemand verstorben. Es gibt Familien, aus der irgendjemand wegzieht. Sollen deshalb alle ausziehen und sich eine neue Wohnung suchen? Oder sie werden gezwungen, jemanden aus der Sekte oder irgendjemanden, der Ihnen nahesteht, aufzuneh-

men. Oder sagt der Staat nachher: Ihr müsst jemanden in die Wohnung nehmen, den wir euch zuteilen? Ich weiss nicht, was Sie sich vorgestellt haben, als Sie den Vorstoss einreichten. Ich weiss, dass Sie geistig in einer anderen Welt leben, von der Sie Idealvorstellungen haben, die es wahrscheinlich auf dieser Welt gar nirgends gibt. Und die wollen Sie jetzt in der Wohlfühloase Stadt Bern durchsetzen. Man will sogar so weit gehen, dass man es standardmässig als Kriterium in die Baurechtsverträge aufnimmt. Spätestens hier wäre auch für die Bürgergemeinde der Zeitpunkt gekommen, an dem man sagen müsste: Mit der Stadt Bern arbeiten wir nicht mehr zusammen. Wenn Sie das alles bei günstigem Wohnbau oder bei Sozialwohnungen verlangen, kann das mit viel Fantasie noch verständlich sein. Sie wollen es aber für alle Wohnungen. Also Sie wollen eigentlich dem Bürger oder der Bürgerin der Stadt Bern vorschreiben, wie viele Quadratmeter sie brauchen dürfen. Sie machen aber keine konkreten Angaben. Was ist zum Beispiel mit einer Loftwohnung, in der alle Wände herausgenommen wurden, und die vielleicht nur ein Zimmer ist – darf dann dort auch nur eine Person wohnen? Oder gibt es auch ein oberes Maximum, dass nicht zu viele Leute in einer Zweizimmerwohnung leben dürfen? Dürfen zum Beispiel nicht drei Leute in einer Zweizimmerwohnung wohnen? Oder ist das möglich? Hat es nach oben kein Limit? Wie verhält es sich bei älteren Leuten, die 20, 30 Jahre in einer Wohnung der Stadt Bern wohnten? Müssen die raus? Muss man diese zwangsevakuieren oder am liebsten gerade exekutieren? Oder wie stellen Sie sich das vor?

Entschuldigung, es ist einfach wieder einmal jenseits von Gut und Böse, was Sie hier eingegeben haben. Die Worte, die man hier brauchen müsste, darf man logischerweise nicht sagen, weil man sonst vom Ratspräsidenten abgeklemmt würde. Von Seiten der SVP hoffen wir wirklich, dass es ein klares Nein gibt. Wir bitten Sie noch einmal, verschonen Sie uns mit solchem Stuss. Wenn Sie in eine Welt wollen, wie Sie hier fordern, dann gehen Sie in das Land, wo Sie das schon haben können. Ich zahle Ihnen sogar etwas an den Flug.

Stadtratspräsident Manuel C. Widmer übernimmt den Vorsitz.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich glaube, vom Kommunismus sind wir weit weg. Wir diskutieren hier Belegungskriterien für ein Segment von 2000 Wohnungen. Die Verhältnisse zu wahren, wäre nicht schlecht. Einer der Treiber der Wohnungsknappheit sind die gesteigerten Ansprüche an die bewohnte Fläche. Heute liegt diese bei 46 Quadratmetern. Die Gründe sind vielfältig und in unserer Gesellschaft nur bedingt zu steuern. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt dort, wo die Öffentlichkeit etwas zu sagen hat, also bei den eigenen Wohnungen, darauf achtet, dass der Wohnraum nicht verschwendet wird. Entsprechend ist es richtig, dass sie sowohl in ihren eigenen Wohnungen, aber auch dort, wo sie als Grundbesitzerin Baurechtgeberin ist, Vorgaben macht, was möglich ist und was nicht. Den Grundsatz, wonach die Belegung pro Wohnung die Anzahl der dauernd anwesenden Personen plus ein Zimmer sein soll, halten wir für vernünftig. Er soll unbedingt gelten und auch durchgesetzt werden, sowohl im städtischen Bestand als auch bei den Baurechtnehmer*innen. Es gibt dort einen heiklen Punkt. Die Stadt hat einzelne, wenige Liegenschaften, die sie auf dem freien Markt anbietet. Und sie vergibt einen Teil der Baurechte zu marktgängigen Bedingungen an private Investoren. Dort will sie sich auch in Zukunft nicht für Belegungsvorschriften engagieren, weil das ein Abweichen vom Marktprinzip sei. Hier ist festzustellen, dass wir uns in einem Zielkonflikt befinden. Man könnte ihn lösen, wenn die Stadt nur noch selbst oder mit gemeinnützigen Wohnbauträger*innen bauen würde. Das ist im Moment nicht der Fall. Der Anteil der gemeinnützigen Wohnbauträger*innen beträgt bei aktuellen Überbauungen 50 und mehr Prozent. Damit werden wohn- und sozialpolitische Forderungen erfüllt. Bei der anderen Hälfte hingegen geht es um das gute Geld für die Stadtkasse, das wir im Moment nicht missen möchten. Die Verhältnisse haben sich im Vergleich zu früher deutlich

verbessert. Es gibt eine Wohnstrategie und den Willen, sich stärker zu engagieren. Die Zeiten sind vorbei, als die Stadt grosse Grundstücke in Brünnen oder Ostermundigen verkauft hat, um ihre Finanzen aufzubessern. Wir sehen deswegen an der Tatsache vorbei, dass der Gemeinderat in seiner Antwort ein durchaus bestehendes Potenzial, um den Flächenbedarf einzuschränken, weitgehend aussen vor lässt. Im Moment sind wir aber froh, dass er seinen Einfluss bei der Stadt und bei den Genossenschaften geltend macht. Alles andere ist Zukunftsmusik, und da kommen wir dann später dazu. Wir nehmen die Motion an, wie der Gemeinderat es empfiehlt.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Der Vorstoss wurde 2019 eingereicht, also in einer Zeit, als wir Corona noch nicht kannten, als noch fast niemand im Homeoffice gearbeitet hat. Seither hat sich die Welt schon ein bisschen geändert. Man ist vermehrt daheim. Den Anspruch, dass man die Belegungskriterien über alle Wohnungen legt, finden wir ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen. Wir waren jetzt zwei Jahre lang viel zu Hause. In der Küche Homeoffice zu machen, macht Spass, oder? Und daneben sind da auch noch Kinder und ein Hund und was weiss ich. Es ist einfach schon etwas anders als anno dazumal, als man den Vorstoss einreichte. Das bitte ich Sie einfach noch zu berücksichtigen. Und im Übrigen: Wenn man zuhause arbeitet, pendelt man auch weniger. Das nützt allen, auch der Umwelt und der Person, die daheim sein darf. In dem Sinne werden wir dieser Motion nicht zustimmen, aber dem Begründungsbericht stimmen wir zu.

Einzelvoten

Alexander Feuz (SVP): Ich kann mich meinen Vorrednern anschliessen. Replikando an Johannes Wartenweiler will ich sagen, dass er den Text genau lesen sollte. Ich lese immer zuerst die Anträge genau durch. Hier steht eben: «auf sämtliche Wohnungen im Wohnportfolio von Immobilien Stadt Bern». Wir haben hier Wohnungen in Marktmiete, wir haben die sogenannten Herrschaftswohnungen. Wollen Sie in eine Herrschaftswohnung in der Elfenau mit mehreren Zimmern, die von fünf Leuten bewohnt wird, zwangsweise noch vier weitere Leute setzen? Das geht doch nicht. Thomas Fuchs hat es schon gesagt: In Bezug auf die Sozialwohnungen kann man darüber reden. Aber Sie haben geschrieben: im Wohnungsportfolio. Das gilt auch für die Marktobjekte. Das ist absolut der falsche Weg. Und noch viel katastrophaler ist, dass Sie bei den Baurechtsverträgen das Kriterium standardmässig festlegen wollen. Ich hoffe um Gottes Willen, dass kein Grundeigentümer oder sonst wer mehr mit der Stadt zusammenarbeitet. Das ist eben rot-grüne Verbots- und Vorschriftenpolitik. Aber dann wird es wahrscheinlich Ausnahmen für gewisse Leute geben, ganz nach dem Motto: Einige sind gleicher als andere. Da geht es dann. Man wird sagen, die Leute wohnen halt noch in Zürich oder irgendwo in einem Wohnwagen oder wären sonst noch irgendwo eingemietet. Das ist eine Ungerechtigkeit. Für mich ist ganz klar, das geht in eine falsche Richtung. Ich messe Sie an Ihren Anträgen, wie Sie diese formuliert haben.

Direktor FPI *Michael Aebbersold*: Die Wogen gehen gerade wieder hoch. Ich meine, das sind politische Forderungen. Die Antwort des Gemeinderats ist eigentlich sehr vernünftig und ausführlich. Wir sagen, was wir machen, was wir können und was wir nicht können. Wir äussern uns auch klar zu den marktüblichen Baurechtsverträgen. Ich kann Ihnen, Thomas Fuchs, auf der rechten Seite versichern, die Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde, mit marktorientierten Akteurinnen wie Mobilier und Kantonalbank ist bestens. Lassen Sie uns mit denen Baurechtsverträge aushandeln, so dass sie auf dem Viererfeld in der ersten Etappe etwas Sauberes realisieren können. Wir sagen ganz klar, dass Verdichtung generell der richtige Trend ist. Das macht einfach auch das Wohnen günstig. Das machen heute zum Teil auch die Marktorientierten. Wir setzen das ganz sicher im städtischen Portfolio um. Eine Herrenwoh-

nung mit fünfeinhalb oder sechs Zimmern wollen wir selbstverständlich einer Familie geben. Die wollen wir nicht an eine oder zwei Personen vermieten. Das ist auch die Vorgabe, dass man dort eine Familie wohnen lässt. Das gelingt uns meistens. Aber wir sind auch nicht stur. Wenn man drei oder vier Monate niemanden findet, dann kann man eine Ausnahme machen. Das Gleiche passiert mit den Genossenschaften. Diese haben per se die günstigen Wohnungen im Fokus. Entsprechend heisst günstig eben auch dicht besetzt. Da gibt es gewisse Vorgaben. Ich komme noch einmal auf das Thema Marktorientierung zurück. Das ist halt etwas anderes. Und auf dem städtischen Areal brauchen wir Einnahmen und auch Wohnbauträgerschaften, von denen wir sagen können, die zahlen mehr. Und es ist, glaube ich, relativ logisch: Je höher die Vorgaben und die Forderungen sind, die wir stellen, desto tiefer ist der Baurechtszins, und entsprechend machen wir eben den Marktorientierten nicht auch noch Vorschriften zur Belegung. Aber selbstverständlich achten auch die darauf, dass in die Familienwohnungen, die sie bauen, auch Familien hineinkommen und nicht Einzelpersonen. In dem Sinne, finde ich, kann man dieser Motion und gleichzeitig auch dem Begründungsbericht sehr gut zustimmen. Ich bin jetzt gespannt, wie die Fraktion FDP/JF stimmen wird. Sie will die Motion ablehnen und dem Begründungsbericht trotzdem zustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (52 Ja, 15 Nein, 0 Enthalten) [Namen 054](#)
3. Er nimmt die Antwort des Gemeinderats als Begründungsbericht zur Kenntnis.

31 Motion Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Geeignete Verfahren wählen und Rahmenbedingungen festlegen

2019.SR.000021

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
2. Die Antwort zu Punkt 2 gilt gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 3. Juli 2019

Anna Leissing (GB) für die Motionärin: Also, der Anlass für die Motion ist das Projekt Mutachstrasse, ein Vorzeigeprojekt in der Stadt Bern, von dem bereits im Wettbewerbsverfahren der maximale Mietzins pro Quadratmeter festgelegt wurde – mit positivem Ergebnis. Die Miete ist heute tatsächlich eher tief. Für uns zeigt das ganz deutlich, dass das Grundanliegen der Motion Sinn macht. Wir wollen tiefe Mieten, wir wollen weniger Platzverbrauch, wir wollen ökologische und soziale Wohnformen. Deshalb sollten wir die politischen Ziele der sozialen und ökologischen Wohnbaupolitik der Stadt Bern auch bereits frühzeitig in die Wettbewerbsverfahren einfließen lassen. Dazu müssen die Verfahren transparent, einheitlich und zugänglich ausgestaltet sein. Heute sind sie immer wieder anders und äusserst komplex. Wir wünschen uns darum eine proaktive Haltung der Stadt, die die Transparenz sicherstellt und die Politik frühzeitig und während des ganzen Prozesses einbezieht.

Fraktionserklärungen

Erich Hess (SVP) für die Fraktion SVP: Was will die Motion in der Hauptsache? Die Motion will festgelegte Quadratmetermietpreise. Wissen Sie auch, dass es immer Preisentwicklungen gibt, zum Beispiel bei den Handwerkern? Wenn ich etwas umbauen lassen will, kostet das

heute wahrscheinlich 20 bis 30 Prozent mehr, als es noch vor einem Jahr oder anderthalb Jahren der Fall war. Kann es sein, dass die Stadt hier fixe Preise einführt und einmal mehr den Steuerzahler dazu braucht, um gewissen privilegierten Leuten an guten Lagen mitten in der Stadt die Mieten zu subventionieren? Das kann es nicht sein. Es kann nicht sein, dass Leute in der Stadt Bern auf Kosten anderer Leute leben, sprich: auf Kosten des Steuerzahlers. Wenn jemand sich nicht leisten kann, im Zentrum zu leben, dann soll er halt ein bisschen weiter raus aus der Stadt. Und wenn jemand sich nicht leisten kann, in der Stadt zu leben, soll er halt auf das Land ziehen. Es gibt kein Menschenrecht, in der Stadt leben zu können. Das ist der Markt. Ich weiss nicht, ob das jemand hier drin versteht. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft. Das heisst, wir lassen niemand verhungern. Aber wir müssen den Markt spielen lassen, wenn wir wollen, dass es unserem Land in Zukunft noch so gut geht, wie es heutzutage geht. Das ist nur dank der sozialen Marktwirtschaft möglich. Wir achten darauf, dass es allen gut geht. Aber ein Produkt, das mitten in der Stadt ist, sprich: das an Zentrums-lage ist, muss einen höheren Preis haben als etwas, das ausserhalb ist. Und darum kann die Stadt ganz sicher keinen fixen Quadratmeterpreis vorschreiben. Ich bitte Sie im Interesse aller Steuerzahlenden der Stadt Bern, die Motion ganz klar abzulehnen.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Es gibt, glaube ich, nicht nur Markt, sondern es gibt noch etwas anderes. Und irgendwo dazwischen muss man ein Gleichgewicht finden. Die Stadt hat 2000 Wohnungen. Es gibt in der Stadt etwa 80 000 oder 90 000 Wohnungen. Dort spielt der Markt. Der spielt zum Teil recht verrückt, wenn ich denke, dass in der Lorraine zum Teil eine Dreieinhalbzimmerwohnung über eine Million kostet. Man kann natürlich schon sagen, es sollen nur die in der Stadt wohnen, die es sich leisten können. Aber wollen wir wirklich, dass nur die, die es sich leisten können, in der Stadt wohnen? Dann fehlen uns ganz viele Leute, nämlich all die Leute, die helfen, die Stadt in Bewegung zu halten: alle Tramchauffeure, alle Feuerwehrmänner, alle Mitarbeitenden von EWB, alle Gärtner. All diese Leute mit kleinen Einkommen wollen wir doch nicht einfach aus der Stadt vertreiben, nur weil der Markt sagt: Es kostet jetzt halt mehr. Ich glaube, es macht Sinn, zu versuchen, das mit vernünftigen Vorgaben ein bisschen zu steuern. Einen Quadratmeterpreis für den Bau festlegen, kann man machen. Dann weiss man auch, wo man am Schluss hinkommt. Das ist im Interesse der Leute, die dort drin wohnen. Es muss nicht sein, dass es einfach wahnsinnig billig ist. Bei der Mutachstrasse hat man einmal daran gedacht, dass ein Zimmer 200 Franken kostet. Das war nicht realistisch. Aber man ist irgendwo bei 300 Franken gelandet und das ist immerhin ein günstiger Preis. Und das macht die Genossenschaft, die dort arbeitet. Es ist keine linke Genossenschaft. Daran möchte ich auch erinnern. Das ist ein Angebot, das wir für vernünftig und sinnvoll halten. Und es ist ein kleiner Teil des Marktes, der hier in dieser Stadt den Wohnungsmarkt beherrscht.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (50 Ja, 14 Nein, 0 Enthalten) [Namen 055](#)
3. Er nimmt die Antwort des Gemeinderats zu Punkt 2 als Begründungsbericht zur Kenntnis.

32 Postulat Fraktion SP/JUSO (Michael Sutter/Yasemin Cevik, SP): Sozial nachhaltige Sanierungen und Ersatzneubauten fördern

2020.SR.000029

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 27. Mai 2020

Postulant *Michael Sutter* (SP): Ich bin überrascht, dass solch ein Anliegen bestritten sein kann, aber hier wird einfach alles bestritten. Es geht um die Förderung sozial nachhaltiger Sanierungen und um Ersatzneubauten, damit man vermeiden kann, dass Leute bei Sanierungen vertrieben und verdrängt werden. Es geht auch darum, dass man die Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümer beraten und für das Thema sensibilisieren kann. Wir danken dem Gemeinderat, dass er das Postulat zur Annahme empfiehlt, und sind gespannt, was im Prüfungsbericht stehen wird, falls es durchkommt.

Fraktionserklärungen

Erich Hess (SVP) für die Fraktion SVP: Herr Stadtrat Sutter will wahrscheinlich, dass unsere Stadt Bern verarmt, wenn das Ziel der Stadt ist, nur arme Leute in die Stadt hineinziehen, sprich: dass es ein Ziel der Stadt ist, nur sozial Schwächere in die Stadt hineinzuziehen. Denn man soll gemäss diesem Vorstoss Merkblätter schaffen, wie Grundeigentümer sehr günstig bauen können, damit sie nachher die Wohnungen viel günstiger vermieten können. Damit es unserer Stadt auch in Zukunft gutgeht, muss das Ziel sein, gute Steuerzahler in die Stadt hineinzubringen. Und dort liegt das Problem. Zum einen haben wir natürlich im Kanton Bern – daran ist für einmal nicht die Stadt schuld – einen sehr hohen kantonalen Steuersatz. Der städtische Steuersatz geht im kantonalen Vergleich noch einigermaßen. Aber sehr viele gute Steuerzahler haben in den letzten 20 Jahren die Stadt verlassen wegen der verfehlten rot-grünen Politik, die in diesem Saal betrieben wird. Das ist der Grund, wieso die Leute wegziehen, die früher Steuern bezahlten, und zwar nicht schlecht. Wenn wir jetzt die privaten Investoren auffordern, möglichst billig zu bauen, möglichst billig zu vermieten – und ich sage absichtlich billig und nicht günstig, denn es wird auf billig hinauslaufen –, heisst das auch, dass die Mieter billig sind, sprich: dass sie nicht Steuern zahlen, sondern wahrscheinlich sogar Unterstützungsmassnahmen der Stadt Bern zugute haben. Je mehr billigen Wohnraum wir zur Verfügung stellen, desto mehr Leute kommen von ausserhalb in die Stadt Bern hinein; gerade auch Menschen, die neu in unser Land gekommen sind, und von denen wir wissen, dass sie mit grösster Wahrscheinlichkeit über Jahrzehnte am sozialen Tropf hängen werden, sprich: dass wir sie unterstützen müssen. Wir wissen auch, dass gerade Leute, die aus dem Ausland in die Schweiz gewandert sind, nicht wie die Schweizer gerne auf dem Land leben. Nein, diese Leute sind sich gewöhnt, möglichst nahe an den Zentren zu wohnen. Mit billigen Wohnungen zieht man Leute an, die wir nicht brauchen können. Wir brauchen Leute, die der Wirtschaft guttun und somit auch der Stadt guttun, die gute Steuerzahler sind und hoffentlich ein bisschen neuen Schwung in die Stadt hineinbringen und nicht diesen abscheulichen, grünen, linken Groove.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Es geht hier um sozialverträgliche Gebäudesanierungen. Zum Glück ist es in der Stadt nicht ein allgemeines Phänomen, aber es sind vor allem institutionelle Gebäudebesitzende, die sehr oft Leerkündigungen machen, um eine Gesamtsanierung vorzunehmen. Und wenn diese ältere Leute betreffen, die schon länger in diesem Quartier wohnen, werden sie aus ihrem Umfeld herausgerissen. Sie profitieren natürlich meistens auch noch von günstigeren Mietzinsen. Wichtig ist, dass man vor allem auch die

institutionellen Gebäudebesitzenden für dieses Thema sensibilisiert. Es ist heute sehr wohl möglich, eine Gebäudesanierung im bewohnten Zustand zu machen. Ich rede hier vor allem auch von energetischen Sanierungen, die die Gebäudehüllen, das Heizsystem und die Fenster betreffen. Aber auch der Innenraum von Wohnungen kann bei einem Mieterwechsel regelmässig instandgesetzt werden. Es braucht keine Leerkündigungen mit den tragischen Folgen vor allem für Langzeitmietende.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (46 Ja, 14 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 056

- Die Traktanden 33 und 34 werden gemeinsam behandelt.-

33 Motion Fraktion GB/JA! (Ursina Anderegg, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Beratungsstelle im Bereich Wohnen als wirksame Investition in der Armutsbekämpfung

2019.SR.000023

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 3. Juli 2019

Motionärin *Ursina Anderegg* (GB): Ich spreche zu beiden Vorstössen, weil sie inhaltlich zusammenhängen. Es ist allgemein bekannt, dass günstiger Wohnraum in der Stadt sehr knapp ist. Diesbezüglich befinden wir uns ja schon in einer intensiven Diskussion. Es ist allgemein bekannt, dass armutsbetroffene und armutsbedrohte Personen am stärksten von den Folgen betroffen sind. Als wirtschaftlich und sozial schwächste Bewerber*innen auf dem Wohnungsmarkt werden sie auf verschiedene Weise benachteiligt, wenn sie eine Wohnung suchen. Zum Beispiel fehlt ihnen ein Netzwerk, um überhaupt eine Wohnung zu finden, oder sie können die Mietzinskaution nicht leisten oder sie sind als zahlungsunfähig bewertet und haben bei Vermieter*innen darum eine massiv kleiner Chance, für eine Wohnung genommen zu werden. Bei vielen braucht es sehr wenig, bis ihnen ein Wohnungsverlust aufgrund von Zahlungsunfähigkeit droht. Und das ist ein grosses Problem. Die Anzahl der von Armut bedrohten und betroffenen Menschen nimmt im Moment drastisch zu. Stichwort Teuerung, Energiepreiserhöhungen und Prämienschock. Die Fachorganisationen schlagen wieder einmal Alarm, ohne dass sie wirklich auf den verschiedenen politischen Ebenen ernstgenommen würden. Wir hoffen, wir sind uns einig, dass man etwas unternehmen und einen Beitrag leisten muss. Dass es in diesem jetzt angesprochenen Bereich Massnahmen auf städtischer Ebene braucht, ist schon lange bekannt. Das hat unter anderem auch die Direktion BSS 2017 in einem Bericht festgehalten. Das war ein Bericht zu bezahlbarem Wohnraum für Armutsbetroffene. Es wurde auch angeschaut, wie andere Städte in der Schweiz es handhaben. Viele Schweizer Städte kennen schon lange Beratungsangebote und finanzielle Garantiemodelle für Mietzins und Nebenkosten.

Auch der Gemeinderat hat das so gesehen und damals im Rahmen der Erarbeitung der Wohnstrategie zwei Massnahmen eingestellt: Die Schaffung einer Fachstelle Wohnen als Beratungs- und Vermittlungsangebote für Menschen mit Unterstützungsbedarf auf dem Wohnungsmarkt, und die Bündelung bestehender Angebote mit dem Ziel, dass die Leute eine Wohnung finden und auch behalten können, also die Prävention von Wohnungsverlust. Bei der zweiten Massnahme geht es um die Erarbeitung und Einführung eines Garantie-

Instruments zur Senkung der finanziellen Zugangshürden zum Wohnungsmarkt von Armutsbetroffenen und -gefährdeten, zum Beispiel in Form eines Fonds für Mietzinsdepots, Mietzinsgarantien, also Bürgschaften gegenüber den Vermieter*innen und Solidarhaftungsangebote für die Vermietenden. Wir wollen mit diesen zwei Vorstössen, wie mit den anderen Vorstössen unseres Pakets, der Wichtigkeit Nachdruck verleihen, weil wir einen sehr grossen Bedarf auf genau diesen Ebenen sehen. Das wird auch schon seit Jahren von den verschiedensten Organisationen, die in der Stadt Bern Unterstützung bei der Wohnungssuche anbieten, angemeldet. Wenn man mit diesen spricht, kommt immer wieder ein Thema auf, nämlich, dass es ein Riesenproblem ist für die Leute, dass sie aber wegen der grossen Nachfrage, mit der sie tagtäglich konfrontiert sind, aus Ressourcengründen nicht genug anbieten können. Sie werden tagtäglich damit konfrontiert, wie gross die Hürden wegen des Mietzinses und der Nebenkosten sind. Der Vortrag steht aufgrund des Alters der Antwort des Gemeinderats jetzt ein bisschen schief in der Landschaft. Der Gemeinderat war aber leider damals auch inhaltlich noch nicht sehr konkret, weil erst mit Konzipieren gestartet wurde, als der Gemeinderat die Vorstösse beantwortet hat. Aber zum Glück waren in der SBK die beiden Massnahmen immer wieder ein Thema. Wir wurden auch in den Delegationsbesuchen immer wieder über den Stand der Überlegungen informiert. Und wir haben auch schon wegen mehrerer, eher unbeholfener und zum Glück auch erfolgloser Sparattacken in der Budgetdebatte mehrmals über die zwei Massnahmen diskutiert. Unser aktueller Stand ist, dass via Leistungsvertrag eine externe Fachstelle mit dem Beratungsangebot beauftragt werden soll. Diese wird dann eben auch gleichzeitig das Mietzinsgarantiemodell umsetzen. Und wir gehen davon aus, dass wir heute auch noch ein bisschen mehr dazu hören, was wirklich der aktuellste Stand ist. Und sonst werden wir bei einem Geschäft oder mit einer Information des Gemeinderats erfahren, wie weit man mit der Umsetzung des Konzepts ist. Es wurde uns gesagt, dass es demnächst in den Gemeinderat kommen soll mit dem Ziel, das Angebot ab nächstem Jahr wirklich zu starten. Wir sind in dieser ganzen Angelegenheit ungeduldig zu erfahren, wo man bei der Umsetzung steht, weil wir finden, dass ein sehr grosser Handlungsbedarf besteht. Vor allem wird es auch in der aktuellen Situation massive Verschärfungen geben, gerade im Bereich Wohnen. Und wir finden, es muss jetzt schnell gehandelt werden, um möglichst viele Leute irgendwie abfedern zu können, damit nicht noch grössere Wohnungsverluste vorkommen und wir unsere Stadt noch mehr gentrifizieren.

Wir sehen aber auch, wie überlastet die Verwaltung schon länger ist. Unsere Ungeduld soll kein Vorwurf an die Verwaltung sein, weil auch das Sozialamt vor lauter Pandemie und Armutsbekämpfung und Ukraine-Krise schon länger überlastet ist. Sie sind sehr damit beschäftigt. Wir sehen auch, dass man priorisieren muss. Und wenn natürlich gleichzeitig noch Stellen abgebaut werden und eine Stellenstopp-Politik gemacht wird, ist eine Überlastung halt auch logisch. Es zeigt sich hier, wie auch in vielen anderen Direktionen, dass es eben nicht möglich ist, alle Aufgaben auf dem Schreibtisch zu erledigen, wenn die Ressourcen einfach fehlen. Wir begrüssen es aber, dass es jetzt tatsächlich bald zur Umsetzung kommt, und sind sehr gespannt auf die konkreten Konzepte und bedanken uns auch bei Ihnen im Stadtrat, dass Sie die beiden Massnahmen weiterhin unterstützen, wie Sie es bei diesen Sparangriffen bis jetzt auch gemacht haben.

Fraktionserklärung

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion SVP: Dolores Dana hat bei einem vorderen Vorstoss gesagt, dass er schon fünf Jahre alt sei und sich inzwischen vieles geändert habe. Das ist grundsätzlich so, aber wenn man eben sieht, wo die Vorstösse herkommen, nämlich von der GB/JA!-Sekte, dann ist klar, dass die ihre Meinungen nicht ändern. Und darum passt es auch, dass die Forderungen heute noch genau gleich daherkommen wie 2019, als sie eingereicht wurden. Man will eine Fachstelle Wohnen, offenbar sogar eine externe Fachstelle. Dann kos-

tet es noch mehr. Man ist sich aber bewusst, dass das viel kosten wird. Es gab schon einmal eine Stelle bei der Gesundheitsdirektion, die wollten Sie abschaffen. Man konnte sie ganz knapp retten. Ich denke, die Wohnungssuchenden haben genug Möglichkeiten oder Kontakte, sei es bei der Fürsorge oder bei einem Berater, den sie haben, oder auch bei diesen Organisationen, die es heute in der Stadt schon gibt. Ich vermiete selbst und ich habe viele solche Anfragen. Und man berücksichtigt auch solche Leute. Wenn sie die Kautionsleistung nicht leisten können, dann verzichtet man darauf. Es hat sehr viele Vermieter, die Wohnungen an Leute vermieten, die nicht so begütert sind, und durchaus auch auf die Kautionsleistungen verzichten, weil vielfach diese Leute auch betrieben werden und deshalb logischerweise bei der Post oder bei den Kautionsfirmen keine Kautionsleistung erhalten. Was aber gar nicht geht, ist, dass die Stadt Bern quasi solidarisch mithaftet soll. Aus Sicht der Eigentümer müsste man zwar sagen: Ja super, das ist perfekt. Denn dann kann der Hauseigentümer einfach direkt der Stadt schreiben, wenn es einmal nicht funktioniert. Man könnte auch noch reinnehmen, dass die Stadt für Schäden auch noch haftet – also quasi eine General-Versicherung. Aber das ist eben wieder ein Modell, das es höchstens in Ihrem Kopf gibt. Das funktioniert nicht, weil letztendlich wieder der Steuerzahler für alles aufkommen müsste.

In erster Linie muss jener, der betroffen ist, haften und für alles geradestehen, weil das sonst dazu führt, dass die nachher sagen: Ja, es ist ja nicht so schlimm, wir haben eine Versicherung. Ich sehe das jeweils auch bei Bewerbungen. Jemand sagt, er könne so viel zahlen. Wenn ich dann frage, wo er arbeitet, sagt er, er bekomme das Geld vom Staat. Das sei doch kein Problem, man solle ihm die Wohnung geben, statt jemandem, der selbst arbeitet und den Lohn verdienen müsse und bei dem vielleicht nicht immer sicher ist, aber er ihn auch bekomme. Ich denke, solche Systeme sollten wir nicht mit Ideen wie diesen hier fördern. Sogenannte Garantiemodelle sind ein bisschen ein Rundum-sorglos-Paket. In dem Sinn lehnen wir beide Vorstösse ab und hoffen wirklich, dass der Stadt nicht wieder neue Kosten aufgebürdet werden. Es ist gut, wenn der Staat zu jenen schaut, die es nicht schaffen, aber wir sollten es nicht noch möglichst attraktiv machen. Sonst sind am Schluss die, die alles selbst bezahlen, die Dummen.

Direktorin BSS *Franziska Teuscher*: Ursina Anderegg hat den Inhalt der zwei Massnahmen vorgestellt. Sie sind Teil der Wohnstrategie des Gemeinderats. Und der Gemeinderat steht selbstverständlich immer noch hinter diesen zwei Massnahmen. Ich gehe kurz darauf ein, wo wir im Moment bei diesen beiden Massnahmen stehen.

Zur Massnahme «Soziale Wohnpolitik stärken, Beratungsstelle im Bereich Wohnen einrichten» liegt das grundlegende Konzept jetzt vor und wird noch inhaltlich bereinigt. Es sollte unserer Planung gemäss Ende Jahr im Gemeinderat sein, damit wir das auch ab 2023 ausschreiben und den externen Auftrag vergeben können. Wir sind der Meinung, dass hier ein externer Auftrag durchaus Sinn macht und nicht teurer ist, als wenn die Stadt das selbst machen würde. Die Umsetzung auch dieser Massnahme hat sich verzögert, weil das Sozialamt natürlich seit 2020 sehr gefordert war mit der Coronapandemie und Corona-Armut und jetzt mit der Ukraine-Krise und den vielen Flüchtlingen. Daher gebe ich gerne zu, dass diese Massnahme in unseren Prioritäten halt ein bisschen nach hinten geschoben wurde.

Zu der zweiten Massnahme, diesem Garantie-Instrument, liegt auch ein Konzept vor. Wir haben gemerkt, dass es noch Klärungsbedarf gibt, insbesondere bei der Abgabe dieser finanziellen Garantien, die finanzrechtlich viele Fragen aufwerfen. Wenn wir das Instrument einführen, wollen wir eine Lösung haben, die auch finanzrechtlich korrekt ist. Ich sehe nicht ganz ein, warum Thomas Fuchs die Garantie kein gutes Instrument findet. Das ist einfach eine Absicherung. Die Garantien werden den Leuten nicht ausbezahlt. Die braucht es nur, weil es eben viele Vermieter gibt, die es verlangen. Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass Thomas Fuchs zu den anderen gehört, die das nicht verlangen. Aber nichtsdestotrotz ist es einfach

eine Tatsache, dass das verhindert, dass Leute in der Stadt Bern eine Wohnung bekommen. Da machen wir jetzt noch die letzten Abklärungen. Wir haben jetzt die zwei Massnahmen auch auseinandergenommen. Eigentlich hätten wir sie gerne miteinander in Kraft gesetzt. Aber weil die eine Massnahme jetzt bereit ist und die andere wegen dieser rechtlichen Abklärungen noch nicht, setzen wir die Beratungsstelle möglichst schon Anfang Jahr ein. Bezüglich der finanzrechtlichen Fragen sind wir zuversichtlich, dass wir das im Laufe des Jahres 2023 auch abschliessen können. Ich bitte Sie, die beiden Motionen als Richtlinienmotionen anzunehmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (42 Ja, 23 Nein, 0 Enthalten) [Namen 057](#)

34 Motion Fraktion GB/JA! (Lea Bill, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Finanzielle Garantiemodelle im Bereich Wohnen rasch ausarbeiten und umsetzen

2019.SR.000024

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
Bern, 3. Juli 2019

Diskussion siehe Traktandum 33.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich.. (44 Ja, 23 Nein, 0 Enthalten) [Namen 058](#)

35 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Ayse Turgul, SP): Mehr günstige Wohnungen gezielt an einkommensschwache Personen und Familien vermitteln

2020.SR.000027

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären. Die Antwort gilt gleichzeitig als Begründungsbericht.
Bern, 3. Juni 2020

Motionärin *Katharina Altas* (SP): Die Schweiz ist ein Land von Mieterinnen und Mietern. Eine Mehrheit der Bevölkerung lebt in der Schweiz in einer Mietwohnung. Die Immobilienpreise steigen momentan wieder an und günstiger Wohnraum in Städten ist rar, so auch immer noch in der Stadt Bern. Gemäss Statistik Stadt Bern beträgt die Leerwohnungsziffer Stand Juni 2022 0,57 Prozent. Im Vorjahr betrug sie 0,54 Prozent. Es gab also eine leichte Verbesserung. Der Gesamtwohnungsbestand in der Bundesstadt stieg zwischen 2021 und 2022 um 510 Einheiten. In der Stadt Bern existieren gemäss Erhebung von Statistik Stadt Bern insgesamt 78 524 Wohneinheiten. Zukäufe von Liegenschaften durch die Stadt Bern und die Bautätigkeit spielen hier eine zentrale Rolle, um dem überhitzten Immobilienmarkt etwas entgegen-

zusetzten. Es ist übrigens heute auch im «Bund» zu lesen, dass die Neubautätigkeit um 15 Prozent höher liegen müsste. Damit einkommensschwache Familien und Personen Kenntnis von günstigem Wohnraum erhalten, müssen alle relevanten Dienststellen in der Verwaltung optimal zusammenarbeiten. Nur so gelangen preisgünstige Wohnungen und GüWR-Wohnungen (GüWR: Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien) auch an jene Personen, die sie benötigen. Die Mietkosten machen den grössten Ausgabenposten bei den Haushalten aus, gefolgt von Krankenkassenprämien und den Ausgaben für die Kinder. Deswegen ist aktive Wohnpolitik auch aktive Sozialpolitik. Wir wollen keine Zustände wie in London oder München, wo sich nur Gutbetuchte eine Wohnung in der Innenstadt leisten können. In unserem Vorstoss sprechen wir bewusst von einkommensschwachen Familien und Personen, weil diese oftmals unter der Armutsgrenze leben, aber keine Sozialhilfe beziehen. Nur, wenn Wohnen in Bern für alle möglich ist, bleibt die Durchmischung in den Quartieren gut.

Der Gemeinderat legt in seiner Antwort dar, dass, auch ausgelöst durch die Annahme der Wohninitiative, viel im Bereich günstiger Wohnraum realisiert worden ist und wird. Ausserdem legt er dar, dass die betroffenen Personenkreise, ob ältere Menschen, die Ergänzungsleistungen beziehen, Studierende oder Menschen und Familien in einer Notlage, bei der Vergabe von günstigem Wohnraum berücksichtigt werden. Wir danken dem Gemeinderat für das bisher Geleistete und bitten darum, dass auch weiterhin mehr günstige Wohnungen entstehen, die denen zugutekommen, die sie benötigen. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt die Richtlinienmotion an und den Begründungsbericht wohlwollend zur Kenntnis.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (37 Ja, 20 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 059

36 Motion Fraktion GLP/JGLP (Melanie Mettler, GLP): GüWR-Verträge für GüWR-Wohnung

2019.SR.000122

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 4. September 2019

Judith Schenk (GLP) für die Motionärin: Wir haben die Motion in ein Postulat gewandelt. An der Antwort des Gemeinderats stört uns, dass viele GüWR-fähige Wohnungen an Personen vermietet sind, die gar nicht berechtigt sind. Bis 2025 will die Verwaltung 1 000 dieser Wohnungen entsprechend ihrem Zweck vermieten. Das ist auch das, was in unserem Postulat verlangt wird. Günstig wohnen wollen wir alle. Ich denke, es würde niemand von uns grundlos aus einer günstigen Wohnung ausziehen. Darum sorgen eben auch regelmässige Überprüfungen bei städtischem GüWR-fähigem Wohnraum für faktische Fairness. Zudem bin ich sicher, dass unsere Stadtverwaltung sinnvolle Fristen und Härtefallregelungen ausarbeitet, die weder despektierlich noch stigmatisierend sind.

Fraktionserklärungen

Michael Sutter (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion lehnt den Vorstoss als Motion ab. Als Postulat haben wir nicht darüber befunden. Ich denke, da spricht nicht viel

dagegen, es anzunehmen. Zwar sind wir der Meinung, dass GüWR-Wohnungen grundsätzlich mit GüWR-Verträgen vermietet werden sollen, aber es gibt dabei andere Aspekte auch zu berücksichtigen: Erstens haben heute auch Leute, die die Kriterien nicht erfüllen, zum Teil grosse Mühe, in der Stadt Bern eine bezahlbare Wohnung zu finden, vor allem wenn sie ein Einkommen haben, das knapp über der GüWR-Grenze liegt; eine Grenze, die vor einer gewissen Zeit noch herabgesetzt wurde. Und es gibt eben zum Beispiel auch Leute, die schon sehr lange in einer subventionierten Wohnung leben und zum Beispiel wegen einer Erbschaft ihre GüWR-Berechtigung verlieren. Es wäre aus unserer Sicht falsch, die in jedem Fall und sofort auf die Strasse zu stellen. Man muss im Einzelfall schauen, ob sie ohne Subventionierung nicht in ihrer Wohnung bleiben können, oder ob man eine gewisse Frist festlegt, in der sie Zeit haben, sich eine neue Wohnung zu suchen. Die Stadt soll bei ihren Liegenschaften auch auf die soziale Durchmischung achten, also eben nicht unbedingt alle Wohnungen in einer Liegenschaft oder in der Überbauung ausschliesslich an GüWR-Berechtigte vermieten. Aus diesen Gründen ist eine allzu strikte Anwendung des Prinzips GüWR-Verträge für GüWR-Wohnungen, das wir grundsätzlich unterstützen, nicht zielführend.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir sehen das ganz ähnlich wie die SP. Die Motion verlangt ausschliesslich GüWR-Verträge für GüWR-fähige Wohnungen, damit der Wohnraum auch wirklich denen zugutekommt, die darauf angewiesen sind. Das Anliegen teilen wir natürlich. Aber wir sind auch der Meinung, dass die Ausgangslage doch ein bisschen komplexer ist als dargestellt. Ob ein Umzug zumutbar ist oder nicht, wollen wir uns nicht anmassen zu beurteilen. Was ist mit Menschen in prekären Arbeitsbedingungen, bei denen das Einkommen manchmal darüber, manchmal darunter liegt? Was ist mit den Leuten, die älter sind, aber auch mit jüngeren Leuten, die in einem Quartier oder in einer Nachbarschaft stark verwurzelt und engagiert sind? Sollen diese Leute ständig aus- und wieder einziehen? Aus einer sozialen Perspektive sollten auch solche Faktoren und Überlegungen eine Rolle spielen. Und das Mittel der Mietvertragskündigung sollte aus unserer Sicht, wenn überhaupt, nur sehr vorsichtig angewendet werden. Wir sind froh, dass der Gemeinderat das offenbar auch so sieht und handhabt.

Uns ist aber bewusst, dass dadurch auch der Druck auf günstigen Wohnraum zunimmt. Für die GB/JA!-Fraktion ist darum die Antwort einfach und klar, es braucht schlicht und einfach mehr günstigen Wohnraum; eine Absicht, die der Gemeinderat auch mit den Massnahmen in der Wohnstrategie und den Anpassungen im GüWR-System bekräftigt. Wir hoffen darum, dass die Bereitstellung von günstigem Wohnraum nicht weiter stagniert, wie es in letzter Zeit der Fall war. Ende 2021 sind zum Beispiel 661 Wohnungen mit Vermietungskriterien vermietet gewesen. Das ist eine Wohnung mehr als im Jahr zuvor. Es muss unbedingt schneller vorwärtsgehen in diesem Bereich. Zudem soll die GüWR-Politik für günstigen Wohnraum eben auch im Hinblick auf grosse Bauprojekte wie zum Beispiel das Viererfeld oder das Gaswerk-Areal proaktiv eingesetzt werden; zum Beispiel, indem die Vorgaben und Kriterien in die Baurechtsverträge aufgenommen werden, wie wir das heute schon diskutiert haben – und eben auch bei den marktwirtschaftlichen Bauträger*innen. Wenn Private schon auf städtischem Boden bauen dürfen, dann sollen sie auch dazu verpflichtet werden können, günstigen Wohnraum zu erstellen. Der Druck auf günstigen Wohnraum wird so nicht auf Einzelpersonen und Privathaushalte abgewälzt, sondern als gesamtgesellschaftliche Herausforderung angegangen. Wie bereits gesagt: Wohnpolitik ist Sozialpolitik. Und das verlangt nach differenzierten Lösungen. Damit diese gefunden werden können, scheint uns die Überprüfung der verschiedenen Massnahmen im Bereich des günstigen Wohnraums sinnvoll. Die GB/JA!-Fraktion nimmt darum den Vorstoss als Postulat an.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich danke der GLP/JGLP, dass sie den Vorstoss in ein Postulat wandelt. Dem Postulat kann die GFL/EVP-Fraktion auch zustimmen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass man überprüft, was man bei den GüWR-Wohnungen machen kann. Wir unterstützen den zusätzlichen Bau von GüWR-Wohnungen. Aber wir wissen seit sieben Jahren, dass rund die Hälfte der GüWR-fähigen Wohnungen eben nicht an GüWR-Kriterien erfüllende Haushalte vermietet wird. Das heisst, den Auftrag an den Gemeinderat, dass man dort ein bisschen etwas daran verbessert, gibt es eigentlich seit sieben Jahren, und jedes Mal, wenn man wieder sieht, wie der Stand ist, ist immer noch etwa die Hälfte nicht an GüWR-Kriterien erfüllende Haushalte vermietet. Es ist eine Tatsache: Die GüWR-Wohnungen sind subventioniert. Der Gemeinderat argumentiert, dass halt bei diesen Haushalten die Situation von Einkommen und so weiter oszilliert. Im Gegensatz zu dem, was der Sprecher von SP/JUSO gesagt hat, geht es nicht darum, dass man die Leute direkt auf die Strasse stellt, sondern dass man mit dem Mietzins eben etwas korrigierend einwirkt und vielleicht Anreize setzt, also vom subventionierten Mietzins zur Kostenmiete oder eben zu einer Marktmiete übergeht. Es geht darum einen gewissen Anreiz zu schaffen, damit Haushalte, die die GüWR-Kriterien nicht mehr erfüllen, vielleicht eine andere Lösung suchen und die Wohnungen für effektiv bedürftige Haushalte freimachen. In dem Sinne begrüsst die GFL/EVP-Fraktion das Postulat.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Merci vielmals, dass Sie hier dem Gemeinderat folgen. Es gibt wieder die Verwirrung, sind es GüWR-fähige Wohnungen oder GüWR-Wohnungen, Lukas Gutzwiller. Es sind GüWR-fähige Wohnungen, bei denen wir GüWR-Verträge haben. Das Ziel ist natürlich schon, dass wir die Wohnungen, die nicht subventioniert sind, bei denen wir aber mit den Mietzinsen so tief herunterkönnen, dass Leute, die die Kriterien erfüllen, rein können, auch mit diesen Leuten besetzen. Das ist erstens ein Prozess. Zweitens, das ist angetönt worden, gibt es Härtefälle. Also, das kann irgendeine Familie in einer GüWR-fähigen Wohnung mit GüWR-Mietzins sein. Sie besteht aus vier Personen. Jetzt gibt es eine Scheidung oder irgendetwas. Einer der Elternteile zieht weg. Dann ist es einfach ein harter Fall, weil man sagen muss, jetzt ist das Kriterium punkto Anzahl Personen nicht mehr erfüllt. Aber die Kinder gehen dort zur Schule und sind integriert. Daher gibt es keinen Grund, die rauszuschmeissen. Ähnlich ist es, wenn jemand eine kleine Erbschaft macht und plötzlich vielleicht 20 000 oder 30 000 Franken mehr hat, als das Kriterium erlaubt, aber längst noch keine Millionärin und kein Millionär ist. Die wollen wir nicht aus ihrem Umfeld herausreissen. Aber man sagt: Sie zahlen einen normalen Mietzins. Das muss man abwägen. Selbstverständlich gibt es auch Fälle, bei denen man sagen muss: Ihre Verhältnisse haben sich jetzt so geändert, dass Sie wirklich nicht mehr in die Wohnung hineinpassen. In diesen Fällen wirken wir selbstverständlich daraufhin, dass die Leute innerhalb eines vernünftigen Zeitraums die Wohnung wirklich verlassen, damit dort nachher wieder jemand hineinkann, der Anspruch hat. Ich will noch etwas sagen, das eigentlich fast ein bisschen negativ ist. Erinnern Sie sich an die Diskussion um die Attinghausenstrasse? Da habe ich von allen Seiten auf das Dach bekommen Man hat mir gesagt, jetzt gehen alle Leute raus und nachher sind das alles Wohnungen im Segment GüWR; und zwar nicht nur GüWR-fähige Wohnungen, sondern auch für Leute, die die Kriterien erfüllen. Aber man hat natürlich gewusst und gehofft, dass es am Anfang alles Leute sind, die die Kriterien erfüllen, dass aber mit der Zeit auch Leute plötzlich in einer besseren Situation sind, so dass wir dort eine Durchmischung bekommen und einige halt nicht mehr GüWR-Anspruch haben. Aber es war auch klar, dass man diese nicht einfach rauswerfen will. Also von dem her ist es eben nicht schwarzweiss, sondern es braucht immer auch noch ein bisschen Fingerspitzengefühl. Meine Leute haben das zum Glück. Ich glaube, es ist intelligent, wenn man das Postulat überweist.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin Fraktion GLP/JGLP wandelt die Motion in ein Postulat.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (41 Ja, 19 Nein, 0 Enthalten) [Namen 060](#)

37 Postulat Oliver Berger, Dolores Dana (FDP): Sicherstellung ausgewogener Mietmisch in städtischen Liegenschaften

2020.SR.000397

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht
Bern, 2. Juni 2021

Postulantin *Dolores Dana* (FDP): Wir sind auch aufgrund dessen, was wir heute verschiedentlich und jetzt auch in dieser Antwort haben lesen können, mit den Ausführungen des Gemeinderats einverstanden. Ich weiss gar nicht, was man an diesem Postulat zu bestreiten hat. Aber ich werde das jetzt hören.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. (26 Ja, 29 Nein, 1 Enthalten) [Namen 061](#)

- Die Traktanden 38 bis 41 werden gemeinsam behandelt. -

38 Motion Fraktion SP/JUSO (Peter Marbet/Edith Siegenthaler, SP): Wohn-Initiative konsequent umsetzen

2020.SR.000025

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, Punkt 2 und 3 als Postulat entgegenzunehmen.
Bern, 1. Juli 2020

Johannes Wartenweiler (SP) für die Motionärin: Wir sind langsam ein bisschen müde, aber wir geben uns Mühe, eine Runde weiterzumachen. Während der Diskussion um die Wohninitiative hat das Initiativkomitee zwei Pisten verfolgt: Einerseits sollte ein Fonds geschaffen werden, der die Stadt auf dem Liegenschaftsmarkt handlungsfähig macht, und andererseits eben die Wohninitiative, die verlangt, dass in Wohnzonen ein Drittel der Wohnungen im gemeinnützigen Segment gebaut werden müssen. Die Stimmbevölkerung hat das angenommen und die Initiative hat alles bestanden. Auch das Bundesgericht ist zum Schluss gekommen, dass sie juristisch korrekt ist. Wir haben einiges erreicht, könnte man sagen. Wir könnten zufrieden sein. Aber leider ist dem nicht so. Bei der Formulierung der Initiative haben wir eine schwerwiegende Unterlassung gemacht. Für die Dienstleistungszone ist das gemeinnützige Drittel nicht verlangt worden. Fairerweise muss man sagen: Zum Zeitpunkt, als es um die Formulierung der Initiative ging, war das auch kein Problem. Früher waren in der Dienstleistungszone Büros. Büros haben früher eine gute Rendite gebracht, und auch wenn man theoretisch in der Dienstleistungszone Wohnungen bauen konnte, hat man es doch immer vorgezogen, vor al-

lem Büros zu bauen. Zum Teil wurden Wohnanteile in solchen Planungen als störend empfunden und Projekte im Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Ausserholligen, Dienstleistungszone, haben deswegen Schiffbruch erlitten. Inzwischen gibt es eine Trendwende. Investoren haben erkannt, dass Wohnungen die neuen Büros sind – sichere Anlagen mit guter Rendite. Sie haben angefangen, in der Dienstleistungszone Wohnungen zu bauen, zum Beispiel beim Europaplatz. Und sie profitieren davon, dass natürlich in dieser Zone kein gemeinnütziges Drittel gilt. Aus unserer Sicht ist es an der Zeit, diese Lücke zu schliessen, und zwar bei der anstehenden Revision der Bauordnung. Diese muss sowieso dem Volk vorgelegt werden. Und es wird sicher auch wieder etwas dauern. Wir gehen davon aus, dass die Dienstleistungszone mit dem gemeinnützigem Drittel auch wieder den ganzen Instanzenweg bis Lausanne machen wird. Bis es so weit ist, würden wir aber auch verlangen, dass man in der Dienstleistungszone das gemeinnützige Drittel verlangt. Das ist eigentlich zum Teil schon passiert. Also es gibt zum Beispiel auf dem Meinen-Areal oder auf dem Wifag-Areal das Phänomen, dass die Investoren aus eigenem Antrieb auf diesen Drittel einsteigen. Man muss fairerweise sagen, die Anlagekosten sind so grosszügig gewählt, dass es Wohnungen gibt, die durchaus Mittelschichtwohnungen sind. Sie sind zwar preisgünstig, aber halt nicht unbedingt sehr günstig. Sie werden tendenziell eher mittlere und höhere Einkommen bedienen. Und solange wir die neue Regelung noch nicht haben, darf man natürlich auch nichts in eine Dienstleistungszone umwandeln, weil wir sonst das Problem haben, dass noch ein bisschen nachgestochen wird. Soweit zum zweiten Punkt unserer Motion.

Punkt 1 der Motion verlangt jährlich 350 Wohnungen im gemeinnützigem Bereich. Der Gemeinderat hält das Ziel für zu ambitioniert und rechnet mit 100 bis 200 neuen Wohnungen in diesem Segment. Wir halten an Punkt 1 der Motion fest, weil es eine Absichtserklärung ist. Darauf wollen wir hinarbeiten. Immerhin wollen wir auch noch erwähnen, dass die SP vor einiger Zeit eine Wohnstrategie verabschiedet hat, die je ein Drittel städtischen, gemeinnützigem und privaten Wohnungsbau auf dem Platz Bern vorsieht. Das ist ein grosses Ziel und wir sind weit davon entfernt. Mit diesen 350 Wohnungen machen wir uns auf den Weg. Man muss fairerweise aber auch sagen, wir sind schon ein recht gutes Stück gegangen, seit der Gemeinderat vor zehn Jahren erstmals von einer Renaissance der Genossenschaften gesprochen hat.

Zu Punkt 3: Wir sind bereit, diesen Punkt in ein Postulat zu wandeln. Neben der Schwerkraft müssen wir auch gewisse finanzpolitische Realitäten zur Kenntnis nehmen. Wir brauchen einen handlungsfähigen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik und dieser ist darauf angewiesen, dass er sein Engagement beim gemeinnützigem Wohnungsbau wenigstens teilweise querfinanzieren kann. Er ist deswegen daran interessiert, Baurecht zu Marktpreisen an private Investoren abzugeben. Wir können das gut finden oder nicht, aber wir sollten dem Fonds nicht unnötig Knüppel in den Weg legen. Auch hier gilt: In den letzten Jahren ist viel passiert. Endlich übernimmt der Fonds wohnbaupolitische Verantwortung und macht vorwärts. Vermutlich erinnern sich nur die wenigsten hier im Saal daran, dass der Fonds über Jahrzehnte wohnpolitisch scheinbar tot war, durch die Landschaft wankte und alle Erwartungen, die man bei der Gründung in ihn setzte, nicht erfüllt hat. Wir verlangen punktweise Abstimmung. Die Punkte 1 und 2 wollen wir als Motion annehmen. Für Punkt 3 sind wir mit einem Postulat zufrieden.

Bernadette Häfliger (SP) für die Motionär*innen zu Traktandum 39 und für die Fraktion SP/JUSO: Ich spreche nicht nur für die Einreichenden, sondern halte auch gerade das Fraktionsvotum für den ganzen Block. Die Leerwohnungsziffer in der Stadt Bern hat am 1. Juni 2022 bei 0,57 Prozent gelegen. Diese Zahl ist heute schon mehrfach gefallen. Damit verharrt die Kennzahl trotz leichtem Bevölkerungsrückgang in der Stadt Bern auf einem sehr tiefen Niveau. Auch, wenn gesamtschweizerisch allenfalls eine Überproduktion an Wohnungen bestehen sollte, herrscht auf dem Berner Wohnungsmarkt nach wie vor akuter Wohnungsman-

gel. Noch akuter, um nicht dramatischer zu sagen, ist der Mangel bei grösseren Wohnungen ab vier Zimmern. Bei Fünfstückwohnungen liegt die Leerwohnungsziffer gerade einmal bei 0,08 Prozent. Ich weiss nicht genau, was das bedeutet punkto Anzahl Wohnungen. In der Stadt Bern muss man also schon über ein recht gutes Beziehungsnetz verfügen, um innert nützlicher Zeit zu einer bezahlbaren Familienwohnung zu kommen. Auch wenn zurzeit ein leichter Rückgang bei den Einwohnenden festzustellen ist, gehen die langfristigen Prognosen bis 2045 davon aus, dass die Bevölkerung um 20 Prozent wachsen wird. Dazu kommen der gesellschaftliche Wandel und die demografische Alterung der Gesellschaft. Das führt zu noch mehr Kleinhaushalten und damit zu einer weiteren Zunahme des Wohnungsbedarfs in den nächsten Jahren.

Jeder Mensch hat ein Recht auf angemessenen Wohnraum. Für ärmere und immer häufiger auch weniger arme Menschen, darunter viele Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund, manchmal reicht schon der Zuzug aus dem Entlebuch, wird es immer schwieriger, in Bern eine bezahlbare Wohnung zu finden. In der Stadt Bern gibt es insgesamt rund 78 000 Wohnungen, davon sind knapp 3 000 Wohnungen im Eigentum der Stadt, davon 600 Wohnungen im GüWR-Bereich und fast 400 im Segment gemäss Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG). Um darin eine Konkurrenz zu privaten Investments in die Wohnungsumgebung zu sehen, braucht es einiges an dramatisierender Fantasie. Die fehlenden Wohnungen führen zurzeit vor allem zum Verlust von Steuersubstrat, weil die Leute, gerade auch Familien und Doppelverdienende, in die Agglomeration ziehen müssen, weil es in der Stadt zu wenig freien Wohnraum gibt. Deswegen ist das genossenschaftliche Bauen wichtig, um genügend bezahlbare Wohnungen anbieten zu können. Genossenschaftliche Wohnungen bedingen aber oft auch, dass man über ein gewisses Kapital verfügt, um sich einkaufen zu können. Das Kapital fehlt gerade jungen Familien, die nicht erben oder einen Erbvorbezug machen können. Die Motion GB/JA! greift in diesem Punkt ein wichtiges Thema auf. Deswegen unterstützt die Fraktion SP/JUSO die Motion. Auch das Recht auf Wohnen ist Teil der sogenannten sozialen Menschenrechte. Ihr Ziel ist es, die soziale Sicherheit und die wirksame Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten. Gemäss den Zielen und Massnahmen der Wohnstrategie möchte die Stadt vermehrt selbst bauen und ihr eigenes Portfolio vergrössern. Für die Fraktion SP/JUSO ist das nicht nur wünschenswert, sondern eine zwingende Ergänzung zur Unterstützung des genossenschaftlichen Bauens. Die Leerwohnungsziffer zeigt, dass es im Bereich von günstigem Wohnraum für Familien unbedingt einen zusätzlichen Effort braucht.

Die Motion GLP/JGLP lehnt die SP/JUSO in den Punkten 2 bis 4 ab und stellt einmal mehr fest, dass wir uns offensichtlich in ganz unterschiedlichen Realitäten zu bewegen scheinen. Das Ziel einer eigenen Wohnbautätigkeit durch die Stadt soll die Schaffung von zusätzlichem preisgünstigem Wohnraum sein. Günstige Mietpreise bedingen, dass auch kostengünstig gebaut wird. Das kann beispielsweise dadurch erreicht werden, dass schon bei der Wettbewerbsausschreibung ein maximaler Netto-Mietzins vorgegeben oder strikt nach dem Design-to-Cost-Prinzip vorgegangen wird. Kosten können insbesondere bei grösseren Bauprojekten aufgrund von Synergieeffekten bei der Planung und der Infrastruktur gespart werden. Insofern macht es absolut Sinn, wenn die Stadt Bern bei grösseren Bauprojekten und Arealentwicklungen, zum Beispiel auf dem Vierer- und Mittelfeld, selbst baut. Dass sie das auch erfolgreich kann, hat sie beispielsweise mit Stöckacker Süd bewiesen, und sie zeigt es aktuell beim Bau der Reichenbachstrasse 118.

Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik hat im Moment in seinem Portfolio vor allem viele ältere Wohnungen. Das Portfolio muss deswegen auch mit Neubauten ergänzt werden, um stabil zu bleiben. Nur mit der Diversität lassen sich die Risiken für den Fonds reduzieren, indem man beispielsweise auch vorbeugt, dass nicht alle Liegenschaften gleichzeitig saniert werden müssen. Um die soziale Ausgrenzung und die Armut zu bekämpfen, ist das Recht auf

Wohnen eine ganz entscheidende Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Es ist ein Irrglaube zu meinen, dass alle Menschen die gleichen Ressourcen haben, um in ihr Wohnumfeld investieren zu können. Einigen fehlt das Kapital, um etwas Eigenes zu bauen, zu kaufen oder eben einen Genossenschaftsschein zu erstehen. Anderen fehlen die Zeit und die Lust, die psychische oder physische Verfassung, sich aktiv am Quartierleben beteiligen zu können, sich in der Genossenschaftssiedlung am gemeinsamen Tun zu engagieren. Diese Menschen sind deswegen nicht faul, erfolglos oder asozial, sondern haben einfach andere Bedürfnisse. Soziale Wohnungspolitik lässt sich deswegen nicht allein durch die Förderung der genossenschaftlichen Wohnungen garantieren. Man erreicht sie nur, wenn ergänzend auch die Stadt selbst baut. Das Recht auf Wohnen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Geschlecht und spezifische Bedürfnisse zu garantieren, wäre ein echter Leistungsausweis einer linken Stadt. Der Gemeinderat hat in der Vergangenheit immer wieder kundgetan, sich in der Zukunft vermehrt selbst engagieren zu wollen. Dass er die in unserer Motion «Die Stadt muss selber bauen» geforderten 100 neuen Wohnungen pro Jahr als zu ambitioniert betrachtet, nehmen wir zur Kenntnis. Wir wandeln in ein Postulat, sehen darin aber genauso eine Verpflichtung, dass der Gemeinderat sein Versprechen wahr macht und vermehrt auch selbst baut, und die Stadt dadurch ihr eigenes Portfolio vergrössert und erneuert.

Hingegen halten wir bei unserer Motion «Wohninitiative konsequent umsetzen» bei Punkt 1 und 2 an der Motion fest. Johannes Wartenweiler hat es schon ausgeführt. Wir wollen einerseits, dass die Stadt Bern künftig jährlich eine grössere Anzahl gemeinnütziger Wohnungen schafft. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei uns günstiger städtischer Wohnraum nicht in erster Linie durch Neubauten, sondern vor allem durch Zukäufe geschaffen werden kann. Das passiert teilweise bereits. Einverstanden sind wir mit dem Gemeinderat, dass Punkt 2 der Motion im Rahmen der nächsten ordentlich vorgesehenen Baurechtsrevision angegangen wird. Weil diese unmittelbar bevorsteht, halten wir jedoch an der Motion fest. Dass der Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus bei der jeweiligen Arealentwicklung spezifisch festgelegt werden soll, ist nicht abzulehnen. Da verlangt die SP allerdings, dass der Schaffung von gemeinnützigem Wohnraum absolut erste Priorität einzuräumen ist. Wir wandeln unsere Motion in diesem Punkt in ein Postulat. Noch immer gibt es in der Schweiz kein verbindliches Grundrecht auf Wohnen. In der Bundesverfassung wird lediglich von einem Sozialziel geredet. Tragen wir in der Stadt Bern dazu bei, dass das Ziel zum Recht wird.

Seraphine Iseli (GB) für die Motionärin zu Traktandum 40 und für die Fraktion GB/JA!: Ich halte auch noch das Fraktionsvotum zu den anderen Motionen des Blockes. Mit unserer Motion soll der Gemeinderat verpflichtet werden, zu prüfen, wie durch die städtische Beteiligung an Genossenschaften sichergestellt werden kann, dass Menschen mit kleinerem Einkommen und Vermögen in einer Genossenschaft leben und von den tieferen Mieten profitieren können. Es kann nicht sein, dass nur wer viel geerbt hat oder über sonstige Kontakte verfügt, von diesen günstigen Wohnungen profitieren kann. Wir begrüssen, dass der Gemeinderat vorhat, unsere Forderungen umzusetzen, und empfiehlt, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären. Ich bitte Sie, das ebenfalls zu machen. Wir wollen aber an dieser Stelle den Gemeinderat noch einmal bitten, dem Thema günstiger Wohnraum mit noch mehr Priorität zu begegnen, als er das heute macht.

Wir haben auch die restlichen Motionen einfach nach dem Prinzip beurteilt, ob sie dazu führen, dass endlich genug bezahlbarer Wohnraum in der Stadt Bern zur Verfügung steht. Wir werden darum die zwei Motionen der SP/JUSO-Fraktion unterstützen, die die Stadt Bern verpflichten will, eine aktive Akteurin in der Wohnpolitik zu werden. Wir werden die Motion der GLP/JGLP ablehnen, weil sie das Gegenteil fordert, nämlich, dass die Stadt Bern keinen eigenen Wohnbau betreiben soll.

Ich will noch bei der Motion unter Traktandum 39 erwähnen: In der Antwort des Gemeinderats finden wir die Formulierung stossend, sie schiesse über das Ziel hinaus. Wir finden, solange nicht alle in der Stadt Bern eine bezahlbare Wohnung haben, schiesst keine Initiative, die in diese Richtung geht, über das Ziel hinaus. Wir haben es gelesen: 2021 hat es nur etwa 20 neue GüWR-fähige Wohnungen gegeben statt 50, wie der Gemeinderat sich zum Ziel gesetzt hatte. Daran sieht man, dass es mehr Commitment und Ressourcen braucht.

Fraktionserklärungen zu den Traktanden 38 bis 41

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich spreche als Fraktionssprecher zu diesem Block mit vier Motionen. Die erste Motion verlangt den Zubau von 350 gemeinnützigen Wohnungen pro Jahr, und zwar basierend auf dem Stadtentwicklungskonzept (STEK) 2016, das noch davon ausgegangen ist, dass man die heutige Anzahl von rund 8 000 genossenschaftlichen Wohnungen verdoppeln könne. Wir haben heute Nachmittag auch die Motion von Luzius Theiler diskutiert, die eine Revision des STEK 2016 verlangt. Wenn man die Zahlen im STEK bezüglich des gemeinnützigen Wohnungsbaus anschaut, muss man sagen, man hat das ziemlich überschätzt. Es handelt sich um eine krasse Fehleinschätzung. Im Moment kann man in der Stadt gemäss Vortrag rund 100 gemeinnützige Wohnungen pro Jahr bauen, also etwa 1000 bis ins Jahr 2030 und nicht 8 000. Zu Recht kann man sagen, wir hätten gar nicht genügend Flächen, um so viele gemeinnützige Wohnungen zu bauen, und es gebe auch nicht genügend Areale, die man umnutzen könne. Und wenn man dort schneller vorwärts machen möchte, dann bräuchte es wahrscheinlich auch sehr viel mehr Ressourcen in der Stadtverwaltung, insbesondere beim Stadtplanungsamt. Also es ist illusorisch, dass man die 350 Wohnungen pro Jahr erreichen kann. Darum werden wir dieser Motion als Postulat zustimmen. Die nächste Motion, die ja offenbar nicht gewandelt werden soll: Die wäre für uns wie für den Gemeinderat als Postulat okay. Sie fordert, dass die Stadt 100 Wohnungen pro Jahr hinzubaut. Gleichzeitig sollen die Wohnungen natürlich eben auch kostengünstig sein. Aber wie wir alle wissen, wenn die Stadt baut, sind die Bauten rund 50 Prozent teurer. Also wenn Rot-Grün gerne Neubauten möglichst günstig haben will, überlassen wir das lieber Privaten oder den Genossenschaften. Insbesondere diese können das Ziel besser erreichen, wie wir letzten Monat an verschiedenen Beispielen haben feststellen können. Der Motion GB/JA!, die fordert, dass die Stadt selbst Genossenschafterin wird, können wir als Richtlinie folgen. Die vierte Motion möchte, dass städtische Familien in die Nachbarschaft investieren. Auch hier folgen wir dem Gemeinderat und nehmen den ersten Punkt als Richtlinie an und gleichzeitig als Begründungsbericht zur Kenntnis. Die Punkt 2 und 4 lehnen wir ab.

Judith Schenk (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Für uns ist es ineffizient, als Stadt selbst als Bauherrin aufzutreten. Und Ineffizienz verursacht nur Zusatzkosten. Es ist nämlich keine Kernaufgabe der Stadt, Wohnungsbau zu betreiben. Private Akteure bauen schneller und näher an den Bedürfnissen der Wohnenden und vor allem ohne finanzielle Risiken für die Stadt. Die Stadt muss sich auf ihre Rolle als Verpächterin und Regulatorin konzentrieren, also ihr Bauland unter Auflagen vergeben, die das Wohl der Allgemeinheit maximieren und Marktrisiken minimieren. Sie soll auch dafür sorgen, dass in Bern ökologisch und sozial nachhaltig gebaut wird. Insbesondere gemeinnützige Wohnbauträger setzen diese Nachhaltigkeitsanforderungen an das Bauen um.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich beginne mit dem Vorstoss der Fraktion GLP/JGLP. Wir hätten da durchaus Sympathien für gewisse Punkte, aber das würde voraussetzen, dass wir punktweise abstimmen. Dass die Stadt nicht Private und Wohngenossenschaften konkurrenzieren soll, scheint uns vernünftig. Wir sind auch der Meinung, dass die Stadt Bern selbst nicht Wohnungsbau betreiben soll. Ich habe es schon mehrmals gesagt:

Beim Viererfeld hat man uns versprochen, die Stadt trete nicht als Investor auf, jetzt macht man wieder das Gegenteil. Darum können wir die Punkte 2 und 3 unterstützen. Bei Punkt 1 sind wir skeptisch, den würden wir ablehnen. Ich möchte an die GLP/JGLP appellieren: Wir würden bei gewissen Punkten helfen.

Ich komme zum Vorstoss von SP/JUSO, das ist der Vorstoss Marbet, Siegenthaler. Was will man hier wieder machen? Das geht wieder in Richtung Planwirtschaft. Es heisst, es seien Voraussetzungen zu schaffen, dass künftig jährlich mindestens 350 gemeinnützige Wohnungen neu geschaffen werden. Ich bin der Meinung, das geht absolut in die falsche Richtung. Sie wollen wiederum alles verbetonieren, wieder Zeug machen, und umwandeln etc. Das ist für mich nicht erfüllbar, nicht umsetzbar. Meines Erachtens stehen hier sowohl rechtliche als auch finanzielle Gründe dagegen. Und jetzt auch bei Um- und Neueinzonungen von Dienstleistungszonen einen Mindestanteil von gemeinnützigem Wohnraum gemäss der Wohninitiative einzufordern, bedeutet, Sie gehen immer weiter. Politisch haben Sie das Recht dazu, aber ich möchte einfach sagen, Sie machen für alle etwas, mit Ausnahme jener Leute, die in höherwertigem Wohneigentum oder höherwertig wohnen wollen. Die wollen Sie nicht in der Stadt Bern haben. Darum sage ich Ihnen klipp und klar: Sie wollen die politischen Mehrheitsverhältnisse zementieren. Sie haben es vorhin vielleicht in einer ungewollten Ehrlichkeit klar offengelegt. Sie wollen eben mehr Leute aus dem rot-grünen Sektor, die dem rot-grünen Manna erliegen und davon profitieren können. Das ist genau der Punkt. Das ist ein politischer Punkt, aber die anderen wollen Sie verdrängen. Die Automobilisten wollen Sie aus der Stadt raushaben. Diesbezüglich haben Sie überhaupt kein Problem. Und wenn man irgendetwas Kritisches sagt, wirft man uns vor, wir wollten die Leute aus sozial benachteiligten Verhältnissen nicht in Bern haben, wir wollten sie wegjagen. Das Gegenteil ist der Fall. Die SVP bietet durchaus Hand, aber man muss für alle Kategorien Wohnungen schaffen, und nicht wie Sie, die Sie klipp und klar alle Anträge, die in eine andere Richtung gehen, und Leute, die eine andere Wohnform wollen, ablehnen. Leute, die vielleicht gerne einen Autoparkplatz hätten für ihren Oldtimer oder ihr Cabriolet, wollen Sie nicht in der Stadt. Aber Sie wollen hier eben ihr Wählersegment bedienen und darum ist es ganz klar, dass Sie den Vorstoss machen, aber wir werden ihn bekämpfen. Natürlich habe ich nicht die Illusion, dass wir ihn grossmehrheitlich abschmettern können. Man müsste allerdings schauen, ob das rechtlich überhaupt geht, «bei künftigen Überbauungen von städtischem Land, die die Stadt nicht selber realisiert, künftig die ganze Fläche ausschliesslich an gemeinnützige Wohnbauträger zur Überbauung im Baurecht abzugeben». Das heisst, irgendjemanden, der nach marktwirtschaftlichen Kriterien baut, will man nicht. Darum halte ich an meinem Vorwurf fest. Sie wollen klar die politischen Mehrheitsverhältnisse in Bern festigen, zementieren, und Leute, die einen anderen Wohnbau wollen, wollen Sie aus der Stadt Bern heraushalten. Wahlpolitisch, taktisch mag das gut sein, aber es entspricht nicht Bern als Stadt der Beteiligungen, wo alle Platz haben. Ich warne vor einer Annahme dieses Vorschlags.

Ich komme noch zum nächsten Vorstoss «Die Stadt muss selber bauen und so mehr preisgünstigen Wohnraum schaffen». Auch diesen lehnen wir ab. Sie haben gesehen, wie es teilweise herauskommt. Sie haben den Münzrain gesehen, wer dort gelebt hat. Sie haben auch gesehen, wie es in dieser Murifeld-Liegenschaft läuft, wo man selber sagen kann, welche Leute dort hineinkommen. Wie gesagt, das geht in die falsche Richtung. Es geht auch darum, hier eben die Mehrheitsverhältnisse zu zementieren.

Ich komme zur Motion GB/JA!. «Soziale Wohnpolitik stärken, Stadt Bern wird selber Genossenschafterin». Oder will man noch weitergehen, noch die Beteiligungen einfordern und auch städtische Beteiligungen machen, damit die Genossenschaften mit kleinen Vermögen das ebenfalls machen können und die Beteiligungen dazu nutzen, die Anzahl von GüWR-Wohnungen zu erhöhen? Das hiesse, einen bestimmten Prozentsatz Wohnungen zu Kostenmieten zu mieten, um die nachher im GüWR-Segment zu vermieten. Sie denken in Ihrer

Wohnbaupolitik überhaupt nicht daran, dass man vielleicht auch einmal gute Mieter holen sollte, Leute, die bereit sind, einen Marktzins zu zahlen. Dann kann man nämlich all die Wunsch-Utopien, die man hat, vielleicht auch finanzieren. Aber Sie sind nicht einmal in der Lage, an besten Wohnzonen wie dem Gaswerk-Areal höherwertigen Wohnbau zu machen. Das Tafelsilber wird verschleudert. Sie machen alles kaputt. Darum ist es für mich ehrlicher, konsequent zu bleiben und grün. Dann haben wir wenigstens grüne Flächen und nichts verunstaltet.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Ich will zuerst meiner Freude Ausdruck verleihen, dass wir heute ganz viel über wohnbaupolitische Vorstösse diskutiert und befunden haben, und dass im Wesentlichen die Wohnbaupolitik des Gemeinderats gestützt wird. Ich sage es jetzt zum letzten Mal, weil ich zu den nächsten zwei Vorstössen nichts mehr sagen werde, ausser es ist dringend nötig, dass die Wohnungssituation den Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen unter den Nägeln brennt, weil es ganz schwierig wird, etwas zu finden. Darum ist es wichtig, dass der Rahmenkredit auch in der Volksabstimmung gestützt wird. Ich will einfach auch betonen, dass wir doch in Brünnen, Schönberg Ost, in Wankdorf City wunderbare Überbauungen haben, die auf ein anderes Segment zugeschnitten sind. Da ist die Migros, die nicht ganz billige Wohnungen hat. Das kann man kritisieren oder nicht, aber mit diesem Schwarzweiss habe ich immer ein bisschen Mühe. Aber was ich einfach sagen muss, ist, dass Unmögliches sofort erledigt wird. Alles andere braucht Zeit.

Und damit komme ich auf die verschiedenen Vorstösse zu sprechen. Jährlich mindestens 350 gemeinnützige Wohnungen sind schlicht und ergreifend nicht realistisch. Das kann man in einem Papier fordern. Papier ist geduldig. Wir sagen, wir können heute 100 bis 200 Wohnungen schaffen. 300 Wohnungen pro Jahr sind einfach dreimal die Reichenbachstrasse. Um eine Reichenbachstrasse zu planen und umzusetzen, bis die Leute einziehen, dauert es rund zehn Jahre. Das ist auch der Grund, weshalb man Punkt 1 der ersten Motion ablehnen sollte, nicht weil wir es nicht gut fänden, sondern einfach, weil wir es nicht schaffen. Auch die Punkte 2 und 3: Warum als Postulat? Es ist vielleicht ein Konstruktionsfehler der Wohninitiative, dass wir die Vorschriften bei der Dienstleistungszone bezüglich des gemeinnützigen Anteils nicht einfordern können. Wir verhandeln für jedes Areal, sei es in Bethlehem oder wo auch immer, mit den Landeigentümern, mit den künftigen Investierenden, aber wir können das nicht einfordern. Wir verfügen nicht über die nötigen gesetzlichen Grundlagen. Darum beantragen wir hier ein Postulat. Damit kann man vielleicht noch daran schrauben. Zur Frage, ob wir städtische Überbauungen zu 100 Prozent genossenschaftlich machen sollten: Auch das muss man von Fall zu Fall anschauen. Ich sage jetzt auch ein bisschen zuhänden meiner «Gschpändli» auf der rechten Seite: Der Fonds muss überleben, der muss auch in 10, 20 Jahren überleben. Wie dann die Situation aussieht, wissen wir nicht. Wir müssen jede Arealentwicklung anschauen und daraufhin beurteilen, was dort sinnvoll ist. Die Siedlung Warmbächli ist 100 Prozent genossenschaftlich abgegeben worden. Viererfeld und Mittelfeld sind es zu mindestens 50 Prozent. Beim Gaswerk-Areal sind drei Viertel genossenschaftlich. Und bei einem neuen Areal müssen wir schauen, was sinnvoll ist. Darum sagen wir: Überweisen Sie es als Postulat, damit wir diese Möglichkeiten haben.

Vorstoss 2: Die Erhöhung von 2 000 auf 3 000 Wohnungen ist ein hehres Ziel. Das ist uns sehr sympathisch. Aber wir können ihn nicht als Motion annehmen, weil das nicht ehrlich wäre. Ich beantworte diese Vorstösse jeweils in dem Rahmen, was wir Ihnen bieten können. Wir wollen Ihnen klaren Stadtwein einschenken. Dementsprechend wollen wir diese Forderung als Postulat annehmen und damit auch bekunden, dass sie uns sympathisch ist. Wir machen, was wir können, aber was darüber hinausgeht, geht nicht.

Zum Vorstoss unter Traktandum 40: Die Frage, selbst Genossenschafterin werden, sind wir bereit anzunehmen. Die Stadt Bern ist ja schon bei ganz vielen Genossenschaften dabei und

bringt sich dort ein. Ich bin der Meinung, tendenziell braucht es nicht noch viele neue Genossenschaften. Vielmehr können wir mit den bestehenden die Politik machen, in der eben die Genossenschaften einen wichtigen Part spielen. Wir können auch Darlehen geben. Diese Möglichkeit haben wir auch, wenn die Stadt nicht an der Genossenschaft beteiligt ist. Entsprechend finden wir den Vorstoss richtig und würden ihn auch als Richtlinie annehmen. Beim letzten Vorstoss geht es halt wieder um die Ansichten über die Rolle der Stadt, die diametral auseinandergehen. Punkt 1, dass wir mit anderen Trägerschaften, vorwiegend Genossenschaften, zusammenarbeiten, entspricht dem Gemeinderat und der Mehrheit in dieser Stadt, aber selbstverständlich eben auch nur dort, wo es möglich ist; etwa mit den Burgern, wenn wir beim Bahnhof eine Velostation brauchen. Aber die restlichen drei Punkte sehen wir einfach diametral anders. Sie sagen immer, die Stadt sei ein kleiner Player auf dem ganzen Wohnungsmarkt. Auch als kleiner Player haben wir eine Rolle. Also wir wollen nicht darauf verzichten, selbst Wohnungen zu betreiben. Im Gegenteil wollen wir das verstärken. Wir wollen in unserem Segment Wohnungen kaufen. Wir haben einen Rahmenkredit. Wir haben den erhöht. Ich muss sagen, dass die Stadt grösstmögliche Unterstützung leistet in diesem Bereich. Dort, wo es möglich ist, wollen wir bauen. Der bürgerlichen Seite will ich sagen: Eine Reichenbachstrasse können wir nicht jedes Jahr aus dem Boden stampfen. Die Frage, ob auf dem Viererfeld die Stadt selbst baut oder zusammen mit dieser Genossenschaft etwas realisiert, ist für mich sekundär. Als Ziel ist für uns wichtig, dass wir die Kostenmiete haben. Wenn es dann dort noch Baufelder gibt, auf denen die Stadt allein oder mit Partnern selbst etwas machen kann, wollen wir uns das einfach nicht verbieten lassen. Es ist klar, so viel können wir nicht kaufen. Dass wir noch eine Vermittlerrolle wahrnehmen sollten, sehe ich nicht ein. Dann hätte man noch eine Maklerstelle schaffen müssen. Das wollen wir nicht. Entsprechend bitte ich Sie, dem Gemeinderat bei diesen vier Vorstössen zu folgen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat stimmt Punkt 1 der Motion zu. (34 Ja, 31 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 062
3. Der Stadtrat stimmt Punkt 2 der Motion zu. (35 Ja, 31 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 063
4. Die Motionärin Fraktion SP/JUSO wandelt Punkt 3 der Motion in ein Postulat.
5. Der Stadtrat erklärt Punkt 3 des Postulats als erheblich. (42 Ja, 24 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 064

39 Motion Fraktion SP/JUSO (Yasemin Cevik/Martin Krebs, SP): Die Stadt muss selber bauen und so mehr preisgünstigen Wohnraum schaffen

2020.SR.000026

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 3. Juli 2019

Diskussion siehe Traktandum 38.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderat
2. Die Motionärin Fraktion SP/JUSO wandelt die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich. (42 Ja, 24 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 065

40 Motion Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher, GB): Soziale Wohnpolitik stärken: Stadt Bern wird selber Genossenschafterin

2019.SR.000027

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
Bern, 3. Juli 2019

Diskussion siehe Traktandum 38.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (42 Ja, 24 Nein, 0 Enthalten) [Namen 066](#)

41 Motion Fraktion GLP/JGLP (Melanie Mettler, GLP): Städtische Familien investieren in ihre Nachbarschaft

2019.SR.000124

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 als Richtlinie erheblich zu erklären und Punkt 2 bis 4 abzulehnen.
 2. Die Antwort zu Punkt 1 gilt gleichzeitig als Begründungsbericht.
- Bern, 28. August 2019

Diskussion siehe Traktandum 38.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt die Motion ab. (16 Ja, 49 Nein, 0 Enthalten) [Namen 067](#)

42 Motion Fraktion SP/JUSO (Marieke Kruit/Katharina Altas, SP): Innovative Wohnformen fördern

2020.SR.000028

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
 2. Die Antwort gilt gleichzeitig als Begründungsbericht.
- Bern, 10. Juni 2020

Motionärin *Katharina Altas* (SP), auch für die Fraktion SP/JUSO: Innovative Wohnbauprojekte tragen zum Miteinander in der Gesellschaft bei und müssen unbedingt auch auf die gesellschaftlichen Veränderungen eingehen. Viele Menschen wollen im Alter nicht allein wohnen und könnten sich gemeinschaftliches Wohnen vorstellen. Das ist einerseits Gesundheitsförderung, trägt aber auch zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei, wenn Jung und Alt zusam-

menwohnen. Und es macht auch aus ökologischen Gründen Sinn, da dadurch weniger Ressourcen verbraucht werden. Durch innovative Wohnformen wie Clusterwohnungen mit Gemeinschaftsräumen kann den Raumbedürfnissen in den verschiedenen Lebensphasen Rechnung getragen werden. Sie bieten einerseits Raum für Rückzug und Raum für gemeinschaftliche Aktivitäten. Eine Familienwohnung muss anders bestückt sein als eine Wohnung für eine alleinstehende Person. Wenn in Siedlungen unterschiedliche Wohneinheiten angeboten werden, fällt der Umzug von der grösseren in die kleinere Wohnung im Alter auch weniger schwer, weil man das gewohnte Umfeld nicht verlassen muss. Der Gemeinderat legt dar, dass er den Bedürfnissen in den entstehenden Überbauungen wie dem Viererfeld oder dem Gaswerk-Areal Rechnung tragen möchte. Auch die Wohnbaugenossenschaft Via Felsenau ist ein Vorzeigeprojekt in Sachen gemeinschaftliches Wohnen. Das freut uns sehr. Noch ein Wort in eigener Sache: Wegweisende Wohnmodelle können sich auch in der Ästhetik und in der Architektur niederschlagen. Ich war in den letzten Herbstferien in Kopenhagen und Aarhus. Was dort architektonisch zu sehen ist, ist meist viel interessanter und vielfältiger als die Neubauten, die in Bern realisiert werden. Ich möchte den Architekt*innen und den Bauherr*innen zuzurufen: Seid ruhig etwas mutiger und baut nicht immer den gleichen Einheitsbau mit monotonen Fassaden. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt der Richtlinienmotion zu.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die Motion als Richtlinie erheblich. (45 Ja, 16 Nein, 0 Enthalten) [Namen 068](#)
3. Er nimmt die Antwort des Gemeinderats zur Motion als Begründungsbericht zur Kenntnis.

43 Postulat Oliver Berger (FDP): Sicherheit städtischer Liegenschaften verbessern

2020.SR.000069

Gemeinderatsantrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 12. August 2020

Dolores Dana (FDP) für den Postulanten: Ich werde mich hier sehr kurz halten, aber ich wäre froh, wenn jemand den Mut hätte, nach vorne zu kommen und zu sagen, was denn an diesem Postulat so störend ist. Den Bericht des Gemeinderats finden wir in Ordnung und akzeptieren ihn telquel.

Einzelvotum

Ruth Altmann (parteilos): Ich muss schon ein bisschen lachen. Dolores Dana hat gefragt, wer die Eier hat, zu sagen, was daran bestritten ist. Ich war damals noch in der FDP. Und die FDP hat damals den Vorstoss von Oliver Berger in der Fraktion abgelehnt; und zwar, weil man es ungerecht fand, dass in städtischen Liegenschaften Private ihre Wohnungen renovieren oder irgendwie sicher machen müssen, und hier wird es auf des Steuerzahlers Kosten verlangt und so weiter und sofort. Das Anliegen wurde damals unter Bernhard Eicher von der Fraktion abgelehnt, Dolores Dana. Jetzt, etwas später, ist es wieder akzeptiert worden. Ich werde es auf alle Fälle ablehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. (17 Ja, 42 Nein, 0 Enthalten) [Namen](#) 069

44 Interfraktionelle Motion GFL/EVP, FDP/JF (Francesca Chukwunyere, GFL/Therese Streit, EVP/Vivianne Esseiva, FDP): Gesamtschau der mannigfaltigen Integrationsangebote als staatliche Aufgabe definieren

2022.SR.000041

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
Bern, 17. August 2022

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Motionärinnen: Ich mache es ganz kurz. Wir haben in ein Postulat gewandelt, weil es als Motion wieder einmal nur eine Richtlinie gewesen wäre. Uns scheint das Thema zu wichtig zu sein, und auch unter dem Druck von Integration und Integrationsmassnahmen wird so viel Druck gemacht auf die ausländische Bevölkerung, dass wir eine Übersicht darüber, welche Angebote zur Integration da sind, wichtig finden. Das scheint uns eine wichtige staatliche Aufgabe zu sein. Wenn wir es als Richtlinie annehmen, dann haben wir ist es einfach vom Tisch. Mit einem Postulat wird der Gemeinderat wenigstens noch verpflichtet, uns einen Bericht zu liefern und zu sagen, was er in dieser Hinsicht weiter machen will.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärinnen wandeln die Motion in ein Postulat.
3. Der Stadtrat erklärt das Postulat als erheblich.

45 Motion Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Fuat Köçer, SP): Ganzjähriges Aktionsprogramm gegen Rassismus – Neuauflage der Aktionswoche gegen Rassismus zum zehnjährigen Jubiläum

2018.SR.000130

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.
Bern, 12. Dezember 2018

Motionär *Halua Pinto de Magalhães* (SP): Der Vorstoss ist ein bisschen aus der Zeit gefallen, wie Sie sicher bemerkt haben. 2020 ist schon vorbei. Es ist heute auch schon mehrmals erwähnt worden, dass eben gewisse Vorstösse ein bisschen aus der Zeit gefallen sind. Darum ist auch der Aufhänger für diesen Vorstoss nicht mehr aktuell. Es war dazumal das Jubiläum 2020, das leider durch die Coronapandemie ausgefallen ist. Es haben sich dadurch aber auch gewisse Chancen ergeben, nämlich durch die Dynamik, die sich auf der Schützenmatte ergeben hat, ist nachher das Bedürfnis entstanden, dort eine selbst organisierte Aktionswoche durchzuführen, die mehrheitlich von verschiedenen Kollektiven organisiert wurde, die dort präsent sind, oder die in der Stadt aktiv an dieser Aktionswoche gegen Rassismus mitgemacht haben. Schlussendlich wurde die Aktionswoche dann auch von der Stadt unterstützt.

Das ist für mich ein positives und sehr schönes Beispiel dafür, wie die Aktionswoche gegen Rassismus eine Plattform für eine sehr produktive Wechselwirkung zwischen den öffentlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft sein kann. In den letzten zehn Jahren wurde die Aktionswoche durchgeführt und leistete in diesem Bereich auch gewisse Pionierarbeit. Sie ist meiner Meinung nach ein Erfolgsmodell. Damals war es noch schwieriger, Rassismus als gesellschaftliches und strukturelles Problem anzusprechen. Aber natürlich hat sich die Zeit in diesen zehn Jahren auch geändert. In den letzten Jahren ist sogar noch mehr Dynamik entstanden. Wir haben es alle mitbekommen mit den verschiedenen Black-Lives-Matter-Protesten, die auch in der Schweiz für eine grosse Bewegung und Aufmerksamkeit gesorgt haben. Seit dem Einreichen des Vorstosses hat auch die verantwortliche Stelle den Namen gewechselt. Damals hiess sie noch Kompetenzzentrum für Integration. Jetzt heisst sie Fachstelle für Migration und Rassismusfragen.

Es hat sich also einiges entwickelt. Wir haben uns jahrelang dafür eingesetzt, dass man überhaupt über Rassismus redet. Jetzt ist Rassismus in aller Munde und er ist zum Medienthema geworden. Dadurch ist die öffentliche Debatte vielstimmiger geworden. Es sind Stimmen, die früher nicht gehört wurden oder sehr stark unterrepräsentiert waren. Auch die heftigen Gegenreaktionen, die wir im Moment beobachten, können für die Rassismusbekämpfung in den letzten Jahren durchaus als Erfolg gewertet werden. Es ist natürlich sehr positiv, dass wir eine Öffentlichkeit erreichen können. Das bedeutet, wir befinden uns in einer gesellschaftlichen Aushandlung. Allerdings findet der aktuelle Diskurs vielfach auch sehr oberflächlich und polemisch statt, das heisst, die Rahmenbedingungen, um über Rassismus zu reden, haben sich massgeblich verschoben. Die blossе Forderung, eine Rassismusdebatte zu führen, reicht nicht mehr. Ja, aber was bedeutet das jetzt für eine Stelle wie die Fachstelle für Migration und Rassismusfragen? Was macht man auf institutioneller Ebene, um eine nachhaltige Rassismusbekämpfung führen zu können? Wie kann man in einer Strategie der Rassismusbekämpfung der aktuellen Dynamik Rechnung tragen und sich nicht in der Aufmerksamkeitsspirale verfangen? Wie kann man auf politischen Druck reagieren und dennoch faktenbasiert bleiben? Wie kann man verschiedene Rassismen sichtbar machen und gleichzeitig die Komplexität fassen, wie die verschiedenen Differenzen sich ergänzen und eigentlich Teil der gleichen strukturellen Probleme sind? Für die Institutionen gibt es verschiedene Lösungen. Nur drei Stichworte: Man könnte versuchen, Fakten zu liefern, das heisst, man könnte Monitorings durchführen und zeigen, wo sich gewisse gesellschaftliche Probleme entwickeln, und man könnte versuchen, der Stadtbevölkerung jene Leute sichtbar zu machen, die aus unserem Fokus fallen. Man könnte als Zweites auch Themen platzieren. Das macht man auch in der Aktionswoche, aber man könnte noch spezifischer wirklich verschiedene Aspekte verschiedener Rassismen aufgreifen und sehr spezifisch, über ein Jahr zum Beispiel, abarbeiten. Und als Drittes – da ist eigentlich auch schon etwas passiert, aber man könnte es intensivieren – Akteurinnen und Akteure stärken, die sich in der Zivilgesellschaft dafür engagieren. Von dem her finden wir es sehr positiv, dass der Gemeinderat das so aufnimmt und dem in Zukunft Rechnung tragen will. Wie gesagt, die Aktionswoche funktioniert schon sehr gut, aber man könnte es durchaus noch erweitern. Wir empfehlen Ihnen, unsere Motion so zu überweisen.

Erich Hess (SVP): Ich stelle den **Ordnungsantrag** auf sofortigen Abbruch der Sitzung. Denn wenn wir länger als bis 19.30 Uhr debattieren, wird uns der Steuerzahler nach Ratsreglement eine weitere Entschädigung schuldig, sprich: ich stelle den Antrag, sofort abubrechen, um den Steuerzahler zu entlasten. Die meisten in diesem Saal sind sowieso übermüdet. Wir tagen seit heute Morgen um 9.00 Uhr.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Hess zu. (36 Ja, 22 Nein, 6 Enthalten) [Namen](#) 070

Stadtratspräsident *Manuel C. Widmer*: Ich hoffe, Reto Nause hört zu. Ich möchte das Ergebnis seiner Sammelaktion durchgeben Sie haben der Organisation, für die er die Sammlung initiiert hat, 2600 Franken überwiesen. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass an der nächsten Sitzung die Lernenden der Stadt Bern anwesend sein werden und wir in der Pause einen Speed-Dating-Anlass mit den Fraktionen und Parteien durchführen. Wer sich noch nicht beim Ratssekretariat gemeldet hat, soll das bitte nachholen. Vielen Dank, dass Sie bei diesem Versuch, eine Session abzuhalten, mitgemacht haben.

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Fortsetzung der Beratung von Traktandum

45 2018.SR.000130 Motion Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Fuat Köçer, SP): Ganzjähriges Aktionsprogramm gegen Rassismus – Neuauflage der Aktionswoche gegen Rassismus zum zehnjährigen Jubiläum

und die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

46 2020.SR.000213 Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, GFL/EVP, SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Marianne Schild, GLP/Brigitte Hilty Haller/Michael Burkard, GFL/Mohamed Abdirahim, JUSO/Tabea Rai, AL): Externe Evaluation der Wirksamkeit der Massnahmen der Polizei zur Bekämpfung von Rassismus in den eigenen Reihen

47 2016.SR.000282 Motion Fraktion SVP (Erich Hess, SVP): Listenverbindungen bei Gemeinderatswahlen

48 2018.SR.000031 Motion Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP): Stopp der einseitigen Gemeinderats-Propaganda mit Steuergeldern im «Anzeiger Region Bern»

49 2018.SR.000073 Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL): Abstimmungsbotschaften an die Bevölkerung: Rechtssicherheit in Bezug auf Inhalte der Seite eines Initiativ-/Referendumskomitees schaffen

50 2018.SR.000150 Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Abstimmungsbotschaften und Antworten des Gemeinderates auf Vorstösse im Stadtrat: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern! Will der Gemeinderat Konsequenzen ziehen?

51 2021.SR.000163 Postulat Fraktion FDP/JF (Ursula Stöckli, FDP/Florence Schmid, JF): Kosten von parlamentarischen Vorstössen müssen ausgewiesen werden

52 2016.SR.000238 Motion Fraktion GLP (Melanie Mettler, GLP): Baudirektion statt Präsidialdirektion

53 2017.SR.000100 Postulat Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Systematische Überprüfung der städtischen Aufgaben; Prüfungsbericht

54 2020.SR.000048 Interfraktionelle Motion SVP, BDP/CVP, FDP/JF (Alexander Feuz/Ulrich Gränicher, SVP/Lionel Gaudy/Philip Kohli, BDP/Viviane Esseiva/Bernhard Eicher, FDP): Aufgabenüberprüfung bei sämtlichen Direktionen und Prüfung sinnvoller Synergien!

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser, SVP): Kritische Fragen zur Preisgestaltung der EWB Tarife und zum Eigendeckungsgrad des EWB's
2. Dringliche Motion David Böhner (AL), Valentina Achermann (SP), Anna Leissing (GB): Containersiedlung auf dem Viererfeld für alle ankommenden Asylbewerber*innen öffnen
3. Interpellation Fraktion FDP/JF (Tom Berger/Ursula Stöckli, FDP): Öffentliche Plätze in der Stadt Bern - Asphaltwüsten als fixer Bestandteil des Berner Stadtbilds?
4. Dringliche interfraktionelle Interpellation GB/JAI, SP/JUSO, GFL/EVP, AL/PdA, GLP/JGLP (Mirjam Arn, GB/Franziska Geiser, GB/Nora Joos, JAI/Halua Pinto de Magelhães, SP/Tanja Miljanovic, GFL/Marcel Wüthrich, GFL/Jemima Fischer, AL/Michael Ruefer, GLP): Wie reagiert der Gemeinderat auf den vernichtenden Controllingbericht 2021 zur Energie- und Klimastrategie 2025?
5. Interfraktionelle Interpellation FDP/JF, Mitte, GLP/JGLP (Tom Berger, FDP/Milena Daphinoff, Mitte/Janina Aeberhard, GLP): KITAs Stadt Bern: Stimmen die Rahmenbedingungen für die optimale familienergänzende Kinderbetreuung?
6. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger/Thomas Glauser, SVP): Verzicht auf die geplanten Auslauffore beim Bueberseeli/Marzili aus Spargründen: Folgen für den Hochwasserschutz? Was für Mehrkosten drohen, wenn die Auslauffore nun – entgegen der ursprünglichen Planung – neu nicht mehr im Trockenen sondern im fliessenden Gewässer eingebaut werden müssen?
7. Postulat Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller/Sara Schmid, SP): E-Trottinetts dürfen kein Hindernis darstellen

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

Namens des Stadtrats

Der Präsident

07.03.2023

X 

Signiert von: Manuel Widmer (Qualified Signature)

für das Protokoll

10.03.2023

X 

Signiert von: Anita Flessenkämper (Qualified Signature)